

Nr. 110

Ulrich Menzel

**Professor oder Regierungsrat?
Hitlers Einbürgerung in Braunschweig
zwischen Provinzposse und Weichenstellung
zur „Machtergreifung“**

November 2013

ISSN-Nr. 1614-7898

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	2
2.	Kommentierte Chronik zur Einbürgerung	22
2.1	Die Vorgeschichte bis zur Regierungsbildung der Koalition aus Bürgerlicher Einheitsliste (BEL) und NSDAP in Braunschweig 1930	22
2.2	Die Braunschweiger Koalition aus BEL und NSDAP 1930-1933 und der Konflikt um die Einbürgerung Hitlers (Januar-Februar 1932)	33
2.3	Die Alleinregierung der NSDAP in Braunschweig 1933-1945	108
2.4	Die Nachgeschichte I: Entnazifizierungsverfahren und gegenseitige Belastung der an der Einbürgerung Beteiligten 1945-1960	117
2.5	Die Nachgeschichte II: Die unzureichende wissenschaftliche und politische Aufarbeitung der Einbürgerung 1960 ff.	124
3.	Quellen und Literatur	128

1. Einleitung

Am 25.2.1932 wurde Adolf Hitler gegen 18.00 Uhr durch die Regierung des Freistaats Braunschweig (Küchenthal und Klagges) zum Regierungsrat beim Landeskultur- und Vermessungsamt ernannt und zugleich an die Braunschweigische Gesandtschaft in Berlin abgeordnet. Dort sollte er als Sachbearbeiter zur Wahrnehmung von braunschweiger Wirtschaftsinteressen tätig sein. Hitler war bei der Ernennung nicht anwesend, bekam die Ernennungsurkunde per Post ins Hotel Kaiserhof (Berlin) zugestellt und wurde am folgenden Tag auf der Braunschweigischen Gesandtschaft, Lützowstraße 12, durch den Gesandten Friedrich Boden vereidigt.

Der eigentliche Zweck der Ernennung Hitlers zum Beamten war, dem seit dem 30.4.1925 Staatenlosen die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Hitler, geboren im niederösterreichischen Braunau am Inn, war im Mai 1913 von Wien nach München umgezogen, um sich in Österreich der Einbürgerung zum Wehrdienst zu entziehen. Im August 1914 war er allerdings als Kriegsfreiwilliger in die Bayerische Armee eingetreten, hatte am Ersten Weltkrieg teilgenommen und war im März 1920 entlassen worden. Danach nahm er sein bohemhaftes Leben der Wiener Zeit wieder auf, wurde Politiker und 1923 Anführer eines Putsches („Marsch auf die Feldherrnhalle“), der ob seiner dilettantischen Vorgehensweise nach wenigen Stunden bereits gescheitert war. Hitler wurde als Rädelsführer verhaftet, angeklagt und zu fünf Jahren Festungshaft in Landsberg verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung wollte ihn die Bayerische Polizei nach Österreich abschieben, die Wiener Regierung aber nur ungerne den Putschisten und politischen Unruhestifter aufnehmen. Um die drohende Abschiebung zu verhindern, hatte Hitler bei der für ihn zuständigen Behörde in Linz seine Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft beantragt, die ihm bereitwillig am 30.4.1925 gegen eine Gebühr von 7,50 Schilling entzogen wurde. Hitler war seitdem ein staatenloser Exhäftling, der zur Bewährung auf freien Fuß gesetzt worden war. In der Folgezeit hatte er mehrfach vergeblich versucht, Deutscher zu werden, um den Makel des staatenlosen „Führers“ zu tilgen.

Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft regelte das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913, das zwei Möglichkeiten vorsah. Den normalen Weg auf Antrag gemäß § 9 oder den ungewöhnlichen Weg gemäß § 14, der vorsah, dass die Verbeamtung eines Ausländers oder Staatenlosen in einem Land des Reiches automatisch zum Erwerb der deutschen

Staatsbürgerschaft führt. So wurde Hitler einen Tag nach seiner Verbeamtung in Braunschweig Deutscher. Sein Ausweis ist datiert auf den 26.2.1932 und wurde ihm gegen Stempelsteuer, Gebühren und Portokosten in Höhe von 7,52 RM nach Berlin zugestellt. Der normale Weg gemäß § 9 war Hitler versperrt, weil der Antrag vom Reichsrat gebilligt werden musste und dort am Veto der Länder Preußen und/oder Bayern gescheitert wäre. Den Weg der Einbürgerung über den § 14 konnte Hitler nur in Braunschweig beschreiten, weil der Freistaat Braunschweig das einzige Land war, in dem die NSDAP seit dem 31.9.1930 in Koalition mit der Bürgerlichen Einheitsliste (BEL) an der Regierung beteiligt war. Aus dieser Machtposition heraus war, sofern der bürgerliche Koalitionspartner zustimmte, die Verbeamtung Hitlers möglich.

Das Problem bei der Einbürgerung über den § 14 bestand allerdings darin, dass der frisch ernannte Beamte sein Amt auch tatsächlich ausüben hatte. Er durfte nicht nur zum Schein ernannt worden sein, um den Weg über den § 9 zu umgehen. Dies hatte ein Gutachten des Verfassungsreferenten Georg Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium mit Blick auf Hitler ausdrücklich festgestellt. Das Gutachten war am 1.2.1932 sogar in der Vossischen Zeitung veröffentlicht worden, um die Rechtsposition der Regierung Brüning deutlich zu machen.

Die Einbürgerung Hitlers war wiederum die Voraussetzung, dass er für das Amt des Reichspräsidenten kandidieren konnte. Der entsprechende Art. 41, Abs. 2 der Weimarer Verfassung lautete: „Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.“ Die Wahl war notwendig geworden, weil die siebenjährige Amtszeit des bisherigen Amtsinhabers, Paul von Hindenburg, im Frühjahr 1932 ablief und die im Reichstag vertretenen Parteien sich nicht, wie von Reichskanzler Brüning bevorzugt, auf dessen Amtsverlängerung einigen konnten. Diese hätte eine Verfassungsänderung und damit eine Zweidrittelmehrheit, also die Mitwirkung der NSDAP, im Reichstag verlangt. Trotz intensiver Verhandlungen war diese nicht zu erreichen. Erst unmittelbar vor Ablauf der Zehntagesfrist zur Einreichung der Wahlvorschläge war Hitler eingebürgert worden und konnte so kandidieren. Zwar zog er in zwei Wahlgängen (am 13.3. und 10.4.1932) gegenüber Hindenburg den Kürzeren, vermochte aber beachtliche 11,3 Millionen Stimmen im ersten und sogar 13,4 Millionen Stimmen im zweiten Wahlgang auf sich zu vereinigen, was 30,1 bzw. 36,8 Prozent der abgegebenen Stimmen entsprach. Damit kam er in eine Größenordnung, die die NSDAP bei den für sie so überaus erfolgreichen Reichstagswahlen vom 31.7.1932 mit 34,7 Prozent der Stimmen erreichen sollte.

Die näheren Umstände der Einbürgerung, der mehrere klandestine, aber letztlich erfolglose, Anläufe in Bayern, Thüringen und wenige Tage zuvor in Braunschweig vorangegangen waren, wiesen allerdings trotz der Warnung des Kaisenberg-Gutachtens alle Anzeichen eines „Scheingeschäfts“ auf. Damit waren alle Zutaten einer Provinzposse gegeben, obwohl es sich um eine todernste Angelegenheit handelte, die schließlich in der Tragödie Deutschlands enden sollte. Das Thema beherrschte seit Anfang des Jahres 1932 zwei Monate lang die deutsche Innenpolitik und war im besonders betroffenen Braunschweig das wichtigste und hochkontrovers verhandelte politische Thema überhaupt. Auch nach der Einbürgerung sollte es Regierung, Parlament und Presse des Freistaats immer wieder beschäftigen, weil der Gesandte Boden ihn mehrfach aufforderte, seinen Dienst anzutreten und die Opposition im Braunschweigischen Landtag mehrfach Anfragen stellte, wann und wie denn der Regierungsrat Hitler seinen Dienst anzutreten gedenke. Immerhin kassierte er ein reguläres Gehalt inklusive Wohngeld und Ortszuschlag in Höhe von 328,95 RM (netto). Hitler beendete die anhaltende Peinlichkeit erst am 24.2.1933, als er, damals schon Reichskanzler, auf seinen Antrag wieder aus dem Braunschweigischen Staatsdienst entlassen wurde. Obwohl er lediglich exakt ein Jahr lang Regierungsrat war und obwohl seine „Tätigkeit“ nur aus dem Amtseid, drei Urlaubsgesuchen, einem Antrag auf ein Disziplinarverfahren in eigener Sache und einem Entlassungsgesuch bestand, hat seine Braunschweiger Personalakte¹ einen beträchtlichen Umfang. Sie dokumentiert auf eindrucksvolle Weise, welche Mühe darauf verwendet wurde, der offensichtlichen Untätigkeit des Regierungsrats den Anschein zu geben, dass alles dennoch seine bürokratische Korrektheit habe.

Hier wird die These vertreten, dass es sich bei der Braunschweiger Episode zwar um eine Farce handelte, die sich gerade in der Personalakte widerspiegelt, zugleich aber um die entscheidende Weichenstellung auf dem Weg Hitlers zur Macht. Wäre ihm die Einbürgerung in Braunschweig, wie zuvor in Bayern und Thüringen, verweigert worden, wäre die Geschichte anders verlaufen. Da sie ihm nicht verweigert wurde, lieferten die Einbürgerung und die dadurch mögliche Kandidatur den Auftakt zur politischen Großoffensive der NSDAP des Jahres 1932.

Vor diesem Hintergrund ist es ebenso erstaunlich wie bemerkenswert, dass die großen Hitlermonographien die Episode entweder gar nicht erwähnen oder die Einbürgerung als Randglosse behandeln. Alan Bullock (1954) unterschlägt sie ganz. Joachim Fest (1973, S. 439)

¹ Die im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel verwahrte Akte ist eine Kopie des Originals, die von den Alliierten beschlagnahmt wurde und im Berliner Document Center gelandet ist.

verwendet darauf einen einzigen Satz. Ian Kershaw (2002, Bd. 1, S. 450) widmet ihr ganze acht Zeilen und zuletzt Volker Ullrich (2013, S. 33) wenigstens eine halbe Seite. Selbst Karl Dietrich Bracher, der in seiner bahnbrechenden Monographie über die „Auflösung der Weimarer Republik“ der Wahl des Reichspräsidenten 1932 immerhin ein ganzes Kapitel widmet, behandelt das Problem der fehlenden Staatsangehörigkeit des Kandidaten Hitler lediglich auf zwei Seiten, ohne allerdings die Bedeutung seiner Einbürgerung für die Auflösung der Weimarer Republik zu thematisieren (Bracher 1964, S. 460 f.).² Gestreift wird bei den genannten Autoren lediglich die Frage, ohne sie befriedigend zu beantworten, warum Hitler, als die Entscheidung zur Kandidatur drängte, mindestens vier Wochen lang zögerte, gegen Hindenburg anzutreten.

Es handelt sich in der Tat um eine berechtigte Frage, die nur erschöpfend beantwortet werden kann, wenn man sich tiefer in die Details und Hintergründe der Einbürgerung vergräbt. Allerspätestens am 19.1.1932, so ein erster Hinweis im Tagebuch von Goebbels, vermutlich seit dem 6.1., als Innenminister Groener im Auftrag von Reichskanzler Brüning über eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs mit den Parteien verhandelte, oder bereits seit dem Herbst 1931 stand eine mögliche Kandidatur Hitlers auf der Tagesordnung.³ In der Literatur wird zwar die von Morsey (1960) veröffentlichte Dokumentation „Hitler als Braunschweiger Regierungsrat“, die sich auf die Materialien im Bundesarchiv und im Berliner Document Center stützt, immer wieder zitiert, allerdings ohne die von Morsey präsentierten Quellen wirklich auszuwerten und zu interpretieren. Die naheliegende Antwort, dass Hitlers Zögern auch oder sogar vor allem in der fehlenden Staatsbürgerschaft begründet lag, dass er die Blamage eines neuerlichen Scheiterns seiner Einbürgerung und die Bekanntwerdung seiner Staatenlosigkeit fürchtete, dass ihm das Dilemma der Einbürgerung über den § 14 bewusst war und er deshalb die Entscheidung vor sich herschob, wird nicht gegeben.

Dass die braunschweiger Literatur (Roloff 1964, Schelm-Spangenberg 1964, Ruben 2004) sich dem Thema widmet und auch die lokale Presse in Gestalt der Braunschweiger Zeitung immer wieder, sogar in Sonderheften, auf die peinliche Rolle, die Braunschweig auf dem Weg Hitlers zur Macht gespielt hat, eingeht, ist verständlich. Diese Beschäftigung hat aber kaum Aufmerksamkeit in der nationalen oder gar internationalen Literatur gefunden. Aber selbst die

² Auch in seinem zweiten Hauptwerk „Die deutsche Diktatur“ wird die Einbürgerung gerade mit einem halben Absatz abgehandelt und dazu noch die falsche Behauptung aufgestellt, Hitler sollte zuerst als Professur für „Politische Pädagogik“ berufen werden (Bracher 1976, S. 208).

³ Am 10.10.1931 traf Brüning jedenfalls mit Hitler zusammen, um die Präsidentschaftsfrage zu sondieren. Hitler lehnte es dabei ab, sich öffentlich für eine Wiederwahl Hindenburgs zu erklären. Am 7.11.1931 lautete die Schlagzeile des Schlesischen Beobachters „Hitler soll Reichspräsident werden“.

Braunschweiger Literatur, die beileibe nicht alle verfügbaren Quellen auswertet, wird der Bedeutung des Vorgangs zu wenig gerecht bzw. sucht ihn gar herunterzuspielen, weil sie zu sehr auf die Braunschweiger Ereignisse fokussiert ist und zu wenig die Wechselwirkung mit den Ereignissen in Berlin, aber auch in den anderen Ländern des Reiches, in den Blick nimmt.

In Berlin wurde vor allem die Frage debattiert, ob Hitler gegen Hindenburg kandidieren soll bzw. wie man eine Kandidatur Hitlers verhindern kann. In Braunschweig wurde hingegen debattiert, ob und (wenn ja), wie man Hitler einbürgern soll. Die erste Debatte dürfte irgendwann im Herbst 1931 eingesetzt haben, hatte Anfang Januar 1932 an Intensität gewonnen und war, wenn man Goebbels trauen kann, erst am 19.2.1932 entschieden. Die Braunschweiger Einbürgerungsdebatte begann womöglich, so Roloff jun. 1960 gegenüber Morsey, bereits anlässlich der Verhandlungen zur Wahl von Dietrich Klagges als Nachfolger des zurückgetretenen Autoren Franzen (NSDAP) als Innen- und Volksbildungsminister am 10.9.1931, nahm aber erst am 2.2.1932 an Fahrt auf, als Kuchenthal aus seiner Pressemappe von der akuten Absicht der Einbürgerung erfährt. Die definitive Entscheidung, Hitler in Braunschweig auf dem Wege der Ernennung zum Regierungsrat einzubürgern, ist erst am 25.2.1932 gefallen. Erst ganz am Schluss dürfte den Berliner Strategen klar geworden sein, dass der Vorgang in Braunschweig kein Selbstläufer war. Nur so wird der massive Druck verständlich, der seit dem 17.2.1932 über verschiedene Kanäle von Berlin auf Braunschweig ausgeübt wurde. Hitler ist ein hohes Risiko eingegangen, als er Goebbels am 22.2.1932 die Erlaubnis gab, am selben Abend im Berliner Sportpalast seine Kandidatur bekannt zu geben. Es hätte schief gehen können. Die Blamage wäre groß gewesen. Umgekehrt lautete vielleicht das Kalkül, dass die Ankündigung die zögernden bürgerlichen Provinzpolitiker in Braunschweig so sehr unter Druck setzte, dass sie sich nicht mehr trauten, die Einbürgerung zu verweigern.

Die Beantwortung der Frage nach der Bedeutung des Vorgangs hat mit dem Problem umzugehen, dass es nahezu keine Quellen gibt, aus denen herauszulesen ist, welche Bedeutung die Hauptperson selber, Hitler, der Einbürgerung beigemessen hat. Überliefert als halbwegs einschlägige Quellen sind lediglich ein privater Brief vom 2.2.1930 (in Dickmann 1966), in dem er die Motive und Absichten der Regierungsbeteiligung der NSDAP auf Länderebene ungeschminkt offenlegt, und das Protokoll seiner Zeugenvernehmung vor dem thüringischen Untersuchungsausschuss vom 15.3.1932 zu seiner dort misslungenen Einbürgerung. Wie immer, wenn es um seine Person geht, sind nur Texte (Reden, Interviews, Aufrufe) verfügbar, die Hitler in eindeutig propagandistischer Absicht verfasst hat, die aber über die tatsächlichen

Beweggründe seines Handelns wenig aussagen und deshalb nur begrenzten Quellenwert haben. Die einzige Quelle, die zumindest indirekt einen Eindruck verschafft, was Hitler in der Angelegenheit gedacht und beabsichtigt hat, sind die Tagebücher von Goebbels. Zwischen dem 9.1.1932 und dem 22.2.1932 notiert Goebbels regelmäßig seine Beratungen mit Hitler zu dem Thema Kandidatur und Einbürgerung. Die Häufigkeit der Eintragungen lässt jedenfalls den Schluss zu, dass das Thema die beiden, aber auch andere Parteigrößen, sehr intensiv beschäftigt hat. Goebbels erscheint darin als der aktive, drängende und Hitler als der zögernde, schwankende Part, so dass Goebbels zwischenzeitlich sogar an seinem „Führer“ bzw. dessen Führerqualitäten zu zweifeln scheint. Aber auch diese Quelle ist mit Vorsicht zu genießen, weil Goebbels möglicherweise mit seinem Tagebuch auf Eigendarstellung und spätere Wirkung bedacht war. Auf jeden Fall sollte man die wissenschaftliche mehrbändige Edition der Tagebücher (Goebbels 1987) und nicht die redigierte und in propagandistischer Absicht von ihm selbst veröffentlichte Version „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ (Goebbels 1934) benutzen, auch wenn gerade letztere den hier interessierenden Zeitraum abdeckt.

Bleiben schließlich die Akten und Zeugnisse derjenigen Personen, die auf Reichs- oder Landesebene mit dem Vorgang befasst waren. Dazu gehören neben den Schriftstücken aus Hitlers braunschweiger Personalakte auf Seiten der NSDAP die Dokumente von und über Hitlers Statthalter in Braunschweig, Dietrich Klagges, der damals als Innen- und Volksbildungsminister am Schalthebel für die Einbürgerung saß, sowie Ernst Zörner, damals Präsident des Braunschweigischen Landtags, bei dem sich Hitler pro forma am 26.2.1932 unter der Adresse Hohetorwall 7 II in Braunschweig als Untermieter angemeldet hat, um der Einbürgerung auch den Schein des Wohnsitzwechsels zu geben. Als Beruf nennt Hitler nicht mehr „Schriftsteller“ oder „Kunstmaler“ wie zuvor, sondern „Regierungsrat“, als zuständiges Finanzamt allerdings München ohne Erwähnung des Hauptwohnsitzes am Münchener Prinzregentenplatz. Die Akten über die braunschweiger Nazigrößen der zweiten Reihe wie Alpers, Hesse, Jeckeln, Schmalz und Schmidt-Bodenstedt sind in der Angelegenheit wenig ergiebig.

Auf der Seite des bürgerlichen Koalitionspartners sind zu nennen der damalige Vorsitzende der Staatsregierung (Ministerpräsident), Werner Küchenthal (DNVP) und der Fraktionsführer der BEL im Landtag, Ernst-August Roloff sen. (DNVP), dessen Nachlass von seinem Sohn Ernst August Roloff jun. ausgewertet wurde.⁴ Küchenthals Nachlass ist verstreut, wird aber zum Teil im Braunschweigischen Landesmuseum verwahrt. Auch Friedrich Boden, damals

⁴ Roloff sen. schreibt sich Ernst August (ohne Bindestrich) und Roloff jun. Ernst-August (mit Bindestrich).

Braunschweigischer Gesandter in Berlin, der Hitler den Amtseid abnahm, hat 1932 und 1945 Aufzeichnungen zu dem Vorgang verfasst. Ferner gehören dazu Albert Brandes, damals braunschweigischer Vorsitzender des nationalliberalen Koalitionspartners (DVP) in der BEL, Heinrich Wessel, Druckereibesitzer und politischer Kopf der DVP und Carl Heimbs, Kaffeeröster und einflussreicher Vertreter der braunschweigischen Wirtschaft, zum erweiterten Vorstand der DVP gehörend. Ferner sind als Quellen heranzuziehen die Personalakten und Senatsprotokolle der TH Braunschweig sowie diverse Denkschriften und Erinnerungen einzelner Professoren.

Bevor die Variante, Hitler über die Ernennung zum Regierungsrat zu verbeamten, umgesetzt wurde, hatte Klagges nämlich eine andere Idee verfolgt. Er wollte ihn an der Hochschule, die zu seinem Ressort als Volksbildungsminister gehörte, zum Professur berufen. Diese Berufung hatte Klagges nahezu auf eigene Faust sowohl an seinen bürgerlichen Koalitionspartnern wie an den Organen der Hochschule vorbei versucht. Für den 13.2.1932 ist ein entsprechender Aktenvermerk von Klagges und bereits zwei Tage später für den 15.2. eine Ernennungsurkunde überliefert, mit der Hitler zum planmäßigen außerordentlichen Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH Braunschweig berufen werden sollte.

Was Klagges mit dieser Denomination meinte, bleibt rätselhaft. Bezieht sich das Adjektiv „organisch“ nur auf „Gesellschaftslehre“ oder auch auf „Politik“? Warum verwendet er statt des damals üblichen Begriffs „Staatsbürgerkunde“ den Begriff „Politik“, nicht aber statt des damals üblichen Begriffs „Soziologie“ den Begriff „Gesellschaftslehre“? Ich vermute, das Adjektiv bezieht sich auf beides. Im Deutschen Wörterbuch von Hermann Paul wird „organisch“, abgeleitet von „Organ“ und übertragen auf die Politik mit „wohlausgewogen“ oder „natürlichen Gesetzmäßigkeiten folgend“ übersetzt (Paul 2002, S. 726). Wenn Klagges letzteres im Sinn hatte, dann dachte er vielleicht an ein Politik- und Gesellschaftsverständnis, das sich am Sozialdarwinismus orientiert.⁵ Staatsbürgerkunde klang ihm vermutlich zu demokratisch und setzte sich zudem von der Denomination des Kollegen Roloff ab, der nicht nur Fraktionsvorsitzender im Landtag, sondern auch Inhaber einer Professur für „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ war. Der Begriff „Gesellschaftslehre“ sollte sich vielleicht von der Denomination eines weiteren Kollegen, Theodor Geiger, unterscheiden, der eine Professur für Soziologie wahrnahm. Beide waren, wie auch für Hitler vorgesehen, an der Kulturwissen-

⁵ 1974 wird Klagges den Begriff im Untertitel seiner Schrift „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“ wiederverwenden.

schaftlichen Abteilung und dort insbesondere in der Lehrerbildung tätig. Aus dem Aktenvermerk geht ferner hervor, dass er an eine Professur für politische Bildung „des heranwachsenden Geschlechts“ im Sinne der NS-Ideologie dachte. Hitlers „Hauptwerk“ „Mein Kampf“, man glaubt es kaum, schien ihm dafür die notwendige Qualifikation zu liefern. Im Sinne eines sozialdarwinistischen Politikverständnisses, dass Politik auf Kampf beruht, war Klagges allerdings konsequent.

Als dieser überhastet und dilettantisch eingefädelte Versuch ruchbar wurde, stieß er auf den heftigen Widerstand des bürgerlichen Koalitionspartners. Küchenthal weigerte sich, die ihm von Klagges vorgelegte Ernennungsurkunde gegenzuzeichnen. Für die Opposition im Landtag wie für die Presse war der „Professor Hitler“ ein gefundenes Fressen. Hitler war blamiert, Klagges hatte gegenüber der Parteiführung sein Gesicht verloren. Weil die wegen des nahenden Wahltermins zeitlich drängende Einbürgerung am Widerstand von Hochschule und Koalitionspartner zu scheitern drohte, schalteten sich die Berliner Parteizentralen von NSDAP, DNVP und DVP ein, um durch Abgesandte und eifriges Telefonieren Druck auf die Braunschweiger Parteifreunde auszuüben. Diese hatten offenbar zunächst nicht begreifen wollen, dass es bei der Kandidatur Hitlers um die „große Politik“, nämlich die Strategie und Taktik zum Sturz von Reichskanzler Brüning und die Etablierung einer neuen Regierung der nationalen Konzentration mit oder ohne Hitler an der Spitze ging. Deshalb sind bei der Einbürgerung neben den braunschweiger Politikern die Motive und Aktivitäten der berliner Parteiführer (Hugenberg, Seldte, Duesterberg, Dingeldey, Goebbels, Göring, Strasser u.a.) und die Motive und Aktivitäten der Akteure auf Seiten der Hochschule zu berücksichtigen. Die Reaktion auf die Berufungsabsicht reichte an der TH von Belustigung bis zur Empörung und stieß auf den einhelligen Widerstand von Rektor, Senat und nahezu der gesamten Professorenschaft, weil Klagges meinte, die Hochschule bei der Berufung einfach übergehen zu können, und weil ein „Professor Hitler“ ohne jegliche akademische Qualitäten als eine Zumutung empfunden wurde, die die Hochschule dem Gespött der akademischen Zunft ausgesetzt hätte. Von der Unruhe in der Studentenschaft, die eine „Vorlesung“ Hitlers ausgelöst hätte, ganz zu schweigen. Die Gerüchte um eine Berufung dürften wochenlang das Top-Thema der Hochschule gewesen sein, zumal es durch entsprechende Presseberichte immer wieder befeuert wurde. Auf dieser Bühne spielte Roloff seine zweite Rolle, da er nicht nur politischer Anführer der BEL im Landtag, sondern als Professor mit einer zudem konkurrierenden Denomination auch in der Universität einflussreich war.

Pikant ist, dass Roloff durch seine Kooperation mit den Nazis im Landtag gleich mehrfach durch Beförderung an der Hochschule profitierte. Er war zwar gegen einen Professor Hitler, dem Regierungsrat Hitler gab er am Ende grünes Licht. Leider sind die Universitätsakten in Sachen Hitler-Professur wenig ergiebig. Da es keine Ernennung gab, wurde an der TH auch keine Personalakte angelegt. Die Absicht hat sich nur in den Akten des Ministeriums niedergeschlagen. Dazu gehören die Aktennotiz von Klagges, die Ernennungsurkunde, die Küchenenthal nicht gegenzeichnen wollte, und die Rechtsgutachten der Beamten aus Klagges Ministerium, um die Vorbehalte des Verfassungsreferenten Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium gegen ein „Scheingeschäft“ auszuräumen. Lediglich ein einziges Senatsprotokoll vom 23.3.1932 erwähnt den Vorgang indirekt unter „Verschiedenes“ (vgl. Pöls 1974). Die Personalakten im Umkreis der beabsichtigten Berufung (Riekel, dessen vakante Stelle Hitler bekommen sollte; Berger, der auf die Riekel-Stelle am Ende berufen wurde; Roloff, der zweimal während der Koalition aus BEL und NSDAP befördert wurde) erlauben nur indirekte Schlüsse. Dies zeigt einmal mehr, dass auch ein Aktenstudium nur begrenzten Wert hat, wenn das Wichtige nur mündlich verhandelt wird und bewusst keinen schriftlichen Niederschlag findet.

Um die Vorgänge im Kontext der Einbürgerung des Frühjahrs 1932 in ihrer tieferen Bedeutung zu erfassen, müssen also die Wechselwirkungen zwischen den, aber auch innerhalb der drei Ebenen aus Reich, Land und Hochschule berücksichtigt werden. Berücksichtigt werden müssen ferner die widerstrebenden Interessen zwischen der NSDAP und ihren bürgerlichen Koalitionspartnern, zwischen den bürgerlichen Partnern untereinander, in Braunschweig repräsentiert durch die DNVP und die DVP, und sogar innerhalb der NSDAP sowohl auf Reichs- wie auf Landesebene. In Braunschweig waren Klagges und Zörner die Protagonisten, die den radikalen und den moderaten Flügel der Partei repräsentierten, wobei sich Klagges zunehmend dem Druck noch radikalerer Parteigenossen wie Alpers und Jeckeln ausgesetzt sah. Es gibt zumindest Indizien, dass Zörner ein doppeltes Spiel gespielt hat. Nach der gescheiterten Verbeamtung Hitlers via Professur wurde er zwar initiativ und half, die Regierungsrat-Variante einzufädeln, hat aber möglicherweise in seiner Eigenschaft als Landtagspräsident auf dem Wege der Geschäftsordnung mitgewirkt (oder zumindest nicht verhindert), dass die Verbeamtung und damit Einbürgerung Hitlers womöglich zu spät gekommen wäre, um die Nominierungsfrist für die Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl noch einzuhalten. Jedenfalls wurde ihm das von Klagges im November 1933 in einem Parteigerichtsverfahren

vorgeworfen. Mindestens hat er mit Klagges um die Gunst Hitlers konkurriert, die sich durch Verdienste um die Verleihung der Staatsbürgerschaft gewinnen ließ.

Also: Im Februar 1932 wurde im Land Braunschweig die Weiche auf dem Weg Hitlers zur Macht gestellt. Ohne seine Verbeamtung hätte es keine Einbürgerung und ohne Einbürgerung keine Kandidatur zum Reichspräsidenten geben können. Ohne die drohende Kandidatur Hitlers hätte es womöglich keine zweite Kandidatur des altersmüden Hindenburg gegeben, da nur dieser nach Ansicht Brüning's und der SPD noch in der Lage war, Hitler in die Schranken zu weisen. Nur so erklärt sich die verquere Gefechtslage gegenüber Hindenburgs erster Wahl 1925, bei der er noch von den Parteien der Weimarer Koalition als konservativer Gegner bekämpft worden war. Ohne eine Kandidatur Hindenburg hätte es vielleicht ein Kandidat der Weimarer Koalition geschafft, der sicher keinen Hitler zum Reichskanzler gemacht hätte. Ohne Hitlers Kandidatur hätte es auch keine Klärung der verworrenen Gefechtslage auf Seiten der nationalen Rechten gegeben, die zum Auseinanderbrechen der „Harzburger Front“ führte. Deren Tagung konnte nur im braunschweigischen Bad Harzburg stattfinden, weil Klagges als Innenminister sich über das Aufmarschverbot im benachbarten Preußen hinwegsetzen konnte. Hitler war keineswegs bereit, sich in eine Front einzureihen, gar den nützlichen „Trommler“ für die alte, nationalkonservative Elite zur Restauration der Zeit vor Weimar abzugeben, sondern wollte alleiniger Führer in einem „Post-Weimarer-System“ sein, der nur und wirklich nur aus taktischen Gründen die zeitweise Kooperation mit den Nationalkonservativen suchte. Ohne seine Präsidentschaftskandidatur und die propagandistische Wirkung der zwei Wahlgänge wäre der Aufstieg Hitlers im Jahre 1932 weniger fulminant gewesen, der sich in einer nahezu ununterbrochenen Kette von 15 Wahlen (2 x Reichspräsident, 2 x Reichstag, 9 x Landtage und 2 x Gemeinden) manifestierte. Im zweiten Wahlgang erreichte er mit 13,4 Mio. Stimmen bereits im Frühjahr den Mobilisierungsgipfel der NSDAP, der in der Reichstagswahl vom 31.7.1932 kaum überboten wurde. Ohne die Kandidatur als Teil des Legalitätskurses, den er im Reichswehrprozess als Zeuge am 25.9.1930 beschworen hatte, hätte es auch nicht die innerparteiliche Klärung auf Seiten der NS-Führung über Strategie und Taktik zur Machtergreifung gegeben. Diese führte zum Ausschluss des sozialistischen Flügels (Strasser im Reich, Franzen und Groh in Braunschweig) zugunsten des nationalen Flügels und zur Entmachtung der SA bzw. Ermordung ihrer Führung zugunsten der SS. Auch in Braunschweig übernahm die SS, angeführt von Alpers, das Kommando. Klagges brachte es bis zum Obergruppenführer.

An dieser Stelle darf der Hinweis auf das Verhältnis von Akteur und System bzw. auf die strukturellen Rahmenbedingungen nicht fehlen. Zweifellos hat der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise am 29.10.1929, die seitdem rasant steigende Arbeitslosigkeit, die im Frühjahr 1932 ihren Höhepunkt erreicht hatte, und hat die Brüning'sche Austeritätspolitik im Umgang mit der Krise der NSDAP den Zulauf nicht nur bei Arbeitslosen, sondern auch bei einer verunsicherten bürgerlichen Wählerschaft gebracht. Das galt gerade auch für das industriell und protestantisch geprägte Land Braunschweig. Aber – in den USA, in Großbritannien oder in Frankreich, die gleichermaßen von der Krise betroffen waren, ist kein Hitler an die Macht gekommen. Der Faschismus in Italien hatte sich bereits vor der Weltwirtschaftskrise etabliert. Also muss es in Deutschland besondere Umstände gegeben haben, die den phänomenalen Aufstieg Hitlers erklären. Der Propaganda-Erfolg der zwei Wahlgänge zum Reichspräsidenten, die zahllosen Wahlkampfauftritte, die sogar per Flugzeug absolviert wurden („Hitler über Deutschland“) und die Akzeptanz im nationalkonservativen Lager, die im nur in Braunschweig möglichen Aufmarsch der „Harzburger Front“ zum Ausdruck kam, machen den persönlichen Faktor, die Akteursebene, aus. Dass der Rückgang der Stimmen für die NSDAP in der Novemberwahl 1932 den Abstieg anzeigte, ist strukturell zu erklären, weil es erste Anzeichen für ein Abflauen der Weltwirtschaftskrise und eine Vereinbarung über einen Verzicht oder eine Reduzierung der Reparationen gab. Brüning's Strategie, Hitler auszusitzen, hätte aufgehen können, wenn er mehr Zeit bekommen hätte. Der rasante Aufstieg Hitlers hat ihm diese Zeit genommen. Dank seiner Erfolge des Jahres 1932 konnte er so viel Druck aufbauen, war er bereits so mächtig, waren seine Gegner bereits so eingeschüchtert, dass die Hofkamarilla, die Hindenburg umgab, nicht mehr glaubte, an ihm vorbeigehen zu können.

Die Kandidatur hatte Hitler zudem eine weitere Option zur Macht eröffnet. Zuvor bestand die Alternative in einem gewaltsamen Putsch, gestützt auf eine SA, die der Reichswehr zahlenmäßig überlegen war, für den es Belege wie die „Boxheimer Dokumente“ und die bei den Hausdurchsuchungen zwischen den beiden Wahlgängen sichergestellten Unterlagen zur Aufstellung von Alarmeinheiten gibt, und einem Legalitätskurs, der auf die Erringung parlamentarischer Mehrheiten in Koalition mit den bürgerlichen Parteien setzte. Mit der Option, selber Präsident zu werden und selber mit Notverordnungen zu operieren, eröffnete sich eine dritte Alternative. Hitler hätte im Falle seines Wahlsieges nicht mehr darauf hoffen müssen, den Brüning zu machen, indem er von Hindenburg berufen wurde, sondern konnte selber Hindenburg sein, um seinen eigenen Brüning, etwa einen verdienten Parteigenossen wie Frick, zum Reichskanzler zu ernennen. Die große Enttäuschung nach dem ersten Wahlgang, die von

Goebbels ungeschminkt zum Ausdruck gebracht wird, deutet darauf hin, dass Hitler mit einem Sieg gerechnet hat. Dass die SPD-Wählerschaft so geschlossen für Hindenburg stimmte, hatte er nicht auf dem Zettel. Die Verschmelzung von Reichskanzler und Präsident zum „Führer“, wie nach Hindenburgs Tod geschehen, hätte auch andersherum vollzogen werden können.

Die Ereignisse im Kontext der Braunschweiger Einbürgerung lesen sich auch als ein Lehrstück zu einem Zeitpunkt, als die Lehren noch hätten gezogen werden können. Die NSDAP demonstrierte in Braunschweig seit den Landtagswahlen vom 14.9.1930 und der Regierungsbildung am 1.10.1930 in einer Koalition mit der BEL ihre Doppelstrategie – einerseits die Straße zu mobilisieren und so ihre Gegner auf der Linken wie ihre bürgerlichen Partner auf der Rechten einzuschüchtern und andererseits über die Teilhabe an der Macht die Gewaltakte der Straße immer wieder zu decken, zu verharmlosen oder gar zu legitimieren. Wenn es die akute Situation gebot, war man sogar bereit, auf Gewaltakte ganz zu verzichten und strikt legal zu verfahren. So lässt sich das Auf und Ab im Braunschweiger Hochschulkonflikt oder das Auf und Ab in den diversen Braunschweiger Koalitionskrisen erklären, die mehrfach an den Rand des Bruchs der Koalition und sogar darüber hinaus geführt haben.

Zörner als Landtagspräsident exerzierte vor, was Göring als Reichstagspräsident nachvollziehen sollte – nämlich, wie sich dieses Amt, gestützt auf die Geschäftsordnung, dazu nutzen ließ, den Gegner auszumanövrieren und knappe Mehrheiten im Parlament zu sichern. Einer oder gar beide KPD-Abgeordneten im Landtag wurden mehrfach von Zörner von den Sitzungen ausgeschlossen. Obwohl die bürgerlichen Steigbügelhalter in Braunschweig das alles mit wachsendem Unmut und deutlichen Widerwillen registrierten, dies auch den Berliner Parteizentralen nicht verborgen bleiben konnte, haben sie mitgespielt und sind immer wieder eingeknickt. Dass sie immer wieder einknickten, lag am Druck der „Straße“, die von der SA beherrscht wurde, am Druck der Berliner Parteizentralen, insbesondere Hugenbergs auf die Braunschweiger DNVP, der von einer Harzburger Front träumte, und an der Angst vor Neuwahlen, die der NSDAP 1930-1932 immer neue Wahlsiege und immer neuen Zulauf für Partei und SA eingebracht hatten. Die Drohung mit Parlamentsauflösung und Neuwahlen war die stärkste Karte, die die NSDAP in dem Machtpoker des Jahres 1932 zu ziehen vermochte. Auch die mit der SA rivalisierenden Stahlhelmführer waren Hitler nicht gewachsen. Der Stahlhelm hätte, gerade auch in Braunschweig, ein Gegengewicht zur SA bilden können. Die Stahlhelmführer Seldte und Duesterberg waren sich nicht einig. Duesterberg kandidierte im 1.

Wahlgang und nahm Hitler (und Hindenburg) Stimmen weg. Seldte sollte 1933 als Arbeitsminister in das Kabinett Hitler eintreten. Die Opposition des Stahlhelms in Braunschweig war zwar entschiedener als in Berlin und mündete am 27.3.1933, als es bereits zu spät war, im sog. „Stahlhelmputsch“. In letzter Minute versuchte der Braunschweiger Stahlhelführer Werner Schrader die Gegenmobilisierung, indem er Reichsbannerleute und sogar Kommunisten dazu aufrief, die Reihen des Stahlhelms aufzufüllen.

Warum hat die BEL überhaupt mit der NSDAP koalitiert? Warum hat nicht zumindest die DVP, als es zu einer bürgerlichen Alleinregierung nicht reichte, weil die NSDAP 1930 mit überraschenden 9 Sitzen in den Landtag einzog und dennoch die Koalition mit 20 von 40 Sitzen keine Mehrheit hatte, nicht die Seiten gewechselt und eine Koalition mit der SPD geschlossen? Diese hätte mit 17 + 4 Stimmen über eine Mehrheit im Landtag verfügt. Sie war vermutlich 1930 noch gefangen von dem Ziel, die SPD unter allen Umständen abzulösen und Verwaltung, Polizei, Schulen und die Hochschule von SPD-Mitgliedern, dissidenten Lehrern und Reformpädagogen zu säubern. Dazu hätte es aber der Besetzung der Ministerien für Inneres und Volksbildung bedurft, denn nur in diesen Ressorts waren die Länder autonom. Aber genau diese beiden Ressorts hatte sich die NSDAP in den Koalitionsverhandlungen gesichert, ganz wie es im zitierten Hitlerbrief von 1930 formuliert worden war. Die DVP, die ein drittes Ministerium für sich erhoffte, war leer ausgegangen und konnte noch nicht einmal den Posten des Parlamentspräsidenten behaupten, der eigentlich der SPD als stärkster Fraktion und nicht der NSDAP als drittstärkster Fraktion zustand.

Spätestens nach dem Rücktritt des ersten NS-Ministers Anton Franzen am 27.7.1931 und der anschließenden Regierungskrise wäre noch die Zeit und die Möglichkeit zu einem Kurswechsel gewesen. Wieder muss der DVP, die in der Braunschweiger Koalition auf dem „linken“ Flügel stand, Versagen vorgeworfen werden, weil sie eine neue Mehrheit hätten bilden können, wie das auf Reichsebene in der Großen Koalition (Stresemann, Curtius) bis zum März 1930 und auf Landesebene in Thüringen bis zum April 1931 möglich war. Dort hatte ein Zusammengehen von SPD und DVP sogar zum Sturz des NS-Innenministers Frick geführt. Gerade der Versuch Fricks, Hitler zum Gendarmeriekommissar zu ernennen und so einzubürgern, hatte eine Rolle beim Bruch der thüringer Koalition gespielt, der die DVP angehörte. Vermutlich war es in Braunschweig die Furcht, bei einer drohenden Landtagsauflösung und Neuwahl in die Bedeutungslosigkeit abzustürzen, die die DVP bewogen hat, immer wieder

nachzugeben. Auch dem Abgeordneten der Staatspartei Walter Schrader⁶ und den beiden KPD-Abgeordneten ist Mitverantwortung anzulasten, da angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im Landtag mehrfach eine einzige Stimme gereicht hätte.

Der 15.9.1931, der Tag, an dem Klagges mit 20:19 Stimmen im Landtag zum Innen- und Volksbildungsminister als Nachfolger von Franzen gewählt wurde, beendete nicht nur die Regierungskrise, sondern muss als Tag der kleinen „Machtergreifung“ in Braunschweig gewertet werden. Klagges vertrat gegenüber Franzen den radikalen Flügel der NSDAP und war, anders als sein Vorgänger, bereit, immer wieder die Grenze der Legalität zu überschreiten. Während Franzen sogar den Mut hatte, Hitler offen die Stirn zu bieten, verstand sich Klagges als Hitlers Statthalter, der im Kleinen in Braunschweig vormachte, was Hitler im Großen in Berlin nachvollziehen sollte. Und er verstand sich als Erfüllungsgehilfe, der die strategische Bedeutung der braunschweiger Regierungsbeteiligung auf dem Weg zur Macht erkannte und alles daran setzte, seinem Führer die ersehnte Staatsbürgerschaft, wie auch immer, zu verschaffen.

Zu den Facetten des Gesamtbilds gehören aber auch die kleinen persönlichen Interessen, die die beteiligten Akteure im Schatten der großen Politik verfolgten. Klagges und Zörner buhlten um die Gunst Hitlers und gerieten darüber in einen lokalen Machtkampf, bei dem Zörner den Kürzeren zog und Klagges dennoch die Gunst Hitlers verspielte. Zörner wurde dafür mit dem Posten des Dresdener Oberbürgermeisters abgefunden. Die jüngeren, noch radikaleren Parteiaktivisten wie Alpers, Jeckeln und Schmidt-Bodenstedt machten genau die Parteibuchkarriere, die sie zuvor den SPD-Beamten vorgeworfen hatten, wobei sie nicht zögerten, mit immer radikaleren Mitteln alle Gegner auszuschalten bzw. gewaltsam zum Mandatsverzicht zu zwingen. Schmidt-Bodenstedt, der von Alpers und Jeckeln in der Gunst Klagges verdrängt wurde, durfte stattdessen Karriere bei Bernhard Rust in dessen Berliner Ministerium machen.

Besonders Küchenthal hatte immer sein persönliches Wohl im Auge, wenn es darum ging, keine Verantwortung zu übernehmen bzw. pekuniär abgefunden zu werden. Als Küchenthal als Vorsitzender des Staatsministeriums durch Klagges ersetzt wurde, wurde er mit dem Posten des Staatsbankpräsidenten abgefunden, damals der bestbezahlte Posten im Freistaat überhaupt. Seine eigene Ernennungsurkunde hat er zusammen mit Klagges unterzeichnet. Roloff ist ein delikater Fall, weil er eine Doppelrolle spielte und sich seine politische Koalitionsbe-

⁶ Nicht zu verwechseln mit dem Stahlhelmführer Werner Schrader, der sich später dem Widerstand anschloss.

reitschaft mit der mehrfachen Beförderung als TH-Professor belohnen ließ. Eventuell hatte er sogar insgeheim das Interesse, dass die durch die Entlassung des Reformpädagogen und SPD-Mitglieds Riekel frei gewordene und für Hitler vorgesehene Stelle deshalb nicht mit Hitler besetzt wurde, weil sie höher dotiert war als seine eigene und er, wenn nicht auf dessen Professur, so doch auf die Riekelsche Gehaltsspitze reflektierte. Auch Boden musste zwischenzeitlich um seine Stelle als Gesandter fürchten, weil Hitler dafür ins Spiel gebracht wurde. Am Ende hat er aus seiner Kooperation einen allerdings geringen Gehaltsvorteil gezogen, weil eine zuvor gestrichene Zulage ihm wieder zugesprochen wurde. Carl Heimbs, der Schwager Zörners, war auf den ersten Blick nur Randfigur, aber einmal an entscheidender Stelle am 17.2.1932 bei einer abendlichen Runde im Braunschweiger Parkhotel mit Hans Frank, dem Rechtsberater Hitlers, und seinem Schwager Zörner, involviert. Als Vertreter der braunschweigischen Wirtschaft erhoffte er sich vielleicht Vorteile durch die in Aussicht gestellte Lobbyisten-Tätigkeit. Angeblich wollte sich Hitler für die braunschweiger Industrie, als Autonarr besonders für den Fahrzeugbau (Büssing) und den Unterharzer Erzbergbau, einsetzen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, die 1932 ihren Höhepunkt auch im Land Braunschweig erreicht hatte, war diese Aussicht für die DVP, die sich als Interessenvertreter der Industrie verstand, vielleicht ein verlockender Strohhalm.

In seiner Eigenschaft als Regierungsrat ist Hitler nicht als Wirtschaftsförderer tätig geworden, obwohl er gerade zu Großindustriellen (Fritz Thyssen und Co.) gute Beziehungen hatte. Dass sich die Einbürgerung Hitlers für Braunschweig in dieser Hinsicht dennoch ausgezahlt hat, diese These ist nicht ganz abwegig. Immerhin haben Land und Region in der NS-Zeit einen außerordentlichen Modernisierungsschub erfahren (Reichswerke, VW-Werk, Stichkanal nach Salzgitter, Flughafen in Waggum, Forschungsinstitute der TH im Flugzeugbau, Luftflottenkommando, Stadt des Kdf-Wagens, Herman Göring-Stadt, Mustersiedlungen in Braunschweig und vieles mehr). Ohne Kenntnis und Zustimmung Hitlers dürfte das alles wohl kaum geplant und gebaut worden sein. Vielleicht wollte er sich nachträglich dafür bedanken, dass Braunschweig ihn eingebürgert und so den Makel des Staatenlosen getilgt hat, der zum Führer von Volk und Vaterland so gar nicht passen wollte? Insofern bekommt Hitlers Bemerkung vom Januar 1945 in einer Lagebesprechung der Reichskanzlei, als er sich an seine Zeit als Braunschweiger Regierungsrat erinnert und er Görings Intervention, dass er das Amt nicht ausgeübt habe, mit dem Satz pariert „Sagen Sie das nicht. Ich habe dem Land großen Nutzen gebracht“ eine durchaus korrekte Bedeutung (vgl. dazu Lent 2010).

Auch innerhalb der Hochschule gab es Gerangel um die durch die Säuberung freiwerdenden Stellen angesichts der krisenbedingt immer klammen Finanzlage des Freistaats. Sie sollten zwar von Nazis besetzt werden, die aber untereinander in Konkurrenz lagen. Das galt für Berger und dessen veränderter Beförderung, der am Ende die Riekel-Professur bekam, und galt vor allem für das Personenkarussell nach Gründung der Hermann-Rust-Hochschule 1937, als die Lehrerausbildung, die erst 1927 in die TH integriert worden war, wieder aus der TH herausgenommen wurde. Professoren wie Roloff wollten den Statusverlust der Versetzung an eine ideologische NS-Kaderschmiede für Volksschullehrer nicht mitmachen.

Deshalb sind die Personalakten und Nachlässe, die im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel, im Stadtarchiv Braunschweig, im Archiv der TU Braunschweig und im Braunschweigischen Landesmuseum aufbewahrt werden, doch wichtige Quellen, sofern man sie im Kontext der übrigen Ereignisse zu lesen weiß. Die braunschweiger Archive sind von den Autoren der großen Hitlermonographien nicht ausgewertet worden. Am besten, man liest alles zweimal, weil auch ein auf Quellenstudium gestützter Erkenntnisprozess ein iterativer Vorgang ist.

Wenig bis gar nicht berücksichtigt in der Literatur wird, welche Kontroversen die Einbürgerung **nach** 1945 unter den 1932 beteiligten Akteuren anlässlich der diversen Entnazifizierungsverfahren ausgelöst hat. Alle Überlebenden, abgesehen von Klagges, der sich in seinen Prozessen als unbelehrbar erwies, suchten sich zu entlasten bzw. gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben. Die Alliierten haben die Einbürgerung nämlich als wesentliches Kriterium genutzt, in welche Belastungskategorie die Beteiligten einzustufen waren. Schmidt-Bodenstedt, eine zeitlang die rechte Hand von Klagges und Parteibuchbeamter per excellence, der es vom kleinen Hilfslehrer in der Volksschule der Gemeinde Bodenstedt bis zum Ministerialdirigenten bei Bernhard Rust in Berlin brachte, hat glattweg jegliche Kenntnis bestritten und Alpers als den eigentlichen Scharfmacher bezeichnet. Auf bürgerlicher Seite standen sich Küchenthal und Roloff als Hauptantagonisten in der Frage der Verantwortung für die Einbürgerung gegenüber. War es Küchenthal, der als Ministerpräsident die Ernennungsurkunde Hitlers unterschrieb, oder Roloff, der als Fraktionsführer den politischen Beschluss herbeiführte? Roloff jun. hat nach dem Tod des Vaters, auch wenn er sich sehr kritisch mit ihm auseinandersetzt, die Kontroverse mit Küchenthal fortgesetzt. Letzterer hat in seinen „Erinnerungen“ mehrere hundert Seiten in 4 Bänden darauf verwendet, sich von jeglicher Mitverantwortung freizusprechen (Küchenthal 1969). Auch Boden, Brandes und Heimbs suchten in diversen

Aktenvermerken, Vernehmungen und Stellungnahmen die Bedeutung ihrer Mitwirkung herunterzuspielen bzw. andere zu belasten. 1961, als das Buch von Roloff jun. „Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich“ erschien, hat der SPIEGEL sich in zwei Heften (Nr. 40 und Nr. 42) dem Thema gewidmet. Einig waren sich alle Beteiligten darin, die politische Bedeutung der Einbürgerung Hitlers überhaupt in Frage zu stellen. Dies kontrastiert in aller Schärfe mit den zeitgenössischen Ausführungen aus deren Anlass, in denen diese Bedeutung von Klagges, Roloff sen., Schmalz, Goebbels u.a. besonders hervorgehoben wird. Im Licht der Äußerungen nach 1945 werden viele Details der Ereignisse aus den Jahren 1930-1932 sehr viel klarer.

Eine für die Bewertung der Einbürgerung zentrale Frage, die in der Literatur kaum gestellt und wenn, nur unbefriedigend beantwortet wird, lautet: Warum zögerte Hitler so lange, bis er sich zur Kandidatur entschloss? War es die Furcht vor der Blamage, gegen den Helden des Ersten Weltkriegs zu verlieren? War es die Furcht vor der noch größeren Blamage, die Einbürgerung versagt zu bekommen und gar nicht kandidieren zu dürfen? War es die Furcht, dass seine Staatenlosigkeit und damit seine obskure Biographie zu einem öffentlichen Thema wurden? Immerhin hatte Hitler reichlich Erfahrung mit dem Spott von Presse und Opposition, als die Details der gescheiterten Einbürgerungsversuche in Thüringen (Gendarmeriekommissar von Hildburghausen) bekannt geworden waren. War es vielleicht die latent immer noch vorhandene Furcht vor der Ausweisung als Staatenloser? Scheute er das Dilemma, das aus der Einbürgerung über den § 14 resultierte? Wenn er nicht die Wahl gewann, hätte er eigentlich das Amt des Regierungsrats ausüben müssen, um nicht aufgrund der offensichtlichen Scheinernennung das Risiko der neuerlichen Aberkennung der Staatsbürgerschaft einzugehen. Mindestens drohte die Entlassung aus dem Braunschweigischen Staatsdienst wegen offensichtlicher Berufsverweigerung. Wäre am Ende, wenn es schief gegangen wäre, nur noch, wie bereits 1923 vergeblich in München versucht, der Weg über den Staatsstreich geblieben? Zögerte er, weil er auch vor dieser Konsequenz bzw. einem neuerlichen Scheitern Angst hatte?

Konnte er in der kritischen Phase der Jahre 1930-1932, als die Partei einerseits von Erfolg zu Erfolg eilte, aber dennoch ausgebremst wurde und Rückschläge hinnehmen musste wie z.B. die Niederlage im 1. Wahlgang zum Reichspräsidenten, der SA wirklich sicher sein? Seine Taktik des Legalitätskurses stieß bei Stennes, Röhm und Strasser auf Widerstand. Insbesondere die Polizeiaktion gegen die SA in Preußen am 17.3.1932 in der heiklen Phase zwischen den beiden Wahlgängen und das Verbot von SA und SS im ganzen Reich vom 13.4.1932 hat die

Partei in eine ernste Krise gestürzt, in der es Hitler nur mit Mühe gelang, die SA ruhig zu stellen. Es gibt zumindest Indizien, dass der Aufstand als Alternative zur Präsidentschaftskandidatur ernsthaft diskutiert und sogar organisatorische Schritte unternommen wurden. Oder zögerte er, weil er ahnte, dass die innerparteiliche Entwicklung auf diesen Punkt zusteuern könnte und er nicht sicher war, ob er die Oberhand behalten würde. Nicht umsonst wurden seine Widersacher in der SA später anlässlich des „Röhmputsches“ von der SS umgebracht. Hitler erscheint jedenfalls zwischen dem Herbst 1930, als das Thema Einbürgerung die NS-Führung immer stärker beschäftigte und dem 7.1.1932, als die Frage der Kandidatur und damit auch der Einbürgerung akut und dennoch bis zum 19.2.1932 immer wieder verschleppt wurde, nicht als der machtvollen und zu allem entschlossenen Führer, als der er sich in seinen öffentlichen Propaganda-Auftritten gerierte. Hitler ist zögerlich, scheint täglich zu schwanken, so dass nicht nur die Gauleiter, sondern selbst Goebbels anfängt, an seinem Führer zu zweifeln.

Und schließlich offenbaren die Umstände der Ernennung nicht nur deren Farce, bei der alle Akteure bis ins kleinste Detail den legalen Anstrich zu wahren suchen, obwohl der „Lug und Trug“, wie später von Boden bestätigt, allen klar gewesen sein muss. Sie offenbaren auch den von Vorurteilen und Minderwertigkeitskomplexen durchsetzten Kleinbürger Hitler, der sich mal als „Schriftsteller“ und mal als „Kunstmaler“ bezeichnet, der in Wirklichkeit aber ein bildungsferner, stellungs- und ausbildungsloser, gar staatenloser Autodidakt und sexuell verklemmter Bohemien ist, der in Wien im Männerasyl nächtigte, vom Verkauf selbstgemalter Postkarten lebte und sich in München in Schwabinger Kneipen und Bierkellern herumtrieb. Folglich wurde er von seinen nationalkonservativen Partnern nicht für voll genommen. Die Vorstellung, als Gendarmerie-Kommissar, als Professor, als Gesandter oder als Regierungsrat einer geregelten Tätigkeit nachzugehen, für die er keinerlei Qualifikationen und keine Laufbahnvoraussetzung aufzuweisen hatte, muss ihn abgeschreckt haben. Vielleicht war es auch die Scheu im Umgang mit den vielen Generälen, Ministerialbeamten, adeligen Gutsherren, Großindustriellen usw., mit denen er auf seinem Legalitätskurs notgedrungen Umgang pflegen musste und zu denen die obskure Biographie und der obskure familiäre Hintergrund des „böhmischen“ Gefreiten Adolf Hitler aus dem österreichischen Waldviertel so gar nicht passen wollte.⁷ Schon deshalb musste ihm die Harzburger Front oder der Düsseldorfer Industrieclub verhasst sein und musste er sich im Kreis der „alten Kämpfer“ aus dem Milieu der SA-Sturmlokale viel wohler fühlen.

⁷ Hindenburg hatte offenbar das böhmische mit dem niederösterreichischen Braunau verwechselt.

Selbst für die interne Machtfrage zwischen dem sozialistischen und dem nationalen Flügel der NSDAP lieferte Braunschweig noch die Bühne für das Vorspiel auf dem Theater. Die Braunschweiger Koalitionskrise im Anschluss an den Rücktritt Franzens, der Hitler sogar nach dem Rücktritt die Stirn bot, als er, nur noch kommissarisch im Amt, zusammen mit Küchenthal die „Einministerverordnung“ unterzeichnete, die die NSDAP von der Regierung ausschloss, belegt die These. Franzen unterließ mit seiner Unterschrift das taktische Kalkül Hitlers, eine einmal errungene Machtposition um jeden Preis zu halten. Auch die diversen Konflikte innerhalb der Braunschweiger NSDAP - Klagges versus Zörner, Alpers (SS) versus Sauke (SA), Franzen/Groh versus Landtagsfraktion, Schmidt-Bodenstedt versus Alpers/Jeckeln etc. – finden ihren Nachvollzug in den diversen Säuberungsaktionen innerhalb der Partei, nachdem die Macht errungen war.

Die nachfolgende Chronik ist ein erster Beitrag, die Facetten der Einbürgerung auszuleuchten und die Frage nach ihrer Bedeutung zu beantworten. Unterschieden werden dabei die Fakten, soweit sie sich aus den Quellen rekonstruieren lassen, und deren Kommentierung bzw. Interpretation, die jeweils kursiviert ist. Daraus soll eine umfassende Monographie entstehen.

Noch eine Nachbemerkung: Die Berufung Ernst August Roloffs zum a.o. Professur für „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ am 26.1.1931 durch den Volksbildungsminister Franzen (NSDAP) markiert über die Teildenomination „Staatsbürgerkunde“ den Beginn der Politikwissenschaft in Braunschweig. Die Berufung Hitlers auf eine Professur für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ hätte durch die Umwidmung der freien Planstelle für Pädagogik (vormals Riekel) sogar eine zweite (halbe) Professur für das Fach bedeutet. Am Ende ist sie mit Berger besetzt worden und damit in der Pädagogik verblieben.

Roloff wurde von Oktober 1945 bis Januar 1946 als Professor suspendiert, u.a. wegen seiner Mitverantwortung für die Einbürgerung Hitlers, allerdings 1947 im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie V (unbelastet) eingestuft. Er nahm seine Professur noch bis 1954 wahr. Danach wird das Fach Politikwissenschaft in Braunschweig nicht mehr vertreten, bis 1964 Edgar Rosen, aus den USA zurückkehrt, den Ruf auf den Lehrstuhl für die „Wissenschaft von der Politik“ (1965-1976) erhält. Der Nachfolger von Rosen ist Gilbert Ziebura (1978-1992) und der Nachfolger von Ziebura seit 1993 und bis 2015 Ulrich Menzel. Ziebura hat in seiner aktiven Zeit manchmal scherzhaft erwähnt, er sei der Nachfolger von Hitler. Ob es tatsächlich

eine Genealogie, also eine Umwidmung der Riekel-Stelle in Richtung Politikwissenschaft und einen kontinuierlichen Verbleib im Fach gegeben hat, hat mich interessiert. Das ist nicht der Fall. Die Roloff-Professur ist im Fach Geschichte verblieben, die vermeintliche Hitler-Professur nach der Entlassung Bergers 1945 im Fach Pädagogik. Insofern war das Jahr 1964 für die Braunschweiger Politikwissenschaft ein echter Neuanfang. Dies ganz nebenbei zu klären, war mir ein persönliches Anliegen.

Für die Hilfe bei der Recherche und Materialbeschaffung danke ich Frederik Grösche.

2. Kommentierte Chronik zur Einbürgerung

Die Chronik basiert im Wesentlichen auf Quellen und nur in Ausnahmefällen auf der einschlägigen Literatur. Dennoch konnten nicht alle Angaben zweifelsfrei ermittelt werden, weil nicht nur die konsultierte Literatur Ungenauigkeiten und falsche Aussagen enthält, sondern auch die Quellen Widersprüche aufweisen. Die Forderung, daß eine Aussage nur als sicher gilt, wenn sie durch zwei voneinander unabhängige Quellen belegbar ist, ließ sich nur in den seltensten Fällen erfüllen. Dieser unbefriedigende Befund resultiert vermutlich aus dem Umstand, daß es sich bei der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig um einen hoch politischen Vorgang handelte, der auch die Quellen gefärbt hat. Vieles wurde offenbar nur mündlich verhandelt und nicht schriftlich dokumentiert. Die kursiv gesetzten Kommentierungen und Interpretationen der Fakten haben diesem Umstand Rechnung zu tragen.

2.1 Die Vorgeschichte bis zur Regierungsbildung der Koalition aus BEL und NSDAP in Braunschweig 1930

21.4.1889

Adolf Hitler wird in Braunau am Inn geboren. Damit ist er österreichischer Staatsbürger.

Mai 1913

Hitler siedelt von Wien nach München über und entzieht sich so der Einberufung in die Österreichische Armee.

Als mögliches Motiv wird seine Ablehnung der Vielvölkerarmee vermutet.

22.7.1913

Das deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz schreibt vor, daß der Erwerb der Reichsbürgerschaft auf dem Weg über den Reichsrat (§ 9) oder durch Anstellung als Beamter in einem Bundesstaat (§ 14) erfolgen kann.

8.11.1913

Ernst August Roloff erhält die *venia legendi* für „Geschichte und Staatsbürgerkunde“.

16.8.1914

Hitler meldet sich als Kriegsfreiwilliger und tritt in die Bayerische Armee ein (bis 31.3.1920).

Hier liegt eine Begründung, warum die mit der Einbürgerung befaßten Personen 1932 einen legitimen Grund zur Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft gesehen bzw. dies nachträglich als Grund vorgegeben haben.

22.12.1918

Landtagswahlen in Braunschweig. Roloff wird Landtagsabgeordneter für die DNVP (bis 1933).

31.7.1919

Verabschiedung der Weimarer Verfassung

Der Art. 41, Abs. 2 zur Präsidentenwahl lautet: „Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.“

In Art. 110, Abs. 1 zur Staatsangehörigkeit heißt es: „Die Staatsangehörigkeit im Reiche und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.“

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 regelte bereits die Bestimmung im Sinne des § 100, Abs. 1. Die Reichsangehörigkeit ist demnach eine Folge der Landesangehörigkeit und kann erworben werden nach § 9 durch einen Antrag, der bei einer Landesregierung gestellt und von ihr dem Reichsrat vorgelegt wird. Dieser fällt die Entscheidung, die einstimmig erfolgen muß. Der Widerspruch eines einzigen Landes reicht aus, um den Antrag abzulehnen. Im Falle Hitlers konnte davon ausgegangen werden, daß entweder Preußen oder Bayern einen Antrag Braunschweigs abgelehnt hätten.

Über den zweiten Satz des Art. 100, Abs. 1 ist ein anderer Weg der Einbürgerung nach § 14 möglich. Staatsangehöriger eines Landes kann man werden, wenn man dort in eine Beamtenstellung berufen wird. Dazu ist die Zustimmung des Reichsrats nicht notwendig.

Im Falle Hitlers setzte der Weg nach § 14 voraus, daß die NSDAP in einem Land die Regierung stellt und dort Hitler eine Beamtenstellung verschafft bzw. daß sie an einer Koalition beteiligt ist und der Koalitionspartner der Verbeamtung zustimmt. Dies war in Thüringen vom 23.1.1930 – 1.4.1931 und in Braunschweig ab 1.10.1930 der Fall.

Kontrovers war dabei aber die Bedeutung des Art. 128 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß „alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu öffentlichen Ämtern zuzulassen sind.“

Dieser Passus läßt sich auch so interpretieren, daß die deutsche Staatsangehörigkeit die Voraussetzung für die Ernennung zum Beamten ist. Ob dies eine Muß- oder eine Kann-Vorschrift ist, ist umstritten. Mindestens handelt es sich um eine Gesetzeslücke. Hitler hätte die Einbürgerung bzw. die Kandidatur später auch aus diesem Grund verweigert werden können. Dies ist aber nicht geschehen. Nicht kontrovers war, daß der frisch ernannte Beamte seine Beamten-tätigkeit auch ausüben muß und nicht nur zum Schein ernannt sein darf, um in den Genuß der Staatsbürgerschaft zu kommen. Daran schloß sich allerdings das Problem an, was eine regelrechte Tätigkeit ausmacht.

31.3.1920

Hitler scheidet aus der Bayerischen Armee aus und läßt sich in München nieder.

November 1922

Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe in Wolfenbüttel

Es handelt sich um eine der ersten Ortsgruppen außerhalb von Bayern.

15.2.1923

Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe in Braunschweig

13.9.1923

Verbot der NSDAP im Land Braunschweig

18.9.1923

Auflösung der NSDAP in Braunschweig

9.11.1923

Hitler ist Anführer eines Putschversuchs der NSDAP in München (Marsch auf die Feldherrnhalle). Beteiligt sind u.a. Wilhelm Frick und Ludendorff. Hitler wird als Rädelsführer verhaftet.

23.11 1923

Die NSDAP wird im ganzen Reich nach dem Hitler-Putsch in München verboten. Sie tritt danach unter diversen Namen auf.

Januar 1924

Mit dem Übertritt Sepp Oerters ist die NSDAP erstmals im Braunschweigischen Landtag vertreten.

2.1.1924

Die Bayerische Polizei sondiert in Linz, ob Hitlers Staatsangehörigkeit in Österreich noch anerkannt wird.

1.4.1924

Hitler wird wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festungshaft in Landsberg verurteilt, wobei der größte Teil der Zeit zur Bewährung ausgesetzt wird.

Während der Haft diktiert er dem Mitgefangenen Rudolf Hess sein autobiographisches Buch „Mein Kampf“. Das Buch dient Klagges 1932 als Ausweis der wissenschaftlichen Qualifikation Hitlers für die beabsichtigte Berufung zum Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der TH Braunschweig.

20.4.1924

Die Linzer Behörden antworten positiv auf die bayerische Anfrage nach der Staatsangehörigkeit und erklären, Hitler im Falle der Ausweisung aufzunehmen.

4.5 1924

Reichstagswahl. Die verbotene NSDAP kandidiert unter dem Namen „Deutsch-völkische Freiheitspartei“ und erzielt im Kreis Wolfenbüttel mit 7212 Stimmen (= 16 Prozent) relativ das beste Ergebnis im ganzen Reich. Im Freistaat Braunschweig erringt sie 28.215 Stimmen.

Daß die NSDAP 1930 in Braunschweig in einer Koalition an der Regierung beteiligt wird, hat demnach eine längere Vorgeschichte. Braunschweig war schon früh eine „Hochburg“ des Nationalsozialismus.

22.9.1924

Die Bayerische Polizei empfiehlt zum wiederholten Male die Ausweisung von Hitler.

25.9.1924

Das Landgericht München entscheidet, daß Hitler aus der Haft zu entlassen ist.

11.10.1924

Die Österreichische Regierung erklärt, Hitler im Falle einer Abschiebung nach Entlassung aus der Festungshaft an der Grenze zurückzuweisen.

Die Sinnesänderung erfolgt auf Intervention der Wiener Regierung gegenüber den Linzer Behörden, die befürchtet, einen Putschisten und politischen Unruhestifter aufnehmen zu müssen.

7.12.1924

Reichstagswahlen und Landtagswahlen in Braunschweig. Die NSDAP erleidet im Reich unter dem Namen „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ einen Rückschlag. Die Zusammensetzung des Landtags, der von 60 auf 48 Sitze verkleinert wird, lautet: Wirtschaftliche Einheitsliste, DVP, DNVP und Braunschweigisch-Niedersächsische Partei (Welfen) zusammen 24; SPD 19, DDP 2, KPD 2, Nationalsozialistische und Freiheitsbewegung (Riese) 1.

20.12.1924

Hitler wird aus der Festungshaft in Landsberg entlassen. Die Absicht der Bayerischen Regierung, Hitler nach Österreich abzuschicken, scheitert am Widerstand der Österreichischen Regierung. (Watt 1958, S. 280)

Hitler läßt sich wieder in München (Schwabing) nieder. Er wohnt bis Oktober 1929 sehr bescheiden in der Thierschstraße 41 und seitdem luxuriös am Prinzregentenplatz 16 in einer 9 Zimmer-Wohnung. Er muß vorsichtig sein, da er nur auf Bewährung entlassen ist. (vgl. dazu die Karte „München und die NS-Bewegung 1925-1933, Inst. F. Zeitgeschichte 2013)

24.12.1924

Gerhard Marquord (DVP) bildet in Braunschweig eine bürgerliche Regierung, die sich nur auf 24 von 48 Sitzen des Landtags stützen kann und deshalb auf die Duldung des Abgeordneten Riese (NSDAP) angewiesen ist.

Riese unterstützt in der Folgezeit immer wieder die Regierung Marquordt. In gewisser Weise bildet diese Konstellation den Vorlauf zu der Koalition von 1930 aus BEL und NSDAP, obwohl die NSDAP damals noch einen linken Kurs verfolgte und Riese im Herbst 1925 wegen seiner Tolerierungspolitik aus der Partei ausgeschlossen wurde.

23.2.1925

Das NSDAP-Verbot im Reich wird aufgehoben.

7.4.1925

Hitler beantragt gegenüber der Stadt Linz die Entlassung aus der Österreichischen Staatsbürgerschaft.

Er wählt diesen Schritt, um nicht nach Österreich abgeschoben werden zu können. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte er sich aus Österreich nach Bayern abgesetzt, um dort nicht zum Wehrdienst eingezogen zu werden. Aus der Aufgabe der österreichischen Staatsbürgerschaft resultiert sein bis Anfang 1932 ungelöstes Problem, daß Hitler „Führer“ sein wollte, ohne zugleich Deutscher zu sein.

26.4.1925

Paul von Hindenburg wird im 2. Wahlgang gegen die Kandidaten der Weimarer Koalition zum Reichspräsidenten für 7 Jahre gewählt.

Bei seiner Wiederwahl 1932 wird die paradoxe Situation entstehen, daß Hindenburg mit der Unterstützung von SPD und Zentrum wiedergewählt wird, um Hitler als Präsidenten zu ver-

hindern. Hindenburg wird über diese Konstellation wenig glücklich sein, da er eigentlich bevorzugt hätte, von den Konservativen unterstützt zu werden.

30.4.1925

Hitler wird die österreichische Staatsbürgerschaft auf seinen Antrag vom 7.4. gegen eine Gebühr von 7.50 Schilling entzogen. Er ist seitdem staatenlos.

Damit hat sich Österreich vorerst des Problems Hitler entledigt.

13.6.1925

Der Lehrer Dietrich Klagges tritt in die NSDAP ein und erhält die Mitgliedsnummer 7646.

Juli 1925

Erster vergeblicher Versuch der Einbürgerung Hitlers in Thüringen.

Herbst 1925

Riese wird wegen seiner Unterstützung der Regierung Marquardt aus der Partei ausgeschlossen. Er behält aber sein Landtagsmandat und unterstützt die Regierung weiter.

Der Vorgang zeigt, daß die NSDAP noch einen linken Kurs verfolgt.

1.4.1926

Roloff wird Lehrbeauftragter für Geschichte und außerplanmäßiger a.o. Professor für Geschichte an der TH Braunschweig.

Dies ist die erste „Hausberufung“ Roloffs. Roloff ist bereits Landtagsabgeordneter der DNVP, die an der Koalition der Regierung Marquardt beteiligt ist. Der Vorgang wie alle weiteren Beförderungen Roloffs an der TH Braunschweig lassen sich als Indizien werten, daß seine akademische Karriere immer wieder das Ergebnis von politischem Einfluß bzw. die Belohnung für politisches Wohlverhalten war.

22.1.1926

Werner Küchenthal ersetzt Grone (DNVP) als Minister der Regierung Marquardt (DVP).

1.5.1927

Roloffs Lehrauftrag wird erweitert. Er soll ein Institut für Geschichte gründen, das im Schloss in zwei Räumen eingerichtet wird.

Juli 1927

Die Kulturwissenschaftliche (8.) Abteilung (Gymnasiale Lehramtsausbildung) wird auf Betreiben Roloffs durch die Regierung Marquardt in die TH integriert und beginnt im Sommersemester mit dem Lehrbetrieb.

Seitdem wird die Abteilung personell ausgebaut und verfügt bis 1930 über 4 o. Prof.: Gehlhoff, Geiger, Moog, Riekel; 5 a.o. Prof.: Brüning, Gronau, Herwig, Jensen, Roloff; 3 Hon. Prof. : Staats, Paulsen, Kükelhahn; 4 PD: von Bracken, Hoppe, Jesse, Lange; 3 Dozenten.: Dosse, von Frankenberg und ?

27.11.1927

Wahl zum Braunschweigischen Landtag (46 Sitze): SPD 24, KDP 2, DDP 2, DVP 8, DNVP 5, Wirtschaftspartei 2. Die NSDAP erringt nur 3,7 Prozent und 1 Sitz (Franz Groh).

Die DVP war ursprünglich unter den bürgerlichen Parteien in Braunschweig die stärkste Kraft. Sie vertrat die Interessen der Industrie. Die DNVP vertrat die (groß)bäuerlichen Interessen. Das Zentrum spielte in dem nahezu rein protestantischen Land keine Rolle. Groh gehört zum linken Flügel der NSDAP.

14.12.1927

Regierungsbildung durch die SPD, die über die absolute Mehrheit verfügt. Heinrich Jasper wird Ministerpräsident einer Dreiministerregierung, Sievers wird Volksbildungsminister, Steinbrecher Innenminister.

Die Alleinregierung der SPD war zu diesem Zeitpunkt einzigartig in Deutschland. Als Konsequenz der Sieversschen Berufungspolitik gelangen im Zuge des personellen Ausbaus der Kulturwissenschaftlichen Abteilung schrittweise 9 SPD-Mitglieder in den Lehrkörper der TH: Riekel, Hoppe, Geiger, Jensen, Paulsen, Brüning, Staats, von Bracken, von Frankenberg, die aber nicht alle beamtete Professoren sind. Diese Berufungen bringen der SPD von den bürgerlichen Parteien den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft ein. Insbesondere Riekel, Jensen und Paulsen als profilierte Reformpädagogen stehen im Zentrum der Auseinandersetzung. Dagegen gibt es Widerstand von Seiten der DNVP und von Rektor Mühlenpfordt. Als Kompromiß werden auch die naturwissenschaftlich-technischen Fächer personell ausgebaut.

7.1.1928

Der „Sieverssche Schulerlaß“ führt zur Aufwertung der seminaristischen Volksschullehrer-ausbildung durch Verlagerung in die Kulturwissenschaftliche Abteilung der TH.

Dieser Erlaß trifft auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien.

4.5.1928

Rektor Mühlenpfordt beantragt, August Riekel eine neue a.o. Professur am Lehrstuhl für Erziehungswissenschaften zu übertragen.

20.5.1928

Reichstagswahl: NSDAP erringt nur 2,6 % der Stimmen und 12 Sitze. Im Land Braunschweig erringt sie knapp 20.000 Stimmen.

Bildung einer Großen Koalition im Reich unter Einschluß der DVP (bis 27.3.1930)

Aus dem schlechten Abschneiden bei der Reichstagswahl resultiert ein strategischer Kurswechsel der NSDAP: Nicht aus der Arbeiterschaft in Konkurrenz zu den Linksparteien, sondern aus dem bürgerlichen Lager im Kampf gegen die Linke Stimmen holen. Seitdem wird die „nationale“ gegenüber der „sozialistischen“ Komponente der NSDAP betont.

Die Parteigau werden den Reichstagswahlkreisen angepaßt. So entsteht der Gau „Süd-Hannover-Braunschweig“ analog zum Reichstagswahlkreis 15. Gauleiter wird Herman Rust.

1.7.1928

Ernennung August Riekels (SPD-Mitglied) zum planmäßigen a.o. Professor an der TH Braunschweig in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Zugleich wird seine Stelle in ein persönliches Ordinariat mit ruhegehaltsfähiger Zulage umgewandelt.

10.5.1929

Gründung des NS-Studentenbunds in Braunschweig

25.6.1929

Der Landtag beschließt die Einrichtung eines „Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften“.

12.7.1929

Riekel wird Direktor des „Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften“.

September 1929

1,3 Mio. Arbeitslose.

3.10.1929

Tod Außenminister Stresemanns (DVP)

Seitdem orientiert sich die DVP nach rechts in Richtung DNVP und später NSDAP.

29.10.1929

Der „schwarze Freitag“ an der New Yorker Börse löst die Weltwirtschaftskrise aus.

23.11.1929

Ernst Böhme wird zum Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig gewählt.

8.12.1929

Die Landtagswahl in Thüringen ergibt folgende Verteilung der 53 Sitze: SPD 18, Landbund 9, Wirtschaftspartei 6, KPD 6, NSDAP 6, DVP 5, DNVP 2, DDP 1.

Damit ist eine Mehrheit aus bürgerlichen Parteien + NSDAP ist möglich. Die nationalliberale DVP steht vor der Alternative Rechtskoalition oder Koalition mit der SPD. In Braunschweig wird 1930 eine ähnliche Konstellation eintreten, nur daß sich dort die bürgerlichen Parteien vor der Wahl zu einer Einheitsliste zusammengeschlossen haben.

10.1.1929

Die thüringische NSDAP fordert die bürgerlichen Parteien ultimativ auf, bis zum 13.1. eine Koalitionsregierung zu bilden. Bei einer Weigerung droht sie mit dem Antrag zur Auflösung des Landtags, um Neuwahlen herbeizuführen. Die DVP beugt sich dem Ultimatum.

Die DVP gibt nach, weil sie bei Neuwahlen ein weiteres Anwachsen der NSDAP befürchtet.

21.12.1929

Zweiter Versuch der Einbürgerung Hitlers in Bayern auf dem Weg über den Reichsrat durch die NSDAP-Abgeordneten Buttman und Frick. Der Bayerische Ministerrat lehnt die Einbürgerung u.a. mit dem Argument ab, daß das Vorhaben im Reichsrat auf Widerspruch stößt.

23.1.1930

Regierungsbildung in Thüringen. Baum (Landbund, Stahlhelm) wird Ministerpräsident, Frick (NSDAP) wird Innen- und Volksbildungsminister in einer Koalition (bis 1.4.1931).

Die DVP wollte Frick als verurteilten Teilnehmer am Münchener Putsch verhindern, kann sich aber nicht durchsetzen. Bald darauf versucht Frick, Hitler zum Direktor der Weimarer Kunsthochschule zu machen, scheitert aber am Widerstand der Koalitionspartner. Ferner beruft er als eine seiner ersten Maßnahmen den Rasseideologen Hans Günther gegen den Widerstand der Universität Jena auf einen Lehrstuhl für Sozialanthropologie. Ähnliches hatte Klagges 1932, wenn die Berufung ernst gemeint sein sollte, mit Hitler vor.

Februar 1930
3,4 Mio. Arbeitslose

Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosenzahlen von 1,3 Mio im September 1929 auf 3,4 Mio nur 5 Monate später ist eine wesentliche Erklärung für das rapide Anwachsen der Stimmen für die NSDAP.

2.2.1930

Hitler schreibt einen Brief an einen ungenannten Auslandsdeutschen, der die NSDAP finanziell unterstützt. In dem Brief erläutert Hitler seine strategischen und taktischen Beweggründe, warum er in Thüringen (*und in Zukunft anderswo*) Koalitionsregierungen einget: „Ich glaube man erwartete (besonders auf Seiten der Deutschen Volkspartei!), daß ich irgend einen national schimmernden Regierungsbeamten zur Verfügung stellen würde, mit dem man dann schnell fertig geworden wäre. Man mußte deshalb dieses Mal gleich von Anfang an den Herrn Parteipolitikern zeigen, daß jeder Versuch einer Übertölpelung der nationalsozialistischen Bewegung lächerlich ist. So erklärte ich zunächst prinzipiell mein Einverständnis, uns an der Regierungsbildung in Thüringen aktiv zu beteiligen. Hätte ich „Nein“ gesagt und wäre es darüber zur einer Neuauflösung des Landtags gekommen, würden manche Wähler vielleicht den Entschluß uns das Vertrauen zu schenken wieder bedauert haben. Von dem Moment an, an dem unser prinzipielles Einverständnis vorlag, wäre jede Neuwahl zu Ungunsten der anderen Parteien ausgegangen. Nachdem auf solche Art unsere prinzipielle Bereitschaft zur Beteiligung an der Regierung abgegeben und angenommen worden war, stellte ich zwei Forderungen: Innenministerium und Volksbildungsministerium. Es sind dies in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter. Dem Innenministerium untersteht die gesamte Verwaltung, das Personalreferat, also Ein- und Absetzung aller Beamten, sowie die Polizei. Dem Volksbildungsministerium untersteht das gesamte Schulwesen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität in Jena sowie das gesamte Theaterwesen. Wer diese beiden Ministerien besitzt, und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausnützt, kann Außerordentliches wirken.“ (Brief in Dickmann 1966, hier S. 461)

In dem Brief formuliert Hitler die Plaupause für die spätere Taktik in Braunschweig, nachdem die Machtposition in Thüringen wieder verloren gegangen war. Statt Frick sollte Klagges die Person des Statthalters einnehmen. Hitler macht deutlich, daß er allein die Personalentscheidungen trifft und prophezeit in dem Brief die Machtübernahme in 2-3 Jahren. Mit den Aussagen dieses Briefs werden alle Spekulationen, welche Schritte später in Braunschweig aus welcher Absicht auch immer von Seiten der NSDAP unternommen worden sind, gegenstandslos. Alles war nur Taktik. Mögliche Irritationen sind nur dadurch zu erklären, daß es innerhalb der NSDAP noch unterschiedliche Positionen gab und insbesondere der linke Flügel (Strasser, Franzen u.a.) Hitler nicht folgen mochte.

Eröffnung des Internationalen Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften im Salve Hospes in Braunschweig in Anwesenheit von Reichsinnenminister Severing (SPD), der die Gründung gefördert hat. Severing wird Ehrendoktor der TH Braunschweig.

Die Lehrerbildung an der TH erhält das Promotionsrecht, die damit eine weitere Aufwertung im Sinne der sozialdemokratischen Bildungspolitik erfährt.

17.3.1930

ASTA-Wahlen an der TH: Der NSDSt verzeichnet als einzige Liste einen starken Stimmenzuwachs (von 103 auf 195) gegenüber 1929 und erringt 5 statt zuvor 3 Sitze. Stärkste Fraktion bleibt die Arbeitsgemeinschaft der Korporationen mit 323 (zuvor 361) Stimmen und 9 Sitzen.

Die Wahlen zeigen, daß die NSDAP mittlerweile auch unter Studenten starken Zulauf erfährt. Dies eröffnet ihr später auch an der TH die Perspektive, Druck von unten aufzubauen.

25.3.1930

Der Bildungs- und Verwaltungsplan für die Volksschulen soll den Bildungssektor in Braunschweig reformieren.

27.3.1930

Rücktritt von Reichskanzler Müller (SPD). Die Große Koalition im Reich zerbricht, weil SPD und DVP sich nicht einigen können, auf wessen Kosten das Haushaltsdefizit als Folge der Weltwirtschaftskrise ausgeglichen wird. Der Anlaß ist geringfügig. Die SPD will die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 4 Prozent anheben. Die DVP lehnt dies ab.

Der Vorgang markiert einen tiefen Einschnitt für die Weimarer Republik. Seitdem gibt es keine Regierung mehr, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt. Stattdessen beginnt die Phase der Präsidialregierungen.

Eine Konsequenz für Braunschweig sind finanzielle Probleme des Riekel-Instituts, da die zugesagte Unterstützung durch den Regierungswechsel in Berlin ausbleibt.

28.3.1930

Hindenburg beauftragt Heinrich Brüning (Zentrum) mit der Bildung eines neuen Kabinetts.

30.3.1930

Brüning bildet sein erstes Kabinett aus Ministern der bürgerlichen Parteien (bis 7.10.1931), das an keine Koalition gebunden ist.

2.4.1930

Der thüringische Innenminister Frick erklärt im Berliner Sportpalast, Hitler einbürgern zu wollen.

15.4.1930

Der thüringische Staatsminister Baum (Landvolk, Stahlhelm) erwirkt einen Kabinettsbeschluß, mit dem die Einbürgerung Hitlers abgelehnt wird.

5.6.1930

Uniformverbot für die SA in Bayern

Mitte Juni 1930

Uniformverbot für die SA in Preußen und Baden

12.7.1930

Versuch der Einbürgerung Hitlers auf dem thüringischen NSDAP-Gautag in Gera. Innenminister Frick übergibt Hitler eine Ernennungsurkunde als 2. Gendarmeriekommissar in Hildburghausen (Besoldungsstufe A 4 c 1). Hitler reagiert laut späterer Aussage im Untersuchungsausschuß zurückhaltend, unterschreibt aber eine Empfangsbestätigung.

Später will er die Urkunde zu Hause vernichtet haben. Frick behauptet ebenfalls, sein Exemplar der Urkunde vernichtet zu haben. Allerdings gibt es die Aussage des NSDAP-Dissidenten Stennes, daß sie im „Braunen Haus“ in München aufbewahrt wird, um sie zu gegebener Zeit zu präsentieren. Im Licht des Hitler-Briefs von 1930 ist diese Version plausibel.

Overesch 1992 vertritt die These, daß die Einbürgerung mit der Überreichung der Anstellungsurkunde rechtskräftig war. Erst das spätere Kaisenberg-Gutachten bzw. der Spott in der Presse haben diesen Weg als „Scheingeschäft“ verbaut.

16.7.1930

Auflösung des Reichstags. Die Neuwahl wird für den 14.9.1930 angesetzt. Der Braunschweigische Landtag schließt sich aus finanziellen Gründen an.

31.7.1930

Auflösung des Braunschweigischen Landtags

10.9.1930

Rohloff (DNVP) verkündet auf einer Wahlversammlung der Bürgerlichen Einheitsliste (BEL) in Braunschweig die Frontstellung gegen die „Marxisten“ (SPD und KPD) und deren Personal- und Bildungspolitik im Hochschul- und Schulbereich.

Hier wird die Begründung für die anschließende Koalition mit der NSDAP geliefert. Roloff erweist sich als politischer Kopf der DNVP und der BEL. Küchenthal steht nur auf Platz 12 der Kandidatenliste der DNVP. Wessel ist die Führungsfigur der DVP. Latent gibt es von Anfang an einen Konflikt innerhalb der BEL, da für die DVP ein Bündnis mit der SPD denkbar ist, während die DNVP eher zu einem Bündnis mit der NSDAP neigt. Idealerweise hätte die BEL eine bürgerliche Alleinregierung bevorzugt.

14.9.1930

Die Wahlen zum Reichstag und zum Braunschweigischen Landtag bringen starke Stimmengewinne für die NSDAP. Im Reichstag erringt die NSDAP 18,3 % der Stimmen und 107 Sitze. Anton Franzen, Spitzenkandidat der NSDAP in Schleswig-Holstein, wird Reichstagsmitglied.

Im Wahlkreis Südhannover-Braunschweig erringt die NSDAP 24,3 % der Stimmen. Die Sitzverteilung im Braunschweigischen Landtag lautet: SPD 17, KPD 2, Staatspartei (Walter Schrader) 1, NSDAP 9, BEL aus DNVP, DVP, Wirtschaftsverband, Haus- und Grundbesitzer, Zentrum u.a. 11 (darunter Roloff), darunter DVP 4 (Wessel, Brandes, Oehlmann, Marquardt). Roloff wird Fraktionsvorsitzender der BEL. Madel (NSDAP) muß sein Mandat wegen einer Vorstrafe abgeben. Deswegen rückt Alpers nach. Die NSDAP-Fraktion besteht demnach aus Alpers, Bertram, Buchheister, Duckstein, Groh, Schmalz, Schmidt, Schneider und Zörner. Franz Groh wird Fraktionsvorsitzender.

Der Rückgang der Stimmen für die SPD kann auf die Weltwirtschaftskrise zurückgeführt werden. Die SPD hofft auf eine Koalition mit DVP, um an der Regierung zu bleiben. Die BEL ist vom Wahlerfolg der NSDAP überrascht und hat für sich ein besseres Ergebnis erhofft. Der

Abgeordnete Walter Schrader ist nicht zu verwechseln mit dem Braunschweiger Stahlhelm-Führer Werner Schrader, der sich später dem Widerstand gegen Hitler anschließt. Der Abgeordnete Schrader sympathisiert mit der nationalen Rechten. Sein Jungdeutscher Orden steht aber in harter Konkurrenz zur NSDAP. Deshalb will Schrader nur von Fall zu Fall abstimmen. Eine Koalition BEL-NSDAP, die nur auf 20 von 40 Stimmen kommt, bedarf der Tolerierung Schraders. In Braunschweig herrscht seitdem Burgfriede zwischen Jungdeutschem Orden und NSDAP, nicht aber im Reich. Ministerpräsident Jasper (SPD) hätte mit Hilfe der Staatspartei und der KPD im Amt bleiben können.

25.9.1930

Hitler, der im Hochverratsprozeß gegen drei Ulmer Reichswehroffiziere in Leipzig (23.9. – 4.10.1930) als Zeuge vernommen wird, nutzt den Auftritt angesichts der anwesenden Presse propagandistisch und legt seine Partei auf einen Legalitätskurs fest: Die NSDAP erstrebe mit ausschließlich legalen Mitteln die Macht und wolle „in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form ... gießen, die wir als die richtige ansehen“. (Vgl. zum Text des sog. Legalitätseids Droste 1982, Bd. 1, S. 489.)

Es ist umstritten, ob die Aussage ernst gemeint ist oder nur taktisch zu werten ist. Die Boxheimer Dokumente u.a. später bei Hausdurchsuchungen nach dem 1. Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten gefundene Dokumente sind Indizien für das Gegenteil. Der Legalitätskurs war in der Folge nicht unumstritten und wurde immer wieder von der SA kritisiert.

2.2 Die Braunschweiger Koalition aus BEL und NSDAP 1930-1933 und der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

26.9.1930

BEL und NSDAP einigen sich über die Bildung einer Koalitionsregierung aus zwei Ministern im Freistaat Braunschweig. Die BEL nominiert Roloff für das Innen- und Volksbildungsministerium wegen der damit verbundenen Einflußnahme auf die Personalpolitik. Die NSDAP lehnt das angebotene Justiz- und Finanzressort ab, da wegen der Weltwirtschaftskrise in dem kleinen Land eine autonome Politik unabhängig vom Reich nicht möglich ist. Die Koalition verfügt nur über 20 von 40 Sitzen. Deshalb ist die Tolerierung durch die Staatspartei (Schrader) notwendig.

Eine mögliche Koalition SPD – DVP unter Auflösung der BEL kommt nicht zustande, obwohl sie von der DVP-Reichsleitung bevorzugt wird, weil die braunschweiger DVP über die Personal- und Finanzpolitik der SPD verärgert ist. Die BEL gibt im Ressortstreit nach. Roloff verzichtet, so daß Küchenthal für das Finanz- und Justizressort nominiert wird.

Verzichtet Roloff, weil er nicht Volksbildungsminister wird? Kurz nach der Regierungsbildung wird er jedenfalls auf eine Professur berufen. Dies dürfte eine Kompensation für den Verzicht gewesen sein.

Die DVP ist der Verlierer der Koalitionsverhandlungen, da sie für sich ein drittes Ministerium beansprucht hatte. Sie wollte den NSDAP-Ministerkandidaten Anton Franzen verhindern, der von Hitler ausgesucht ist, und selber dessen Ministerium besetzen. Ursprünglich waren Frick oder Rust als Kandidaten der NSDAP vorgesehen, die aber von der BEL abgelehnt wurden. Stattdessen wurde Dr. Anton Franzen (Kiel) nominiert.

Hätte die DVP unter diesen Umständen die BEL verlassen und mit der SPD koalitiert, wäre die Entwicklung in Braunschweig bis 1933 anders verlaufen und wäre Hitler in Braunschweig nicht eingebürgert worden!

Laut späterer Erinnerung Küchenthals (Küchenthal 1969) soll bereits damals die Frage der Hitler-Einbürgerung verhandelt worden sein, die zu gegebener Zeit zu regeln sei. Roloff (DNVP) und Brandes (DVP) hätten damals schon das Vorhaben akzeptiert. Hauptziel der neuen Regierung sei (laut Roloff jun. 1961) die „Säuberung“ des Volksbildungsministeriums, der Schulverwaltung und der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH von den linken Professoren gewesen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Frantzen aus Kiel wird in Braunschweig Innenminister“. (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 1, S. 608)

Dies ist die einzige Erwähnung der braunschweiger Koalitionsbildung im Tagebuch von Goebbels. Offenbar ist ihm die strategische Bedeutung der Regierungsbeteiligung der NSDAP in Braunschweig noch nicht klar. Hinzu kommt, daß er Franzen auch noch falsch mit tz schreibt.

30.9.1930

Ernst Zörner (NSDAP, Mitglieds-Nr. 20332) wird mit 20 gegen 17 Stimmen anstelle von Kuno Rieke (SPD) zum Landtagspräsidenten gewählt. KPD und Staatspartei (Schrader) enthalten sich der Stimme.

Diese Wahl war umstritten, da eigentlich die stärkste Fraktion (SPD) den Landtagspräsidenten stellt. Mindestens hätte die DVP Wessel bevorzugt, weil die BEL in der Koalition der grö-

ßere Partner war. Die DVP gibt wieder nach. Die Frage, wer den Landtagspräsidenten stellt und damit die Macht über die Geschäftsordnung hat, sollte später mehrmals eine Abstimmung entscheidend beeinflussen.

31.9.1930

Wahl der Landesregierung (Küchenthal, Franzen) mit dem gleichen Stimmenverhältnis von 20 : 17. Der Gegenkandidat Jasper erhält 17 Stimmen. KPD und Staatspartei enthalten sich der Stimme.

Insofern hat auch die KPD (wie im Reichstag) einen Teil der Verantwortung für die spätere Entwicklung.

1.10.1930

Regierungsbildung: Dr. Werner Küchenthal (BEL – DNVP) wird Vorsitzender des Staatsministeriums (Ministerpräsident) und Finanzminister, Dr. Anton Franzen (NSDAP), Amtsgerichtsrat in Kiel, wird Innenminister und Volksbildungsminister. Klagges wird von Franzen zum Hilfsreferenten ins Volksbildungsministerium berufen.

Hauptaufgabe der neuen Regierung soll die „Säuberung“ der Lehramtsausbildung im Ministerium, in der Schulverwaltung und in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH von Sozialdemokraten sein.

Bei den anschließenden Etatberatungen im Landtag, die die prekäre Finanzlage des Freistaats deutlich machen, wird, von Roloff angestoßen, diskutiert, ob die Selbständigkeit des Landes oder der Anschluß an Preußen vorzuziehen sei. Die NSDAP ist entschieden für die Selbständigkeit.

U.a. an dieser Kontroverse wird die Koalition später zeitweilig zerbrechen. Braunschweig war nach Mecklenburg-Strelitz das am meisten verschuldete Land im Reich. Die NSDAP war dennoch für die Selbständigkeit, um die von Hitler skizzierte Machtposition einer Regierungsbeteiligung nicht zu verlieren.

Trotz knapper Finanzen wird eine neue Professur für die Kulturwissenschaftliche Abteilung der TH in den Haushalt eingestellt.

Daß eine solche Professur eingerichtet wurde, geht aus dem Antrag des Dekans der Kulturwissenschaftlichen Abteilung vom 24.11.1930 indirekt hervor. Für wen war die neue Professur gedacht? Als Kandidaten bieten sich an Roloff – als Belohnung für seine Kooperation und als Ersatz für seinen Verzicht auf ein Ministeramt – oder womöglich bereits Hitler, um die in Thüringen mißglückte Einbürgerung zu wiederholen?

4.10.1930

Ein neuer Schulerlaß von Franzen revidiert die Reformen der SPD auf dem Bildungssektor.

5.10.1930

Reichskanzler Brüning (Zentrum) trifft sich erstmals mit Hitler in Begleitung von Frick und Gregor Strasser. Brüning informiert Hitler über seinen rigiden Sparkurs und appelliert an Hitler, eine konstruktive Opposition zu betreiben. Hitler wird in dem Gespräch ausfallend. (vgl. dazu Ullrich 2013, S. 265f.)

Falls Brüning die Absicht gehabt haben soll, Hitler an der Regierung zu beteiligen, so muß ihm die Unterredung klar gemacht haben, daß dies keine Option sein kann. Immerhin fängt die Reichsregierung an, Hitler als politischen Faktor ernst zu nehmen.

13.10.1930

Minister Franzen versucht durch eine Falschaussage (Meineid) in Berlin, einen Parteifreund der Verhaftung zu entziehen. Die SPD startet eine Kampagne gegen Franzen. Die DVP fordert den Rücktritt von Franzen. Die Affäre führt fast zum Bruch der Koalition. Das Reichsinnenministerium sperrt den Polizeikostenzuschuß des Reiches.

Um auf Franzen, dem die Polizei unterstellt ist, Druck auszuüben.

20.10. – 1.11.1930

Erste Verbote von Franzen gegen die SPD

30.10.1930

Die Regierungserklärung Küchenthals kündigt den Sparkurs an.

1.11.1930

Seit diesem Datum ist die neue, durch den Haushalt bewilligte, planmäßige a.o. Professur in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung besetzbar.

11.11.1930

Die Braunschweigische Landeszeitung, die ursprünglich die Politik der DVP vertreten hat, ändert ihre politische Linie und unterstützt seitdem die NSDAP.

18.11.1930

In Braunschweig werden (zum 1.2.1931) 4 (von 6) Kreisdirektoren, 7 (von 20) Schulräte, der Kommandeur der Schutzpolizei und der Leiter des Landeserziehungsamts entlassen, die alle der SPD angehören.

Besuch Hitlers in Braunschweig, um den örtlichen Parteiführern in einer internen Sitzung die politische Richtung zu weisen: Die Koalition mit der Bürgerlichen Einheitsliste ist nur Taktik. Verfolgt werden soll künftig eine Doppelstrategie: Agitation auf der Straße und im Parlament bei gleichzeitiger Deckung von oben durch die Regierungsbeteiligung.

Hitler verkündet damit eine Generallinie, die er in seinem privaten Brief von 1930 bereits skizziert hat. Nach Thüringen soll sie jetzt in Braunschweig ausprobiert und später im Reich verfolgt werden. In der Strategie zur Erringung der Macht soll Braunschweig zum Musterland der NSDAP werden. Braunschweig eignet sich dafür, weil seine Sozialstruktur im ländlichen Raum – kein Katholizismus – und seit der Weltwirtschaftskrise auch in der Stadt gute Voraussetzungen für eine frühe Verankerung der NSDAP bietet.

24.11.1930

Dekan Gehlhoff der Kulturwissenschaftlichen Abteilung beantragt über Rektor Schmitz bei Minister Franzen u.a. eine planmäßige a.o. Professur für Roloff (= Verbeamtung und Aufstockung der Bezüge). Der Antrag nimmt Bezug auf die freie a. o. Professur in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, die durch den Staatshaushalt 1930 bewilligt ist. Die Mittel der freien Professur sollen durch Umwidmung für eine planmäßige o. Professur für Methodik und Didaktik verwendet werden.

Laut Vorlesungsverzeichnis der TH für das Studienjahr 1930/31 handelt es sich bei der unbesetzten Stelle um eine Professur für „Deutsche Sprache und Literatur“. Möglicherweise war die Denomination nur ein Platzhalter bzw. entsprach dem Wunschenken der Abteilung, während das Ministerium damit eine andere Absicht verfolgte.

30.11.1930

Neuformulierung des Staatsbeamtengesetzes in Braunschweig. In § 51 heißt es: „Das Staatsministerium verleiht die Staatsämter nach freier EntschlieÙung und stellt die Staatsbeamten an.“

Beide Minister müssen demnach einer Ernennung zustimmen. Diese Bestimmung sollte für Klagges später ein Problem bei der beabsichtigten Berufung Hitlers zum Professor werden, da Küchenthal seine Unterschrift verweigerte.

4.12.1930

Rektor Schmitz leitet den Antrag Gehlhoffs an Minister Franzen weiter.

1.1.1931

Klagges wird gegen den Widerstand der DVP zum Regierungsrat im Staatsministerium befördert.

Hierbei handelt es sich um eines der ersten Fälle eines Parteibuchbeamten der Gegenseite.

7.1.1931

Franzen lehnt den Antrag Gehlhoff vom 24.11. ab, fordert Gehlhoff aber auf, die seit dem 1.11.1930 unbesetzte planmäßige a.o. Professur mit der neuen Denomination „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ zu versehen und alsbald zu besetzen. Diesbezügliche Vorschläge sollen innerhalb von drei Wochen gemacht werden.

Damit wird erstmals an der TH einer Professur mit der Teildenomination „Staatsbürgerkunde“ (= Politikwissenschaft) geschaffen. Sie ist offensichtlich für Roloff bestimmt, der 1913 genau diese venia verliehen bekommen hat. Offenbar war Gehlhoff in eine mögliche Absprache Franzen/Küchenthal/Roloff im Zuge der Koalitionsverhandlungen nicht eingeweiht.

9.1.1931

Rektor Schmitz erklärt, daß eine Dreierliste innerhalb von 3 Wochen nicht erstellt werden kann, und schlägt deshalb eine Einerliste mit dem Privatdozenten für Geschichte und Staatsbürgerkunde a.o. Prof. Dr. Roloff vor.

11.1.1931

46 Lehrer werden zum 1.4. in Ruhestand versetzt. 26 dissidente Lehrer, die noch keine Planstelle haben, werden entlassen (Roloff 1961, S. 40)

Datierung und Umfang der Entlassungen sind in der Literatur umstritten.

16.1.1931

Franzen beauftragt den Rektor, die planmäßige a.o. Professur für Geschichte und Staatsbürgerkunde mit PD Dr. Roloff zu besetzen.

23.1.1931

Mühlenpfort sendet den Dienstvertrag für Roloff an Franzen, der auf den 1.1.1931 datiert werden soll. Noch am selben Tag erfolgt der entsprechende Beschluß Franzens.

26.1.1931

Schreiben Franzens an Mühlenpfort, daß Roloff mit Wirkung vom 1.2. zum planmäßigen a.o. Professor, Besoldungsgruppe A 2 b, ernannt und damit verbeamtet wird.

Der Vorgang erweckt den Hautgout, daß Roloff durch seine politische Kooperation bei der Bildung der Koalitionsregierung mit einer Professur belohnt worden ist, nachdem er bei der Regierungsbildung als Minister zu kurz gekommen ist. Damit wird auch Roloff wie zuvor Klagges „Parteibuchbeamter“. Genau dies hatte die BEL zuvor an der SPD kritisiert und als eine wesentliche Begründung für den Regierungswechsel in Braunschweig angeführt.

Februar 1931

5 Mio. Arbeitslose

Die gemäßigten Konservativen sondieren erstmals die Idee, Die Amtszeit Hindenburgs in Anbetracht der auslaufenden ersten Amtszeit auf Lebenszeit zu verlängern.

Brüning wird sich dieser Idee Ende 1931 anschließen. Die Frage lautet: Ab wann hat sich Hitler mit dieser Idee bzw. einer eigenen Kandidatur auseinandergesetzt?

3.2.1931

Etatrede Küchenthals für 1931 im Landtag: Die Sanierung des Staatshaushalts soll durch Einsparungen im Personalbestand vor allem im Erziehungswesen erbracht werden (= finanzielle Begründung der Entlassung von SPD-Lehrern). Der TH-Haushalt soll dennoch um 13.290 RM gesteigert werden: „Die Erhöhung der Ausgaben ist im wesentlichen auf die Einstellung der Bezüge für eine ordentliche und eine außerordentliche Professur, sowie die Vergütung für einen hauptamtlichen Turn- und Sportlehrer zurückzuführen. Die planmäßige ordentliche Professur ist für die 8. Abteilung bestimmt und wird für unbedingt erforderlich gehalten, um für die planmäßige Ausbildung der Lehrerstudenten die ordnungsgemäße und andren Ausbildungsstätten gleichwertige Grundlage zu schaffen.“ (MS der Rede, S. 27, Nachlass Küchenthal, Landesmuseum)

Ist diese bereits für Hitler (?) oder für Roloff vorgesehen, der damit abermals befördert werden würde? Die a.o. Professur ist für die Luftfahrt vorgesehen.

Ernennung Roloffs zum planmäßigen a.o. Professor für „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ rückwirkend zum 1.2.1931 durch Umwidmung der vakanten Stelle.

7.2.1931

Der Reichstag lehnt mit 293 : 221 Stimmen die von NSDAP und KPD eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Regierung ab.

9.2.1931

Die Parteien der Harzburger Front (NSDAP und DNVP) ziehen wegen der Ablehnung der Mißtrauensanträge bis 31.10.1931 aus dem Reichstag aus.

Das war womöglich ein taktischer Fehler, weil sie sich damit der Einflußnahme begaben.

17.2.1931

Haushaltsdebatte mit 1. Lesung im Braunschweigischen Landtag

21./22.2.1931

Der Gauparteitag der NSDAP findet in Braunschweig statt und wird von Gauleiter Bernhard Rust eröffnet, weil in Hannover (Preußen) ein Uniform- und Aufmarschverbot besteht. Hitler nimmt teil.

Auffällig ist, daß sich die Besuche Hitlers in Braunschweig häufen, solange die Koalitionsregierung besteht. Der Umstand unterstreicht deren strategische Bedeutung.

Frühjahr 1931

Franzen will die Hochschule, insbesondere die Kulturwissenschaftlichen Abteilung (für Lehrerbildung) „säubern“ und die Reformpädagogen/SPD-Mitglieder entfernen. Dabei bedient er sich legaler Mittel. Der Hochschulreferent, Ministerialrat Paul Albrecht, wird von Franzen im Amt belassen.

Auf der Entlassungsliste stehen Jensen, Paulsen, Riekel, Geiger, Staats, die allerdings jeweils einen unterschiedlichen Status haben. Nur Geiger, Jensen und Riekel sind verbeamtete Professoren. Lehraufträge werden jeweils für ein Jahr vergeben. Diese mußten nur, wie im Falle von Paulsen und Staats, nicht verlängert werden. Professoren waren, solange man sich noch an Recht und Gesetz hielt, nicht so ohne weiteres zu entfernen.

Jensen, Paulsen und Riekel sind Reformpädagogen, die von der SPD bzw. dem zuständigen Minister Sievers gefördert wurden. Die Voraussetzung zur Reform des Schulwesens ist eine reformpädagogische Ausrichtung der Ausbildung von Gymnasial- und vor allem auch von Volksschullehrern, deren seminaristische, d.h. unterhalb der Hochschule angesiedelte Ausbildung, akademisch aufzuwerten ist. Dies setzt wiederum die Berufung von Reformpädagogen auf die Professuren in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH voraus. Wenn man umgekehrt die Lehramtsausbildung und damit den Schulunterricht im Sinne der NS-Ideologie ausrichten will, muß Franzen bzw. müssen später noch radikaler Klagges/Schmidt-Bodenstedt konsequenterweise wieder bei den Professoren für die Lehramtsausbildung ansetzen und das Lehrpersonal austauschen. Hierbei findet der NS-Volksbildungsminister solange Zustimmung bei den bürgerlichen Professoren, insbesondere bei Roloff, solange es gegen die Reformpädagogik der SPD geht. Er stößt aber auf deren Widerstand, wenn es um die Durchsetzung der NS-Ideologie auf Kosten einer akademischen Ausbildung geht, wie sie seit 1937 in der Bernhard Rust-Hochschule betrieben wurde.

Aus der als erste vorgenommenen Entlassung Riekels, die allerdings nicht nur politische Gründe hatte, und der langen Vakanz der Stelle ergab sich die Möglichkeit, durch Umwidmung der Denomination eine Professur für Hitler zu schaffen, um ihn über die Verbeamtung einzubürgern. Als Klagges den Auftrag erhielt, Hitler die für dessen Präsidentschaftskandidatur notwendige deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen, sah er in der Berufung eine elegante Möglichkeit zur Umsetzung des Auftrags, da die Hochschule in sein Ressort fiel. Aufgrund der Umwidmung der Denomination glaubte er, an der Hochschule vorbei agieren zu können, da es sich in seinem Verständnis um eine ganz neue Professur handelte, die nicht der Zustimmung der Hochschule bedurfte.

Viele Indizien sprechen dafür, daß das Vorhaben von langer Hand und für alle Fälle geplant war, um es bei Bedarf rasch umsetzen zu können. Diese Vermutung läßt sich allerdings nicht aus den Personalakten belegen.

23.2.1931

Riekel beklagt sich bei Ministerialrat Albrecht über den öffentlichen Druck gegenüber seiner Person.

28.2.1931

Dekan Gehlhoff distanziert sich von Riekel in einem Gutachten.

1.3.1931

Kommunalwahlen im Freistaat Braunschweig. In der Stadt erhalten SPD 14, KPD 4, NSDAP 10 Sitze, die BEL 7 Sitze. Ernst Böhme (SPD) bleibt Oberbürgermeister. Umgerechnet auf den Landtag hätte die Linke 20 statt 19 Mandate (SPD = 16, KPD = 4, NSDAP = 12, BEL = 8) und damit wieder die Mehrheit erhalten. Die DVP verliert zu Gunsten von DNVP und NSDAP.

In der Gemeinde Bodenstedt (Landkreis Braunschweig) ergibt die Wahl folgende Verteilung der 9 Gemeinderatssitze: NSDAP 4, DNVP 2, SPD 2, KPD 1. Der Gemeinderat wählt Carl Lauenstein (DNVP und örtlicher Stahlhelmführer) mit 5 : 4 Stimmen gegen die NSDAP zum Gemeindevorsteher. (Gemeinderatsprotokoll im Archiv der Gemeinde Vechelde)

Auch wenn es sich um ein lokales Ereignis handelt, so zeigt es doch, daß eine Rechtskoalition nicht überall im Freistaat die Regel war. In Bodenstedt gab es jedenfalls einen harten Gegensatz zwischen SA und Stahlhelm bzw. NSDAP und DNVP als Vertretung der Großbauern. Lauenstein sollte später anlässlich des „Stahlhelmputschs“ in Bodenstedt verhaftet werden. Die Kommunalwahlen waren für die DVP ein Warnsignal, keinen Bruch der Koalition mit anschließenden Neuwahlen zu riskieren, weil sie auch auf Landesebene herbe Verluste fürchtete.

13.3.1931

Gehlhoff verfaßt ein negatives Gutachten über Riekel für den Rektor der TH Braunschweig mit Kopie an Klagges.

17.3.1931

Gehlhoff stellt den Antrag, ein Ordinariat für praktische Pädagogik zu schaffen, um Riekel zu ersetzen.

Riekel ist offenbar von seinen Kollegen aus persönlichen Gründen regelrecht gemobbt worden. (vgl. dazu Wetter/Weißelhöft 2010, S. 39 und Schüler 1995)

28.3.1931

2. Lesung des Haushalts im Landtag. Der Sparhaushalt wird mit 21 : 18 Stimmen angenommen.

1.4.1931

Der Mißtrauensantrag der SPD gegen Innenminister Frick in Thüringen findet mit den 5 Stimmen der DVP eine Mehrheit. Die NSDAP scheidet aus der thüringischen Regierung aus.

Damit verhält sich die DVP in Thüringen konträr zu Braunschweig, wo auch ein Koalitionswechsel der 4 DVP-Abgeordneten zur SPD möglich gewesen wäre. Weil die Braunschweiger NSDAP mit einem Koalitionswechsel rechnen mußte, war sie immer wieder trotz harter Konflikte, solange sie auf die BEL bzw. DVP angewiesen war, konzilient.

10. – 11.4.1931

Streiks an den Braunschweiger Schulen wegen der Entlassung der Lehrer.

13.4.1931

Die Kulturwissenschaftliche Abteilung (Gehlhoff, Roloff, Moog, Geiger, Jensen) beantragt die Emeritierung Riekels. Senat und Rektor stimmen zu.

Dahinter stehen offenbar keine politischen, sondern fachliche bzw. persönliche Motive wie z.B. der Konflikt Geiger – Riekel. Jensen und Geiger sind SPD-Mitglieder wie Riekel.

15.4.1931

Die SPD-Zeitung „Volksfreund“ wird wegen des Streikaufrufs für drei Wochen verboten. Der Minister entbindet Riekel von seinen amtlichen Verpflichtungen auf Antrag des Senats. Der Druck auf Jensen, Paulsen, Geiger und Staats nimmt zu.

Der spätere Favorit von Klagges zur Wiederbesetzung der Riekel-Stelle ist Kriek. Dessen Berufung wird verzögert, um die Stelle für Hitler freizuhalten. (vgl. dazu Bei der Wieden 1996, S. 97) Wenn die These stimmt, ist das ein weiteres Indiz, daß es, schon lange bevor die Einbürgerung Hitlers akut wurde, Absprachen zwischen Berlin und Braunschweig gegeben hat. Offenbar sollte Hitler auch unabhängig von der Kandidatur zum Reichspräsidenten eingebürgert werden. Die sich später ergebende Konstellation anlässlich des Auslaufens der ersten Amtsperiode von Hindenburg hat das latente Problem nur akut werden lassen.

21.4.1931

Riekel tritt als Institutsdirektor zurück.

22.4.1931

Die Koalitionsregierung in Thüringen zerfällt durch den Austritt der DVP.

2.6. 1931

Hitler drängt Franzen aus taktischen Gründen, die Notverordnungen Brünings, die zu harten Einsparungen in den Länderhaushalten führen, in Braunschweig besonders drastisch umzusetzen. Franzen kündigt seinen Widerstand gegen diese Linie an und erklärt seine Rücktrittsabsicht (laut Roloff 1961, S. 57) gegenüber der Parteiführung in Berlin.

Darauf soll er keine Antwort erhalten haben. Hitler müssen die Konsequenzen eines Rücktritts vor dem Hintergrund seiner strategischen Überlegungen und der Erfahrungen in Thüringen klar gewesen sein. Daß Franzen keine Antwort erhält, liegt vielleicht an innerparteilichen Konflikten zwischen Hitler und Strasser bzw. zwischen dem nationalen und dem sozialistischen Flügel der NSDAP, der auch in Braunschweig eine Rolle spielt.

12.6.1931

Schrader (Staatspartei) droht Franzen in einem persönlichen Schreiben, seine Unterstützung einzustellen, wenn die Angriffe der NSDAP im Reich auf den Jungdeutschen Orden nicht aufhören. Franzen antwortet nicht auf den Brief.

Wollte er nicht? Konnte er nicht? Durfte er nicht?

17.6.1931

Entschließung des Landtags an den Reichspräsidenten, die Notverordnung wegen des wirtschaftlichen Drucks für Braunschweig zurückzuziehen.

3.7.1931

Zweites Schreiben von Schrader an Franzen mit der Ankündigung, die Unterstützung einzustellen, weil Franzen auf das erste Schreiben nicht reagiert hat.

7.7.1931

Franzen entschuldigt sich gegenüber Schrader durch urlaubsbedingte Abwesenheit, betrachtet die Aufkündigung der Unterstützung aber als Kampfansage und kontaktiert Franz Groh.

10.7.1931

Schrader signalisiert Gesprächsbereitschaft, die aber von Franzen nicht wahrgenommen wird.

27.7 1931

Rücktritt von Franzen, der zum linken Flügel der NSDAP gehört, mit Schreiben an Zörner (nicht Küchenthal) mit der Begründung: „Durch die fortgesetzt erweiterte und verschärfte Notverordnungs politik des Reiches haben die kleinen Länder die letzten Reste ihres staatlichen Eigenlebens verloren und sind zu völlig unselbständigen Reichsverwaltungsbezirken herabgesunken. Den Ministern in diesen Ländern ist damit im Widerspruch zu den Verfassungen jede Wirkungsmöglichkeit im Sinne einer Landesregierung genommen. Ich lehne es ab, als Vollziehungsbeamter der die schaffenden Stände in einseitiger und sozial ungerechter Weise belastenden Brüning-Diktatur tätig zu sein und trete daher von dem mir am 1. Oktober 1930 übertragenen Ministeramt zurück. Bis zur Wahl des Nachfolgers werde ich nur die laufenden Geschäfte erledigen.“ (Braunschweigische Staatszeitung vom 28.7.1931). Franzen erhält Unterstützung durch den Fraktionsführer Groh.

Dem ist ein Konflikt Franzens mit Gauleiter Rust vorausgegangen, der sich in die Landesregierung einmischt.

Die Koalition mit der BEL zerbricht. Die Regierungskrise beginnt. Franzen bleibt allerdings bis zum 15.9. geschäftsführend im Amt.

Diverse Gründe können für den Rücktritt verantwortlich sein: Die in der Rücktrittserklärung gegebene Begründung ist ernst zu nehmen, zumal Braunschweig hochverschuldet und finanziell in der anhaltenden Wirtschaftskrise kaum handlungsfähig ist. (Auch Roloff hatte die Selbstständigkeit Braunschweigs deshalb in Frage gestellt.) Die NSDAP muß auf Landesebene umsetzen, was sie auf Reichsebene bekämpft. Ansehensverlust durch die Berliner Meineidsaffäre. Weil Schrader seine Unterstützung im Landtag aufgekündigt hat. Konflikt Franzens mit der Parteiführung bezüglich der Taktik der Regierungsbeteiligung und Rücktritt auf Druck aus Berlin.

Gehrke 1962 behauptet, allerdings ohne weiteren Beleg, daß Klagges maßgeblich zum Sturz von Franzen beigetragen hat, um ihn zu beerben. Schelm-Spangenberg, S. 150 behauptet, Franzen sei wegen des Konflikts mit Gauleiter Rust zurückgetreten.

Brandes will seitdem nach späterer Aussage innerlich in Opposition zur Koalition mit der NSDAP gegangen sein. In dieser Situation stehen verschiedene Alternativen zur Auswahl: Auflösung der Koalition; Auflösung der BEL; Minderheitsregierung der BEL mit nur einem Minister unter Tolerierung von NSDAP oder SPD; neue Koalition von SPD und DVP; Landtagsauflösung und Neuwahl.

Konflikte im Reichstag über den Sanierungskurs (Steuern anheben und Ausgaben kürzen) und die Reparationsfrage. Zentrum, Staatspartei, DVP und SPD billigen gegen den Widerstand von NSDAP und DNVP den Haushalt für 1931.

Im Reich stimmt die DVP im Gegensatz zu Braunschweig mit der Weimarer Koalition.

28./29.7. 1931

In Braunschweig eskaliert der Konflikt über die Fortsetzung der Koalition. Diskutiert werden eine mögliche Alleinregierung der BEL durch Tolerierung von Seiten der NSDAP oder von Seiten der SPD oder eine Neuwahl.

Eine Neuwahl wird vor allem von der DVP gefürchtet, die einen massiven Stimmenrückgang zu erwarten hat. Hitlers schärfste Waffe in den Jahren des rasanten Aufstiegs 1929-1932 war immer wieder die Drohung mit Neuwahlen.

29.7.1931

DNVP erklärt, daß ein Minister für die Regierung ausreichend ist.

1.8.1931

DNVP strebt eine Einministerregierung unter Duldung der NSDAP an.

2.8.1931

Walter Schrader distanziert sich in einem Artikel in „Der Jungdeutsche“ von Franzen und plädiert für die „Einministerregierung“.

5.8.1931

Werner Best verfaßt die „Boxheimer Dokumente“ mit Plänen für einen gewaltsamen Umsturz durch SA und SS. Im Sommer finden darüber Beratungen mit NS-Funktionären im Boxheimer Hof bei Bürstadt/Hessen statt.

Best informiert die hessische NSDAP und die Berliner Parteizentrale. Der Inhalt wird von der Parteileitung verworfen.

Die „Boxheimer Dokumente“ werden in der Literatur kontrovers bewertet, sind aber eine wichtige Quelle zu der Frage, ob die NSDAP im Zweifelsfalle doch eine Gewaltoption wahrgenommen hätte und der Legalitätskurs nur taktisch gemeint war. Die Frage sollte zwischen den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl relevant werden, nachdem der 1. Wahlgang für die NSDAP enttäuschend ausgefallen ist.

30.8.1931

Erster Hinweis, daß Hitler mit dem Gedanken spielt, zum Reichspräsidenten zu kandidieren. (laut Roloff 1961, S. 70)

Im Goebbels-Tagebuch findet sich dafür keine Bestätigung. Die These würde aber die Wiederannäherung der Koalitionspartner in Braunschweig erklären.

Rust und Zörner erklären, daß die NSDAP wieder in die Braunschweiger Regierung eintreten will.

Der Sinneswandel könnte auf die akut werdende Einbürgerungsfrage zurückgeführt werden.

31.8.1931

Der Kampf um die Koalition in Braunschweig beginnt. Laut eines Briefs von Groh an Küchenthal (vom 6.11.1932) vollzieht die NSDAP-Zentrale den Schwenk zur erneuten Regierungsbeteiligung. Schrader spricht sich gegen einen zweiten Minister aus.

1.9.1931

Hitler entscheidet parteiintern, daß die NSDAP den Anspruch auf den zweiten Minister in der Braunschweiger Regierung zu stellen hat. Namen für die Nachfolge Franzen werden noch nicht genannt. Die Personalentscheidung liegt bei Hitler.

Auch Küchenthal nennt in seinen Erinnerungen den 31.8. Damit dreht sich der Wind in der Braunschweiger Regierungskrise. Kandidaten für die Nachfolge Franzens sind Rust und

Zörner, der sich offenbar selber ins Spiel bringt. Die Wende in der Regierungskrise deutet darauf hin, daß die Frage der Einbürgerung Hitlers eine Rolle spielt, da diese eine Regierungsbeteiligung voraussetzt.

Die Positionen in der Kontroverse lauten: DNVP – 1 Minister, wenn es einen zweiten geben muß, dann soll es ein „nationaler“ sein; Staatspartei: 1 Minister; DVP: Tendenz zu 1 Minister; NSDAP: 2 Minister nach der Kehrwende in der Parteizentrale. Nur Groh ist dagegen. Am Ende wird sich die NSDAP durchsetzen und die DVP wieder der Verlierer der Verhandlungen sein.

2.9.1931

Die NSDAP erhebt Anspruch auf den zweiten Minister. Groh, der zum linken Parteiflügel gehört, wird als Fraktionsführer der NSDAP entlassen.

Franzen und Groh treten aus der NSDAP aus (oder 1.9.?), um ihrem Parteiausschluß zuvor zu kommen. Groh behält sein Landtagsmandat. Bertram ersetzt Groh als Fraktionsvorsitzender. Die neue Sitzverteilung im Landtag lautet: BEL + NSDAP = 19, SPD + KPD = 19, Schrader, Groh.

Damit gibt es eine Mehrheit links der Mitte, wenn Groh bei seiner „linken“ Position bleibt. Groh erklärt, daß der Reichsleitung der Entschluß Franzens seit dem 24.6.1931 bekannt gewesen sei. (Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 2.9.1931) Insofern hat die NSDAP ein sehr riskantes Spiel gespielt, das auch mit der Abwahl der alten Koalition hätte enden können. Wieder hängt alles an einem seidenen Faden. Seitdem hängt die Abstimmung im Landtag nicht nur von Schrader, sondern auch noch von Groh ab. Franzen kehrt später nach Kiel zurück und wird Anwalt.

3.9.1931

Die BEL proklamiert eine Alleinregierung Küchenthal. Die 4 DVP-Abgeordneten drohen, eine Koalition mit der SPD einzugehen.

Hitler läßt seine Parteiführung in Berlin erklären, die Koalition in Braunschweig nicht aufgeben zu wollen, um keine Machtposition zu verschenken. Klagges spricht sich in Braunschweig für die Fortsetzung der Koalition aus.

Küchenthal und Franzen (noch geschäftsführend im Amt) erlassen gemeinsam eine „Einminister-Verordnung“.

Damit ist Franzen offen auf Konfrontation zu Hitler gegangen! Erkennt die NS-Führung tatsächlich erst jetzt die Konsequenzen des Franzen-Rücktritts? Jedenfalls gab es einen harten Konflikt innerhalb der NSDAP auch in Braunschweig. Das strategische Kalkül der Berliner Parteiführung lautet, daß man auf den bürgerlichen Partner noch nicht verzichten kann und deshalb auf jeden Fall die Koalition erhalten muß. Ging es dabei auch um die Hitler-Einbürgerung?

4.9.1931

Hitler fordert einen zweiten Minister für NSDAP.

Damit schaltet sich die Berliner Parteizentrale in den Konflikt ein.

6.9.1931

Klagges, Parteimitgliedsnummer 7646, wird offiziell als Kandidat für die Landtagssitzung vom 15.9. benannt.

Zörner, Parteimitgliedsnummer 20332, ist übergangen worden.

7.9.1931

Die BEL beharrt auf weiter auf der Einministerregierung, die auch von Schrader unterstützt wird.

Hitler übt Druck auf Hugenberg in Berlin aus, die Braunschweiger DNVP entsprechend zu beeinflussen. Die NSDAP verkündet ein Ultimatum zum 15.9.: Wenn Klagges nicht Minister wird, dann kommt es zum Bruch der Harzburger Front am 16.9.

Von Hitler wird die Berliner Karte gespielt, da die Braunschweiger Parteifreunde sich ins politische Abseits manövriert haben. Der Vorgang wird sich wenige Monate später in der Einbürgerungsfrage wiederholen. Wenn es darauf ankommt, verlieren die braunschweiger Politiker ihre Autonomie gegenüber den Parteizentralen.

8.9.1931

Die NSDAP in Braunschweig unter dem neuen Fraktionsvorsitzen Bertram stellt der BEL ein auf zwei Tage befristetes Ultimatum zum 10.9., Klagges als neuen Minister zu akzeptieren. Die Braunschweiger DNVP beugt sich erst dem Druck Hugengeburs aus Berlin, der die Harzburger Front retten will.

Die BEL hat folgende Alternativen: Auflösung der Bürgerlichen Einheitsliste und Koalition SPD – DVP (= 17 + 4 Sitze mit der Konsequenz, die bürgerlichen Wähler zu verärgern); Neuauflage der Koalition BEL – NSDAP; Neuwahlen. Bei Neuwahlen hatte die DVP eine empfindliche Niederlage zu fürchten wegen des Konflikts mit NSDAP. Die DNVP ist in der stärkeren Position als die DVP, da erstere von Neuwahlen weniger zu befürchten hat. Offenbar hat die Variante, Duldung der „Einministerregierung“ durch die SPD, keine Rolle gespielt. Auch so hätte die Regierungskrise einstweilen überwunden werden können. In der Gemeinde Bodenstedt ist diese Variante (alle gegen die NSDAP) verfolgt worden.

9.9.1931

In Berlin beginnt die Einflußnahme auf Brüning, Hitler an der Regierung zu beteiligen.

10.9.1931

Die braunschweiger DNVP gibt widerwillig dem Druck Hugengeburs nach. Die DVP will hart bleiben. Jetzt droht die DNVP mit Landtagsauflösung.

Erst jetzt lenkt die DVP ein, weil für sie nur die Alternative Koalitionswechsel zur SPD oder Neuwahlen mit drohenden erheblichen Stimmenverlusten bleibt.

So wird die letzte Möglichkeit der DVP verpaßt, durch einen Koalitionswechsel die „Machtübernahme“ der NSDAP in Braunschweig noch abzuwenden. Rücksicht auf die Harzburger Front hätte sie nicht nehmen müssen. Warum die DVP am Ende nachgibt, ist ohne weitere Quelleneinsicht nicht wirklich befriedigend zu beantworten.

Möglicherweise wird bei den neuerlichen Koalitionsverhandlungen, so Roloff jun. 1960 gegenüber Morsey, aus Rücksicht auf die Harzburger Front die Einbürgerung Hitlers verabredet.

12.9.1931

Göring spricht in Braunschweig und begründet die Regierungsbeteiligung der NSDAP.

15.9.1931

Die Regierungskrise wird durch die Wahl von Klagges zum Innen- und Volksbildungsminister durch die Koalition mit 20 : 19 Stimmen beendet.

Schrader stimmt gegen Klagges. Der NS-Dissident Groh stimmt für Klagges. Der KPD-Abgeordnete Gmeiner ist für mehrere Sitzungen wegen Störung ausgeschlossen und weigert sich, sein Mandat für einen Nachrücker aufzugeben.

Sonst hätte das Ergebnis 20 : 20 gelautet und Klagges wäre nicht gewählt worden! Die 4 DVP-Abgeordneten wollen laut Schelm-Spangenberg 1964, S. 153 nur widerwillig zugestimmt haben.

So wurde der 15. September 1931 in Braunschweig zum Tag der „Machtergreifung“, weil Klagges den Legalitätskurs, den Franzen verfolgt hat, in der Folgezeit verläßt. Sie hätte durch eine Stimme verhindert werden können, die aufgrund eines Geschäftsordnungstricks des Landtagspräsidenten Zörner gefehlt hat! Gmeiner weigert sich später nochmals nach Ausschluß von den Landtagssitzungen, sein Mandat bei einer wichtigen Abstimmung zurückzugeben. Zörner hat mehrfach unter Berufung auf die Geschäftsordnung kraft seines Amtes für den Ausschluss der KPD-Abgeordneten aufgrund von Zwischenrufen, Störungen etc. und so für eine Mehrheit der Koalition gesorgt. Hier zeigt sich die Konsequenz, daß nicht die größte Fraktion (SPD) und auch nicht die zweitgrößte Fraktion – BEL mit Wessel – den Landtagspräsidenten stellt. Die bürgerlichen Parteien lassen Zörner immer wieder (mit Absicht oder aus Naivität?) gewähren.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 4,324 Mio. gestiegen.

17.9.1931

Offizielle Verteilung der Zuständigkeiten in der neuen Regierung: Küchenthal – Vorsitz, Finanzen, Justiz; Klagges – Inneres, Volksbildung

Damit hat Klagges ganz im Sinne des Hitler-Briefes von 1930 die Zuständigkeit für Personalwesen, Polizei, Schulen und Hochschule.

29.9.1931

Die Rede Görings in Braunschweig liefert die Begründung für die Regierungsbeteiligung der NSDAP.

Oktober 1931

Goebbels schickt mehrmals Magda Quandt nach Braunschweig, um die Einbürgerung Hitlers einzufädeln.

Offenbar wird das Problem immer drängender. Am 19.12. 1931 heiratet Göbbels die ehemalige Frau des Industriellen Günter Quandt, der die NSDAP früh finanziell unterstützt hat.

3.10.1931

Außenminister Julius Curtius (DVP) tritt zurück.

Die Krise der Regierung Brüning wird akut. Die DVP vollzieht auch im Reich den Rechtsschwenk von der Großen Koalition zur nationalen Opposition, obwohl man in Thüringen und Braunschweig schlechte Erfahrungen mit einer solchen Konstellation gemacht hat. Möglicherweise hat doch die Berliner DVP-Zentrale Einfluß auf die Braunschweiger Parteifreunde genommen.

Kurt von Schleicher, Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, verhandelt mit Hitler über den Regierungseintritt der NSDAP. Hitler stimmt zu unter der Bedingung, daß es zu Neuwahlen kommt.

Klagges hebt das Umzugs- und Uniformverbot für SA und SS auf. Dadurch wird der Aufmarsch der Harzburger Front in Bad Harzburg möglich.

Diese Maßnahme war vermutlich Teil des Verhandlungspakets vom 10.9.

6.10.1931

Das Kabinett Brüning tritt zurück. Hindenburg erteilt Brüning den Auftrag, eine neue Regierung ohne parteienorientierte Bindung zu bilden.

Herbst 1931

Brüning beabsichtigt, eine Amtsverlängerung Hindenburgs, dessen Präsidentschaft im Frühjahr 1932 ausläuft, zu erreichen. Er will über Notverordnungen solange weiter regieren, bis die Verhandlungen über eine Einstellung der Reparationszahlungen Erfolge zeigen bzw. die Wirtschaftskrise überwunden ist. Voraussetzung für die Verlängerung der Amtszeit ist eine Verfassungsänderung, die wegen der notwendigen 2/3-Mehrheit die Zustimmung der Rechtsparteien (DNVP, Teile der NSDAP) erforderlich macht, da eine Zustimmung der KPD nicht zu erwarten ist.

Seitdem eröffnet sich auch für die NSDAP die Option, wenn die Amtsverlängerung nicht zu erreichen ist und Neuwahlen unumgänglich werden, daß Hitler oder ein anderer NS-Kandidat zum Reichspräsidenten gewählt wird. Anschließend könnte dieser einen Reichskanzler der NSDAP ernennen und selber über Notverordnungen regieren. Realistischer Weise würde nur Hitler eine Chance haben, Hindenburg zu schlagen. Damit wird Hitlers Einbürgerung zu einem akuten Problem.

10.10.1931

2. Kabinett Brüning. Viele Minister sind parteilos. Innenminister Joseph Wirth (Zentrum) und linker Flügelmann des Kabinetts wird entlassen. Das Ressort des Innenministeriums wird kommissarisch von Reichwehrminister Groener übernommen.

Der Schachzug soll dazu dienen, der politischen Rechten entgegen zu kommen, wird aber nicht honoriert.

Brüning trifft mit Hitler zusammen, um die Präsidentschaftsfrage zu sondieren. Hitler lehnt ab, sich öffentlich für eine Wiederwahl Hindenburgs zu erklären.

Auf Wunsch Brünings kommt es am Abend zu einem ersten Treffen zwischen Hitler und Hindenburg in Berlin. Hitler macht einen schlechten Eindruck auf Hindenburg. Anschließend fährt Hitler nach Bad Harzburg.

Das große Spiel um die Macht im Reich ist eröffnet.

10./11.10.1931

Das Treffen der Harzburger Front im braunschweigischen Bad Harzburg aus DNVP, Stahlhelm, NSDAP u.a. wird von Küchenthal eröffnet. Das Treffen endet im offenen Konflikt zwischen NSDAP und den Nationalkonservativen bzw. zwischen SA und Stahlhelm. Zu den Organisatoren gehören Klagges und Küchenthal.

Die Veranstaltung hätte in Preußen wegen des Uniform- und Aufmarschverbots nicht stattfinden können. Hugenburgs Strategie lautet: Entweder die parlamentarische Mehrheit für die nationale Opposition erringen oder einen nationalen Kanzler von Hindenburg ernennen lassen. Die sich im Verlauf des Treffens offenbarenden massiven Konflikte zwischen Hitler und

den Nationalkonservativen demonstrieren das Scheitern der Harzburger Front schon im Ansatz. Hitler, der sich weigert, den Vorbeimarsch des Stahlhelms abzunehmen, will sich nicht in eine Front einordnen, sondern alleiniger Führer sein.

16.10.1931

Hitler fordert in einem offenen Brief an Brüning die Beteiligung der Rechtsparteien an der Regierung.

17.10.1931

Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning werden mit 295 : 270 Stimmen abgelehnt. Anschließend wird der Reichstag bis auf weiteres vertagt (tatsächlich bis zum 24.2.1932).

17./18.10.1931

Die Großkundgebung der NSDAP in Braunschweig mit 104.000 SA-Leuten aus ganz Deutschland (evtl. nur 70.000) als Gegenveranstaltung zur Harzburger Front demonstriert den Anspruch zur Alleinherrschaft. Die SA mobilisiert damit die gleiche Personalstärke, die der Reichswehr erlaubt ist. Hitler erklärt bei der Fahnenweihe auf dem Franzschen Feld: „Dies sind die letzten Feldzeichen, die ich Euch vor der Machtübernahme übergebe.“ Anschließend kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Braunschweig mit 2 Toten und 72 Verletzten. Klagges, der als Innenminister und für die Polizei verantwortlich ist, läßt die SA gewähren.

Der Massenaufmarsch der SA, die anschließenden Unruhen und deren Deckung durch Klagges ist ein erster deutlicher Hinweis für den faktischen Machtwechsel in Braunschweig. Klagges zeigt offenbart hier erstmals sein durchgängiges Verhaltensmuster, sich nicht persönlich die Hände schmutzig zu machen, aber Scharfmacher gewähren zu lassen bzw. sie anzustiften und nachher zu decken bzw. die Vorgänge zu verharmlosen.

Eine bei Roloff 1961, S. 74 zitierte Theorie lautet, daß der Braunschweiger Aufmarsch ein Ersatz für einen geplanten Putsch in Berlin gewesen sei, der durch die Harzburger Front verhindert wurde. Der Aufmarsch war jedenfalls eine Machtdemonstration nicht nur In Braunschweig, sondern auch gegenüber der Reichsregierung bzw. den Nationalkonservativen. 1932 hatte die SA eine Mannschaftsstärke von ca. 260.000 Mann, 1932/33 von ca. 470.000 Mann und war damit der Reichswehr zahlenmäßig weit überlegen, wenn auch schlechter bewaffnet. (Ruben 2004, S. 22)

21.10.1931

Goebbels schreibt in der SA-Zeitung „Der Angriff“, daß mit dem Braunschweiger Aufmarsch die Harzburger Front beendet sei.

31.10.1931

Senat und Rektor sprechen sich für das Verbot politischer Veranstaltungen und Uniformen an der TH aus.

1.11.1931

Adolf Schmidt (Parteimitglieds-Nr. 41155) wird von Klagges als Hilfsreferent ins Volksbildungsministerium berufen.

3.11.1931

Der Abgeordnete Brandes, Vorsitzender der Braunschweiger DVP, wendet sich in einer Erklärung gegen die Berufung des Abgeordneten Schmidt (NSDAP) ins Volksbildungsministerium als Einstieg in die Parteibuchbeamtenpolitik.

Während Franzen im Volksbildungsministerium das alte Personal belassen hat, werden mit dem Wechsel zu Klagges wichtige Posten mit Parteimitgliedern besetzt. Genau dies haben die bürgerlichen Parteien zuvor der SPD vorgeworfen.

5.11.1931

Der Streit zwischen dem bulgarischen Studenten Stojanoff und einer deutschen Studentin wird vom NSSTb propagandistisch aufgegriffen und löst den ersten Braunschweiger Hochschulkonflikt aus.

Prorektor Mühlenpfordt leitet eine diesbezügliche Untersuchungskommission und wird zum Opfer der Agitation. Rektor Schmitz stellt sich hinter Mühlenpfordt.

7.11.1932

Die Schlagzeile im Schlesischen Beobachter lautet: „Hitler soll Reichspräsident werden.“

Seitdem werden die Kandidatur Hitlers und die Frage der fehlenden Staatsbürgerschaft öffentlich diskutiert.

11.11.1931

Der Mißtrauensantrag der SPD gegen Klagges wird im Landtag mit 20 : 19 abgelehnt. Für Klagges stimmen NSDAP, BEL und Groh (fraktionslos, ehemals NSDAP), gegen Klagges SPD, KPD und Schrader.

Mittlerweile hängt die Mehrheit am Dissidenten Groh.

12.11.1931

Schließung des Riekel-Instituts aufgrund finanzieller Schwierigkeiten

15.11.1931

Landtagswahlen in Hessen: Die NSDAP erhält 37,1 %. Die Weimarer Koalition hat keine Mehrheit mehr. Werner Best wird Landtagsabgeordneter und Fraktionsführer der NSDAP. Zentrum und NSDAP, die zusammen eine Mehrheit bilden können, führen Koalitionsverhandlungen unter Beteiligung des Autors der Boxheimer Dokumente, Best.

17.11.1931

Die Innenministerkonferenz der Länder diskutiert ein Verbot von SA und SS. Ein Verbot der NSDAP kommt nicht in Frage. Für Braunschweig ist nicht Innenminister Klagges, sondern Küchenthal eingeladen, um Klagges von der Sitzung fernzuhalten.

18.11.1931

Die Presse berichtet über die Konferenz mit dem Tenor, daß der Staat den radikalen Kräften härter entgegenzutreten will.

21.11.1931

Der Senat der TH beschließt ein Verbot der NS-Studentengruppe. Minister Klagges macht das Verbot umgehend rückgängig.

Der Vorgang ist ein Beispiel für die Doppelstrategie der NSDAP in Braunschweig durch Mobilisierung von unten und Druck von oben. So wird die Hochschulleitung in die Zange genommen.

25.11. 1931

Der NS-Überläufer Wilhelm Schäfer übergibt die „Boxheimer Dokumente“ an den Frankfurter Polizeipräsidenten. Daraufhin kommt es zu Hausdurchsuchungen bei verdächtigen NS-Funktionären. Innenminister Leuschner informiert die Presse.

Schäfer wird, vermutlich im Auftrag von Best, am 17.7.1933 im Frankfurter Stadtwald erschossen.

27.11.1931

Die NS-Führung distanziert sich von Best anlässlich eines Treffens Göring-Groener.

30.11.1931

Beginn des Strafverfahren gegen Best wegen Hochverrats.

Dezember 1931

Der Preußische Innenminister Severing erwägt, Hitler anlässlich einer Pressekonferenz im Hotel Kaiserhof (Berlin) verhaften und nach Bayern abschieben zu lassen, um ihn so zumindest aus Preußen offiziell ausgewiesen zu haben. (Bracher 1964, S. 461)

Die Quelle ist Goebbels 1934. In der wissenschaftlichen Edition des Tagebuchs (Goebbels 1987) findet sich der Hinweis nicht.

9.12.1931

Nach Bekanntwerden der „Boxheimer Dokumente“ fordert Hitler in einem Rundschreiben zur Parteidisziplin auf.

10.12.1931

Die Koalitionsverhandlungen in Hessen werden vom Zentrum abgebrochen. Die Regierung Adenauer bleibt bis 1933 geschäftsführend im Amt.

15./16.12.1931

Zweitägiger Hochschulstreik an der TH Braunschweig

16.12.1931

Das Senatsprotokoll erwähnt den Konflikt.

23.12.1931

SPD, ADGB, Arbeitersport und Reichsbanner gründen die Eiserne Front als Gegengewicht zum Erstarken der SA/NSDAP

1.1.1932

Neujahrseruf Hitlers, der 1932 als „das schwerste Jahr des Kampfes unserer Bewegung“ deklariert.

Damit sollte Hitler insofern Recht behalten, als die Serie der Wahlkämpfe des Jahres 1932 den politischen Durchbruch für die NSDAP brachte.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 5,666 Mio. gestiegen.

Januar 1932

Proteste der NS-Studenten in Braunschweig gegen Prorektor Mühlenpfordt und Rektor Schmitz
Mühlenpfordt beantragt ein Dienststrafverfahren gegen sich selber, das aber nicht eingeleitet wird.

2.1.1932

Erneute Regierungskrise zwischen BEL und NSDAP wegen des Hochschulkonflikts. Die DVP erwägt erneut den Austritt aus der Koalition. Die NSDAP lenkt ein.

Die vorläufige Beendigung des ersten Hochschulkonflikts und der anschließende politische „Burgfrieden“ sind taktisch bedingt und auf die anstehende Kandidatur und die zeitlich drängende Einbürgerung Hitlers zurückzuführen.

5.1.1932

Brüning und Hindenburg konferieren erstmalig über eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten.

6.1.1932

Klagges und Schmidt rufen in einer Versammlung zum Sturz der Regierung Brüning auf. Groener verhandelt mit Hitler im Auftrag von Brüning über eine mögliche Verlängerung der Amtszeit von Hindenburg um 1-2 Jahre bzw. auf Lebenszeit (erneut am 7. und 10.1.).

Hitler triumphiert, weil seine Zustimmung zu einer Verfassungsänderung, die eine 2/3-Mehrheit verlangt, nötig ist. Wenn die NSDAP die Zustimmung verweigert, zeichnet sich erneute Kandidatur Hindenburgs für die Reichpräsidentenwahl ab; die innerhalb der NS-Führung diskutierte Alternative lautet, Hindenburg bei der Wiederwahl zu unterstützen (Strasser) oder gegen ihn zu kandidieren (Röhm, Goebbels).

Goebbels bezeichnet Strasser in seinem Tagebuch als innerparteilichen Feind.

Ursprünglich stand Goebbels auf der Parteilinken und war ein Bewunderer von Strasser. Seit er in der Gunst Hitlers gestiegen ist, betrachtet er Strasser offenbar als Konkurrenten, den es zu verdrängen gilt. Die Frage der Kandidatur Hitlers war offenbar ein Schauplatz des Konflikts mit Strasser.

7.1.1932

Nach der zweiten Unterredung Hitler-Brüning erwähnt Goebbels in seinem Tagebuch erstmals die Präsidentschaftsfrage: „Das Schachspiel um die Macht beginnt.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 106)

Goebbels gibt zu erkennen, daß Hitler die Absicht Brünnings durchschaut hat.

Schleicher verhandelt mit Hitler über die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten ohne Ergebnis.

8.1.1932

Der „Volksfreund“ berichtet über die Unterredung Hitlers mit Brüning und Groener.

Damit wird eine mögliche Kandidatur Hitlers auch in Braunschweig ein öffentliches Thema.

Groener befragt Küchenthal, ob die Zeitungsberichte stimmen, daß Klagges in einer öffentlichen Versammlung am 6.1. in Braunschweig zum Sturz der Reichsregierung aufgerufen, daß der Hilfsreferent Schmidt den preußischen Innenminister Severing beschimpft und bedroht habe und warum die braunschweigische Polizei nicht eingegriffen habe.

9.1.1932

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Großes Rätselraten, was der Führer tun wird. Man soll sich wundern!“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 108)

Diese Notiz wird als erster Hinweis gewertet, daß Hitler die Kandidatur erwägt. Diese Interpretation ist aber nicht zwingend. Der Kontext des Zitats läßt auch auf Aktivitäten in diverse andere Richtungen, die nichts mit der Wahl zu tun haben, schließen.

Im Januar und Februar 1932 macht Goebbels jedenfalls regelmäßig Einträge in sein Tagebuch zum Thema Präsidentschaftskandidatur. Die Fassungen der Einträge in seiner Edition 1934 „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ und der von Elke Frölich besorgten Edition von 1987 weichen voneinander ab. Die Ausgabe von 1934 dürfte propagandistisch frisiert sein. Bis zum 25.2. zögert Hitler, sich in der Präsidentschaftskandidatur festzulegen. Führungsschwäche? Angst vor der Blamage, daß die Einbürgerung scheitert? Sorge, daß die Einbürgerung via Thüringen scheitert, eine Einbürgerung via Braunschweig aber erst auf den Weg gebracht werden muß? Angst vor dem Spott über eine Scheinernennung? Angst, gegen Hindenburg zu verlieren? Das zentrale Problem ist, daß der Weg über den Reichsrat wegen des zu erwartenden Einspruchs von Preußen und/oder Bayern verbaut ist, der Weg über die Verbeamtung aber voraussetzt, daß Hitler tatsächlich in thüringische oder braunschweigische Landesdienste eintritt. Hitler will aber gar nicht Professor, Gesandter, Reichsratsbevollmächtigter, Bürgermeister, Regierungsrat, Gendarmeriekommissar oder was auch immer werden, weil er dafür weder qualifiziert noch motiviert ist, sondern allenfalls Reichspräsident. Dafür ist er in seinem Führerverständnis bestens qualifiziert. Insofern befindet er sich in einem echten Dilemma: Entweder – er tut so, als würde er doch Beamter sein wollen, um eingebürgert zu werden mit den Konsequenzen des Vorwurfs des „Scheingeschäfts“, des Spotts der Opposition und der Presse und einer möglichen Ablehnung durch den Reichswahlleiter oder gar der Wahlanfechtung - oder er lehnt ein Scheingeschäft ab. Denn dann muß er wirklich ein Amt ausfüllen, für das er weder qualifiziert noch motiviert ist, und kann eigentlich nicht kandidieren. Hitler ist für gar nichts qualifiziert und besitzt nirgendwo für ein Amt die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen. Wenn er zu lange zögert, verliert er zudem an Glaubwürdigkeit in seiner Partei als Führer. Goebbels hatte bereits begonnen zu zweifeln.

Der Grund für die akut werdende Dringlichkeit der Einbürgerung Hitlers, wenn er kandidieren will, ist der Art. 41, Abs. 2 der Weimarer Verfassung zur Präsidentenwahl: „Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.“

11./12.1.1932

Hugenberg glaubt nach dem Gespräch mit Göring zu erkennen, daß Hitler bei der Präsidentenwahl zum Alleingang entschlossen ist.

Warum stimmt Hugenberg/DNVP der Einbürgerungsabsicht Hitlers dennoch zu, wenn dadurch eine Sammelkandidatur der Harzburger Front für die Präsidentschaft ausgeschlossen wird?

12.1.1932

Hugenberg lehnt Brüning's Vorschlag ab, durch eine Verfassungsänderung die Amtszeit Hindenburgs zu verlängern. Hitler teilt Brüning mit, daß er eine Amtsverlängerung Hindenburgs aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnt.

Hitler taktiert mit einem Brief an Hindenburg, in dem er den Vorschlag Brüning's ablehnt, aber anbietet, die erneute Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen, wenn dieser Brüning absetzt, eine nationale Regierung einsetzt und Neuwahlen für den Reichstag und den Preußischen Landtag zustimmt.

Hindenburg lehnt das Angebot Hitlers ab, da es eine Spaltung der Beziehung Hindenburg – Brüning bedeutet hätte.

Aus der Ablehnung folgt allerdings das Dilemma, daß so eine Kandidatur Hindenburgs wahrscheinlich wird. Um eine zweite Amtsperiode Hindenburgs und damit die Verlängerung der Amtszeit Brüning's zu verhindern, muß Hitler ggf. auch kandidieren. Seine Kandidatur birgt aber das Risiko einer Niederlage gegen Hindenburg, der auch auf der Rechten viele Stimmen gewinnen wird. Eine Niederlage gegen Hindenburg würde wiederum seinen Nimbus des unaufhaltsamen Aufstiegs beschädigen.

Hindenburg ersucht Brüning, von einer parlamentarischen Klärung der Frage der Amtsverlängerung Abstand zu nehmen.

13.1.1932

Küchenthal dementiert gegenüber Groener die Darstellung in der Presse über die Auftritte von Klagges und Schmidt vom 6. Januar.

15. und 25.1.1932

Hitler attackiert Brüning in zwei offenen Briefen.

Damit wird die Neuwahl des Präsidenten unumgänglich, weil eine Verfassungsänderung keine ausreichende Mehrheit finden kann.

19.1.1932

Hitler erklärt im „Völkischen Beobachter“ die Ablehnung der NSDAP bezüglich einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs.

Goebbels hat laut Tagebuch erstmals die Präsidentschaftsfrage mit Hitler in dessen Münchener Wohnung erörtert: „Mit dem Führer die Reichspräsidentenfrage durchgesprochen. Ich berichte über meine Unterredungen. Noch ist keine Entscheidung gefallen. Ich plädiere stark für seine eigene Kandidatur. Es kommt wohl im Ernst auch nichts anderes in Frage. Wir stellen Berechnungen mit Zahlen an, aber Zahlen können täuschen. Nur sein Name kann ernsthaft ins Feld geführt werden.“ „Nur die Defätisten in der Partei machen schlapp. Sie berufen sich immer auf Strasser.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 112)

Laut Ullrich 2013, S. 329 lautet der Eintrag: „Ich plädiere für seine Kandidatur. Er allein schlägt Hindenburg aus dem Felde. Wir machen Berechnungen mit Zahlen. Aber Zahlen täuschen. Hitler muß Reichspräsident werden. So allein geht es. Das ist die Parole. Er entscheidet sich noch nicht. Ich werde weiter bohren.“

Ullrich bringt noch weitere Zitate aus dem Tagebuch, die sich in der Edition von 1987 nicht finden. Auch sind die Anmerkungen zu den Tagebuchzitaten nicht immer korrekt. Evtl. zitiert er mehrfach aus der Edition von 1934.

Goebbels drängt, Hitler ist unentschlossen. Offenbar wird die Verteilung der Stimmen für Hindenburg, Hitler und einen dritten Kandidaten der Rechten kalkuliert. Will Hitler überhaupt zu diesem Zeitpunkt Präsident werden oder soll doch ein anderer NS-Führer kandidie-

ren? Erwogen wurde zu diesem Zeitpunkt noch, Frick oder Franz Ritter von Epp zu nominieren. Fürchtet Hitler womöglich das Problem der fehlenden Staatsbürgerschaft? Oder zieht er es vor, daß ein NS-Präsident ihn zum Reichskanzler ernennt? Dieses Amt verlangt paradoxerweise im Unterschied zum Präsidenten laut Verfassung nicht ausdrücklich die deutsche Staatsbürgerschaft. Der Strasser-Flügel scheint gegen eine Kandidatur Hitlers zu sein.

Die Architekturfachschaft der TH veröffentlicht ein Pamphlet zur Unterstützung von Mühlenpfordt und übt darin Kritik an NStB und besonders an NS-Studentenführer Gille im Braunschweiger Hochschulkonflikt.

21.1.1932

Hinweis im Goebbels-Tagebuch: „Einige Herren von der Deutschen Volkspartei waren bei ihm, um in der Reichspräsidentenfrage vorzufühlen. Er hat ihnen die kalte Schulter gezeigt. Es bleibt in dieser Situation gar nichts anderes übrig, als daß wir unseren eigenen Kandidaten aufstellen.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 112)

Offenbar gab es auch schon sehr früh Kontakte mit der DVP bezüglich der Kandidatur. Dies würde erklären, warum die Braunschweiger DVP am Ende der Einbürgerung zugestimmt bzw. sich dem Druck der Berliner Parteizentrale gebeugt hat.

22.1.1932

Erster Hinweis in Goebbels-Tagebuch, daß er als künftiger Propaganda-Minister vorgesehen ist.

Offenbar rechnete Goebbels schon Anfang 1932 mit der Machtübernahme – evtl. im Zuge der Präsidentenwahl.

23.1.1932

Der Berliner Oberbürgermeister Heinrich Sahn teilt Staatssekretär Hermann Pünder mit, daß er aufgefordert worden sei, einen Ausschuß zu bilden, um die Volkswahl Hindenburgs zu betreiben.

Daraus entsteht der überparteiliche sog. Hindenburg- oder Sahn-Ausschuß, der die Aufgabe hatte, auch konservative Unterstützer für die Wahl Hindenburgs zu gewinnen.

24.1.1932

Goebbels notiert, daß der Präsidentschaftswahlkampf organisatorisch vorbereitet ist: „Die Wahlen sind bis ins Kleinste vorbereitet. Es wird ein Kampf werden, wie die Welt ihn noch niemals gesehen hat.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 115)

Wie lange hat der Vorlauf gedauert? Der Hinweis deutet darauf hin, daß die NSDAP schon seit Wochen mit der Kandidatur Hitlers rechnet.

26.1.1932

Angesichts der anschwellenden Gerüchte, Hitler wolle kandidieren, drängt Brüning im Gespräch mit Meißner, Groener und Schleicher auf die Notwendigkeit, daß Hindenburg zur Kandidatur bewogen wird.

Hitler tritt auf Vermittlung Thyssens vor dem Industrieclub im Düsseldorfer Parkhotel und dem Langnam-Verein vor 600 geladenen Großindustriellen auf, um dort seine Politik vorzustellen.

Hitler wird durch den Auftritt salonfähig, gewinnt Akzeptanz bei der Großindustrie und finanzielle Unterstützung zur Finanzierung der Wahlkämpfe des Jahres 1932. Ohne diese finanzielle Unterstützung wäre der Erfolg der finanziell klammen NSDAP vielleicht geringer ausgefallen. Das Jahr 1932 erlebte insgesamt 15 Wahlkämpfe: 2 x Reichspräsident, 2 x Reichstag, 9 x Landtage, 2 x Kommunalwahlen.

Groener ist mit der Antwort Küchenthals vom 13.1. nicht zufrieden und verlangt einen offiziellen Bericht.

Küchenthal reicht die Aufforderung an Klagges und Schmidt weiter, die in ihren Stellungnahmen die Presseberichte dementieren.

Die Affäre endet offenbar ergebnislos. Der Briefwechsel macht aber die tiefe Distanz zwischen Groener und der NSDAP deutlich und bringt Küchenthal zum wiederholten Mal in die schwierige Lage, Klagges und dessen Scharfmacher decken zu müssen. Der Vorgang ist auch für die spätere Einbürgerungsfrage relevant, weil Küchenthal immer das schwierige Verhältnis zur Reichsregierung – sowohl persönlich wie angesichts der Finanzlage seines Landes – im Auge haben muß.

27.1.1932

Brüning gibt nach dem Scheitern seiner Bemühungen, eine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten zu finden und einem Gespräch mit Hindenburg, den Auftrag an Sahm, den Hindenburg-Ausschuß zu konstituieren und das Verfahren zur Neuwahl des Präsidenten einzuleiten. Dazu müssen Unterschriftenlisten ausgelegt werden.

Seine Absicht ist, die Wiederwahl Hindenburgs zu erreichen, um sich weiter auf dessen Vertrauen stützen zu können. Er kalkuliert, daß nur Hindenburg, aber nicht ein Kandidat der Weimarer Koalition, einen Wahlsieg garantiert, weil ersterer auch Stimmen der Konservativen auf sich ziehen kann. Dazu braucht er die Hilfe des überparteilichen Hindenburg-Ausschusses, der seit Mitte Januar vorbereitet wird, in dem auch Nationalkonservative vertreten sind. Nur so kann der zögernde Hindenburg zur Zustimmung bewegt werden, der fürchtet, als SPD-Kandidat zu erscheinen und zu seiner Selbstlegitimation auch die Unterstützung der Nationalkonservativen benötigt.

Hindenburg zögert wegen seines fortgeschrittenen Alters und der Sorge, daß er vom falschen Lager gestützt wird und so die Konservativen verprellt. Deshalb bietet Brüning seinen Rücktritt an, der von Hindenburg abgelehnt wird.

Diese Versicherung setzt die NSDAP unter Druck. Zwei Strategien werden in der Parteizentrale diskutiert: Hitler kandidiert im ersten Wahlgang – dann drängt die Einbürgerungsfrage via Verbeamtung - oder im ersten Wahlgang wird ein Strohmännchen aufgestellt, um zwischen den Wahlgängen die Einbürgerung über den Reichsrat zu erzwingen. Möglicherweise taktiert auch Hindenburg, weil er die Situation zu einer Restauration der (Konstitutionellen) Monarchie nutzen will. (Bracher 1964, S. 446)

Der TH-Senat berät über disziplinarische Maßnahmen gegen die studentischen Rädelsführer. Scharfe Angriffe auf Küchenthal, Mühlentopf und Schmitz im Völkischen Beobachter, die von den Braunschweiger NS-Studenten Schaffeld und Gille lanciert sind.

Goebbels notiert: „Hindenburg-Ausschuß hat sich konstituiert. Die Wahlparole für oder gegen Hindenburg scheint unvermeidlich geworden zu sein. Jetzt müssen wir mit unserem Kandidaten heraus. Diese Frage ist entschieden.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 117)

Jedenfalls im Verständnis von Goebbels, aber offenbar noch nicht im Verständnis von Hitler.

28.1.1932

Hindenburg stellt in einem Schreiben an Brüning die Bedingungen, daß er bei seiner Kandidatur nicht auf den geschlossenen Widerstand der Rechten stoßen dürfe und daß er bereits im 1. Wahlgang gewählt werde.

Also gibt es doch Spannungen zwischen Hindenburg und Brüning. Brüning beantwortet den Brief nicht, da er die Bedingungen nicht erfüllen kann. Das fortgeschrittene Alter von Hindenburg war offenbar doch nur vorgeschoben für das Zögern.

29.1.1932

Treffen zur Vorbereitung des Hindenburg-Ausschusses.

Erste Pressemeldungen in der Kreuz Zeitung und im Völkischen Beobachter, daß Hitler zum Professor in Braunschweig berufen werden soll.

Damit wird die Strategie, Hitler über eine Berufung zum Professor einzubürgern, öffentlich.

Schleicher kommentiert die mögliche Kandidatur Hitlers: Hitler „sei ein unklarer Mann, der auf keine Frage mit ´ja´ oder ´nein´ antworte, sondern immer etwas ganz Verschwommenes daherrede. Er wisse auch sicher gar nicht, was er wolle.“ ... „Eine Wahl Hitlers ... würde den Bürgerkrieg bedeuten.“ (Droste 1982, Bd. 1, S. 575)

31.1.1932

Goebbels notiert: „Große Pressedebatte um die Präsidentschaftswahl. Die Entscheidung des Führers fällt am Mittwoch. Sie kann nicht mehr zweifelhaft sein.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 119)

Ende Januar 1932

In der Reichsregierung wird (*seit wann?*) diskutiert, ob gegen die Zulassung einer Kandidatur Hitlers rechtliche Bedenken bestehen, da es sich bei einer Einbürgerung via Verbeamtung offensichtlich um eine Scheinernennung handelt. Ministerialrat Georg Kaisenberg, Verfassungsreferent im Innenministerium und Autor eines Kommentars zur Präsidentschaftswahl (Kaisenberg 1925), verfaßt ein Gutachten. Der normale Weg der Einbürgerung verläuft über den Reichsrat, wenn kein Land dagegen Einspruch erhebt. Ein alternativer Weg ist die Verbeamtung in einem Land, die aber nicht zum Schein erfolgen darf, um den Weg über den Reichsrat zu umgehen. Gestützt auf einen Kommentar des Staatsrechtlers Jelinek argumentiert Kaisenberg, daß eine Scheinernennung nicht zur Einbürgerung führt. Ein Ausländer oder Staatenloser könne nur dann deutscher Staatsbürger werden, wenn „es sich um eine wirkliche Ernennung zum Beamten handelt. Scheingeschäfte sind nach bürgerlichem Recht nichtig.“ ... „Eine Beamtenernennung ist nur rechtswirksam, wenn der Wille der ernennenden Behörde dahin geht, eine Persönlichkeit zum Beamten zu machen, und der Wille dieser Persönlichkeit darauf gerichtet ist, Beamter zu werden, also Staatsdienste zu verrichten. Eine solche Willensbildung liegt aber dann nicht vor, wenn die Beamtenernennung lediglich zu dem Zweck erfolgt, um der betreffenden Persönlichkeit die Möglichkeit zu eröffnen, die staatsrechtlichen Voraussetzungen für ein anderes Staatsorgan, das mit der Beamtenernennung nichts zu tun hat, zu erfüllen.“ Und schließlich heißt es ausdrücklich: „In der Ernennung eines Ausländers, wie es Hitler ist, oder Staatenlosen zum Beamten lediglich zu dem Zweck, um ihm die Fähigkeit für die Anwartschaft auf das Amt des Reichspräsidenten zu verleihen, würde keine ernstlich gemeinte Beamtenernennung zu erblicken sein. Eine solche Ernennung wäre nichtig und

unwirksam.“ (Gutachten abgedruckt in Vossische Zeitung vom 1.2.1932, hier zitiert nach Overesch 1992, S. 550)

Woher und seit wann weiß die Reichsregierung von dem Thüringer Einbürgerungsversuch bzw. den alternativen Braunschweiger Überlegungen? Die erste Pressemeldung zur Variante Professur erscheint am 29.1. Die erste Erwähnung dieser Variante im Goebbelstagebuch stammt vom 3.2. Der diesbezügliche Aktenvermerk von Klagges vom 13.2., daß er schon lange die Berufung Hitlers erwogen habe, erscheint so in einem anderen Licht. Offenbar wurde diese Variante, womöglich seit der Entfernung Riekels am 13.4.1931, intern erwogen und ist sogar bis ins Reichsinnenministerium gedrungen.

Liegt hier der Grund, warum die Thüringer Einbürgerungsurkunde nicht präsentiert wurde und Klagges in Braunschweig den Auftrag zu einer Verbeamtung bekam, die den Eindruck des Scheingeschäfts zu vermeiden hatte? Vor diesem Hintergrund wäre die Klagges-Variante über die Professur womöglich weniger anfechtbar gewesen als die spätere Zörner/Heimbs/Wessel-Variante über den Regierungsrat, da die tatsächliche Ausübung einer Professur nach erfolgter Antrittsvorlesung und anschließender Beurlaubung evtl. weniger anfechtbar gewesen wäre.

Die Veröffentlichung des Kaisenberg-Gutachtens am 1.2.1932 in der Vossischen Zeitung war ein raffinierter Schachzug von Brüning, da es Hitler eine rote Linie zeigte. Vielleicht wollte man so erreichen, daß Hitler von seiner Kandidatur Abstand nimmt, da das Risiko, vom Reichswahlleiter nicht zugelassen zu werden, unkalkulierbar geworden war. Der Reichswahlleiter hätte jedenfalls Hitlers Kandidatur, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, aus juristischen Gründen ablehnen können bzw. sogar müssen, da es sich bei der Verbeamtung Hitlers um eine klare Scheinernennung gehandelt hat. Das mußte allen Beteiligten trotz aller Bemühungen, dem Vorgang den Anschein der Legalität zu verleihen, bewußt gewesen sein. Die Reichsregierung hat später offenbar politisch im Widerspruch zu ihrem Gutachten entschieden, die Kandidatur doch zuzulassen. Ihr Kalkül ist evtl. gewesen, die große Empörung über eine Ablehnung der Kandidatur Hitlers aus juristischen Gründen abzuwägen gegen die Aussicht, Hitler eine Wahlniederlage beizubringen. Evtl. bestand auch die Sorge vor einem Putsch, die die Hausdurchsuchungen bei NSDAP und SA zwischen den Wahlgängen veranlaßt hat.

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit mit über 6 Millionen ist erreicht. Im Februar 1932 gibt es im Freistaat Braunschweig etwa 55.000 Arbeitslose bei etwa 513.000 Einwohnern (Bei der Wieden 1996, S. 72).

1.2.1932

Hitlers Bemühungen, in Thüringen die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, werden durch eine gezielte Indiskretion im „Montagsblatt“, einer Zeitschrift, die von dem NS-Renegaten Walter Stennes gegründet worden war, bekannt. Hitlers Ernennungsurkunde soll im „Braunen Haus“ aufbewahrt sein, um sie bei Gelegenheit zu präsentieren. Daraufhin beginnt die Frankfurter Zeitung zu recherchieren und befragt die Thüringische Regierung.

Stennes, vermutlich von 1925-1930 Agent des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministerium und zugleich Gegner der Weimarer Republik, war 1927 in die NSDAP eingetreten, hatte eine Karriere als Berliner SA-Führer gemacht und wurde 1927 zum Oberbefehlshaber der SA in Ostdeutschland ernannt. In der Folgezeit geriet er in Konflikt mit Hitler, weil er größeren Einfluß für die SA forderte und sich gegen dessen Legalitätskurs wandte. Der Konflikt eskalierte, als Stennes sich dem Befehl Hitlers verweigerte, sich einer Notverordnung Brünings zur Aufgabe der Straßenkämpfe zu fügen. Seiner Absetzung am 31.3.1931 widersetzte er sich im sog. Stennes-Putsch gewaltsam und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Er

gründete daraufhin die „Nationalsozialistische Kampfbewegung Deutschlands“. Stennes wurde 1933 verhaftet, abgeschoben und wanderte nach China aus.

Die Indiskretion und die anschließenden Nachforschungen alarmieren die thüringische Regierung, die Reichsregierung (erneut?) und vermutlich auch die NS-Führung. Stennes, der Zugang zum inneren NSDAP-Zirkel hatte, könnte bereits 1930 der Informant der Reichsregierung über die Einbürgerungsabsichten Hitlers gewesen sein.

Im Thüringischen Staatsministerium wird untersucht, ob die Einbürgerung Hitlers 1930 rechtskräftig ist. Dazu verfaßt der thüringische Staatsminister Baum eine Niederschrift über die Befragung der im Juli 1930 mit der Einbürgerung befaßten Beamten Gujet und Haeisen. Brüning sondiert wegen der Vorbehalte Hindenburgs zur Kandidatur im Gespräch mit dem ehemaligen Kronprinzen die Variante der Wiederherstellung der (konstitutionellen) Monarchie. Damit wäre das Staatsoberhaupt der Volkswahl entzogen. Der Kronprinz ist skeptisch und warnt Brüning vor Hindenburg.

Wilhelm II. interveniert aus dem niederländischen Exil gegen die Kronprinzenlösung.

Das Kaisenberg-Gutachten wird in der Vossischen Zeitung veröffentlicht und von anderen Tageszeitungen kommentiert.

Geschieht dies in Reaktion auf die Meldung des Monatsblats? Jedenfalls weiß jetzt auch Hitler von dem Gutachten, was sein Zögern verstärkt haben dürfte. Die Veröffentlichung setzt die NS-Führung unter Druck, einen Weg der Einbürgerung ohne Scheinernennung zu finden oder auf die Einbürgerung und damit auch auf die Kandidatur Hitlers zu verzichten. Mit der Veröffentlichung gibt die Reichsregierung zu verstehen, daß die Thüringer Einbürgerung rechtswirksam ist. Wird deshalb die angeblich von Hitler/Frick vernichtete Thüringer Ernennungsurkunde zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen nicht präsentiert?

Öffentliche Konstituierung des Hindenburg-Ausschusses mit dem Berliner Oberbürgermeister Heinrich Sahn an der Spitze, um Hindenburg zur Kandidatur zu bewegen und die konservative Unterstützung (Kyffhäuser Bund, Stahlhelm, Vereinigte Vaterländische Verbände) zu mobilisieren. Für den Wahlvorschlag Hindenburg hätten 20.000 Stimmen gereicht. Bis zum 13.2. trugen sich 3 Mio. Wähler in die ausgelegten Listen ein.

Im Braunschweiger Hindenburg-Ausschuß ist die DVP sehr aktiv. Ihm gehören u.a. an Brandes, Marquardt, Wessel, Schrader, Mast (Wolfenbüttel). Rektor Schmitz ist vorgesehen, wird aber von der Liste gestrichen. (vgl. dazu Stadtarchiv Braunschweig GX6, Nr. 530)

Warum haben die Herren von DVP und Staatspartei nicht im Braunschweiger Landtag die Kandidatur Hitlers durch die Verweigerung der Einbürgerung verhindert, statt sich so für Hindenburgs Kandidatur einzusetzen? Die Geschichte wäre anders verlaufen!

Deutsche Allgemeine Zeitung und Berliner Zeitungen berichten über die Absicht, Hitler in Braunschweig einzubürgern, indem er entweder zum Professor oder statt Boden zum Reichsratsbevollmächtigten des Landes Braunschweig ernannt wird.

Die Zeitungsberichte sind evtl. schon Ende Januar erschienen.

Seit wann wird in der NSDAP-Führung die Kandidatur/Einbürgerungsfrage diskutiert? Auf jeden Fall, bevor Kaisenberg sein Gutachten angefertigt hat. Klagges erklärt 1949 vor der Spruchkammer, er sei „1932“ von Göring darauf aufmerksam gemacht worden, daß Hitler eine Beamtenstellung annehmen möchte, und gefragt worden, ob das in Braunschweig möglich sei. Brandes erinnert sich später, Hitler sollte sogar zum ordentlichen Professor gemacht

werden. Offenbar war auch die Variante erwogen worden, den Braunschweigischen Gesandten Boden durch Hitler zu ersetzen.

2.2.1932

Goebbels notiert: „Großes Rätselraten um unseren Kandidaten; aber das ist im Augenblick nicht so wichtig wie die Frage der Geldbeschaffung. Die Argumente für die Kandidatur des Führers sind so durchschlagend, daß gar nichts anderes mehr in Frage kommt. ... Mittags lange mit dem Führer beraten. Er entwickelt seine Ansicht zur Präsidentenwahl. Er entschließt sich, selbst die Kandidatur zu übernehmen. Aber zuerst muß die Gegenseite festgelegt sein. S.P.D. gibt hier den Ausschlag. Dann wird unsere Entscheidung der Öffentlichkeit mitgeteilt. Es ist ein Kampf mit Peinlichkeiten ohne Maßen; aber er muß durchgestanden werden. ... Die Deutschnationalen und der Stahlhelm werden vorläufig hingehalten. Unser Kandidat kommt erst im letzten Augenblick an die Öffentlichkeit. Evtl. tritt im ersten Wahlgang ein anderer an die Stelle des Führers, so daß wir die entscheidende Chance erst im zweiten Wahlgang wahrnehmen.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 119-120)

Der Hinweis auf die „Peinlichkeiten“ läßt auf die ungelöste Staatsbürgerschaft schließen. Der Eintrag unterstreicht das taktische Kalkül. Wenn Hindenburg öffentlich seine Kandidatur und die SPD dessen Unterstützung erklärt, erst dann tritt dann Hitler in den Ring. So läßt sich Hindenburg als Kandidat der Linken denunzieren, und Hitler kann als Kandidat der Rechten auftreten. Umgekehrt hatte Hindenburg die Sorge, bei einer Unterstützung der Weimarer Koalition auf der Rechten nur wenige Stimmen zu erhalten. Hier liegt womöglich ein Grund, warum auch Hindenburg zögert.

Harbert, 1931 Geodäsie-Professor an der TH, behauptet 1983, daß Klagges zuerst versucht habe, Hitler wegen dessen künstlerischen Neigungen eine Architekturprofessur zu verschaffen. Womöglich liegt bei Harbert aber eine Verwechslung vor. Kuessner 1988 behauptet ohne weiteren Beleg, daß Hitler persönlich Klagges beauftragt habe. Die erste Anfrage an Klagges könnte bereits Anfang Januar erfolgt sein, als sich die Möglichkeit einer Kandidatur Hitlers abzeichnet und die Variante Gendarmeriekommissar – wenn sie je ernsthaft bestanden hat – als nicht gangbar herausstellt.

Küchenthal erfährt aus seiner Pressemappe (?) von dem Einbürgerungsvorhaben. Boden meldet sich besorgt in der Angelegenheit bei Küchenthal, der auch die Presse gelesen hat. Küchenthal beruhigt Boden, daß nicht an seine Ablösung gedacht sei.

Erste „rein persönliche“ Unterredung zwischen Klagges und Küchenthal über die Einbürgerungsfrage. Beide versichern sich gegenseitig, nichts von den Plänen zu wissen. Küchenthal verhält sich reserviert und verweist auf die Zuständigkeit der BEL. Küchenthal bleibt trotz der Beteuerung Klagges mißtrauisch und glaubt eher an die Einbürgerung via Professur als via Reichsratsbevollmächtigter.

Diese Gespräche führt Küchenthal mit Klagges nach späterer eigener Aussage bis zum 8.2.1932. Am selben Tag beginnt er mit stenographischen Aufzeichnungen der Vorgänge. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 3)

Daß er gleich am ersten Tage, als er mit dem Ansinnen Klagges konfrontiert wird, zu dieser Maßnahme greift, unterstreicht seine Vorsicht und das klare Bewußtsein, welche große politische Bedeutung die Einbürgerungsfrage (und möglicherweise auch für ihn persönlich) haben wird. Auf der Basis seiner Aufzeichnungen wird Küchenthal 1969 seine „Erinnerungen“ verfassen.

Die BEL ist von dem Ansinnen überrascht und belustigt, aber auch besorgt, da man sofort erkennt, in eine schwierige Lage zu kommen.

Die DVP scheitert mit einem Antrag im Reichstag, allen Weltkriegsteilnehmern automatische die Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Mit einer „Lex Hitler“ hätte man die unangenehme Verantwortung von Braunschweig auf den Reichstag und von der DVP auf viele Schultern verschoben.

Klagges bekommt (wahrscheinlich telephonisch durch Göring im Auftrag von Goebbels?) den Auftrag, die Einbürgerung Hitlers zu organisieren.

Am Abend findet ein zweites Gespräch Klagges – Küchenthal statt, in dem Klagges auf einen Anruf von Göring verweist, der die Absicht der Einbürgerung bestätigt.

So Küchenthals Aussage in seinem Entnazifizierungsverfahren 1949, in der er sich sehr genau auch an kleine Details erinnert. Diese Aussage deckt sich mit späteren Aussagen von Klagges. Insofern könnte tatsächlich der abendliche Anruf von Göring am 2.2.1932 die Einbürgerungsfrage in Braunschweig in Gang gesetzt haben. Vermutlich hat sich Küchenthal seit diesem Datum fortlaufend Notizen gemacht, um angesichts der sich anbahnenden politischen Bedeutung des Vorgangs Argumente zu seiner Rechtfertigung zu sammeln.

3.2.1932

Brüning läßt sich vom Thüringischen Ministerpräsidenten Baum über den Einbürgerungsversuch Bericht erstatten. Dazu existiert eine Aufzeichnung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Pünder.

Gauleitertagung in München. Hier soll die Kandidatur Hitlers besprochen und entschieden werden. Die Thüringer Einbürgerung ist aber durch das Kaisenberg-Gutachten bzw. den Spott der Presse verbaut.

Goebbels notiert: „In der Nacht kommen noch einige Gauleiter zu mir. Sie sind deprimiert, weil sie noch keinen Entschluß wissen. Sie haben Sorge, daß der Führer zu lange wartet. Diese Sorge ist so grundlos wie nie. Ich richte sie auf und appelliere an ihre Disziplin. Zum Schluß sind sie ganz zufrieden.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 121)

Die Partei beginnt an Hitler zu zweifeln. Goebbels muß bereits Durchhalteparolen verkünden. Beginnt auch er bereits, an der Entschlußkraft Hitlers zu zweifeln? Goebbels notiert ferner, daß Hitler sich in dieser heiklen Situation mit Plänen zur Umgestaltung Berlins befaßt. Will er sich damit von seiner Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage ablenken? Der Hinweis läßt sich als Kritik von Goebbels an Hitler werten.

4.2.1932

Die Frankfurter Zeitung berichtet über ihre Recherchen in der thüringer Einbürgerungsaffäre. Pressemeldungen erscheinen unter Bezug auf die Thüringer Affäre mit dem Tenor „Hitler ist deutscher Staatsangehöriger“. Deutsche Allgemeine Zeitung, Hannoverscher Kurier u.a. Blätter berichten über Details der gescheiterten Einbürgerung Hitlers in Thüringen. Es werden die Aussagen der damals mit dem Vorgang befaßten beiden Ministerialbeamten zitiert, die von Innenminister Frick zu Verschwiegenheit verpflichtet wurden.

Der Eindruck des versuchten „Scheingeschäfts“ verdichtet sich.

Innenminister Groener erklärt, daß nach Ermittlungen seines Ministeriums Hitlers Einbürgerung nicht zustande gekommen sei.

Die Erklärung bezieht sich auf das Gutachten des Verfassungsreferenten Kaisenberg. Diese Auffassung ist juristisch kontrovers, hat aber die Braunschweiger Einbürgerungskampagne befeuert und dort den Druck auf die zögernden bürgerlichen Koalitionspartner erhöht. Hitler schlägt Hugenberg vor, daß er, der Stahlhelm und die DNVP getrennt kandidieren. Sein Kalkül ist, daß durch weitere Kandidaten auf der Rechten Hindenburg geschwächt wird und so seine eigenen Chancen steigen. Die Unterschiede im Ergebnis des ersten und zweiten Wahlgangs unterstützen dieses Kalkül. Stahlhelm und DNVP hätten im im Sinne der Harzburger Front einen Sammelkandidaten bevorzugt, der aber nicht Hitler sein sollte. Wäre Hitler der Sammelkandidat der Rechten gewesen, hätte das dazu geführt, daß mehr nationalkonservative Stimmen auf Hindenburg entfallen wären. In diesem Machtpoker auf der Rechten hatte Hitler die besseren Karten. Die Kandidatenfrage hat sicherlich den Konflikt zwischen Stahlhelm und NSDAP/SA noch weiter angeheizt.

Goebbels notiert unter Bezug auf den Umstand, daß die Hildburghausen-Affäre durch die Presse öffentlich geworden ist: „Der Führer muß ja Staatsbürger sein, um kandidieren zu können. Klagges wird damit beauftragt, diese Frage zu lösen. Es ist geplant, den Führer zum außerordentlichen Professor in Braunschweig zu ernennen. Es ist für ihn fast beleidigend, welche Schleichwege man benutzen muß, ihm das zu geben, was keinem Ostjuden verweigert worden ist.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 122)

In dieser Formulierung bringt Goebbels erstmalig zum Ausdruck, daß das latente Unbehagen der NS-Führung über Hitlers Staatenlosigkeit akut wird. Klagges wird hier erstmals als derjenige erwähnt, der von der Parteizentrale den Auftrag erhält, für die Einbürgerung zu sorgen. Die präzise Formulierung, daß Hitler nicht Prof. sondern a.o. Prof. werden soll, deutet darauf hin, daß Klagges schon vorher einen Vorschlag unter Hinweis auf die freie Professur gemacht haben muß. Der Hinweis auf die „Schleichwege“ macht deutlich, daß Goebbels die Problematik der Einbürgerung und des zu vermeidenden Eindrucks der Scheinernennung bewußt ist. Dies läßt sich dahingehend interpretieren, daß in der ungeklärten Frage der Staatsbürgerschaft der eigentliche Grund für das Zögern Hitlers liegt.

Göring bestellt von München aus Klagges nach Berlin zu einer Unterredung mit Hitler für den nächsten Tag.

Küchenthal stellt den Vorgang 1969 so dar, daß Goebbels Klagges beauftragt habe, Hitler zum Professor zu machen, nachdem Klagges diesen Vorschlag gemacht habe. Diese Darstellung ist insofern glaubwürdig, da Goebbels kaum wissen konnte, daß an der TH nach der Entlassung Riekels gerade eine Professur frei war, sehr wohl aber Klagges als zuständiger Minister, der bei der Entlassung Riekels als Regierungsrat im Ministerium beschäftigt war. Also ist vermutlich zuvor zwischen Braunschweig und Berlin telephonierte worden. Daß die Riekel-Stelle frei war, wußten aber auch noch andere, die möglicherweise auf deren Besetzung spekuliert haben.

5.2.1932

Klagges wird in Berlin von der Parteizentrale über die Einbürgerungsabsicht instruiert.

Dies kann als Hinweis gewertet werden daß Hitler sich entschieden hat. Vier Tage später ist er allerdings wieder unschlüssig.

6.2.1932

Die Kreuz Zeitung meldet, daß der Stahlhelm Hitlers Einbürgerung unterstützt.

Damit begibt sich der Stahlhelm seines wichtigsten Druckmittels. Nachdem seine Unterstützung öffentlich gemacht ist, bleibt nur noch die Hoffnung auf Verhandlungen mit Hitler, die aber angesichts der politischen Schläue Hitlers naiv ist.

7.2.1932

Der Hindenburg-Ausschuß hat bereits 770.000 Unterschriften gesammelt.

Mehr als 2 Mio. weitere werden noch folgen.

Klagges informiert Küchenthal Sonntags im Staatsministerium über die Pläne der Berliner Parteizentrale, Hitler über die Verbeamtung die Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Küchenthal verhält sich weiter reserviert und verweist auf Zuständigkeit der BEL.

Hat Klagges bereits auf die Professoren-Lösung verwiesen?

8.2.1932

Weiteres Gespräch Klagges-Küchenthal. Die beabsichtigte Prüfung der rechtlichen Aspekte durch OLG Wanstrat wird zurückgestellt. Klagges bittet Küchenthal um Vertraulichkeit. Küchenthal kündigt seinen Widerstand an.

9.2.1932

Goebbels notiert: „Im Kaiserhof aufs neue Debatten über die Präsidentenwahl. Alles bleibt noch in der Schwebe. Der Stahlhelm ist unschlüssig. Wir warten ab.“ (Goebbels 1987 Teil I, Bd. 2. S. 125)

Warum ist alles in der Schwebe? Weil noch unklar ist, wie sich die Konkurrenz verhält, oder weil die Einbürgerung noch nicht geklärt ist? Hat Klagges vom Widerstand Küchenthals nach Berlin berichtet?

10.2.1932

Hindenburg empfängt Seldte und Duesterberg. Die Audienz endet in Mißstimmung. Hochschullehrerversammlung der Braunschweiger Professoren. Senat bzw. 27 Professoren (u.a. Mühlenpfordt, Geiger, Schmitz – aber nicht Roloff) unterstützen Hindenburgs Kandidatur.

Die Initiative läßt sich als Demonstration gegen Hitler werten. Will Roloff Hitler wählen? Er behauptet 1945, er habe Hindenburg gewählt.

11.2.1932

Die Wolfenbütteler Zeitung schreibt: „Ob das Land Braunschweig in letzter Stunde die Einbürgerung Hitlers durch seine Berufung in eine amtliche Stelle ermöglicht, ist fraglich. Es wäre wohl möglich, daß Hitler sich von seinen Anhängern wählen läßt, gleichgültig, ob er Reichsangehöriger ist oder nicht; dann wäre aber damit zu rechnen, daß die auf eine solche Kandidatur abgegebenen Stimmen als ungültig erklärt würden. Da es den Nazis einstweilen aber nur auf Werbung ankommt, ist es nicht ausgeschlossen, daß man das in Kauf nehmen will, zumal Hitler persönlich gar keine Lust hat, seine Führerstelle gegen ein verantwortliches Staatsamt einzutauschen.“ (zit. nach Ruben 2004, S. 25)

Hier wird der Propagandaeffekt der Reichspräsidentenwahl unabhängig vom Ausgang betont. Dies setzt aber voraus, daß Hitler auf dem Wahlzettel steht. Oder lautet die Spekulation, zur Wahl aufzurufen, auch wenn er gar nicht auf dem Wahlzettel verzeichnet ist, weil ihm die Kandidatur aus juristischen Gründen vom Wahlleiter verweigert worden ist?

Goebbels notiert abends: „Die Entscheidung liegt immer noch in der Schweben.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 126)

12.2.1932

Goebbels notiert für den Vormittag: „Ich kalkuliere mit dem Führer im Kaiserhof noch einmal alle Zahlen durch. Es ist ein Risiko, aber es muß gewagt werden. Die Entscheidung ist nun gefallen.“

Spät abends notiert er: „Die offene Entscheidung ist um einige Tage vertagt.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 127)

Hier klingt es so, als liege das Zögern in dem Risiko bedingt, eine Niederlage gegen Hindenburg zu erleiden. Wenn Hitler sich angeblich aber entscheiden hat, warum zögert er mit der Bekanntgabe der Kandidatur, wo doch das Zögern seine Anhänger verunsichert? Zögert er wegen der ungeklärten Staatsbürgerschaftsfrage?

Die DVP veröffentlicht eine positive Stellungnahme der zur Einbürgerung Hitlers. (Bomarus, Bd. 1, S. 92)

13.2.1932

Die Reichsregierung schlägt vor, die Wahl des Reichspräsidenten auf den 13.3.1932 zu legen. Ein möglicher zweiter Wahlgang soll am 10.4.1932 stattfinden. Wegen der Zehntagefrist müssen die Wahlvorschläge bis zum 3.3.1932 beim Reichswahlleiter eingegangen sein. *Damit steigt der Zeitdruck, die Einbürgerung Hitlers zu regeln.*

3 Mio Unterschriften für den Wahlvorschlag Hindenburg sind erreicht. Der Kyffhäuser Bund unterstützt Hindenburg. Der Stahlhelm knüpft seine Unterstützung an die Bedingung, einen Kurswechsel einzuleiten. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände wenden sich gegen Hindenburg. Staatssekretär Meißner lehnt die Bedingung des Stahlhelms ab.

Der Stahlhelm hat mit seiner Bedingung faktisch eine Absage provoziert, da Brüning ja gerade die Fortsetzung seines Kurses durch die Wiederwahl Hindenburgs erreichen will. Der Widerstand des Stahlhelms gegen Hitler formiert sich erst später, als es bereits zu spät ist.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Volksfreund u.a. Zeitungen melden unmittelbar bevorstehende Ernennung Hitlers zum Professor.

Indirekt geht aus den Meldungen auch hervor, daß der Rektor der TH Kùchenthal vergeblich um Auskunft gebeten hat. So erfährt Klagges, daß er von Schmitz übergangen wurde.

Klagges verfaßt einen Aktenvermerk: „In Rücksicht auf die politische Bildung des heranwachsenden Geschlechts halte ich es für dringend erforderlich, daß die Studenten der Technischen Hochschule Gelegenheit erhalten, sich auch im Rahmen der Hochschule über die Grundfragen der Nationalpolitik, die über künftige Schicksalsgestaltung unseres Volkes entscheidet, zu unterrichten. Daher beabsichtige ich seit längerer Zeit, eine Persönlichkeit, die sich theoretisch und praktisch in einer führenden Stellung bewährt hat, an die hiesige Technische Hochschule zu berufen und ihr einen Lehrauftrag für

organische Gesellschaftslehre und Politik

zu erteilen. Wie mir mitgeteilt wird, würde Herr Schriftsteller Adolf Hitler, München, Prinzregentenplatz 16, 2. Stock bereit sein, einen derartigen Ruf anzunehmen. Da Herr Hitler nicht nur als Führer einer großen politischen Volksbewegung, sondern ebenfalls durch sein grund-

sätzliches politisches Werk „Mein Kampf“ als wissenschaftlicher Schriftsteller hervorgetreten ist, würde ich die Verwirklichung dieser Möglichkeit lebhaft begrüßen. Durch eine Lehrtätigkeit Adolf Hitlers würde die Bedeutung und das Ansehen der Hochschule zweifellos sehr gesteigert werden.

Da Herr Hitler, als Deutschösterreicher in Braunau am Inn geboren (20.4.89), zur Zeit staatenlos ist, legt er Wert darauf, daß seine Berufung in einer Form erfolgt, durch die ihm zugleich das deutsche Staatsbürgerrecht nach § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen wird. Herrn MR Dr. Albrecht bitte ich zu prüfen, in welcher Form eine sofortige Berufung möglich ist. Da eine Befragung der Hochschule satzungsgemäß nicht erforderlich ist, kann sie in diesem Falle unterbleiben. Herr MR Dr. Kiesel bitte ich zu prüfen, ob die beabsichtigte Form der Berufung den Bedingungen des § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes entspricht. Zu dem letzten Punkt ist auch die Stellungnahme des Herrn OL Gerichtsrats Wanstrat herbeizuführen. Klagges“

Die entsprechende Akte befindet sich im Document Center, Berlin (hier zitiert nach Morsey 1960, S. 451)

Die von Morsey mit Fragezeichen angegebene Datierung 18.2.1932 ist offensichtlich unrichtig und wird von Küchenthal bestritten.

Der Aktenvermerk ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Warum wird er überhaupt von Klagges verfaßt? Dient er als Anweisung für die Ministerialbeamten Albrecht, Kiesel und Wanstrat? Geht es darum, einen Gegengutachten zu dem Kaisenberg-Gutachten zu verfassen, um den Vorwurf der Scheinernennung zurückzuweisen? Da Klagges mit den juristischen Details der Einbürgerung vertraut ist, muß der Punkt schon zuvor (ausgelöst durch das Kaisenberg-Gutachten?) diskutiert worden sein. Geht es darum, dem möglichen Widerstand der TH entgegenzutreten? Dieser Absicht könnte der Hinweis dienen, daß Hitler mit „Mein Kampf“ die wissenschaftliche (sic) Qualifikation für die Berufung liefere. Will Klagges gegenüber Hitler später seine Bemühungen dokumentieren? Ob die Hochschule übergangen werden kann, ist allerdings umstritten. Klagges Argument lautet, daß es sich durch die Umwidmung der Denomination um eine neue Professur handle und deshalb die TH nicht einbezogen werden müsse. Klagges muß klar gewesen sein, daß Hitler die Tätigkeit nicht ausüben kann bzw. will. Vorgesehen ist für die Berufung die vakante Riekel-Stelle.

Auch wenn die Eilbedürftigkeit des Vorgangs betont wird, stellt der Aktenvermerk nicht den Beginn der Einbürgerungsaktion dar, da bereits zuvor mehrfach zwischen Berlin und Braunschweig konferiert wurde. Zudem schreibt Klagges in seinem Aktenvermerk, daß er schon „seit längerer Zeit“ den Gedanken gehabt habe. Pollmann 1995, S. 444 ist der Ansicht, daß Klagges den Aktenvermerk selber verfaßt hat.

Ein weiterer Aspekt ist die Frage, was Klagges mit der Denomination „organische Gesellschaftslehre und Politik“ meint. Bezieht sich das Adjektiv nur auf „Gesellschaftslehre“ oder auch auf „Politik“? Vermutlich meint er beides. Was versteht er unter „organisch“? 1974 wird Klagges ein Buch „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“ veröffentlichten, das zur Klärung seines Verständnis von „organisch“ beitragen wird. Warum benutzt er den Begriff „Politik“ statt des damals gebräuchlichen „Staatsbürgerkunde“ und warum „Gesellschaftslehre“ statt des gebräuchlichen „Soziologie“? In der Denomination von Roloff heißt es „Staatsbürgerkunde“ und in der Denomination von Geiger „Soziologie“. Will Klagges mit seinen Begriffen den Anschein einer fachlichen Überschneidung vermeiden? Oder mißfällt ihm der Begriff „Staatsbürgerkunde“ als zu demokratisch und zu sehr an Weimar erinnernd? Jedenfalls geht es Klagges in seiner Begründung für die Berufung um eine Professur zur ideologischen Beeinflussung aller Studenten der TH im Sinne des Nationalsozialismus. Wäre Hitler tatsächlich in der Lehre tätig geworden, hätte er sich in eine fachliche Konkurrenz zu Geiger und vermutlich auch Roloff begeben. Auf jeden Fall ist es wert, die Idee, die Klagges mit seiner Denomination verfolgte, weiter aufzuklären.

Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie standen jedenfalls nach 1933 überall unter starkem Druck und mußten sich weltanschaulich anpassen. (Vgl. dazu Botsch 2006 und Eisfeld 2013 zur Politikwissenschaft und van Dyk/Schauer 2010 zur Soziologie)

Klagges bestellt die Gutachten bei seinen Ministerialräten, ob die TH bei der Berufung übergangen werden kann und ob es Probleme im Hinblick auf die daraus zu resultieren beabsichtigte Einbürgerung nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigen-Gesetzes gibt.

Auch Küchenthal verfaßt am selben Tag einen Aktenvermerk über den Versuch, Hitler qua Professur einzubürgern. Küchenthal schildert die Versuche von Klagges, ihn zur Unterschrift zu bewegen. Küchenthal zeigt sich reserviert und verweist auf die politische Zuständigkeit der BEL. Küchenthal übergibt den Aktenvermerk später dem MR Kiesel zur Aufbewahrung. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 4-5,; S. 89)

Bemerkenswert ist, daß beide Protagonisten am selben Tag einen Aktenvermerk in Sachen Hitler anfertigen. Klagges wollte darin die Berufung rechtfertigen, Küchenthal seine Nichtzuständigkeit begründen. Daß Küchenthal seinen Vermerk Kiesel später (wann?) zur Aufbewahrung übergibt, unterstreicht seine Vorsicht.

Hitler nimmt eine Einladung von Hugenberg, Seldte und Duesterberg zu einem Treffen nicht an und schickt Göring als Vertreter. Göring schlägt dem Stahlhelm Hitler als Einheitskandidaten vor. Der Vorschlag wird vom Stahlhelm abgelehnt. Hugenberg schlägt vor, daß jeder seinen eigenen Kandidaten benennt. Außerdem verlangt Göring für die NSDAP den Reichskanzler, den Innenminister und den Reichswehrminister.

Goebbels notiert: „In dieser Woche soll nun die öffentliche Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage gefällt werden.“ (Goebbels 10987, Teil I, Bd. 2. S. 127)

14.2.1932

Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Göring, Hugenberg, Seldte und Duesterberg ohne Ergebnis.

Am Abend entscheidet sich der der Stahlhelm für einen eigenen Kandidaten.

Damit ist das Ende der Harzburger Front auch von dieser Seite besiegelt.

15.2.1932

Hindenburg erklärt sich gegenüber Brüning zur Kandidatur bereit.

Der Grund ist vermutlich, daß inzwischen nicht nur der überparteiliche Hindenburg-Ausschuß mit 3 Millionen Unterschriften, sondern auch diverse Organisationen der Rechten seine Kandidatur unterstützen.

Die von Klagges angeforderten Gutachten liegen vor. Demnach gilt der § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes für Ausländer und für Staatenlose.

Auch die Frage, ob der Paragraph nur für Ausländer oder auch für Staatenlose gilt, war offenbar im Falle Hitlers ein Problem.

Klagges erteilt dem Referenten für die TH, MR Paul Albrecht, den Auftrag, eine Ernennungsurkunde für Hitler zu entwerfen (laut Erinnerung Küchenthal), was im Laufe des Vormittags geschieht:

„1. Der Schriftsteller Adolf Hitler übernimmt am 25. Februar 1932 die planmäßige ausserordentliche Professur für `Organische Gesellschaftslehre und Politik´ an der Technischen Hoch-

schule Braunschweig mit der Verpflichtung, bis zu 12 Vorlesungs- und Übungsstunden im Semester wöchentlich zu halten.

2. Der Schriftsteller Adolf Hitler wird als planmäßiger außerordentlicher Professor nach dem Staatsbeamtenbesoldungsgesetz vom 26. Juni 1928 Bes. Gr. A II b besoldet. Der Beginn des Besoldungsdienstalters wird auf den 1. Februar 1932 festgesetzt.

3. Herr Adolf Hitler erhält für seine Vorlesungen und Übungen eingehende Unterrichtsgebührenanteile nach Maßgabe der darüber bestehenden jeweiligen Bestimmungen.

4. Herr Adolf Hitler hat das Recht zur Ausübung privater Tätigkeit, soweit durch diese die Interessen seines Lehrstuhls nicht geschädigt werden.

5. Das Dienstverhältnis des Herrn Adolf Hitler regelt sich neben den Bestimmungen dieses Vertrages nach den Vorschriften des braunschweigischen Staatsbeamtengesetzes vom 4. April 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 30. November 1930 und der zu diesem Gesetz erlassenen Nachträge.

Braunschweig, den Februar 1932

München, den Februar 1932

Staatsministerium

Minister

Minister“

Die Unterschrift beider Minister ist vorgesehen. Der Wohnsitz Hitlers wird mit München angegeben. Mit den privaten „Nebentätigkeiten“ sind vermutlich seine politischen Aktivitäten (etwa Wahlkämpfe zum Reichspräsidenten) gemeint, die kaum Zeit für eine Haupttätigkeit als Professor mit 12 SWS erlauben. Die Wertigkeit der Professur ist geringer als die der dafür vorgesehene Riekel-Stelle. Die Denomination bedeutet, daß zum zweiten Mal die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie an der TH Braunschweig durch eine Professur vertreten werden sollen, und steht in Konkurrenz zu den vorhandenen Professuren von Roloff (Staatsbürgerkunde) und Geiger (Soziologie). Laut späterer Aussage Küchenthals soll Albrecht den Auftrag nur widerwillig ausgeführt haben.

Bei neuen Professuren muß die Hochschule entsprechend der Neuformulierung des Staatsbeamtengesetzes vom 30.11.1930 nicht einbezogen werden. Für Klagges handelt es sich durch die neue Denomination um eine neue Professur, für die TH aber nur um die Wiederbesetzung einer alten Professur unter neuer Bezeichnung. Deshalb sei ihre Mitwirkung notwendig. Die Berufung von Roloff war in gewisser Weise ein Präzedenzfall, weil er auf eine bereits vorhandene, aber noch nicht besetzte Professur von Franzen berufen wurde, nachdem sie eine neue Denomination erhalten hatte. Hierbei hatte die Universität mitgewirkt.

Bemerkenswert ist, daß zwischen der Aktennotiz von Klagges und der Ausfertigung der Urkunde nur zwei Tage liegen. War Klagges tatsächlich unter großem Zeitdruck oder wollte er nur auf die Schnelle und unter großer Geheimhaltung an allen Instanzen vorbei die Einbürgerung alleine bewerkstelligen?

Wessel verlangt von Küchenthal Auskunft über die Berufsfrage. Küchenthal erklärt, keine Ernennungsurkunde unterzeichnen zu wollen.

Wie die Absicht der Berufung bekannt geworden ist, bleibt unklar. Eine mögliche Erklärung lautet, daß der Hochschulreferent Albrecht die Hochschulleitung und diese den Ehrendoktor der TH und Abgeordneten der DVP im Landtag, Wessel, als Vertrauensmann informiert hat.

Klagges unterzeichnet die Urkunde und legt sie mittags Küchenthal zur Gegenzeichnung vor. Die Referenten Albrecht, Kiesel und Wanstrat (Justiz) halten sich auf Anweisung von Klagges für Rückfragen bereit.

Küchenthal verweigert die Gegenzeichnung, weil es sich nicht um eine normale Beamtenernennung, sondern um einen politischen Akt handele. Deshalb fehle ihm die Kompetenz, die

bei der BEL liege. Küchenthal erklärt, Roloff als Fraktionsführer der BEL von dem Vorhaben in Kenntnis zu setzen.

Klagges ist enttäuscht bzw. verärgert, weil er dadurch sein Gesicht gegenüber der Partei verliert und Hitler zum wiederholten Male dem Spott der Presse ausgesetzt wird. Vgl. dazu die Karikatur im „Vorwärts“ vom ? 1932 „Hitlers Antrittsvorlesung“. Evtl. spielt auch eine Rolle, daß seitdem Zörner eine wichtige Rolle bei der Einbürgerung zukommt und Klagges nur noch das exekutiert, was Zörner eingefädelt hat. Wer von beiden gewinnt das Wohlwollen Hitlers? Liegt hier ein Grund für den späteren Konflikt Klagges – Zörner?

Die Urkunde wird später von Overesch im Bundesarchiv Koblenz unter den persönlichen Papieren von Hitler gefunden. Sie hatte offenbar großen Erinnerungswert für Hitler. Also hat Klagges sie Hitler ausgehändigt, obwohl sie ohne die Unterschrift Küchenthals wertlos war. Vielleicht wollte er Hitler so seine Bemühungen dokumentieren.

Küchenthal informiert Roloff, der daraufhin laut Küchenthal erklärt haben soll: „Darauf habe ich schon lange gewartet“. Roloff ist gegen die Berufung, befürchtet aber bei Ablehnung die Auflösung des Landtags und bei Neuwahlen einen weiteren Stimmenzuwachs für die NSDAP. Roloff setzt eine Beratung der BEL-Fraktion für den 17.2. nach der Landtagssitzung an.

Eine andere Variante lautet, daß Roloff vom braunschweiger DNVP-Vorsitzenden Baumann am Rande der Landtagssitzung vom 17.2. über die Berufung Hitlers informiert worden sein soll.

So lautet die Version Roloff Junior 1961, S. 90. Die Aussage stützt sich auf spätere Aufzeichnungen von Roloff sen. aus den Jahren 1947 und 1950.

Der Allgemeine Anzeiger berichtet, daß Küchenthal der Ernennung zugestimmt habe. Der Volksfreund berichtet, daß Küchenthal sich geweigert habe, eine entsprechende Anfrage des Rektors zu beantworten.

Es gibt keine Hochschulakten, aus denen hervorgeht, wie die TH auf die versuchte Berufung Hitlers reagiert hat. Auch die Senatsakten schweigen darüber. Die eine Erklärung für diesen merkwürdigen Umstand lautet, daß die TH offiziell nie mit dem Vorgang befaßt war bzw. befaßt werden sollte. Die andere Erklärung lautet, daß man bewußt in dieser heiklen Angelegenheit keine Spuren in den Akten bzw. Senatsprotokollen hinterlassen wollte. Der Widerstand gegen die Ernennung in der Hochschule war jedenfalls breit und stützte sich insbesondere auf Rektor Schmitz, Prorektor Mühlenpfordt, Dekan Geiger, Roloff, Studentenvertreter u.a.

Die braunschweiger DVP konferiert in der Einbürgerungsfrage brieflich (Schreiben Brandes an Dingeldey) und fernmündlich mit DVP-Zentrale in Berlin. Brandes schreibt: „Die Nazis werden mit Rücksicht auf die Präsidentenwahl jetzt noch alles daran setzen, die Koalition zu erhalten und nicht zu gefährden. Die Einbürgerung Hitlers durch Braunschweig wird dabei eine besondere Rolle spielen. Die bisherigen Gerüchte, eine Einbürgerung Hitlers durch dessen Ernennung zum Professor sei schon erfolgt, stimmt nicht. Ich bin aber überzeugt, daß die Nationalsozialisten mit solchen Wünschen in Kürze kommen werden. Ich hoffe, mit Ihnen einig zu gehen, daß man eine Einbürgerung Hitlers auf völlig legalem Wege auch von uns aus befürworten sollte. Wir müssen es aber meines Erachtens ablehnen, unsere Hand zu Schieberaktionen zu bieten, wie das in Thüringen versucht worden ist und wie es in den letzten Tagen durch die Presse gegangen ist.“ (Stadtarchiv Braunschweig G X 6 Nr. 539)

Die DVP stellt sich auf die unumgängliche Einbürgerung ein. Die berliner Zentrale ist informiert.

Goebbels notiert an diesem Tag nichts in seinem Tagebuch, obwohl der Umstand, daß der erste Anlauf, Hitler in Braunschweig einzubürgern, gescheitert ist, doch Hitler tief getroffen und in seinem Zögern bestätigt haben dürfte. Es muß davon ausgegangen werden, daß Klagges telephonisch kleinlaut über sein Scheitern nach Berlin berichtet hat.

16.2.1932

Hindenburgs Kandidatur wird öffentlich bekannt gegeben.

Im Thüringischen Landtag wird bis zum 18.2. über den gescheiterten Einbürgerungsversuch debattiert.

Ob die mit der Angelegenheit befaßten thüringischen Ministerialbeamten sich tatsächlich an die ihnen von Frick abverlangte Amtsverschwiegenheit gebunden fühlten oder ob sie eher den Mund hielten, weil sie Hitlers kommende Machtergreifung fürchteten, darüber läßt sich spekulieren. Die Debatte erhöht den Handlungsdruck in Braunschweig.

Goebbels notiert: „Ich arbeite so, als wäre der Wahlkampf schon im Gange. Das bereitet einige Schwierigkeiten, da der Führer noch nicht offiziell als Kandidat proklamiert ist.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 128)

Wieder kein Wort zur gescheiterten Verbeamtung in Braunschweig.

17.2.1932

Kontroverse Landtagsdebatte in Braunschweig. Die erste Lesung über den Haushalt ist relevant für die Ernennungsfrage, da die Stelle im Haushalt ausgewiesen sein muß. Küchenthal kündigt im Landtag an, die Braunschweigische Gesandtschaft beim Reichsrat in Berlin aus Kostengründen zum 1.4.1932 aufheben zu wollen. Dies sei ein reiner Verwaltungsakt der Staatsregierung und bedürfe nicht der Zustimmung des Landtags.

Der Haushaltsauschuß hatte zuvor unter Mitwirkung von Roloff aus Kostengründen eine vakante Regierungsrat-Stelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt gestrichen.

Roloff behauptet 1945, die Streichung sei bewußt erfolgt, um auf diese Weise eine Anstellung Hitlers als Regierungsrat zu verhindern. Wann genau hat der Ausschuß getagt? Wenn die Behauptung stimmt, dann ist das ein Hinweis, daß die Frage der Einbürgerung auch via Regierungsrat bzw. über eine Beamtenstelle bei der Braunschweigischen Gesandtschaft früher, intensiver und kontroverser diskutiert und behandelt wurde, als aus den Akten hervorgeht, und daß die Professur- und die Regierungsrat-Varianten parallel betrieben worden sind.

Jasper spricht im Landtag die Absicht an, Hitler zum Professor zu machen und auf diesem Wege einzubürgern. Die NSDAP erklärt im Landtag, nichts davon zu wissen, aber einen solchen Vorgang unterstützen zu wollen.

Klagges hat offenbar auch die braunschweiger NSDAP nicht über seine Aktivitäten unterrichtet.

Die Rede des Abgeordneten Winter (KPD), der harte Angriffe auf die Regierung vorträgt, endet im Tumult. Winter und der ihn unterstützende Abgeordnete Gmeiner (KPD) werden von Landtagspräsident Zörner nach wiederholten Ordnungsrufen für 8 Sitzungen ausgeschlossen.

Wurde der Ausschluß Winters von Zörner provoziert, um bei der zweiten Lesung des Haushalts eine sichere Mehrheit zu erhalten, falls Schrader (einer neuen Planstelle) nicht zustimmt?

Im Anschluß an die Landtagssitzung konferiert die gesamte BEL-Fraktion (Roloff, Baumann, Löbecke, von Grone – DNVP; Brandes, Wessel, Ehrendoktor der TH, Oehlmann, Marquardt – DVP; Frede – Haus- und Grundbesitz; Schmidt, Vahldieck - Mittelstand) zum ersten Mal über die Einbürgerungsfrage. Roloff ist in der Sitzung ein vehementer Gegner der Absicht und würde deshalb sogar die Koalition platzen lassen.

Warum ist Roloff so heftig dagegen? Liegt der Widerstand nur an der mangelnden akademischen Qualifikation oder reflektiert Roloff selber auf die Riekel-Stelle, weil diese höher dotiert ist als seine eigene? Die DVP taktiert, weil sie den Bruch der Koalition und Neuwahlen fürchtet, während die DNVP gradliniger agiert, da sie Neuwahlen weniger fürchten muß. Nach 1945 erinnern sich die Beteiligten kontrovers, ob Küchenthal letztlich verantwortlich war oder ob er nur den späteren Beschluß der BEL-Fraktion umgesetzt hat.

Küchenthal erläutert seine Bedenken: Die Ernennung wäre rein politischer Akt. Es gäbe keine sachliche Begründung für die Professur (Roloff und Geiger decken die Denomination bereits ab!). Würde Hitler berufen und sein Amt ausüben, gäbe es laufend Krawalle zwischen linken und rechten Studenten. Es gebe den persönlichen Konflikt mit Hitler anlässlich des Rücktritts Franzens. Es folgt eine kontroverse Diskussion – pro – und contra Professur. Wessel (*in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann der TH*) ist gegen die Professur. Hitler als Stellvertreter der Reichsratsbevollmächtigter kommt nicht in Frage (*deswegen das Gespräch Küchenthal – Boden!*) Die Debatte endet in dem Einverständnis, Hitler einbürgern zu wollen, da sonst die Koalition zerbricht und der Landtag aufgelöst werde. Bei Neuwahlen würde die BEL starke Verluste erleiden. Ein Beschluß wird noch nicht gefaßt.

Laut Küchenthals „Erinnerungen“ sei der Ehrendoktor der TH, Wessel die entscheidende Person gewesen, der die Berufung Hitlers verhindert und in der Fraktionssitzung quasi die Position der TH vertreten hat. In den Senatsakten findet sich nur ein einziger indirekter Hinweis am 23.3.1932, daß der Senat sich nachträglich mit der Berufung Hitlers befaßt hat. Offensichtlich sollte dies aus dem Protokoll nicht hervorgehen. Der Umstand macht deutlich, welche begrenzten Wert Quellen und gerade Protokolle haben, die auch immer aus politischen Überlegungen heraus in ihren Formulierungen entstanden sind.

Ruben 2004, S. 39 weist daraufhin, daß sich auch Roloff um eine ordentliche Geschichtsprofessur beworben habe, die durch den vorzeitigen Ruhestand Riekels frei geworden sei. Sie beruft sich dabei auf Äußerung in Küchenthals Erinnerungen !?

Küchenthal erhält den Auftrag, Roloff bis zum 22.2. ein Verzeichnis der im Staatshaushalt freien Planstellen vorzulegen. Nicht der Minister, sondern die die BEL solle die Entscheidung fällen (so Küchenthal später).

Der Volksfreund befragt Rektor Schmitz, ob die TH von der Berufungsabsicht weiß.

Die Hochschule (Schmitz, Mühlenpfordt, Gassner) erklärt, daß auch die Umwidmung einer Professur ihre Angelegenheit sei.

Die Affäre wird zunehmend zu einer öffentlichen Angelegenheit, die Hitler Spott einbringt. Hitler ist verärgert über Klagges, der die Sache dilettantisch eingefädelt und den Bogen gegenüber dem Koalitionspartner und der Hochschule überspannt hat.

Der DNVP-Reichstagsabgeordnete Quatz fährt im Auftrag von Hugenberg nach Braunschweig, um seinen Parteifreunden deutlich zu machen, daß die aus der Koalitionspartner-schaft erwachsene Pflicht zu erfüllen sei, die Einbürgerung zu regeln.

Hugenberg träumt offenbar immer noch von der „Harzburger Front“. Auf jeden Fall ist jetzt der Moment gekommen, daß die Berliner Parteizentralen sich einmischen und den Braunschweigern das Heft aus der Hand nehmen.

Hans Frank, Hitlers Rechtsberater, fährt nach Braunschweig und konferiert mit Landtagspräsident Zörner, den beiden Ministern und Roloff im Landtag. Zörner bringt seinen Schwager Carl Heimbs als Vermittler ins Spiel. Am Abend treffen sich Frank und Zörner auf dessen Vermittlung mit Heimbs im Park Hotel. Frank verspricht, Hitler werde sich für die braunschweigische Industrie einsetzen. Heimbs stimmt zu und will über Wessel auf die DVP einwirken.

1947 erklärt Heimbs in einer Ehrenerklärung für Brandes, daß er der Einbürgerung Hitlers nur wegen dessen Weltkriegsteilnahme zugestimmt, ihn aber persönlich abgelehnt habe. Nach seiner Erinnerung sei der Vorgang im Vergleich zu den anderen Ereignissen „unbedeutend“ gewesen.

Weil die ursprünglich favorisierte Professoren-Lösung auf harten Widerstand stößt, wird durch Entsendung von Abgesandten – Quatz, Frank, Göring bzw. indirekt durch Goebbels, Hugenberg und Dingeldey Druck gegenüber den Braunschweiger Parteifreunden aufgebaut. Unklar bleibt, ob am Ende die übergeordneten Erwägungen in Berlin oder die lokalen in Braunschweig den Ausschlag gegeben haben. Wessel soll nach der Erinnerung Küchenthals der letzte gewesen sein, der unter den Braunschweiger Verantwortlichen noch gegen die Einbürgerung Widerstand geleistet hat. Die Frage bleibt, warum Wessel nicht für den Koalitionswechsel der DVP plädiert hat, um die Einbürgerung zumindest in Braunschweig zu verhindern.

Laut späterer Erinnerung von Brandes hat Heimbs ihn über sein Treffen mit Frank informiert. Heimbs gehörte damals zum erweiterten Vorstand der Braunschweiger DVP. Er dementiert später im Leserbrief an den Spiegel vom 11.10.1961 diese Version. Vgl. dazu auch die schriftliche Erklärung von Heimbs vom 8.2.1947. Küchenthal dementiert später, an der Besprechung teilgenommen zu haben. Der Widerstand gegen die Einbürgerung besteht eher auf Seiten der DVP wegen eines möglichen Scheingeschäfts im Allgemeinen und wegen der Professur im Besonderen. Indem Zörner den möglicherweise entscheidenden Kontakt zu Heimbs herstellt, ist er zum wichtigen Akteur in der Einbürgerungsfrage geworden. Daß Klagges so das Heft des Handelns aus der Hand geben mußte, dürfte ihm nicht gefallen haben.

17.2.1932

Bündnis von Stahlhelm und DNVP zur Reichspräsidentenwahl.

18.2.1932

Der Thüringer Landtag setzt einen Untersuchungsausschuß unter Vorsitz von Hermann Brill (SPD) ein. Die Vernehmung von Frick und Hitler wird auf den Tag nach dem 1. Wahlgang zum Reichspräsidenten gelegt.

Brill wollte mit dieser Terminierung sicherlich den Ausgang des 2. Wahlgangs beeinflussen, indem Hitler durch seine Befragung blamiert wird.

Stahlhelm und DNVP nominieren Duesterberg zum Präsidentschaftskandidaten, der sich widerstrebend bereit erklärt.

Erneutes Gespräch Klagges-Küchenthal in der Einbürgerungsfrage. Klagges drängt, Küchenthal verweist auf die Sitzung der BEL am 22.2.

Der Ältestenrat des Braunschweigischen Landtags beschließt unter Mitwirkung Zörners, die zweite Lesung der Haushaltsberatungen auf den 1. und 2. März zu legen. Klagges fühlt sich durch die Terminierung hintergangen, da die Einbürgerung Hitlers möglicherweise eine etatmäßige Konsequenz hat und die zweite Lesung zu spät angesetzt ist für die rechtzeitige Einbürgerung. Die SPD-Vertreter im Ältestenrat wollen die Etatberatungen sogar noch 14 Tage später, also nach dem ersten Wahlgang, ansetzen, können sich aber im Ältestenrat nicht durchsetzen.

Die Wahlvorschläge zur Präsidentenwahl müssen, wie sich später herausstellt, wegen der Zehntagesfrist bis zum 3.3.1932 beim Wahlleiter eingegangen sein, weil der 1. Wahlgang auf den 13.3. gelegt wird. Für den 2. Wahlgang wäre mehr Zeit für die Einbürgerung geblieben. Ist das alles Zufall oder wollten Zörner bzw. SPD auf diese Weise Hitler von der Kandidatur fernhalten? Tatsächlich bewilligt der Haushaltsausschuß des Landtags die Planstelle für Hitler am 24.2., genau einen Tag vor der Einbürgerung, und der Landtag erst am 1.3., also nach der Einbürgerung, wie vom Ältestenrat festgesetzt. Klagges wird den Punkt später vor dem Parteigericht gegen Zörner vorbringen. Am 18.2. ist allerdings von der aus dem Landesetat gestrichenen Regierungsrat-Stelle noch keine Rede, sondern nur von der Professur, die ja vorhanden und nur unbesetzt ist.

19.2.1932

Nach mehreren Tagen des Schweigens notiert Goebbels erst jetzt wieder: „Beim Führer im Kaiserhof. Ich sprach mit ihm lange unter vier Augen. Die Entscheidung ist gefallen“. (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 129)

Ein Grund könnte die Kandidatur Duesterbergs gewesen sein, die Hindenburg Stimmen kosten wird und, wie von Hitler kalkuliert, seine Chancen erhöht. Was Hitler offenbar noch nicht weiß, ist, daß die Frage der Einbürgerung in Braunschweig immer noch in der Schwebe ist. Auf jeden Fall erweckt Goebbels mit seinen Tagebucheinträgen, daß er der entscheidende Berater war, der Hitler zur Kandidatur gedrängt bzw. überredet hat.

20.2.1932

Laut einem Leitartikel der Wolfenbütteler Zeitung vom 20.2.1932 stößt die Berufung Hitlers auf den Widerstand der Universität (Rektor Otto Schmitz) und des bürgerlichen Koalitionspartners, insbesondere Roloffs, wegen der mangelnden akademischen Vorbildung und der Befürchtung, daß eine Berufung Hitlers Unruhe in die Hochschule bringen würde (= offizielle Begründung).

Rektor Schmitz ruft Küchenthal an und bittet um Auskunft in der Berufungsfrage. Küchenthal verweist Schmitz an Klagges als zuständigem Minister. Schmitz wendet sich daraufhin an Wessel, Vertrauensmann und Ehrendoktor der TH.

Schmitz wird 1949 der Vorsitzende der Spruchkammer im Entnazifizierungsverfahren Küchenthals sein.

Küchenthal schlägt vor, Hitler zum Kommissarischen Bürgermeister in Stadtoldendorf zu machen. Der Plan scheitert am Widerstand der Landtagsparteien.

Laut Brandes soll es ein Schreiben von Roloff an Brandes geben - in der Nachkriegsakte Brandes im Stadtarchiv Braunschweig ist das verzeichnete Schreiben verschwunden – (Zufall?), in dem Roloff die Details der Regierungsrat-Lösung darlegt.

Der DVP-Vorstand akzeptiert den Vermittlungsvorschlag von Heimbs.

Heimbs spielt später die Bedeutung seiner Vermittlung herunter. Zörner sei auch an die anderen Parteien herangetreten. Offenbar lag der größere Widerstand gegen die Einbürgerung bei der DVP und nicht bei der DNVP und den anderen Mitgliedern der BEL.

Die Aufwandsentschädigung für die Mitarbeiter der Braunschweigischen Gesandtschaft und damit auch für den Gesandten Boden wird vom Haushaltsausschuß des Landtags aus Gründen der Kosteneinsparung gekürzt.

21.2.1932

Der Vorstand der Braunschweiger DVP übernimmt die Empfehlung von Heimbs in der Einbürgerungsfrage.

So die Erinnerung von Brandes 1947.

Der DVP-Parteivorsitzende Dingeldey gibt telegraphisch aus Berlin seine Zustimmung, nachdem er (laut Küchenthal) mit Kaisenberg konferiert hat.

Also wußte Kaisenberg (und damit Groener bzw. Brüning) bereits, daß sein Gutachten die Braunschweiger nicht abschreckt, der Kandidatur Hitlers den Weg zu bereiten.

22.2.1932

Entscheidende Fraktionssitzung der BEL, auf der die Einbürgerungsfrage erneut verhandelt wird. Auf der Liste, die Küchenthal vorlegt, sind nur untergeordnete Beamtenstellen verzeichnet. Roloff fragt nach der Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt (*aha!*). Küchenthal erwidert, daß diese gerade durch den Haushaltsplan für 1932 gestrichen sei. So bleibt nur die Alternative Professur oder die Rücknahme der Streichung der Regierungsratsstelle. Küchenthal wird beauftragt, über den Haushaltsausschuß die Mittel für die gestrichene Stelle für das Haushaltsjahr 1932 (ab 1.4.) wieder anzufordern. Bis zum 31.3. 1932 sind die Mittel noch vorhanden, da das Haushaltsjahr 1931 erst zu diesem Datum endet. Den Beteiligten ist klar, daß Hitler die Stelle nicht wirklich ausüben wird. Deshalb lautet der Kompromiß, Hitler als Regierungsrat zur Gesandtschaft abzuordnen, weil in der Presse bereits über den Reichsratsbevollmächtigten Hitler spekuliert wird. Ein neu auftauchendes Problem ist, daß das Land Anhalt (SPD geführt) im Falle der Abordnung Hitlers die gemeinsame Gesandtschaft aufkündigen werde. Deshalb lautet der modifizierte Kompromiß, Hitler nur mit Wirtschaftsfragen zu beauftragen. Wessel, der die Professur verhindern will, beantragt die Variante Regierungsrat/Abordnung/Wirtschaftsfragen. Wessel soll diese Idee (laut Roloff 1961, S. 21) nach dem Gespräch mit Heimbs entwickelt haben. Wessel weiß als Mitglied des Haushaltsausschusses jedenfalls, daß diese Stelle gerade gestrichen wurde. Wessel argumentiert, daß eine Wirtschaftsförderung durch Hitler im Interesse der braunschweiger Wirtschaft sei. Die DVP verspricht sich von dem Zugeständnis zur Einbürgerung eine bessere Kooperation mit der NSDAP in Braunschweig. Die BEL beschließt Antrag Wessel einstimmig und beauftragt Küchenthal, den Beschluß Klagges mitzuteilen. Im Falle eines Mißtrauensantrags der SPD im Landtag soll die Regierung von der Fraktion gedeckt werden.

Küchenthal hat nach eigener Aussage (Küchenthal 1969, Bd. II, S. 7) Bedenken geäußert und sich Rücksprache in Berlin vorbehalten. Der Beschluß verlangt einen Landtagsbeschluß, um die bereits gestrichene Stelle wieder in den Haushalt einzusetzen. Woher wußte Roloff, daß beim Landeskultur- und Vermessungsamt gerade eine Stelle frei geworden ist? Wer letztlich

die Lösung vorgeschlagen hat – Wessel, Brandes, Heimbs oder gar Zörner - ist unter den Beteiligten umstritten und aus den Quellen nicht eindeutig zu belegen. Jedenfalls spielen im Hintergrund neben der offiziellen Begründung, daß Hitler der krisengeschüttelten Braunschweiger Industrie Aufträge beschaffen soll, diverse Argumente eine Rolle. Sie werden später von wichtigen Akteuren auf bürgerlicher Seite – Roloff, Brandes, Küchenthal, Heimbs – vorgetragen: Hitlers Weltkriegsteilnahme rechtfertige die Einbürgerung. Wenn die Einbürgerung verweigert wird, zerbricht die Koalition, und die NSDAP wird durch Neuwahlen noch weiter gestärkt. Besser Hitler eine Wahlniederlage gegen Hindenburg erleiden zu lassen, als ihn durch die Verweigerung der Einbürgerung zum Märtyrer zu machen. Die NSDAP müsse in die Verantwortung eingebunden und so gezähmt werden. Für die spätere Entwicklung sei die Einbürgerung bedeutungslos gewesen u.a. Warum spielt das Kaisenberg-Gutachten in den Braunschweiger Verhandlungen keine Rolle, obwohl es längst bekannt war? Gab es bereits das Signal aus Berlin, daß diese Karte nicht mehr gespielt werden würde?

Allen Beteiligten muß damals auch im Lichte ihrer Äußerungen nach 1945 die Bedeutung und Tragweite des Vorgangs bewußt gewesen sein, zumal die NS-Seite diese besonders herausstellt. Auch daß es sich trotz aller Bemühungen um einen legalen Anstrich um ein „Scheingeschäft“ gehandelt hat, muß allen klar gewesen sein. Nur die Einbürgerung via Professur war für das bürgerliche Lager unakzeptabel.

Küchenthal hat wegen der Einbürgerung Hitlers auch persönlich motivierte Bedenken, daß er, da vom Reichsfinanzministerium beurlaubt, seine Rückfallposition verliert. Außerdem fürchtet er als Finanzminister, daß die Reichsregierung finanzielle Sanktionen gegenüber Braunschweig verhängt. Er will sich in Berlin bei diversen Dienststellen (Boden, Finanzministerium) rückversichern. Einen Rücktritt oder die Androhung des Rücktritts, um seine Unterschrift zu vermeiden, erwägt Küchenthal offenbar nicht. Dies wird ihm von Brandes nach 1945 zum Vorwurf gemacht. Die Frage der Unterschrift ist jedenfalls im juristischen Sinne ein entscheidender Punkt für die Verantwortlichkeit.

Abends informiert Küchenthal Klagges, daß die BEL mit der Einbürgerung einverstanden ist. Klagges bestätigt die Einigung mit Schreiben an Küchenthal.

Goebbels notiert: „Zum Schluß noch einmal die Frage des Präsidentschaftskandidaten durchgesprochen. Hauptsache ist, daß jetzt das Schweigen gebrochen wird. Der Führer gibt mir die Erlaubnis, am Abend im Sportpalast vorzuprellen. Gott sei Dank!“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 130)

Man merkt Goebbels die Erleichterung an. Ist er erleichtert, weil er an Hitler zu zweifeln begann? Oder weil das Schweigen sein Wahlkampfkonzept beeinträchtigt? Der Vorgang macht deutlich, daß Hitler irgendwann nicht länger zögern konnte, auch wenn die Einbürgerungsfrage immer noch nicht geklärt war. Der Wahlkampf verlangte einen organisatorischen Vorlauf (z.B. Entwurf und Druck von Hitler-Plakaten), der nicht zu ignorieren war. Je länger Hitler zögerte, desto mehr zweifelten seine Anhänger, was wiederum seine Wahlchancen reduzierte. Je mehr die Chancen beeinträchtigt wurden, desto riskanter wurde die Kandidatur. Insofern befand sich Hitler in einem Dilemma, das von Tag zu Tag größer wurde.

Goebbels gibt abends auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast die geplante Kandidatur Hitlers bekannt, ohne auf die fehlende Staatsbürgerschaft einzugehen. Er löst damit einen zehnmütigen Jubel fanatisierter Anhänger aus. Die Rede ist der Auftakt zu Hitlers Wahlkampf.

Damit scheitern die Verhandlungen innerhalb der Harzburger Front, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, endgültig.

Goebbels war offenbar bis zum Schluß die treibende Kraft in der Kandidatenfrage, während Hitler zögert. Wegen der fehlenden Staatsbürgerschaft? Wegen des Risikos, daß die Frage der Staatsbürgerschaft nicht rechtzeitig geklärt wird? Wegen des Risikos, daß die Kandidatur wegen des Scheingeschäfts, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, angefochten wird? Wegen der möglichen Niederlage gegen Hindenburg? Weil er gar nicht Präsident werden will? Dazu gibt es leider keine persönlichen Aussagen von Hitler. Jedenfalls entsteht durch die öffentliche Proklamation der Kandidatur Hitlers, bevor die Einbürgerungsfrage gelöst ist, ein zusätzlicher Handlungsdruck auf die Braunschweiger. Die Blamage würde noch größer, wenn die Einbürgerung jetzt noch scheitert.

DNVP und Stahlhelm antworten auf die Kandidatur Hitlers mit Bildung des „schwarzweißroten Kampfblocks“ und der Kandidatur des zweiten Stahlhelmführers Duesterberg, der im Unterschied zu Seldte Hitler kritisch gegenüber steht. Vor dem zweiten Wahlgang soll erneut über einen Sammelkandidaten verhandelt werden.

So stehen sich vier Lager im Wahlkampf gegenüber: Weimarer Koalition (Hindenburg) – alte Rechte (Duesterberg) – neue Rechte (Hitler) – KPD (Thälmann) mit gegensätzlichen Kalkülen. Bei der ersten Wahl Hindenburgs 1925 wurde er noch von der Weimarer Koalition bekämpft, die mit Braun bzw. Marx eigene Kandidaten nominierten. So können sich die Zeiten ändern! Ins Kalkül der NSDAP paßt die Kandidatur von Duesterberg, da dieser Hindenburg Stimmen entziehen wird. Stahlhelm/DNVP haben in diesem Machtpoker gegenüber Brüning und Hitler den Kürzeren gezogen. Der eigene Kandidat hat keine Chance. Hindenburg, dem man eigentlich nahesteht, wird geschwächt. Hitler, den man verhindern will, wird gestärkt.

23.2.1932

Der am 16.10.1931 vertagte Reichstag tritt zusammen, um die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Wahltermine zu bestätigen. Daraus entwickelt sich eine viertägige Reichstagsdebatte, die den Wahlkampf (Hindenburg versus Hitler) eröffnet. Goebbels erwähnt in seiner Reichstagsrede bereits die Kandidatur von Hitler, die aber nicht zur Machtübernahme führen solle, und bezeichnet Hindenburg als den Kandidaten der SPD, der seine ehemaligen Wähler im Stich gelassen habe.

Die DVP weigert sich in einem Schreiben von Brandes an Küchenthal, an einem „Rechtsgeschäft des Scheins“ mitzuwirken, ist aber grundsätzlich für Einbürgerung.

Dieses Schreiben beinhaltet die grundsätzliche Zustimmung der DVP allerdings mit dem Vorbehalt, daß strikt legal zu verfahren ist. Demnach muß Hitler im Verständnis der DVP die Regierungsratsstelle auch ausfüllen und nicht nur den Schein wahren. Das Schreiben sollte laut Roloff jun. als „Druckmittel“ bezüglich der Legalitätsforderung eingesetzt werden. Entweder war die DVP naiv oder sie gibt sich einer Selbsttäuschung hin, denn Hitler hat niemals ernsthaft erwogen, tatsächlich eine Beamtenstelle auszufüllen. Warum schreibt Brandes diesen Brief, nachdem der Antrag Wessel in der Fraktion am 21.2. einstimmig beschlossen worden ist? Gab es doch noch einen letzten Rest von Vorbehalt?

Klagges fährt nach Berlin und bespricht mit Hitler und Frick die letzten Details im Hotel Kaiserhof. Er informiert anschließend Küchenthal, daß Hitler mit der Regierungsrat-Lösung einverstanden ist, weiß aber laut Roloff 1961 noch nichts von dem Brandes-Brief.

Goebbels schickt Göring abends nach Braunschweig, der Druck auf Küchenthal ausübt, um die Ernennung Hitlers zu beschleunigen. Küchenthal hält Göring weiter hin, der Goebbels darüber informiert.

So die Erinnerung Küchenthal.

Goebbels notiert: „Die formelle Einbürgerung des Führers soll morgen zustande kommen. Selbst hier macht die Deutschnationale Volkspartei in Braunschweig Schwierigkeiten. Im Kaiserhof lange Beratungen. Klagges ist da. Hoffentlich kommt er mit seiner Aktion bald zu Rande.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 131)

Offenbar verwechselt Goebbels die DNVP mit der DVP. Was ist Gegenstand der langen Beratungen? Gibt es Planungen für das Scheitern der Einbürgerung in letzter Minute? Offenbar steht auch Klagges mächtig unter Druck, nachdem sein erster Versuch gescheitert ist. Von der Rolle Zörners ist keine Rede.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung (Abendausgabe) berichtet über die unmittelbar bevorstehende Berufung Hitlers zum Professor und nennt den 25.2.1932 als Termin der Antrittsvorlesung.

Küchenthal kündigt fernmündlich sein Kommen in Berlin an.

24.2.1932

Der Volksfreund berichtet, daß Hitler der Nachfolger von Klagges als Minister werden soll. Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet unter Berufung auf das Gespräch zwischen Hitler, Frick und Klagges im Hotel Kaiserhof über die Varianten, wie Hitler verbeamtet werden könnte: Ernennung zum Professor mit „Lehrauftrag für politische Pädagogik“ bzw. „Theoretische Politik“ bzw. „Politik und Kultur“. Ein Termin für die Antrittsvorlesung sei schon für den nächsten Abend verabredet. Ferner werden die Hinderungsgründe (Scheinernennung, haushaltsrechtliche Probleme, keine freie Stelle etc.) benannt, so daß der Artikel zu dem Fazit kommt, daß die Übertragung einer Professur an Hitler wenig wahrscheinlich ist. Andererseits muß rasch ein Amt gefunden werden, das Hitler auch im Falle der Niederlage gegen Hindenburg ausüben kann, damit es sich nicht um eine Scheinernennung handelt.

Die Gerüchteküche brodelt. Der Autor des Artikels der Wolfenbütteler Zeitung muß sehr gut sowohl über die Stellensituation an der TH wie die Haushaltslage wie die rechtliche Problematik informiert gewesen sein bzw. Insiderinformationen erhalten haben. Es fehlt auch nicht der Hinweis auf die Riekel-Vakanz, die ob der Wichtigkeit der Stelle nicht für Hitler zweckentfremdet werden dürfe! Der Tenor des Autors lautet: Einbürgerung ja, aber nicht via Professur. Denkbar ist, daß Roloff hinter dem Artikel gestanden hat.

Klagges schlägt in zwei Schreiben an Küchenthal vor, Hitler mit der Wirtschaftsförderung für das Land Braunschweig zu betrauen, weil sich die Lage der braunschweigischen Wirtschaft in den letzten Monaten weiterhin stark verschlechtert hat, und ihn dafür als Regierungsrat bei der Braunschweigischen Gesandtschaft anzustellen. „Da Herr Hitler zur Zeit staatenlos ist, legt er Wert darauf, daß eine evtl. Berufung in einer Form erfolgt, die ihm zugleich die Rechte eines deutschen Staatsbürgers sichert“. Im zweiten Schreiben wird mehrfach betont, daß Hitler die Tätigkeit tatsächlich ausüben will und es sich nicht um eine Scheinernennung handelt.

Warum verfaßt Klagges zwei Schreiben an einem Tag? Das Kaisenberg-Gutachten steht bei allen Bemühungen um die Betonung der ernstgemeinten Verbeamtung als drohendes Hindernis offenbar immer noch im Hintergrund.

Küchenthal fährt nach Berlin (bis zum Morgen des 26.2.) und trifft sich unter konspirativen Umständen mit dem Braunschweigischen Gesandten Friedrich Boden, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Boden stimmt zu, bietet sogar seinen Rücktritt (wegen der Variante Hitler als Gesandter) an, wäre aber weiter Gesandter von Anhalt und Mecklenburg-Strelitz geblieben. Boden weist darauf hin, daß die Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum noch

nicht abgerissen sind. Boden fürchtet Probleme in der Zusammenarbeit mit Hitler und mit dem SPDgeführten Anhalt. Verabredet wird, daß die Tätigkeit Hitlers keinen Einfluß auf die Gesandtschaftstätigkeit haben darf. Küchenthal verlangt die Rückendeckung bei der Reichsregierung und der Preußischen Regierung. Der preußische Bevollmächtigte beim Reichsrat und Staatssekretär des Preußischen Ministerpräsidenten, Weissmann (SPD), wird telefonisch kontaktiert und erklärt gegenüber Boden im Beisein von Küchenthal, daß Preußen die Einbürgerung über die Verbeamtung vorziehe, weil man so nicht mitwirken muß.

In der Darstellung von Boden 1945 ging es allerdings darum, einen letzten Versuch zu machen, die Einbürgerung doch noch über den Reichsrat zu erreichen, um die braunschweiger Verbeamtung zu vermeiden, was Weissman abgelehnt hat. Dies bestätigt auch eine Meldung der Braunschweiger Neuesten Nachrichten vom 26.2.1932. Hier wird allerdings als Begründung angeführt, daß die Zeit für einen regelrechten Einbürgerungsantrag zu knapp geworden sei. Boden bietet am Ende an, nach der Vereidigung Hitlers zurücktreten zu wollen, was Küchenthal ablehnt.

Die konspirative Art des Treffens Küchenthal – Boden und der Versuch, in letzter Minute doch noch den Reichsrat einzuschalten, deuten darauf hin, daß die Einbürgerung bis zur letzten Minute wie eine heiße Kartoffel hin und her geschoben wurde. Schon damals wollte niemand verantwortlich sein, weil allen klar war, daß es sich trotz des legalen Anstrichs um ein Scheingeschäft handelt mit unabsehbaren politischen Konsequenzen. Die Einbürgerung ganz zu verhindern, hat sich offenbar niemand mehr getraut. Boden und Küchenthal gingen offenbar anfänglich von einer regelrechten Tätigkeit Hitlers aus oder taten untereinander so, sonst ist das Rücktrittsangebot Bodens nicht erklärlich. Die späteren Darstellungen von Küchenthal und Boden über das Treffen stimmen weitgehend überein. Boden wird erst 1945 erklären, daß die gesamte Angelegenheit von Seiten der NSDAP „von vornherein nichts anderes... als Lug und Trug“ gewesen sei. Waren die Herren wirklich so naiv, dies nicht sofort zu erkennen?

Küchenthal hält anschließend Rücksprache mit Staatssekretär Zarden, Reichsfinanzministerium, von dem er nach Braunschweig beurlaubt ist, um die Garantie zu erhalten, daß seine Beurlaubung weiter bestehen bleibt und er im Zweifelsfalle in seine alte Position zurückkehren kann.

Dies ist ihm offenbar zugesichert worden. Dahinter steht die Sorge, daß seine Unterschrift unter die Ernennungsurkunde mit der Entlassung aus dem Reichsfinanzministerium sanktioniert wird. Auch im Falle seines Sturzes in Braunschweig nach einem Machtwechsel will er eine Rückfallposition behaupten. Der Vorgang macht deutlich, daß Küchenthal sich der Konsequenzen der Einbürgerung Hitlers bis hin zum kompletten Machtwechsel vollkommen bewußt war und daß es ihm, wie vermutlich auch allen anderen Beteiligten, auch immer darum ging, welche persönlichen Konsequenzen daraus resultieren. Küchenthal benötigte die Rückfallposition später nicht, da er nach der Ablösung durch Klagges mit dem Posten des Braunschweigischen Staatsbankpräsidenten abgefunden wurde!

Der Haushaltsausschuß des Landtages bewilligt, ohne Teilnahme Küchenthals, der in Berlin ist, die gerade gestrichene Regierungsratsstelle beim Kultur- und Vermessungsamt mehrheitlich.

Obwohl noch kurz zuvor geplant war, sogar die Gesandtschaft aus Kostengründen zu schließen. Der Landtag wird den Antrag des Haushaltsausschusses am 1.3.1932 genehmigen.

KLagges und Zörner verhandeln mit Brandes und Wessel ohne Beisein von Vertretern der DNVP über die Regierungsrat- anstelle der Professur-Variante.

Die DVP wird offenbar von NS-Seite als das größere Hindernis angesehen. Zörner tritt jetzt gleichberechtigt neben Klagges auf.

Abends konferiert der braunschweiger Vorstand der DVP und stimmt auf der Basis des Berichts von Brandes der Einbürgerung zu.

Im Reichstag werden die Kandidatur Hitlers und die noch ungelöste Frage der Staatsbürgerschaft durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Breitscheid angesprochen.

Goebbels notiert: Die Einbürgerungsfrage ist noch nicht gelöst. Die bürgerlichen Patrioten machen Schwierigkeiten.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 132)

Der Tenor der Besorgnis verändert sich. Es geht jetzt nicht mehr um die Sorge, ob Hitler kandidieren will, sondern ob er kandidieren darf. Also funktioniert die Kommunikation zwischen Braunschweig und Berlin auch auf NS-Seite nicht reibungslos.

25.2.1932

Die Braunschweiger Neueste Nachrichten berichten unter dem Titel „Wie wird man deutscher Staatsbürger?“ sehr detailliert über die rechtlichen Aspekte der Einbürgerung. Unter dem Aspekt, eine Verbeamtung zum Schein zu vermeiden, sei die Professoren-Variante vorzuziehen. Eine Antrittsvorlesung würde genügen, um anschließend eine Beurlaubung auf bestimmte Zeit zu rechtfertigen. Es müsse keine Pädagogik-Professur besetzt werden, sondern könnte auch eine eine für „politische Geschichte“ oder „völkische Kulturbestrebungen“ geschaffen werden. Zwar habe man von dem Professorenplan wieder Abstand genommen, doch wenn eine andere Lösung nicht zustande kommen, könne man darauf wieder zurückkommen.

Der ungenannte Autor des Artikels ist gut informiert. Laut Küchenthal war der Artikel von Roloff bestellt, der sich nach allen Seiten absichern will. Vielleicht verwechselt Küchenthal diesen Artikel aber mit dem Beitrag der Wolfenbütteler Zeitung vom Vortag, der auch auf Roloff schließen läßt. Ein weiteres Problem habe darin bestanden, daß die Nazi-Führung wegen des höheren Prestiges und der vermeintlich leichter zu erreichenden Beurlaubung eigentlich eine Professur für Hitler will, die die TH und die DVP ablehnen. Ob Roloff sie will, oder nur taktiert, ist unklar.

Ein weiterer Artikel in derselben Ausgabe „Hitler in Braunschweigs Gesandtschaft“ macht aber bereits deutlich, daß diese Variante verfolgt wird. Hier wird allerdings spekuliert, daß Hitler zum bevollmächtigten Vertreter Braunschweigs beim Reichsrat oder in einer anderen Funktion bei der Gesandtschaft ernannt werden soll. Diese sei im Sinne des Staatsangehörigkeitsgesetzes nicht anfechtbar.

Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet, daß nach zahlreichen Telephonaten zwischen dem Hotel Kaiserhof in Berlin und dem Braunen Haus in München bzw. zwischen Berlin und Braunschweig die Professorenvariante offenbar vom Tisch ist. Stattdessen sei die Ernennung Hitlers zum Beamten bei der Braunschweigischen Gesandtschaft oder seine Ernennung als Reichsratsbevollmächtigter des Landes Braunschweig (also statt Boden) im Gespräch. Ausführlich wird die Frage erörtert, warum Hitler nicht den normalen Weg über einen Antrag zur Einbürgerung geht. Der könnte in Braunschweig gestellt werden. Anschließend bedürfe es eine Abfrage aller Mitglieder des Reichsrats. Wenn kein Land Widerspruch einlegt, ist Hitler eingebürgert.

Wieder scheint der Autor gut informiert. Im Unterschied zum Vortag lautet der Tenor: Hitler soll den normalen Weg über die Beantragung der Staatsbürgerschaft nach § 9 gehen. Damit ist Braunschweig die Verantwortung und das Problem des „Scheingeschäfts“ los. Wenn ein Reichsratsmitglied doch Einspruch erhebt, dann liegt die Verantwortung dort. Auch dieser Artikel könnte von interessierter Seite (Küchenthal, Roloff?) bestellt worden sein. Der Hinweis auf die vielen Telephonate unterstreicht, daß die tatsächlichen Vorgänge sich allein aus den Quellen nicht rekonstruieren lassen.

Goebbels fordert auf einer Sitzung im Reichstag Reichskanzler Brüning auf, Hitlers Einbürgerung zu unterstützen.

Brandes und Wessel teilen Klagges Mittags die Zustimmung der DVP mit.

Küchenthal sucht in seiner Kommentierung der Verhandlungen zwischen DVP und NSDAP den Eindruck zu erwecken, daß die Einbürgerung der DVP zu verdanken ist. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 9-10)

Küchenthal berichtet über seine Berlin-Reise gegenüber der DVP, die sich bereits mit Klagges geeinigt hat.

Deist (SPD), Ministerpräsident von Anhalt, erklärt, daß er angesichts der verabredeten Regelung von der Aufhebung des Gemeinschaftsvertrags bezüglich der Gesandtschaft absehen wird.

Also gibt es auch von dieser Seite keinen Widerstand.

Schrader (Staatspartei), auf dessen Stimme es wieder ankommt, stimmt zu.

Roloff erteilt Küchenthal aufgrund des Fraktionsbeschlusses vom 22.2. den Auftrag, die Ernennungsurkunde für Hitler ausfertigen zu lassen.

Laut Erinnerung Küchenthal soll er von der Berliner Parteizentrale der DNVP die Genehmigung erhalten haben. Diese Form des Ablaufs ist später zwischen Küchenthal und Roloff umstritten, da hieran die Frage der juristischen Verantwortung hängt. War Küchenthal als unterzeichnender Ministerpräsident oder Roloff als beauftragender Fraktionsführer der BEL verantwortlich?

Gegen 18.00 Uhr erfolgt die Unterzeichnung der Ernennungsurkunde Hitlers durch Klagges und Küchenthal. Hitler wird die jetzt wieder etatisierte und vakante planmäßige Stelle eines Regierungsrats beim Landeskultur- und Vermessungsamt verliehen und zugleich mit der Aufgabe eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beauftragt. Dort soll er sich um die wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs kümmern. Damit erhält er automatisch die braunschweigische Staatsbürgerschaft.

Küchenthal informiert Boden offiziell über die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat.

Küchenthal und Klagges informieren Hitler offiziell über seine Ernennung.

In einer Verlautbarung des Braunschweigischen Staatsministeriums heißt es: Hitler sei „mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Gesandtschaft beauftragt mit der besonderen Aufgabe, sich für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des und zur Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen“.

Ministerialrat Kiesel wird 1949 als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren gegen Küchenthal erklären, daß er sich von der Mitunterzeichnung habe entbinden lassen, weil er darin einen „rechtswidrigen Scheinvertrag“ gesehen habe. (Braunschweiger Zeitung vom 28.9.1949)

Hitler ist bei der Ernennung nicht anwesend, sondern bekommt die Urkunde per Post „an den Schriftsteller Adolf Hitler“ nach Berlin, Hotel Kaiserhof zugestellt. Da er vom Postboten nicht angetroffen wird, wird diese laut Postzustellungsurkunde „dort dessen Gehilfen, Herrn Jos. Dietrich übergeben“.

Der „Gehilfe“ und SS-Mann Sepp Dietrich wird einer der Hauptverantwortlichen zur Liquidierung der SA-Führung im Zuge des sog. Röhm-Putsches sein und später Panzergeneral der Waffen-SS werden und 1944 bei der Abwehr der Invasion in der Normandie versagen. Overesch hat die Ernennungsurkunde im Nachlaß Hitlers gefunden, der im Bundesarchiv aufbewahrt wird.

Goebbels notiert: „Beim Führer im Kaiserhof. Eben kommt die Nachricht, daß er zum braunschweigischen Regierungsrat ernannt worden ist. Wir sind alle überglücklich, daß diese wesentliche Frage gelöst wurde. Wir arbeiten alle wie in einem rasenden Taumel.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 133)

Also war die fehlende Staatsbürgerschaft doch eine große Belastung. Man gewinnt den Eindruck, daß Goebbels mehr oder weniger täglich bei Hitler im Hotel war, um über die Kandidatur/Einbürgerung zu konferieren. In der Logik seines Briefs vom Frühjahr 1930 muß Hitler schon nach dem Rücktritt von Franzen und der Wende im Verlauf der Regierungskrise mit seiner Kandidatur und der zuvor notwendigen Einbürgerung gerechnet haben. Der Konflikt zwischen Franzen und der NS-Führung findet womöglich hier seine eigentliche Erklärung.

Klagges gibt die Einbürgerung auf einer Massenversammlung der NSDAP am selben Abend in Braunschweig triumphierend bekannt: „Wenn unsere Beteiligung an der Regierung keinen anderen Erfolg zu verzeichnen gehabt hätte als den, daß wir unserem Führer Adolf Hitler das Staatsbürgerrecht verschafft haben, so hätte diese Tatsache allein genügt, um die Notwendigkeit dieser unserer Regierungsbeteiligung zu beweisen.“ (Zitat bei Morsey 1960, S. 442; mit abweichender Formulierung aber sinngemäß identisch bei Schmalz 1934, S. 193 und Roloff 1961, S. 96) Weiter erklärt Klagges: „Als Vertreter der NSDAP in der braunschweigischen Regierung und zugleich im Namen von Adolf Hitler danke ich allen, die diese Lösung durch ihre Mitwirkung ermöglicht haben. Dieser Dank gilt neben den Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion dem Minister Dr. Küchenthal und den Gruppen der Fraktion Bürgerliche Einheitsliste, die in vorbildlicher Einmütigkeit und Loyalität zum Gelingen beigetragen haben.“ (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 146)

Hitlers Pressechef Otto Dietrich erwähnt in seinem 1934 erschienenen Buch „Mit Hitler an die Macht“ die fehlende Staatsbürgerschaft nicht. Das Zögern Hitlers wird damit begründet, daß er vermeiden wollte, gegen Hindenburg anzutreten. Er sei dazu aber aus taktischen Gründen gezwungen worden, um der Taktik Brünnings entgegenzutreten. (Dietrich 1934, S. 57-63) In einem „Who is Who“ von 250 Prominenten des Dritten Reichs vom Sommer 1934 heißt es im Artikel über Klagges: „Dietrich Klagges war es, der ungeachtet aller Drohungen und trotz heftigsten Widerstandes der Bürgerlichen eine Aufstellung Adolf Hitlers für die Reichspräsidentenwahl möglich machte, indem er ihm eine Regierungsratsstelle bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin übertrug, ihn damit zum braunschweigischen Staatsbürger und zum Reichsangehörigen machte. Diese Tat allein war mutig, revolutionär und für Deutschlands Zukunft entscheidend. Damit kann Dietrich Klagges das beglückende Gefühl haben, daß seine Hand einmal am Schalthebel der Weltgeschichte lag.“ (Vgl. Männer im Dritten Reich 1934, S. 122). Zörner wird in derselben Publikation nur eine Nebenrolle mit dem Satz zugebilligt: „In die Amtszeit Zörners fiel die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat.“ (ebd. S. 240)

Roloff sen. schreibt dazu 1939 in „Tausendjähriges Braunschweig“ (S. 223f): „Am 25. Februar 1932 wurde Adolf Hitler zum Regierungsrat mit besonderer Vollmacht bei der braunschweigischen Reichsvertretung ernannt. Durch diese Einweisung in das Beamtenverhältnis eines deutschen Landes war auch die deutsche Reichsangehörigkeit erworben. So geschickt waren die vorbereitenden Maßnahmen durchgeführt worden, daß nicht einmal die rote Minderheit des braunschweigischen Landtages etwas davon wahrgenommen hatte, Natürlich ließ sie es nachher an belfernder Kritik nicht fehlen. Sie mußte sich jedoch sagen lassen, daß Braunschweig nichts als eine Anstandspflicht für das Deutsche Reich erfülle, wenn es einem Manne, der für Deutschland gekämpft und gelitten habe, endlich zu seinem Bürgerrecht ver helfe, und das um so mehr, als man es in Berlin an galizischen Schieber bereitwilligst vergeben habe. So darf Braunschweig den 25. Februar 1932 mit goldenen Lettern in das Ehrenbuch der Stadtgeschichte schreiben.“

Hier haben wir das komplette Gegenstück zu Roloffs Einlassung von 1945, er habe im Haushaltsausschuß bewußt für die Streichung der Regierungsrat-Stelle plädiert, damit sie Hitler nicht zugewiesen werden könne.

Die zeitgenössische Betonung der Bedeutung der Einbürgerung steht in krassem Gegensatz zu den Einlassungen etlicher Beteiligten auf Seiten der BEL nach 1945 wie Brandes, Heimbs, Küchenthal und Roloff, die deren Bedeutung angesichts der späteren Ereignisse als unbedeutend darstellen.

Offenbar war bis zum Schluß die Einbürgerung aus Berliner Sicht unsicher. Welche Alternative hätte bei der Verweigerung der Einbürgerung für die NSDAP bestanden? Eine Mobilisierung der SA?

Boden erklärt 1945, daß er für den 25.2. auf Vermittlung eines Vorstandsmitglieds einer großen deutschen Bank zu einem Treffen mit Hitler und der Parteiführung eingeladen worden sei, um seinen künftigen Regierungsrat vorher kennenzulernen. Boden lehnt die Einladung ab, um nicht korrumpiert zu werden bzw. sich in die Arme der Partei zu werfen. (Vgl. Aufzeichnungen vom 5.5.1945).

Wenn die Aussage stimmt: Wollte die NS-Führung sicher gehen, damit sich nicht in letzter Minute auch noch Boden quer legt?

Kontrovers wird die politische Bewertung der Einbürgerung in der Literatur bewertet. Roloff 1961, S. 99 schreibt dazu: Die Einbürgerung Hitlers durch Braunschweig hat seinen Weg zur Macht weder beschleunigt noch hätte die Verweigerung ihn verzögern, aufhalten oder gar verhindern können.“ Ähnlich argumentieren Pollmann/Ludewig 1997, S. 559. Das Gegenargument lautet: Eine Verzögerung oder Verweigerung hätte Hitlers Aufstieg gebremst und Brüning und den Verhandlungen über die Reparationen die Zeit gegeben, das Abflauen der Wirtschaftskrise und den Rückgang der Arbeitslosigkeit abzuwarten. Dies hätte womöglich zu einem Popularitätsrückgang der NSDAP geführt, der sich mit der November-Wahl schon abzeichnete.

26.2.1932

Boden bestellt Hitler „unverzüglich“ zwecks Ableistung des Diensteides in die Gesandtschaft. Hitler telegraphiert um 12.45 Uhr an die Staatsregierung: „Ernennungsurkunde erhalten. Nehme an, Adolf Hitler“; Küchenthal leitet das Telegramm an Klagges weiter, der den Empfang am 27.2. gegenzeichnet.

Hitler wird auf der Gesandtschaft, Lützowstraße 11, durch Boden vereidigt: „Ich schwöre Treue der Reichs- und Landesverfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“ Er wird anschließend in seine Dienstgeschäfte eingewiesen. Boden macht darüber gegenüber der Staatsregierung Meldung.

Hitler bittet anschließend um Urlaub, der ihm gewährt wird.

Offenbar mit dem Hinweis, daß dieser Antrag auch schriftlich zu stellen ist. Boden läßt nichts aus, um seine Autorität gegenüber Hitler zu wahren. Hitler pariert, indem er sein Gesuch schriftlich wiederholt. Das Gebäude der Gesandtschaft existiert nicht mehr. Ein Foto ist in den Braunschweiger Neuesten Nachrichten vom 28.2.1932 abgedruckt.

Boden fertigt einen ausführlichen Vermerk (8 Schreibmaschinenseiten) über das Gespräch mit Küchenthal vom Vortag: Berufung Hitlers sei nicht in Frage gekommen wegen mangelnder akademischer Vorbildung und Befürchtung, daß seine Berufung Unruhe in die Hochschule bringen würde. Stattdessen sei die Ernennung zum Regierungsrat vorgesehen. Eine Ernennung Hitlers zum Stellvertretenden Gesandten beim Reichsrat käme nicht in Frage. Schließlich geht es um Details eines Arbeitszimmers für Hitler, für das in der Gesandtschaft kein Platz sei, und um die Hierarchie – ob Hitler selbständig arbeite, Boden ihm weisungsbefugt sei oder er zumindest von Hitler über seine Aktivitäten informiert werden müsse.

Offenbar erkennt Boden die Bedeutung des Vorgangs und will sich durch das interne Protokoll für alle Fälle absichern. Offenbar geht er davon aus, daß Hitler tatsächlich sein Amt ausüben wird. Anfang Mai 1945 verfaßt Boden einen zweiten Vermerk über den Vorgang mit einem ganz anderem Tenor. Demnach soll Hitler anläßlich der Vereidigung betont haben, sich besonders für die Automobilindustrie – Büssing – einsetzen zu wollen. Also spielt auch Boden ein doppeltes Spiel. Ruben, die diese Behauptung aufstellt, stützt sich offenbar auf die Quelle Boden.

Telegramm Hitlers an Zörner mit der „Bitte“, ihn als Untermieter bei sich anzumelden: Adresse in Braunschweig, Hohetorwall 7 II; Beruf „Regierungsrat“; zuständiges Finanzamt München ohne Angabe des Münchener Wohnsitzes am Prinzregentenplatz.

Der Ausweis der Staatsangehörigkeit im Freistaat Braunschweig des Regierungsrats Adolf Hitler ist auf den 26.2.1932 datiert und vom Polizeipräsidium Braunschweig gegen 1,50 RM Stempelsteuer, 3,50 RM Gebühren und 1,40 + 0,82 + 0,30 RM Auslagen = 7,52 RM ausgestellt.

Die Auslagen betreffen die Portokosten, da der Ausweis Hitler offenbar wie die Ernennungs-urkunde per Post ins Hotel Kaiserhof, Berlin, zugestellt wurde. Der Vorgang ist notwendig, da Hitler beim Braunschweiger Einwohnermeldeamt einen Wohnsitz nachweisen muß. Zörner soll Hitler das Angebot zur Untermiete gemacht haben. Hitler ist bis 16.9.1933 offiziell Untermieter bei Zörner. Es findet sich kein Eintrag im Braunschweigischen Adressbuch des Jahres 1933. Hitler dürfte die Wohnung nie betreten haben. Das Vorkriegsgebäude existiert nicht mehr und wurde vermutlich 1944 durch Bombenangriff zerstört. Heute befindet sich auf dem Grundstück ein Nachkriegsneubau. Warum wählt Hitler gerade Zörner und nicht Klagges als Adresse? Ist das ein Hinweis für eine besondere persönliche Beziehung zwischen Hitler und Zörner? Hitler hat bei seinen späteren Besuchen in Braunschweig immer im Hotel und nie in seiner „Wohnung“ gewohnt.

Klagges erklärt in der Braunschweigischen Landeszeitung, daß die Fortsetzung der Koalition nach dem Rücktritt Franzens sich bereits durch die Einbürgerung Hitlers gerechtfertigt habe. In Braunschweig wird die Vereidigung mit Fackelzug, Großkundgebung und Klagges-Rede (laut Schmalz 12.000 Teilnehmer in 16 Sälen) gefeiert.

Die Kürzung der Aufwandsentschädigung für Boden, nicht aber für die anderen Mitarbeiter der Gesandtschaft, wird vom Haushaltsausschuß zurückgenommen.

Ist Boden bestochen worden, um seine Kooperation zu erreichen? Dann war er leicht zu bestechen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Eben kommt die Nachricht, daß er zum braunschweigischen Gesandten ernannt ist. Also Staatsbürger Hitler. Wir gratulieren.“

In der Edition der Tagebücher von 1987 fehlt dieser Eintrag. Das Zitat stammt offenbar aus der redigierten Fassung von 1934. Die Ironie in der Eintragung macht deutlich, daß Goebbels die Farce im Unterschied zu den um Rechtmäßigkeit verzweifelt bemühten Braunschweiger Koalitionspartnern sehr bewußt war.

Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet über den Ernennungsvorgang und betont: „Die braunschweigische Eidesformel ist von besonderer Ausdrücklichkeit und verpflichtet die zum braunschweigischen Beamten ernannte Persönlichkeit sehr stark, alle Pflichten und Obliegenheiten eines Beamten mit größter Treue und Sorgfalt zu erfüllen.“ Der Völkische Beobachter wird in dem Artikel zitiert: „Mit der Einbürgerung Hitlers ist eine Selbstverständlichkeit endlich Tatsache geworden. Daß es möglich war, daß ein Mann, der vier Jahre lang stündlich sein Leben für den Staat einsetzte, von diesem nicht einmal als Bürger anerkannt wurde, bleibt für immer eine Ungeheuerlichkeit des liberalistischen Paragraphenstaates. Wir betrachten die Einbürgerung Hitlers als eine allerdings späte Genugtuung für eine Unterlassung, die von 20 Millionen Deutschen täglich als Beleidigung und Schmach empfunden wurde. Wir beglückwünschen deshalb das Land Braunschweig, daß es gerade seine Regierung ist, die eine 17jährige Schmach für den deutschen Namen wieder gutzumachen sucht. Wir sehen in der Maßnahme der braunschweigischen Regierung allerdings nur eine äußere Formalität, denn in unserem Herzen ist Hitler längst der erste deutsche Staatsbürger.“

Offenbar ist nochmals der gut informierte Autor der beiden früheren Artikel am Werk. Hitler wird ermahnt, sein Amt auch wirklich auszuüben. Daß der Völkische Beobachter zitiert wird, läßt sich als Hinweis interpretieren, daß der Autor der Ernsthaftigkeit Hitlers nicht traut.

Der Reichstag bestimmt auf Vorschlag der Reichsregierung einstimmig den ersten Wahlgang auf den 13.3. und einen möglichen zweiten Wahlgang auf den 10.4. Deshalb müssen die Wahlvorschläge spätestens am 3. März eingegangen sein.

Die Regierung Brüning übersteht im Reichstag einen Mißtrauensantrag der DVP knapp mit 289 : 264 Stimmen. Gegen die Regierung stimmen NSDAP, DNVP, DVP, LVP und KPD. Die 20 Stimmen der Wirtschaftspartei retten die Mehrheit für Brüning. Anschließend vertagt sich der Reichstag bis zum 9.5.1932.

Klagges rügt Rektor Schmitz, weil der sich in Sachen Hitler-Professur direkt an Küchenthal gewendet und ihn übergangen hat.

27.2.1932

Der SPD-Vorstand veröffentlicht einen Aufruf im Vorwärts, Hindenburg bei der Wahl zu unterstützen mit der Parole „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“

Hitler erklärt in seiner Auftaktrede zum Wahlkampf im Berliner Sportpalast, daß es bei der Präsidentschaftswahl darum gehe, mit dem „System“ des 9. November abzurechnen.

Hier wird die eigentliche Frontlinie bei der Präsidentschaftswahl sichtbar.

28.2.1932

Erstes schriftliches Urlaubsgesuch Hitlers an Boden: „Hiermit bitte ich, mir bis zum Ende des Reichspräsidenten-Wahlkampfes Urlaub gewähren zu wollen.“ gez. Adolf Hitler, z. Zt. Berlin, Hotel Der Kaiserhof.

Klages veranstaltet eine Kundgebung vor dem Hauptgebäude der TH.
Die Veranstaltung muß als Demonstration gegenüber Senat und Professorenschaft der TH gewertet werden.

29.2.1932

Berechnung von Hitlers Gehalt: Grundgehalt jährlich 4.400,- RM, Wohngeldzuschuß 691,20 RM, örtl. Sonderzuschlag Berlin 132,-- RM = 5223,20 RM. Davon gehen 25 % Kürzungen ab, so daß 328,95 RM monatlich bleiben. Bis zur Aushändigung der Steuerkarte, die anzufordern ist, sind davon 10 Prozent Einkommensteuer einzuhalten. (Personalakte Hitler)

Ob Hitler seine Steuerkarte jemals eingereicht hat, ist aus der Personalakte nicht ersichtlich.

1.3.1932

Bewilligung von Hitlers Urlaubsgesuch durch Boden. Er bekommt die Erlaubnis, „einstweilen“ seinen Wohnsitz in München zu behalten.

Obwohl er als Adresse des Urlaubsgesuchs Berlin, Hotel Kaiserhof angegeben hat!

Landtagssitzung zur Einbürgerung. Die SPD-Fraktion protestiert gegen die Einbürgerung, stellt aber kein Mißtrauensantrag. Die Notwendigkeit der Regierungsrat-Stelle bei der Gesandtschaft wird bestritten, da der Gesandte Boden selber in der Wirtschaftsförderung aktiv sei. Mehrheit des Landtags aus NSDAP, BEL und Staatspartei genehmigt in der zweiten Lesung des Haushalts die vom Staatsministerium beantragte (Antrag 17: Planmäßige Beamtenstelle, Gruppe A 2 b – ein Regierungsrat) Regierungsratsstelle + Verlagerung zur Botschaft nachträglich, da die Ernennung schon am 25.2. erfolgt ist. Roloff, Brandes und Schrader erklären im Landtag, daß sie hinter der Ernennung Hitlers stehen. Schrader distanziert sich allerdings vom Verfahren. Küchenthal und Roloff rechtfertigen die Rücknahme der Kürzung der Aufwandsentschädigung für Boden.

Schrader unterstützt den Antrag 17, obwohl der Jungdeutsche Orden Hindenburgs Kandidatur unterstützt.

Gmeiner und Winter (KPD) sind während der 1. Lesung des Haushalts am 17.2. für 8 Sitzungen von Landtagspräsident Zörner von der Sitzungsteilnahme ausgeschlossen. Sie weigern sich trotz Aufforderung der SPD, auf ihre Mandate zugunsten von Nachrückern zu verzichten. Die SPD erhebt ihnen gegenüber den Vorwurf des „Berufsparlamentarierturns“.

Der Mandatsverzicht hätte allerdings keine Auswirkung gehabt, da Schrader für den Haushalt stimmt. Die SPD stellt vielleicht deshalb keinen Mißtrauensantrag, weil sie will, daß Hitler die Wahl verliert und weil der Antrag keine Mehrheit finden würde. Damit wären alle anwesenden Landtagsmitglieder aus ganz unterschiedlichen Motiven direkt oder indirekt für die Einbürgerung gewesen, auch wenn sie es nach außen anders darstellen!

Der Reichswahlleiter und Präsident des Statistischen Reichsamts, Ernst Wagemann, kontaktiert Boden zwecks Klärung der Wohnsitzfrage Hitlers, die auf dem Wahlzettel anzugeben ist. Der Grund ist die Sorge, daß bei einer zweifelhaften Angabe des Wohnsitzes (München oder Berlin oder gar Braunschweig?) die Wahl angefochten werden kann.

2.3.1932

Boden kontaktiert Ministerialrat Kiesel in Braunschweig in der Frage, der erklärt, es käme nur die Amtsbezeichnung „Regierungsrat“ und nicht „Braunschweigischer Regierungsrat“ in Fra-

ge. Anschließend kommt es zu einer langwierigen Abstimmung zwischen Boden, dem Reichswahlleiter Wagemann, dem Verfassungsreferenten Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium, Ministerialrat Kiesel, der Braunschweigischer Staatsregierung (Küchenthal, Klagges) und Göring als Vertrauensmann des Wahlvorschlags Hitler über die Frage der Amtsbezeichnung und der Angabe des Wohnsitzes.

Dahinter steht das Problem, daß bei der Angabe des Wohnsitzes Berlin die preußischen Behörden den passiven Wahlschein anfechten können. Also wurde doch erwogen, die Kandidatur Hitlers anzufechten. Selbst die unklare Wohnsitzfrage gab dazu noch Anlaß. Auch diese Detail verdeutlicht die dubiose Existenz Hitlers.

3.3.1932

Die Vorschlagsfrist (10 Tage vor der Wahl) für die Kandidatur zum Reichspräsidenten läuft ab. Hitler wird erst im letzten Augenblick von der NSDAP als „Adolf Hitler, Regierungsrat, München“ nominiert.

Auch aufgrund des engen Zeitfensters war der Weg der Einbürgerung über den Reichsrat verbaut.

Die Hildburghausen-Affäre wird in der Staatskanzlei zu den Akten gelegt, da Hitler eingebürgert ist.

Schreiben von Groener an den Reichswahlleiter mit der Bitte, die Nominierung der NSDAP für die Wahl „Adolf Hitler, Regierungsrat, München“ auf dem Stimmzettel in „Adolf Hitler, Regierungsrat in braunschweigischem Staatsdienst, München“ umzuformulieren, um dem Mißverständnis vorzubeugen, Hitler sei bayerischer Regierungsrat. Die Umformulierung sei auch von Boden gebilligt. Hitler habe in der Kürze der Zeit seinen Umzug von München nach Berlin noch nicht bewerkstelligen können. Der Innenminister pocht gegenüber dem Wahlleiter auf die Zuständigkeit für die Herstellung der Stimmzettel.

Auf dem Wahlzettel steht am Ende u.a.: „Paul von Hindenburg, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin“, „Adolf Hitler, Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München“ und „Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg“.

Dieses groteske Detail und die große Mühe, unter den Beteiligten zu einer Einigung zu kommen, resultiert aus dem Umstand, daß in der Angelegenheit im Grunde nichts klar ist – weder die Tätigkeit Hitlers als Regierungsrat noch sein Wohnsitz - unter allen Umständen aber der legale Schein gewahrt sein soll. Hitler wird das Amt nicht ausüben und hat seinen offiziellen Hauptwohnsitz in einer 9 Zimmer-Wohnung am Prinzregentenplatz in München. Tatsächlich führt er den Lebenswandel eines berufslosen (und bis dato staatenlosen) Bohemiens, der demonstrativ im Hotel Kaiserhof in Berlin logiert mit Blick auf die Reichskanzlei, der in Braunschweig zum Schein als Regierungsrat angestellt ist und zum Schein bei seinem Parteifreund und Klagges-Rivalen Zörner als Untermieter gemeldet ist, um den Reichsrat als Einbürgerungsinstanz zu umgehen, und der angeblich bei der Braunschweigischen Gesandtschaft, abgeordnet vom Braunschweiger Landeskultur- und Vermessungsamt, in Berlin als Lobbyist für die braunschweigische Wirtschaft tätig ist. Mit dieser komplexen Konstellation bürokratisch korrekt zu verfahren, um den Eindruck eines Scheingeschäfts zu verwischen, hat etliche Spitzenbeamte auf Reichs- und Landesebene zwei Tage lang beschäftigt, obwohl sie alle wußten, daß es sich um eine Farce handelt. War das Taktik oder vorauseilender Gehorsam? Als Hitler schließlich nach Berlin „umzieht“, wird er eine Dienstwohnung in der Reichskanzlei (!) beziehen, ohne seiner Münchener Privatwohnung aufzugeben.

Der Reichswahlleiter Wagemann hätte, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, den Kandidaten Hitler ablehnen können, da die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat ganz offensichtlich

ein Scheingeschäft war, das die Einbürgerung nicht rechtfertigt. Daß die Reichsregierung die Kandidatur passieren ließ, war eine politische Entscheidung. Man hoffte auf die Niederlage Hitlers gegen Hindenburg und fürchtete evtl. bei einer Ablehnung den Aufstand der SA. Den Popularitätsschub für Hitler durch die Kandidatur mußte man wohl oder übel in Kauf nehmen.

Bedeutsam ist der Umstand, daß SPD und Zentrum sich in der paradoxen Konstellation gezwungen sehen, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten und so der NSDAP das Agitationsmaterial zu liefern, daß Hindenburg der Kandidat der Weimarer Koalition bzw. sogar der Linken ist. Genau dies hatte Hindenburg befürchtet und Goebbels als Propagandachef gehofft.

5.3.1932

Küchenthal teil dem Landeskultur- und Vermessungsamt mit, er habe durch Verfügung an den Braunschweigischen Gesandten genehmigt, daß Hitler einstweilen noch seinen Wohnsitz in München behält. Deshalb ist der örtliche Sonderzuschlag von 3 Prozent des Grundgehalts vorläufig nicht zu zahlen. Der Wohngeldzuschuß bleibe aber unverändert, da auch für München der Wohngeldzuschuß der Sonderklasse zu zahlen ist.

Aufgrund dieser Konzession reduzieren sich die Bezüge des Regierungsrats Hitler (Gruppe A 2 b) auf 320,70 RM monatlich. Für Februar werden noch 64,14 RM gezahlt. Aus dem Etat des Landeskultur- und Vermessungsamts wurden für die Zeit vom 25.2. bis 15.7.1932 insgesamt 1342,48 RM gezahlt. Die Abzüge vom Bruttogehalt resultieren aus Lohnsteuer und Portoauslagen. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe soll ab der 2. Julihälfte einbehalten werden. (Personalakte Hitler)

Das Gehalt wird „Regierungsrat Hitler mangels der wiederholt erbetenen Angabe eines Bankkontos durch die Post überwiesen“. Im Mai wird die Gehaltszahlung ab Juni vom Etat des Landeskultur- und Vermessungsamts auf die Gesandtschaft übertragen.

Wohin ist das Gehalt wohl per Post geschickt worden? An den offiziellen Wohnsitz in München, wo er den Empfang mangels Anwesenheit wohl kaum hätte quittieren können? An das Hotel Kaiserhof in Berlin, dann hätte aber der erhöhte Ortszuschlag gelten müssen? Oder an Hitlers Braunschweiger Adresse, wo er sich nie aufgehalten hat? Genauso grotesk wie die mehrmals vorgenommene bürokratische Gehaltsberechnung ist die Spekulation über den Zustellungsweg des Gehalts. Jedenfalls sind Küchenthal, Boden und Co. eifrig bemüht, auch in der Frage seiner Bezüge der Anstellung des Regierungsrats bis ins kleinste Detail buchstäblich auf Mark und Pfennig einen bürokratisch korrekten Charakter zu verleihen. Sind Küchenthal und Boden anfänglich tatsächlich davon ausgegangen, daß Hitler seine Tätigkeit tatsächlich aufnimmt, oder gehörten alle diese Aktivitäten zu dem stillschweigend verabredeten Schauspiel, die Einbürgerung rechtlich einwandfrei erscheinen zu lassen?

Boden genehmigt den Urlaubsantrag Hitlers vom 28.2., der bereits am 26.2. anlässlich der Vereidigung mündlich genehmigt wurde, auch schriftlich.

6.3.1932

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Die Schätzungen für Hitler gehen ins Phantastische. Vor allem bei den Parteigenossen“ „Ich sehe darin eine Gefahr. Wir dürfen nicht übermütig werden und den Gegner nicht unterschätzen.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 137)

Goebbels ist offenbar im Unterschied zu den Parteimitgliedern skeptisch, ob Hitler die Wahl gewinnen kann.

9.3.1932

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „In der Nacht noch mit dem Führer telephonierte. Er reist von Triumph zu Triumph.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 138)

Drei Tage später scheint auch Goebbels von der Euphorie angesteckt.

10.3.1932

Rundfunkansprache Hindenburgs als sein einziger Beitrag zum Wahlkampf mit dem Tenor, seine „vaterländische Pflicht“ erfüllen zu wollen.

Hitler hetzt demgegenüber von einer Wahlkundgebung zur nächsten.

11.3.1932

Im Braunschweigischen Amtsblatt wird verkündet, daß der „Schriftsteller Adolf Hitler in München als RRt b. Landeskultur- und Vermessungsamt, hier, beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters für wirtschaftliche Fragen des Landes Braunschweig bei der Br. Gesandtschaft in Berlin“ am 25.2.1932 angestellt wurde.

In der amtlichen Staatszeitung wird bekanntgegeben: „In Übereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die Braunschweigische Staatsregierung Herrn Hitler eine freie Regierungsstelle übertragen und wird ihn bei der Braunschweigischen Gesandtschaft beschäftigen, wo er ausschließlich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird. Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die Aufgabe Hitlers wird insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs im weitesten Umfange tätig zu sein, namentlich sich auch durch die Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen. Die jetzige Lösung schließt jeden Zweifel an dem ernsthaften Willen der Braunschweigischen Regierung aus, Herrn Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er nutzbringend für das Land auch ausüben kann.“

Es liegt die Erklärung des Herrn Hitler vor, daß er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes Braunschweig wahrnehmen wird.“

Entgegen der offiziellen Betonung seiner Tätigkeit, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, war Hitler nur einmal in der Gesandtschaft anwesend und nur sechsmal tätig: Ableistung des Amtseids, 3 Urlaubsgesuche, Antrag auf Disziplinarverfahren in eigener Sache, Bitte um Entlassung. Die offensichtliche und von der Opposition immer wieder angemahnte Untätigkeit bringt die Regierung in Verlegenheit und ist der Anlaß, die Rechtmäßigkeit der Ernennung in Frage zu stellen, weil sich offenbart, daß es sich doch um die von der BEL und besonders von der DVP befürchtete „Scheinernennung“ handelt.

13.3.1932

Hitler erklärt in einem Zeitungsinterview mit dem US-Journalisten Knickerbocker, daß er im Falle seiner Wahl als Präsident Brüning entlassen und eine neue Regierung einsetzen würde.

Hier wird Hitlers Kalkül deutlich, daß er sowohl über den Weg über die Kanzlerschaft wie über den Weg über die Präsidentschaft die Macht ergreifen kann, zumal er beide Ämter als „Führer“ zu verschmelzen gedenkt.

Erster Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten. Die Braunschweiger Koalition unterstützt drei verschiedene Kandidaten. Die Wahl bringt folgendes Ergebnis: Hindenburg 18,6 Mil. Stimmen (= 49,6 %), Hitler 11,3 Mil. (= 30,1 %), Thälmann 4,9 Mil. (= 13,2 %); Duesterberg 2,5 Mil. (= 6,8 %). Hindenburg verfehlt die notwendige absolute Mehrheit um 300.000 Stimmen.

Das Ergebnis zeigt, daß die Parteien, die Hindenburg unterstützen, im Vergleich zur letzten Reichstagswahl an Kraft verloren haben bzw. nicht alle Wähler der Weimarer Koalition den Schwank zur Unterstützung Hindenburgs mittragen, weil dieser bei der letzten Wahl noch ihr Gegner war. Übertragen auf die Stimmenverteilung der ihn unterstützenden Parteien bei der Reichstagswahl hätte Hindenburg nämlich 61,3 % bekommen können.

Hitler erhält im Land Braunschweig 124.360 Stimmen und damit relativ mehr als im Reich. Bei einer Landtagswahl hätte das 17 Sitze (von 40) für die NSDAP ergeben.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Wir sind geschlagen; furchtbare Aussichten. Wir haben uns nicht so sehr getäuscht in der Einschätzung unserer Stimmen als in der Einschätzung der Chancen für die Gegenseite. Es fehlen ihr nur 100 000 Stimmen an der absoluten Mehrheit. ... Unsere Parteigenossenschaft ist auf das tiefste deprimiert und mutlos. Wir können uns jetzt nur durch einen kühnen Wurf retten. Ich telefoniere in der Nacht mit dem Führer. Er hat absolut die Fassung behalten und steht über der Situation.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 140)

Demnach hatten Hitler und Goebbels fest mit einem Wahlsieg gerechnet, um über die Variante Reichspräsident, Einsetzung eines NS-Kanzlers und Notverordnungen an die Macht zu kommen.

Hitler verfaßt abends einen Aufruf, um die enttäuschten Parteimitglieder wieder aufzurichten. Gegenüber der Septemberwahl habe die NSDAP immerhin ihre Stimmzahl verdoppelt. Sie sei jetzt die stärkste Partei in Deutschland.

Laut Otto Dietrich sei der 13.3.1932 nach Eingang der Wahlergebnisse eine „schicksalentscheidende Nacht“ gewesen, da Hitler seine resignierende Partei durch den Aufruf wieder Mit gemacht habe. (Dietrich 1934, S. 59)

15.3.1932

Sitzung des thüringischen Untersuchungsausschuß unter Vorsitz von Hermann Brill (SPD) in der Affäre Hildburghausen. Hitler, Frick und Stennes (NS-Renegat bzw. in die NSDAP eingeschleuster Agent) werden in einer turbulenten Sitzung im Beisein der NS-Prominenz im Plenarsaal des Thüringischen Landtags vernommen. Hitler, der sich als „Regierungsrat und Schriftsteller“ vorstellt und als letzter der 3 Zeugen ½ Stunde befragt wird, erklärt, von Frick mit der Ernennungsurkunde überrascht worden zu sein. Er habe die Art der Einbürgerung abgelehnt und will die Ernennungsurkunde später vernichtet haben. An eine Empfangsbestätigung, in der er erklärt hat, daß Amt nicht ausüben zu wollen und auf ein Gehalt zu verzichten, kann er sich angeblich nicht erinnern. (Details bei Overesch 1992, S. 555f und Hitler 1997, S. 227 ff)

Brill erweckt durch seine Fragen den Eindruck, sehr gut über die Details der Affäre informiert zu sein. War Stennes der Informant von Brill? Warum wurde Stennes überhaupt als Zeuge geladen, da er doch mit dem Einbürgerungsversuch gar nicht befaßt war? Diese Frage spricht für die These, daß Stennes ein Agent war, der Zugang zum inneren Zirkel der NSDAP gefunden hatte. Aus der Vernehmung der drei Zeugen, insbesondere des Informanten Stennes, geht hervor, daß die Frage der Einbürgerung in der NS-Führung im Sommer 1930 ein wichtiges Thema war und die Befürchtung bestand, daß Hitler als Staatenloser ausgewiesen wird. Dies hatte die Bayerische Regierung bereits 1924 ernsthaft erwogen hatte. Angesichts des politischen Aufstiegs der NSDAP wuchs der Druck, die Einbürgerungsfrage rasch zu lösen. Auch deshalb war es für die Partei nötig, irgendwo an der Regierung beteiligt zu sein. Die Braunschweiger Koalition bot diese Möglichkeit, nachdem die thüringische Koalition geplatzt war. Angesichts der Bedeutung der Frage sind die Behauptungen Hitlers, sich nicht mehr an die Details der Vorgänge zu erinnern, unglaubwürdig.

17.3.1932

Der preußische Innenminister Severing (SPD) ordnet in Absprache mit Groener eine Polizeiaktion und Hausdurchsuchung bei NS-Parteibüros und SA in Preußen an. Es werden diverse Unterlagen gefunden und Propagandamaterial für den 2. Wahlgang beschlagnahmt. Anlaß ist der Verdacht, daß die SA bei einer Niederlage Hitlers im zweiten Wahlgang einen Putsch versuchen werde, um ihn mit Gewalt an die Macht zu bringen. Dabei werden u.a. die „Boxheimer Dokumente“ gefunden.

Das Berliner Tageblatt wird am 6.4. berichten, daß Unterlagen gefunden wurden, die Hinweise geben, daß die SA einen Putsch für den Fall vorbereitet hat, daß Hitler im 1. Wahlgang gewonnen hätte. Demnach hat es doch entgegen den Beteuerungen Hitlers Planungen der NS-Führung gegeben, gestützt auf den Propagandaerfolg eines Wahlsiegs, den Legalitätskurs zu verlassen und schon am 13.3.1932 die Macht zu übernehmen. Wenn dies zutrifft, erscheint die ganze Einbürgerungskampagne in Braunschweig in einem anderen Licht – nämlich als Vorbereitung für einen Putsch!

Durch eine Notverordnung des Präsidenten wird vom 20.3. bis 3.4. 1932 ein „Burgfrieden“ verhängt, der den Wahlkampf aussetzt.

Das Motiv der Reichsregierung war vermutlich die Sorge, daß die SA aus Enttäuschung über die Niederlage im 1. Wahlgang losschlägt.

19.3.1932

Die NSDAP beantragt eine einstweilige Verfügung gegen die Beschlagnahmung des Propagandamaterials.

Die Gauleitertagung in Berlin verläuft laut Goebbels in depressiver Stimmung. Hitler wendet sich in seiner Rede gegen den Defätismus.

Die NSDAP befindet sich in einer Krise und ist hin und her gerissen zwischen Putschplänen und Resignation.

21./22.3.1932

Hitler logiert mit seiner Entourage im Hotel Kaiserhof, Berlin. Die Rechnung beläuft sich auf 367,97 RM und ist ausgestellt auf den „Herrn Reg. Rat Adolf Hitler“. (abgedruckt in Ullrich 2013, S. 379)

Bemerkenswert ist die Höhe der Summe für die Nächtigung + Nebenkosten, die sein monatliches Gehalt als Regierungsrat von 320,70 RM übersteigt, und die Ausstellung der Rechnung auf den „Regierungsrat“, zu dem er erst am 26.2. ernannt worden ist. Mit dem Luxus und dem durch die Anrede zum Ausdruck kommenden kleinbürgerlichen Stolz auf den gerade verliehenen Titel kontrastiert, daß Hitler wenige Tage später sich öffentlich über genau diesen Titel lustig macht und behauptet, sein Gehalt für Braunschweiger Arbeitslose gespendet zu haben.

22.3.1932

Der Stahlhelm kündigt das Bündnis mit der DNVP vom 17./18.2.

23.3.1932

Der Senat der TH Braunschweig befaßt sich mit der Hitler-Proessur laut Andeutungen im Senatsprotokoll unter „Verschiedenes“. Er nimmt zur Kenntnis, daß Rektor Schmitz am 26.2. von Klagges gerügt wird, weil dieser sich telephonisch direkt an Küchenthal (in Sachen Hit-

ler-Professur) gewandt und damit Klagges übergangen hat. Der Senat unterstützt Schmitz in seinem Vorgehen.

Es handelt sich um die einzige Erwähnung in den Senatsprotokollen überhaupt, ohne den Namen Hitler bzw. die für ihn gedachte Professur zu erwähnen, obwohl doch das Thema die TH wochenlang beherrscht hat. Roloff ist laut Protokoll nicht anwesend, sondern Gehlhoff bzw. Moog als Abwesenheitsvertreter für die 8. Abteilung.

26.3.1932

Vergleich über Antrag der NSDAP. Auf die einstweilige Verfügung wird verzichtet. Die Polizei gibt das beschlagnahmte Wahlkampfmaterial wieder heraus.

1.4.1932

Gespräch zwischen Küchenthal und Reichsinnenminister Groener in Bad Harzburg über die juristischen Aspekte der Einbürgerung. Küchenthal läßt sich von Groener beruhigen, daß die Reichsregierung in dieser Angelegenheit nicht gegen Braunschweig vorgehen werde.

3.4.1932

Beginn des Wahlkampfs für den 2. Wahlgang.

Der Geograph Banse erklärt sich als einziger Braunschweiger Hochschullehrer für Hitler.

5.4.1932

Der preußische Innenminister stellt als Ergebnis der Hausdurchsuchungen vom 17.3. bei der SA fest, daß die NSDAP im Falle des Wahlsiegs von Hitler Vorbereitungen zur Mobilisierung der SA (Aufstellung von Alarmeinheiten) getroffen habe, aber keine Beweise für einen regelrechte Putschabsicht gefunden worden seien.

Immerhin wurde das Boxheimer Dokument gefunden! Hitler wird im Interview vom 11.4.1932 mit der Times heftig widersprechen, daß Putschabsichten bestanden hätten.

7.4.1932

Hitler erklärt laut Presseberichten in einer Rede in der Frankfurter Festhalle: „Ich habe mein Gehalt als sogenannter Regierungsrat der Staatsbank von Braunschweig zur Verfügung gestellt zur Verteilung an ausgesteuerte Erwerbslose.“ (zitiert nach Morsey 1960, S. 444) Die Braunschweigische Landeszeitung berichtet darüber am 8.4. und bringt so den Vorgang Küchenthal zur Kenntnis.

Hitler macht sich öffentlich lustig über seine bürgerlichen Steigbügelhalter und löst damit einen neuen bürokratischen Vorgang aus, da immer noch die Fassade der Legalität aufrecht erhalten werden soll. Es ist allerdings fraglich, ob Hitler zu diesem Zeitpunkt bereits Gehalt bezogen hat, da die Gehaltsstelle doch noch keine Konto-Nr. von ihm erhalten hat. Evtl. war die propagandistische Aussage eine glatte Lüge. Mit dem öffentlich bekundeten Gehaltsverzicht kontrastiert die erhebliche Ausgabentätigkeit zu privaten Zwecken, wie die Rechnung aus dem Hotel Kaiserhof vom 23.3. belegt.

Die Rede löst eine neue Debatte über die Rechtmäßigkeit der Einbürgerung aus. Groener verlangt eine Stellungnahme von der Braunschweigischen Staatsregierung, die sich unter Erklärungsdruck sieht.

8.4.1932

Die Braunschweigische Notgemeinschaft fragt bei der Braunschweigischen Staatsbank an, an wen die Spende Hitlers verteilt wird.

9.4.1932

Die Staatsbank leitet die Anfrage der Notgemeinschaft an den Finanzminister weiter.

10.4.1932

Zweiter Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten. Ein weiterer Versuch, einen rechten Sammelkandidaten aufzustellen, scheitert. Duesterberg verzichtet auf eine erneute Kandidatur. Stahlhelm und DNVP geben für ihre Anhänger die Abstimmung frei.

Ergebnis: Hindenburg 19,3 Mil. Stimmen (= 50,3 %), Hitler 13,4 Mil. (= 36,8 %), Thälmann 3,7 Mil. (= 10,2 %). Von den Duesterberg-Stimmen dürften 600.000 auf Hindenburg, 1,6 Mio auf Hitler und 300.000 auf Wahlenthaltung entfallen sein. Die Wahlbeteiligung ist um 1,1 Mio Stimmen zurückgegangen.

Ist der Rückgang der Wahlbeteiligung ein Hinweis auf Wahlmüdigkeit oder Wahlenthaltung? Ein Teil der Stimmen für Thälmann aus dem ersten Wahlgang dürften auf Hitler gefallen sein. Angeblich gab es eine Anweisung aus Moskau, daß die KPD-Wähler im 2. Wahlgang für Hitler stimmen sollen, der sich damit öffentlich brüstete. Bemerkenswert ist, daß die große Mehrheit der Duesterberg-Wähler Hitler und nicht Hindenburg als zweitbeste Option ansehen.

Hitler erhält im Land Braunschweig 148.649 Stimmen und damit 24.000 Stimmen mehr als im 1. Wahlgang. In den Landkreisen Braunschweig und Wolfenbüttel erhält er mehr Stimmen als Hindenburg.

Letzteres mag auch auf die hohe Arbeitslosigkeit bei den Unterharzer Berg- und Hüttenwerken zurückzuführen sein. Bei einer Landtagswahl hätte dieses Ergebnis zu einer klaren absoluten Mehrheit der NSDAP gereicht, da die Duesterbergstimmen (bzw. DNVP-Stimmen bei einer Landtagswahl) mehrheitlich auf Hitler entfallen sind. Insofern hätte eine Koalition aus NSDAP und DNVP ohne DVP 1932 eine klare Mehrheit im Landtag erringen können. Diese Kalkulation unterstreicht nochmals die prekäre Verhandlungsposition der DVP in der Einbürgerungsfrage. Nur ein Koalitionswechsel zur SPD hätte Neuwahlen verhindert. Dazu fehlte 1932 vielleicht schon die Kraft oder der Mut.

Goebbels notiert den Propagandaerfolg als gute Basis für Preußen-Wahl.

Hitler wertet im Interview mit Daily Express den 2. Wahlgang als großen persönlichen Erfolg aufgrund des Stimmenzuwachses. Damit sei die parteiinterne Niedergeschlagenheit nach dem 1. Wahlgang überwunden.

In Preußen erhält er 8,5 Mio. Stimmen.

Bei der Landtagswahl in Preußen würde das 160 Sitze und die stärkste Fraktion ergeben. Die Bewertung der NSDAP über den zweiten Wahlgang ist weniger negativ als für den ersten. Konsequenz ist die Einsicht, daß man noch nicht allein, sondern nur mit Hilfe der Bürgerlichen an die Macht kommen kann. Deshalb bleibt es bei der Konzessionsbereitschaft aus taktischen Gründen.

11.4.1932

Hitler gibt der Times ein Interview, das dem Tenor des Interviews mit dem Daily Express vom Vortag widerspricht. Die Stimmen für Hitler seien das Resultat der Weltwirtschaftskrise und der Unzufriedenheit mit der Regierung. Wenn Hindenburg nicht kandidiert hätte, hätte

die NSDAP einen anderen Kandidaten nominiert. Hitler widerspricht vehement der Vermutung der preußischen Regierung, daß die SA bei seinem Wahlsieg einen Staatsstreich versucht hätte.

Aus dem Interview, das für das Ausland gedacht ist, geht der Eindruck des Legalitätskurses hervor. Hitler will durch Wahlen an die Macht.

13.4.1932

Die „Notverordnung zur Sicherstellung der Staatsautorität“ durch Brüning/Groener bedeutet ein Verbot von SA und SS im ganzen Reich.

Um einem möglichen Putsch zuvor zu kommen. Ausgelöst wurde die Notverordnung durch den Fund der „Boxheimer Dokumente“ und der Unterlagen, die bei der Polizeiaktion gegen die SA vom 17.3. sichergestellt wurden.

Aufruf Hitlers zum SA-Verbot mit dem Tenor, Ruhe zu bewahren. Alle SA-Männer seien jetzt Parteimitglieder.

14.4.1932

Hitlers Privatarmee wird aufgelöst. Röhm will Widerstand leisten. Hitler will am Legalitätskurs festhalten und taktiert. (Vgl. dazu sein Interview mit dem Evening Standard vom 14.4.1932)

Widerstand gegen das SA-Verbot hätte zum Verbot der NSDAP geführt. Als Alternative wäre dann nur noch der Versuch der gewaltsamen Machtergreifung geblieben.

16.4.1932

Rede Hitlers auf einer Parteiversammlung in Augsburg mit dem Tenor: Der Legalitätskurs zahlt sich aus, wie die hohen Stimmenzuwächse in Braunschweig und Thüringen belegen.

18.4.1932

Das Braunschweigische Staatsministerium fordert von der Reichsregierung Hilfe für den notleidenden Unterharzer Bergbau.

Weil der Regierungsrat bislang keine Aufträge besorgen konnte?

19.4.1932

Regierungsrat Hitler beantragt gegen sich ein Disziplinarverfahren zur Aufklärung der Vorwürfe und bittet um Suspendierung von seinen Amtsgeschäften während der Dauer des Verfahrens. Das kann aber nicht eröffnet werden, da Hitler auf die wiederholten Aufforderungen Bodens, sich zur Sache einvernehmen zu lassen, nicht reagiert.

Statt Urlaubsgesuch verlagert sich Hitler auf eine andere Variante, um nicht den Dienst als Regierungsrat antreten zu müssen.

21.4.1932

Adolf Jensen, a.o. Professur für „Methodik und Didaktik“ in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, wird zum 1.8.1932 in Ruhestand versetzt.

Nach Widerspruch Jensens und Gerichtsentscheid wird die Pensionierung später in eine Emeritierung umgewandelt.

23.4.1932

Küchenthal fordert Boden auf, den Sachverhalt der Frankfurter Rede Hitlers aufzuklären.

24.4.1932

Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Anhalt, Württemberg und Hamburg (= 4/5 der gesamten Bevölkerung)

NSDAP erringt in Preußen 36,3 % der Stimmen nach 1,8 % 1928. Mit 162 (zuvor 6) Mandaten wird sie stärkste Partei im Preußischen Landtag. Die Koalition aus SPD, Zentrum und Staatspartei verliert ihre Mehrheit, bleibt aber geschäftsführend im Amt, da die NSDAP nicht die notwendige Mehrheit für eine Regierungsbildung zustande bringt.

Eine Regierungsbildung durch eine Koalition NSDAP - Zentrum ist möglich und wird in der Folge immer wieder als politische Karte gespielt.

In Bayern legt die NSDAP von 6,1 auf 32,5 % zu. Die BVP bleibt mit 32,6 % knapp die stärkste Partei.

In Württemberg wird die NSDAP mit 26,4 % stärkste Partei.

In Hamburg erreicht die NSDAP 31,2 % und damit mehr als die SPD, die auf 30,2 % kommt.

In Anhalt erreicht die NSDAP 40,9 % und kann den SPD-Ministerpräsidenten ablösen.

Damit wird die gemeinsame Gesandtschaft mit Braunschweig, an der Hitler zum Schein als Regierungsrat angestellt ist, von zwei Landesregierungen getragen, an denen die NSDAP beteiligt ist.

Alle Landtagswahlen bestätigen den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der NSDAP, auch wenn es außer in dem kleinen Anhalt nirgendwo zur Regierungsbildung reicht. Die Reichspräsidentenwahlen haben den Landtagswahlen einen zusätzlichen Propagandaschub verliehen. Der politische Druck, Hitler an der Macht zu beteiligen, wird immer stärker.

25.4.1932

Reguläres Ende der ersten Amtszeit von Hindenburgs Präsidentschaft.

Der zweite „Urlaub“ Hitlers ist beendet. Er tritt seine Tätigkeit in der Gesandtschaft nicht an. Boden befragt Hitler schriftlich, ob er sich in einer Rede als „sogenannter Regierungsrat“ bezeichnet habe.

In dieser heiklen Angelegenheit schiebt Küchenthal Boden vor.

26.4.1932

Boden fordert Hitler in einem zweiten Schreiben auf, seine Amtstätigkeit aufzunehmen.

Da Hitler mit Sicherheit nie daran gedacht hat, tatsächlich seinen Amtspflichten nachzugehen, sich vielmehr noch über die Naivität seiner braunschweiger „Vorgesetzten“ öffentlich lustig macht, entwickelt sich aus deren Hartnäckigkeit eine Situation, die die Braunschweiger Koalition belastet. Haben Küchenthal und Boden doch angenommen, Hitler habe es mit seiner Anstellung ernst gemeint?

2.5.1932

Rudolf Heß als „Stellvertreter des Führers“ beantwortet den ersten Brief von Boden und dementiert, daß die Bezeichnung „sogenannter Regierungsrat“ gefallen sei.

Klagges antwortet auf die Anfrage der Staatsbank, daß das Gehalt Hitlers der Notgemeinschaft zu Verfügung gestellt wird.

Ob das tatsächlich geschehen ist, ist wenig glaubhaft und kaum zu belegen, da Hitler nie ein Konto angegeben hat, auf das seine Bezüge zu überweisen waren. Ob er das Gehalt tatsächlich per Post bzw. überhaupt empfangen und dann der Staatsbank überwiesen hat, ist fraglich. Oder wurde er von der Staatsbank direkt an die Notgemeinschaft überwiesen? Der Vorgang unterstreicht aufs Neue, wie auf welch groteske Weise die ganze Regierungsrat-Affäre sich auch nach der Verbeamtung fortsetzt und wie wenig Hitler selber die Verbeamtung ernst nimmt. Dennoch mußten alle Beteiligten weiterhin verzweifelt bemüht sein, den legalen Schein zu wahren. Das war nach dem 2. Wahlgang noch viel weniger möglich, da es jetzt keinen plausiblen Grund für eine weitere Beurlaubung gab.

Roloff wird zum Bürgermeister von Braunlage wiedergewählt.

3.5.1932

Der thüringer Untersuchungsausschuß tagt zum letzten Mal. Der Antrag, die Affäre weiter gerichtlich zu verfolgen, findet mit 4:4 Stimmen keine Mehrheit.

Mai 1932

Best veröffentlicht die „Boxheimer Dokumente“ im Selbstverlag.

6.5.1932

Boden beschwert sich beim Staatsministerium, daß Hitler nicht auf seine Anfragen reagiert und keine Anstalten macht, seine Amtsgeschäfte aufzunehmen.

7.5.1932

Kleine Anfrage des Abgeordneten Thielemann (SPD): Ist Hitler noch im Staatsdienst? Ist das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet? Warum macht Hitler keinen Dienst? Landtagspräsident Zörner leitet die Anfrage unter Verweis auf § 39 der Geschäftsordnung an das Staatsministerium weiter.

Damit bringt er Klagges und Küchenthal in Verlegenheit. Es könnte sich um einen Nadelstich Zörners gegen Klagges handeln.

13.5.1932

Rücktritt von Groener als Reichswehrminister auf Druck von Schleicher.

Ursache ist das SA-Verbot Groeners. Die Bereitschaft Hitlers, daß Verbot vom 13.4.1932 zu akzeptieren und nicht den Aufstand zu wagen, zahlt sich aus. Der „Legalitätskurs“ auf dem Weg zur Macht ist wieder eine Etappe weiter.

23.5.1932

Aufgrund der Presseangriffe wegen der Untätigkeit Hitlers als Regierungsrat und der Nichtreaktion Hitlers auf Bodens Anfragen wendet sich Küchenthal an Klagges mit der Aufforderung, Hitler zu veranlassen, seine Dienstgeschäfte endlich aufzunehmen.

Der Vorstoß läuft allerdings ins Leere.

28.5.1932

Eröffnung des Dienststrafverfahrens gegen Rektor Schmitz, Lehrstuhl für Werkstoffkunde und Schweißtechnik, wegen eines Rüstungsgeschäfts mit der Sowjetunion(?) Auf Betreiben von Klagges wird Schmitz vorläufig aus dem Dienst entlassen.

Es handelt sich offenbar um den politisch motivierten Versuch, den Rektor kalt zu stellen, weil er sich gegen die Berufung Hitlers verwendet hat. Die Frage des angeblichen Rüstungsgeschäfts mit der Sowjetunion (rüstungrelevante Forschung?) ist dubios.

30.5.1932

Rücktritt von Reichskanzler Brüning und Groener als Innenminister.

1.6.1932

Hindenburg ernennt Franz von Papen (Zentrum) zum Reichskanzler. Das Zentrum geht in Opposition zu Papen wegen des Rücktritts von Brüning.

Klagges gibt die Amtsenthebung von Schmitz als Rektor und Lehrstuhlinhaber bekannt und eröffnet ein Dienststrafverfahren wegen Herausgabe von Informationen an die Presse. Prorektor Mühlenpfordt wird übergangsweise erneut Rektor.

Die Informationen an die Presse betreffen den gescheiterten Versuch durch Klagges, Hitler zum Professor zu berufen. Der Vorgang kann als Racheakt von Klagges bzw. als abschreckende Demonstration zur Wahrung seiner Autorität gegenüber der Hochschule gewertet werden.

9.6.1932

Antrag der NSDAP auf Auflösung des Landtags wird mit 15 : 15 : 6 abgelehnt.

10.6.1932

Klagges überträgt Roloff, Hoppe und Herwig mit Schreiben an den Rektor ein mit ihrer Person verknüpftes Ordinariat und verleiht ihm die Amtsbezeichnung Ordentlicher Professor.

Auf eine planmäßige Stelle? Evtl. handelt es sich im Falle Roloffs um die von Küchenthal im Etat für 1932 geschaffene o. Professur für die 8. Abteilung. Jedenfalls erhält Roloff eine Rangerhöhung wie Riekel 1928. Der eigentliche Riekel-Nachfolger Berger wird am 1.4.1934 diese Rangerhöhung nicht erhalten, weil die Berufungskommission der Meinung ist, daß Berger dafür noch nicht qualifiziert genug ist. Evtl. hat Roloff die Rangerhöhung Riekels (Gehaltsspitze u.a.) übertragen bekommen, so daß das Geld für Berger fehlte. Zumindest kann vermutet werden, daß Roloff für seine Kooperation zum zweiten Mal belohnt wird. Liegt hier ein Grund für seinen Widerstand gegen eine Professur für Hitler? Hat er selber auf die Riekel-Stelle wegen der höheren Wertigkeit reflektiert?

13.6.1932

Klagges teilt Küchenthal auf mehrfaches Drängen bezüglich der Tätigkeit Hitlers mit: „RR Hitler hat mir in der Erzbergbaufrage wichtige Besprechungen vermittelt und ist, wie ich aus den verschiedenen Besprechungen mit ihm entnommen habe, auch sonst bemüht, die braunschweigischen Wirtschaftsinteressen zu vertreten.“ (Morsey 1960, S. 446)

Wieso ist es die Aufgabe des Innen- und Volksbildungsministers, sich für die Belange der Wirtschaft einzusetzen?

14.6.1932 (oder 17.6.?)

Reichskanzler Papen hebt das Verbot von SA und SS auf und will damit seine Kooperationsbereitschaft signalisieren.

Hier lag der Grund, weswegen Druck auf Groener (und Brüning?) ausgeübt wurde, zurückzutreten. Die Kooperationsbereitschaft Papens wird im kommenden Wahlkampf von der NSDAP nicht honoriert. Hitler hat sich gegenüber Strasser als der gewieftere Taktiker erwiesen, ist aber auch nicht bereit, sich Papen oder Schleicher unterzuordnen.

21.6.1932

Reichshilfe für den Unterharzer Bergbau

Ohne Vermittlung Hitlers.

28.6.1932

Aufhebung des bayerischen Uniformverbots durch die Reichsregierung

1.7.1932

Roloff wird Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, Leiter der Lehrerbildungsabteilung und Senatsmitglied.

12.7.1932

Die beiden Mittelstandsabgeordneten der BEL, Valldiek und Schmidt, treten zur NSDAP über, die damit die Mehrheit in der Koalition erhält.

Die ersten Ratten verlassen das sinkende braunschweiger Schiff.

20.7.1932

Absetzung der Preußischen Regierung durch Papen via Notverordnung („Preußenschlag“). Die Regierungsgewalt in Preußen geht auf das Reich über. Damit verhindert Papen eine Koalition NSDAP-Zentrum in Preußen.

Und zieht sich den Zorn Hitlers zu, weil Papen damit verhindert, daß Hitler eine weitere Machtposition (z.B. das Innenministerium in Preußen) besetzen kann.

22.7.1932

Großkundgebung Hitlers im Eintracht-Stadion an der Hamburger Straße

31.7.1932

Reichstagswahl. Die NSDAP macht große Gewinne und erringt 34,7 % gegenüber 18,3 % (1930) der Stimmen und 230 gegenüber 107 (1930) Sitze. Klagges erhält einen Sitz im Reichstag.

Dennoch scheint die Grenze der Mobilisierungsfähigkeit der NSDAP erreicht, u.a. weil die Arbeitslosigkeit den Höhepunkt überschritten hat.

1.8.1932

Der NS-Studentenführer Axel Schaffeld wird in der Nacht vom 31.7. auf den 1.8. in Braunschweig erschossen. Der Vorfall löst neue studentische Unruhen in Braunschweig aus. Der neue Senat wird gebildet: Rektor Gassner, Dekan und Senatsmitglied Roloff. Der Konflikt Gassner-Klagges über die Frage, ob die TH eine Universität und damit autonom oder dem Volksbildungsministerium unterstellt ist, eskaliert.

Die neue Hochschulleitung setzt den Kurs des alten Rektors Schmitz gegenüber Klagges fort.

Die von Klagges beantragte Aufstellung einer Hilfspolizei wird vom Reichsinnenminister abgelehnt.

5.8.1932

Im Treffen mit Schleicher fordert Hitler die Macht.

13.8.1932

Der Versuch der Regierungsübernahme durch die NSDAP nach einem Treffen Hitlers mit Schleicher, Papen und Hindenburg scheitert an zu hohen Forderungen Hitlers.

Seitdem gibt es einen offenen Konflikt Hitlers mit Papen und Schleicher. Hitlers Griff nach der Macht ist vorerst trotz des großen Wahlerfolgs vom 31.7.1932 abgewehrt.

30.8.1932

Konstituierung des neuen Reichstags. Göring als Vertreter der stärksten Fraktion wird zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Damit gewinnt Göring die gleiche Machtposition wie Zörner in Braunschweig, um sie auch ähnlich zu nutzen.

4.9.1932

Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft mit starken Lohnkürzungen

10.9.1932

Hitler versucht, mit dem Zentrum eine Koalition im Reich zu schließen. Diese scheitert ebenfalls an zu hohen Forderungen Hitlers.

Mit seiner Alles oder Nichts-Strategie hat Hitler sich ins Abseits manövriert.

12.9.1932

Dramatische Abstimmungsniederlage für Papen im Reichstag über die Aufhebung der Notverordnung vom 4.9. 1932. NSDAP und KPD stimmen mit den „Systemparteien“ gegen Papen. Zuvor hatte Papen versucht, mit Hilfe Hindenburgs den Reichstag aufzulösen, um die Abstimmung zu verhindern. Göring mißachtet die Wortmeldung Papens und läßt abstimmen. Die erneute Auflösung des Reichstags bei gleichzeitiger Abstimmungsniederlage Papens führt zu einem Verfassungskonflikt. Die Neuwahl wird auf den 6.11.1932 gelegt.

Der Vorgang löst eine Krise in der NSDAP über das weitere taktische Vorgehen auf dem Weg zur Macht aus. Vielleicht spürt man, daß der Gipfel der Mobilisierungsfähigkeit für die Partei erreicht ist und daß die Neuwahl einen Rückschlag bedeuten könnte. Der 13.8.1932 wird als vertane Chance wahrgenommen.

14.9.1932

Kleine Anfrage der SPD im Landtag bezüglich der Tätigkeit Hitlers.

Küchenthal wendet sich an Boden und Klagges. Boden (2x) und Klagges wenden sich an Hitler, ohne bzw. ohne befriedigende Auskunft über dessen Tätigkeit zu bekommen.

Dazu verfaßt Boden einen Aktenvermerk, in dem er seine Verärgerung darüber zum Ausdruck bringt, daß Hitler seine Anfragen ignoriert. Küchenthal vermerkt, daß er dem nur beipflichten kann.

Die resignierende Bemerkung Küchenthals macht deutlich, daß er es aufgegeben hat, Hitler zur Aufnahme seiner dienstlichen Tätigkeit zu bewegen. Die Konsequenz, Hitler zu entlassen,

scheut er. Diese Unterlassung deutet darauf hin, daß Küchenthal sich bereits auf den Machtwechsel einstellt und kein persönliches Risiko mehr eingehen möchte. Auch im Hinblick auf den vorausseilenden Gehorsam war Braunschweig das Modell für das Reich.

26.9.1932

Beantwortung der Kleinen Anfrage durch die Staatsregierung (Küchenthal): „Wirtschaftliche Beziehungen und Verhandlungen laufen stets Gefahr, durch eine Behandlung in der Öffentlichkeit gestört zu werden. Sie erfordern ihrer Natur nach Vertraulichkeit. Ich trage daher Bedenken, die Anfrage durch materielle Angaben zu beantworten.“ Klagges wird um Mitzeichnung gebeten.

12.10.1932

Werner Best wird im Strafverfahren wegen Hochverrats aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

19.10.1932

Drittes Urlaubsgesuch Hitlers über Boden an das Braunschweigische Staatsministerium auf unbestimmte Zeit, das erst am 2.11. abgeschickt wird. „Leider besteht keine Aussicht, daß mir die fortlaufenden politischen Kämpfe in der nächsten Zeit die Erfüllung meines Dienstauftrags ermöglichen.“

Offenbar ist das Gesuch die Reaktion auf Klagges Nachfrage, um der Peinlichkeit zu entgehen, keinen Tätigkeitsnachweis Hitlers geben zu können. Deshalb stellt Hitler ein Urlaubsgesuch bis auf weiteres.

1.11.1932

NSDAP beantragt erneut die Auflösung des Landtags, obwohl die Partei in der Frage gespalten ist: Zörner/Bertram vs. Alpers, Schmidt, Schneider. Der Antrag wird mit 15 : 13 : 4 Stimmen abgelehnt. Nur 1 DVP-Abgeordneter ist bei der Abstimmung anwesend.

Für die DVP wäre die Auflösung mit anschließenden Neuwahlen tödlich gewesen. Um nicht gegen die NSDAP stimmen zu müssen, haben 3 DVP-Abgeordnete sich durch Abwesenheit der unangenehmen Situation entzogen. Die SPD verhindert durch ihre Ablehnung des Antrags den Absturz der Mittelparteien bei einer möglichen Neuwahl. Insofern gab es am Ende doch eine klammheimliche Koalition aus SPD und DVP.

6.11.1932

Die Reichstagswahl bringt leichte Verluste für NSDAP mit 33,1 % der Stimmen und 196 Sitzen. In Braunschweig gehen die Stimmen von 156.148 auf 136.764 zurück. (Schmalz, S. 216)

Die Wahl wird von Goebbels als Niederlage gewertet und auf das gescheiterte Treffen mit Hindenburg vom 13.8. und die gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum zurückgeführt.

Die Abstimmung gegen Papen am 12.9. im Reichstag erweist sich als taktischer Fehler. Die Verluste der NSDAP – gerade auch in Braunschweig – können als mögliche Wende in ihrem Aufstieg interpretiert werden. Die Arbeitslosigkeit hat ihren Höhepunkt erreicht. In Lausanne und Genf werden Verhandlungen über die Reparationen und den Versailler Vertrag geführt, die eine Entspannung an der außenpolitischen Front ankündigen. Hier lag das Kalkül von Brüning, der gehofft hatte, mit einer Amtsverlängerung Hindenburgs die Zeit zur Überwin-

dung der Krise zu gewinnen. Die NSDAP hat sich in den vielen Wahlen des Jahres 1932 zu Tode gesiegt und steht immer noch mit leeren Händen da.

Küchenthal gewährt den Urlaub Hitlers bis auf weiteres. Die Bezüge werden noch für zwei Monate gewährt, danach ist deren Zahlung einzustellen. Regierungsrat Kiesel leitet den Bescheid am 7.11. an Klagges weiter.

Man merkt dem Vorgang an, daß Küchenthal trotz aller Vorsicht allmählich der Kragen über die Dreistigkeit Hitlers platzt. Hitler zu entlassen, traut er sich aber nicht.

9.11.1932

Rektor Gassner untersagt den politischen Vereinigungen der Hochschule das Chargieren und Tragen von Parteifahnen. Das löst den zweiten Hochschulkonflikt an der TH aus. U.a. geht es um die Stellung der Lehrerbildung.

10.11.1932

Hitler verzichtet für die Dauer seiner Beurlaubung auf seine Bezüge als Regierungsrat. *Die deutsche Staatsbürgerschaft und den Titel Regierungsrat behält er.*

15.11.1932

Küchenthal beantwortet die parlamentarische Anfrage der SPD mit einem vagen Hinweis auf Hitlers angeblichen Einsatz und „wertvolle Dienste“ für den Unterharzer Erzbergbau.

Was später mit der Gründung der Reichswerke in Salzgitter sogar nicht ganz falsch sein sollte. Immerhin kann davon ausgegangen werden, daß der erhebliche Modernisierungsschub, den die Braunschweiger Region während der NS-Zeit erfuhr, kaum ohne Wissen und ohne Billigung Hitlers erfolgt ist.

17.11.1932

Reichskanzler Papen tritt zurück.

In Braunschweig kommt es zu einer Koalitionskrise wegen persönlicher Auseinandersetzungen zwischen DNVP- und NSDAP-Abgeordneten.

18.11.1932

Klagges interveniert gegenüber der TH anlässlich der Totengedenkfeier.

21.11.1932

Senat befaßt sich mit der Hochschuldisziplin

24.11.1932

Hindenburg lehnt ein Präsidialkabinett Hitler erneut ab.

Klagges greift über den Hochschulreferenten Albrecht in die Tagesordnung des Senats der TH ein.

26.11.1932

Schmitz wird im Dienststrafverfahren zur Dienstentlassung bei Zahlung des halben Ruhegehalts verurteilt.

Dezember 1932

Geheimes Treffen von braunschweiger SPD-Vertretern mit Gassner bei Geiger in der Absicht, Klagges zu beseitigen. (Pollmann 1995, S. 450)

Der Hinweis ist mysteriös. Wie sollte das noch bewerkstelligt werden?

Anfang Dezember 1932

Die Mitgliederversammlung der Braunschweiger DVP unterstützt Rektor/Senat gegen Klagges. Die DNVP verfaßt eine ähnliche Stellungnahme.

2.12.1932

Kurt von Schleicher wird von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

4.12.1932

Die Rektorenkonferenz in Halle stellt sich hinter den Braunschweiger Rektor und Senat.

5.12.1932

Der Senat will auf Vorschlag von Roloff eine Klärung der rechtlichen Stellung der Hochschule wegen der permanenten Eingriffe von Klagges in die Hochschulautonomie herbeiführen. Die SPD kündigt für den 14.12.1932 einen Mißtrauensantrag gegen Klagges mit Erfolgsaussichten an, da im bürgerlichen Lager die Kritik an Klagges wächst.

Deshalb beruhigt sich die Lage, da der Koalitionsfriede wiederhergestellt werden muß. Evtl. wäre in Braunschweig in letzter Minute doch noch eine Zusammenarbeit zwischen SPD und DVP nach thüringer Muster möglich gewesen. Auch der Widerstand an der TH ist noch erkennbar.

6.12.1932

Konstituierende Sitzung des neuen Reichstags. Göring wird erneut zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Klagges wendet sich gegen die Rektorenkonferenz.

8.12.1932

Gregor Strasser tritt von allen Parteiämtern zurück.

Damit ist der sozialistische Flügel der NSDAP aus der Parteiführung ausgeschieden.

14./15.12.1932

Letzte ordentliche Plenarsitzung des Braunschweigischen Landtags. Der Hochschulkonflikt wird im Landtag diskutiert. Der Mißtrauensantrag der SPD gegen Klagges, um die Autonomie der TH zu stärken, wird mit 20 : 20 abgelehnt. Stattdessen wird der Antrag Wessel mit 21 : 19 angenommen.

Also kommt es doch nicht zu einer Zusammenarbeit zwischen SPD und DVP in letzter Minute.

24.12.1932

Gespräch zwischen Küchenthal, Klagges, Gassner, Fries und Albrecht über den Hochschulkonflikt führt zu keiner Einigung.

Ein Antrag der SPD im Landtag für die Autonomie der Hochschule wird abgelehnt.

26.12.1932

Der Rat der Gemeinde Bodenstedt lehnt den Antrag des Lehrers Adolf Schmidt auf Namensänderung in Schmidt-Bodenstedt einstimmig ab. (Gemeinderatsprotokoll)

Obwohl 4 der 9 Gemeinderatsmitglieder der NSDAP angehören!

3.1.1933

Großaufmarsch der SA in Braunschweig

24.1.1933

Letzte große Anfrage der SPD durch Jasper im Landtag.

Bei der Beantwortung der Anfrage durch die Regierung am 14.3. werden die SPD- und KPD-Abgeordneten nicht mehr anwesend sein.

26.1.1933

Die Braunschweigische Rechnungskammer setzt eine Prüfung der an Hitler gezahlten Bezüge und der dafür erbrachten Leistungen an.

Dieses Detail macht deutlich, daß in der braunschweigischen Verwaltung an der Illusion des rechtmäßigen Einbürgerungsvorgangs fast bis zum Tag der „Machtergreifung“ Hitlers festgehalten wurde.

Bernhard Rust kündigt die Machtübernahme Hitlers an.

30.1.1933

Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler, gestützt auf eine Koalition aus NSDAP und DNVP.

Obwohl die NSDAP bereits auf dem absteigenden Ast war und Hitler sich durch seine überzogenen Forderungen in den diversen Verhandlungen ins Abseits manövriert hat, wird er von der konservativen Clique, die Hindenburg umgibt, auf den Schild gehoben. Die Nationalkonservativen gehen von der Fehlkalkulation aus, daß sie Hitler einbinden und kontrollieren könnten. Auch hier wurde versäumt, aus dem Scheitern der „Harzburger Front“ zu lernen.

Rektor Gassner versteckt sich in der AOK und flieht später nach Bonn. Klagges schreibt dessen Fahndung aus.

31.1.1933

Der Landtagsabgeordnete Gmeiner (KPD) und Hauptkritiker von Klagges im Landtag wird verhaftet.

Die Reichsregierung beschließt die Auflösung des Reichstags.

3.2.1933

Die von Klagges verkündeten Notverordnungen führen zur Verhaftung von KPD-Mitgliedern.

4.2.1933

Hindenburg erläßt die „Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes“.

Die Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig wird aufgelöst. Die Verfolgung der KPD in Braunschweig wird fortgesetzt.

12.2.1933

Der letzte Landes-Parteitag der SPD in Gandersheim verläuft ohne Störung.

16.2.1933

Hitler bittet als Reichskanzler (!) um seine Entlassung: „Hiermit bitte ich das Staatsministerium um meine Entlassung aus dem Braunschweigischen Staatsdienst.“ (Unterschrift A. Hitler)

Das Schreiben ist an das Innenministerium (Klagges) gerichtet.

22.2.1933

Letzte reguläre Sitzung des Senats der TH. Der Senat spricht Rektor Gassner das Vertrauen aus.

Göring gestattet als Kommissarischer Preußischer Innenminister, daß SA, SS und Stahlhelm als Hilfspolizei eingesetzt werden können.

24.2.1933

Hitler wird aus dem braunschweigischen Staatsdienst durch Küchenthal entlassen.

Offenbar ist der Vorgang von Klagges an Küchenthal weitergereicht worden, der vielleicht die Entlassung vermeiden wollte. Der Vorgang ist das letzte Blatt in der braunschweigischen Personalakte Hitler. Angesichts der nur einjährigen „Tätigkeit“ Hitlers als Regierungsrat hat seine Personalakte einen beträchtlichen Umfang. Darin geht es im wesentlichen aber nur um den Versuch der braunschweiger Behörden, Hitlers Anstellung einen legalen Anstrich zu versehen (Urlaubsgesuche, Gehaltsberechnungen, Zustellungsurkunden, Wohnsitzfrage, Anfragen nach der Tätigkeit etc.).

27.2.1933

In der Nacht auf den 28. 2. brennt das Reichstagsgebäude als Folge von Brandstiftung.

Der Brand wird von Hitler umgehend zur Verfolgung der politischen Gegner genutzt.

28.2.1933

Die Reichskanzlei bestätigt den Empfang des Entlassungsschreibens des Braunschweigischen Staatsministeriums.

Hindenburg erläßt die „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“.

Klagges veranstaltet eine Kundgebung vor dem Hauptgebäude der TH Braunschweig (?)

1.3.1933

Klagges erläßt eine Durchführungsverordnung der Notverordnung, die alle parteipolitischen Aktivitäten von SPD und KPD in Braunschweig, u.a. auch Versammlungen- und Zeitungen, verbieten.

5.3.1933

Letzte Reichstagswahl mit starken Gewinnen für die NSDAP, die 43,9 % der Stimmen und 288 Sitze erhält. Die DNVP erhält 8,0 % und 52 Sitze. Die Regierungskoalition aus NSDAP und DNVP erringt die parlamentarische Mehrheit. Zörner und Schmidt werden Reichstagsabgeordnete.

Die DVP ist mit 1,3 % der Stimmen in Braunschweig marginalisiert.

Damit bestätigt sich die Scheu der DVP vor Neuwahlen. Seitdem werden auch viele Hochschullehrer in Braunschweig als „Märzgefallene“ Parteimitglieder bzw. ändern, so auch Roloff, die Themen ihrer Lehrveranstaltungen.

7.3.1933

Klagges folgt dem Beispiel Görings in Preußen und ernennt SA, SS und Stahlhelm zur Hilfspolizei in Braunschweig. Karl Sauke wird Anführer der SA-Hilfspolizei, Alpers wird Anführer der SS-Hilfspolizei. Verbot von Reichsbanner und Eiserner Front.

Sauke und Alpers sollten später Rivalen werden.

9.3.1933

Die SS besetzt das Volksfreunde-Haus und löst die erste Terrorwelle gegen die SPD aus.

13.3.1933

Der Oberbürgermeister von Braunschweig, Ernst Böhme (SPD), wird verhaftet.

14.3.1933

Erste und letzte Sitzung des alten Landtags nach der Machtübernahme durch die NSDAP. Aufgrund der Verfolgung ihrer Funktionäre sehen sich SPD und KPD außerstande, weiter an den Landtagssitzungen teilzunehmen. Der gewaltsame Druck erzwingt deren Mandatsverzicht.

Schmidt wird Fraktionsführer der NSDAP im Braunschweigischen Landtag.

Laut späteren Aussagen Schmidt-Bodenstedts 1933 vor dem NS-Parteigericht bzw. im Spruchkammerverfahren gegen Klagges 1949 soll Zörner durch Zeitungsartikel versucht haben, die Abgeordneten der Linken zu ermuntern, vom Mandatsverzicht Abstand zu nehmen.

18.3.1933

Der Stahlhelm besetzt das AOK-Gebäude in Braunschweig.

Architekt des AOK-Gebäudes war Mühlenpfordt. Das Gebäude wird zur „Stahlhelm-Kaserne“ umfunktioniert und kann als Versuch gewertet werden, eine Machtposition gegenüber der SA in Braunschweig aufzubauen.

20.3.1933

Brief des Stahlhelm-Landesführers Werner Schrader an Duesterberg, der Küchenthal gegen Klagges stützen will. Darin heißt es u.a.: „Der deutschnationale Minister ist nichts als Verwaltungsbeamter; von Politik keine Ahnung. In der letzten Woche bin ich mehrfach stundenlang bei dem Minister gewesen. Ich habe ihm klarzumachen versucht, daß, wenn er mit seinen Forderungen bei dem Innenminister Klagges nicht durchkomme, er mir Bescheid sagen soll, daß ich dann innerhalb 24 Stunden in einem schweren Fall mit 1000 Mann gut uniformierten Stahlhelmen vor dem Ministerium, oder wo er es sonst für notwendig halte, aufmarschieren würde, um einen Druck auf die Nationalsozialisten auszuüben und zu verhindern, daß die schwarz-weiß-rote Kampffront von den Nationalsozialisten überrannt wird.“ (abgedruckt in der Braunschweigischen Landeszeitung vom 30.3.1933) Ferner kündigt Schrader an, aus den Büssing-Werken ehemalige Kommunisten für den Stahlhelm rekrutieren zu wollen.

Schrader versuchte in letzter Minute, eine Gegenmobilisierung zur Machtübernahme der NSDAP in Braunschweig. Dazu wollte er mit Sozialdemokraten und sogar Kommunisten zusammenzuarbeiten. Die Braunschweiger AOK sollte offenbar als Lagezentrum dienen.

21.3.1933

Tag von Potsdam und Konstituierung des neuen Reichstags in Anwesenheit von Küchenthal als Landesvertreter von Braunschweig.

1. Sitzung des neuen Reichstags in der Kroll Oper. Zörner wird zum dritten Vizepräsidenten des Reichstags gewählt. Küchenthal ist auch hier anwesend.

Das Reichstagsgebäude ist wegen des Brands nicht mehr benutzbar.

23.3.1933

Das Ermächtigungsgesetz wird vom Reichstag verabschiedet. BEL-Fraktion erklärt in Schreiben an Küchenthal, daß die Gleichschaltung in Braunschweig nicht notwendig ist, da sie bereits 1930 vollzogen worden sei .

24.3.1933

Küchenthal wird durch Küchenthal und Klagges zum Staatsbankpräsidenten ernannt. Die Position ist vakant, da der bisherige Inhaber zuvor entfernt wurde.

Es handelt sich um das am besten bestbezahlte staatliche Amt in Braunschweig und damit um eine offenbar langfristig aufgrund der Vakanz verabredete Kompensation für seinen anschließenden Rücktritt. Daß er die Ernennung als Ministerpräsident mitunterzeichnet, verstärkt den Eindruck der persönlichen Bereicherung. Wurde er so von Klagges für seine Kooperation belohnt? So lautet jedenfalls der Vorwurf Roloffs 1945. In der Folgezeit geriet Küchenthal allerdings mehrfach in Kompetenzkonflikte mit Klagges. (vgl. dazu Bd. II der „Erinnerungen“ von Küchenthal)

25.3.1933

Göring kündigt die bevorstehende Gleichschaltung der Länder an.

27.3.1933

„Stahlhelm-Putsch“ in Braunschweig. 1300 Mitglieder des verbotenen Reichsbanners versuchen auf Aufforderung des Braunschweiger Stahlhelms, wie in dem Brief Schraders angekündigt, geschlossen in den Stahlhelm im AOK-Gebäude einzutreten. Dieses Vorhaben wird durch die gewaltsame Besetzung der AOK durch Polizei, SA und SS unter Leitung von Alpers vereitelt. Etwa 1400 Personen, darunter Schrader, Lauenstein (Bodenstedt) und andere Stahlhelmführer, werden verhaftet. Gassner ist abends in der AOK, verläßt aber vor der Erstürmung das Gebäude.

Wollte er bei der Aktion mitwirken? Laut Harbert 1983 soll er sich dort versteckt haben. Die Niederschlagung des „Stahlhelmputschs“ war die erste, durch Innenminister Klagges gedeckte, Gewaltaktion der Nazis in Deutschland. Auch insofern war Braunschweig das Modell für die spätere Entwicklung.

Klagges berichtet noch in der Nacht Hitler, daß er den „Putsch“ niedergeschlagen habe. Konflikt innerhalb der Stahlhelm-Führung zwischen Seldte (Minister im Kabinett Hitler) und Duesterberg. Klagges nimmt den „Stahlhelmputsch“ zum Anlaß, mit seinen Widersachern in Braunschweig abzurechnen. Seldte taktiert. Auch in der DNVP kommt es zur Spaltung; Oberfohren trennt sich von Hugenberg.

Der Vorgang zeigt, daß die Vorbehalte auch auf Seiten der nationalen Rechten gegenüber Hitler und den Nazis erheblich waren und bis in die Kreise des Stahlhelms, der DNVP, der TH und der Großbauern reichten. Warum war 1931/32 bei den zahlreichen Konflikten und Krisen innerhalb der Koalition aus BEL und NSDAP eine solche Anti NS-Koalition in Braunschweig nicht möglich? Die Beantwortung dieser Frage ist von zentraler Bedeutung zum Verständnis der Braunschweiger Vorgänge.

28.3.1932

Klagges verhängt in Braunschweig ein Verbot des Stahlhelms. Seldte interveniert bei Hitler. Hitler macht Duesterberg für den „Putsch“ verantwortlich. Die Braunschweigische Landeszeitung veröffentlicht den Brief von Schrader als Beleg für die Putsch-Pläne.

29.3.1933

Schrader wird vorläufig aus dem Schuldienst entlassen.

31.3.1933

Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Die Landesregierungen können seitdem Gesetze ohne Beteiligung der Parlamente erlassen.

Gassner tritt als Rektor zurück und flieht nach Bonn in eine Klinik.

April 1933

Beginn des Machtkampfs in der Braunschweiger NSDAP zwischen Klagges, Alpers, Schmidt, Jeckeln, Hesse versus Zörner, Gille, Sauke u.a. um die Braunschweiger Führung. Die vorgesehene Wahl Zörners zum Präsidenten des Landtags wird vereitelt.

Mögliche Erklärungen für den Machtkampf lauten: Radikale versus moderate Nationalsozialisten, Fanatiker versus „Idealisten“, SS versus SA, Lehrerfraktion vs. andere, persönliche Konflikte um Führungsstellen in Braunschweig besonders zwischen Klagges und Zörner, Rivalität um die Gunst Hitlers als Folge der Blamagen bei der Einbürgerung, Braunschweiger Eigenständigkeit – Gau Ostfalen versus Reichsreform.

Gleichschaltung der Parteien, der TH und der Wirtschaftsverbände in Braunschweig.

1.4.1933

Gassner kehrt aus Bonn zurück, nachdem ihn Klagges zur Fahndung ausgeschrieben hat, und wird am Bahnhof verhaftet. Ihm wird Beteiligung am „Stahlhelm-Putsch“ und „Hochverrat“ vorgeworfen.

Küchenthal wird aus dem Reichsfinanzdienst entlassen unter Verzicht auf sämtliche Ansprüche aus dem bisherigen Beamtenverhältnis.

Dafür wird er Präsident der Braunschweigischen Staatsbank.

Das Stahlhelmverbots in Braunschweig wird nach einem Kompromiß mit Seldte aufgehoben. Boden tritt in den Ruhestand.

April 1933

Küchenthal tritt aus der DNVP aus.

4.4.1933

Neubildung des Landtags aufgrund des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“, organisiert von „Wahlleiter“ Friedrich Alpers. Der Landtag wird auf 33 Sitze reduziert, von denen 29 auf die NSDAP und 4 auf die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot entfallen. Letztere treten zur NSDAP über. Roloff gehört dem Landtag nicht mehr an.

5.4.1933

Der Senat der TH, damit auch der Senator Roloff, tritt nach der Verhaftung Gassners zurück. Roloff wird als Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung amtsenthoben.

Der Rücktritt kann aber nicht mehr als Solidaritätsakt mit Gassner gewertet werden. Die bisherige Solidarität der Professoren zerbricht. Spätestens jetzt erweist sich, daß die Kooperation Roloffs mit der NSDAP nicht mehr honoriert wird, sondern auch er nur als nützlicher Steigbügelhalter gedient hat. Allerdings wurde er zweimal, vermutlich zum Dank, befördert.

6.4.1933

Gassner wird von Klagges abgesetzt.

7.4.1933

Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder

Wilhelm Loeper, Gauleiter von Magdeburg-Anhalt wird Reichsstatthalter für Braunschweig und Anhalt (bis zum 23.10.1935), der damit die eigentliche Macht in Braunschweig besitzt. Alle Personalentscheidungen müssen ihm vorgelegt werden.

Der Vorgang kann als Affront gegen Klagges als Folge des Zerwürfnisses mit Hitler gewertet werden.

Der Pharmazeut Horrmann wird von Klagges zum Kommissarischen Rektor ernannt. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Dessen § 4 erlaubt Entlassung von Beamten aus politischen Gründen.

Das Gesetz wird an der TH umgehend zur Anwendung gebracht.

13.4.1933

Der Student Kurt Alpers regt gegenüber Roloff an, Hitler die Ehrendoktorwürde in Braunschweig zu verleihen.

18.4.1933

Der neue Senat der TH tritt zusammen. Der neue Rektor Hormann ist nicht gewählt, sondern von Klagges ernannt.

21.4.1933

Roloff läßt die Anregung von Alpers über den Dekan der 8. Abteilung an den Rektor weiterleiten, der diese ablehnt.

24.4.1933

Der Landesvorstand der DNVP tritt zur NSDAP über.

Roloff lehnt für seine Person den Übertritt ab. Dazu gehörte bereits Mut.

26.4.1933

Der Braunschweiger Landesverband der DVP löst sich auf.

27.4.1933

Abkommen zwischen NSDAP und Stahlhelm. Der Braunschweiger Stahlhelm geht in der SA auf.

29.4.1933

Eröffnung des Braunschweigischen Landtags, der der erste ist, der zu 100 Prozent aus NSDAP-Abgeordneten besteht. Erstmals findet ein Eröffnungsgottesdienst des Landtags im Dom statt. Zörner verliert das Amt des Landtagspräsidenten.

Evtl. haben finanzielle Unregelmäßigkeiten bei der Amtsführung Zörners als Landtagspräsident neben dem innerparteilichen Machtkampf eine Rolle gespielt. Der Eröffnungsgottes-

dienst dürfte auf Veranlassung von Klagges zurückgegangen sein und hat ihm sicher nicht nur Freunde in der NSDAP gebracht.

Mai 1933

Denkschrift von Mühlenpfordt „Meine Tätigkeit als Professor und Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig von 1914 bis 1933“

Darin rechtfertigt er seine Aktivitäten im Hochschulkonflikt 1930ff. Das Manuskript weist durchaus einen nationalen Tenor auf.

1.5.1933

Klagges stellt den neuen Senat + Rektor Horrmann demonstrativ auf den Stufen des Hauptgebäudes der TH vor.

Damit ist die akademische Selbstverwaltung beendet.

Küchenthal tritt in die NSDAP ein.

Er war seit 1919 Mitglied der DNVP.

Hitler wird zum Ehrenbürger der Stadt Braunschweig ernannt.

Hitler hat zu diesem Zeitpunkt noch seinen zweiten Wohnsitz in Braunschweig. Er erhält nicht nur in Braunschweig, sondern in vielen deutschen Städten die Ehrenbürgerschaft.

Adolf Schmidt wird vom Gemeinderat zum Ehrenbürger der Gemeinde Bodenstedt ernannt. Seitdem nennt er sich Schmidt-Bodenstedt.

Am 26.12.1932 hatte der Gemeinderat die Namensänderung noch verweigert. Jetzt ist er gleichgeschaltet.

2.3 Die Alleinregierung der NSDAP in Braunschweig 1933 – 1945

6.5.1933

Küchenthal tritt als Staatsminister zurück. Klagges und Alpers werden von Reichsstatthalter Loeper zum Ministerpräsidenten bzw. zum Justizminister/Finanzminister ernannt. Zörner geht leer aus.

Trotz des Aufstiegs zum Ministerpräsidenten ist die Beförderung für Klagges mit einem Machtverlust verbunden, da Loeper ihm weisungsbefugt ist. Klagges versucht deshalb in der Folgezeit, einen Gau Ostfahlen zu gründen und die Unabhängigkeit des Landes Braunschweig zu bewahren, um so auch seine persönliche Bedeutung aufzuwerten.

9.5.1933

Bücherverbrennung vor dem Braunschweiger Schloss unter Teilnahme von Rektor Horrmann.

12.5.1933

Gesetz über das Staatsministerium in Braunschweig. Das Staatsministerium besteht seitdem aus einem Ministerpräsidenten (Klagges) und einem Staatsminister (Alpers) sowie zwei Staatsräten als Vertretern.

Seitdem kann sich Klagges „Ministerpräsident“ und nicht mehr „Vorsitzender des Staatsministeriums“ wie zuvor Küchenthal nennen. Gleichzeitig wird das „Führerprinzip“ auch in Braunschweig gesetzlich verankert.

13.5.1933

Schmidt-Bodenstedt wird durch Reichsstatthalter Loeper zum Regierungsrat in Braunschweig und zum Staatsrat als Vertreter von Klagges ernannt.

23.5.1933

Der Rektor der TH lehnt die Anregung, Hitler zum Ehrendoktor zu machen, ab.

Evtl. befürchtete er, daß Hitler so an die Blamage der verhinderten Professur erinnert wird.

19.6.1933

Sitzung des Konzils der TH, um Horrmann nachträglich als Rektor zu bestätigen, nachdem Klagges neue linientreue Konzilsmitglieder ernannt hat. Horrmann wird mit 32:2:1 bei 10 Enthaltungen gewählt. Das Konzilsmitglied Geiger fehlt bei der Sitzung.

29.6.1933

Beginn des Baus der „Dietrich Klagges-Stadt“ (heute Gartenstadt als Stadtteil von Braunschweig)

31.6.1933

Letzte Sitzung des Landtags

Sommer 1933

Pläne des Innenministeriums zur großen Reichsreform mit einem neu zu schaffenden Verwaltungsgebiet Niedersachsen

Dagegen regt sich heftiger Widerstand in Braunschweig, der von Klagges angeführt wird.

3.7.1933

Zörner wird (auf Vermittlung von Hitler?) auf Vorschlag des Reichsstatthalters für Sachsen, Mutschmann, zum Dresdener Oberbürgermeister gewählt. (bis 11.6.1937)

Der Posten ist eine Kompensation für den verlorenen Machtkampf mit Klagges in Braunschweig, deutet aber darauf hin, daß Zörner bessere Beziehungen als Klagges zu Hitler hat.

4.7.1933

Die DVP löst sich insgesamt auf.

26.7.1933

Letzte Senatssitzung der TH

August 1933

Zum Lehrpersonal der TH gehören 108 Personen. Davon werden 24 ab 1933 entlassen. Inklusive der zuvor Entlassenen sind es 30 von 117 bzw. etwa 35 %.

Laut Wetter/Weßelhöft werden 64 % aus politischen und 28 % aus rassistischen Gründen entlassen.

1.9.1933

Riekel distanziert sich in einem Schreiben an den Rektor von seiner SPD-Mitgliedschaft, um sein Ruhegehalt zu behalten.

8.9.1933

Geiger wird von Reichstatthalter Loeper zum 1.10.1933 entlassen. Jensen wird unter Berufung auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums endgültig entlassen.

16.9.1933

Abmeldung Hitlers als Untermieter von Braunschweig nach Berlin, Wilhelmstraße, Beruf „Reichskanzler“.

Der Anlaß ist (vermutlich) der Umzug Zörners nach Dresden.

19.9.1933

Aussage von SA-Führer Sauke, daß zum engeren Kreis der NS-Führung hinter Klagges in Braunschweig Schmidt-Bodenstedt, Hesse, Lehmann und Alpers gehören (darunter 4 Lehrer bzw. Alpers aus einem Lehrerhaushalt)

Sauke gehört offenbar zur Zörner-Richtung. Daraus entsteht innerhalb der NSDAP der Vorwurf der Lehrerseilschaft in Braunschweig. 1949 wird sich Schmidt-Bodenstedt von Alpers distanzieren, den er trotz der zeitweiligen Nähe des Wohnsitzes in Sonnenberg (Alpers) und Bodenstedt (Schmidt war dort als Hilfslehrer tätig) nur „flüchtig“ durch gemeinsame Bußfahrten gekannt haben will.

30.9.1933

Entlassung Gassners

1.10.1933

Entlassung Riekels und Jensens aus dem Staatsdienst nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

14.10.1933

Auflösung des Reichstags. „Neuwahlen“ werden für den 12.11.1933 angesetzt. Auf dem Wahlzettel wird nur die NSDAP stehen. Gleichzeitig werden alle Landtage aufgelöst, ohne daß auch für sie „Neuwahlen“ ausgeschrieben werden.

28.10.1933

Einführung des Führerprinzips an den Hochschulen. Der Rektor hat durch die Übertragung der Rechte von Senat und Konzil die alleinige Gewalt. Die Dekane werden vom Rektor ernannt.

1.11.1933

Der Parteichronist Kurt Schmalz beendet sein Manuskript zu dem Buch „Nationalsozialisten ringen um Braunschweig“, das 1934 bei Westermann in Braunschweig erscheint.

6.11.1933

Berger wird von der Berufungskommission auf Platz 1 der Liste (Nachfolge Riekel) gesetzt.

14.11.1933

Das von Klagges angestrebte Verfahren vor dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß (USCHLA) gegen die PG Zörner, Selle, Leffler, Klare, Gille und Maak wird eröffnet. Zörner wird u.a. von Klagges beschuldigt, ihn in der Einbürgerungsfrage hintergangen und gegen die Einbürgerung Hitlers gearbeitet zu haben. Die Hauptverhandlung soll in Hannover stattfinden. Im Eröffnungsbeschluß des Obersten Parteigerichts heißt es: „Zu der zu begründenden Beamtenstellung für den Führer sei es notwendig gewesen, den Haushalt bis zu einem bestimmten Tag zur Annahme zu bringen und deshalb die Beratungsfrist zu verkürzen. Sie hätten dies zugesagt und auch die Koalitionsparteien seien einverstanden gewesen. Der Sitzungsplan habe dann aber derart lange Fristen enthalten, dass der Termin versäumt werden mußte. Deshalb von Pg. Klagges zur Rede gestellt, hätten Sie sich damit entschuldigt, dass der Ältestenrat eben anders beschlossen habe. Als Pg. Klagges Ihnen sagte, entweder müssen Sie dafür sorgen, dass die Fristen verkürzt werden oder der Führer könne nicht eingebürgert werden, hätten Sie mit einem Achselzucken erklärt, daran könnten Sie dann auch nichts ändern. Von der durch den Beschluß des Ältestenrats geschaffenen neuen Lage hätten Sie Minister Klagges nicht in Kenntnis gesetzt.“ (Niedersächsisches Staatsarchiv 67 Slg Nr. 6)

Daß Zörner die Einbürgerung tatsächlich verhindern wollte, erscheint wenig plausibel. Eher dürfte es um die Rivalität gegangen sein, wer das Verdienst der Einbürgerung für sich verbucht, um so die Gunst Hitlers und den Machtkampf in Braunschweig zu gewinnen. Am Ende hat das Verfahren keine parteiinternen Konsequenzen für Zörner gehabt, auch wenn bemerkenswert ist, daß die Einbürgerungsfrage selbst innerhalb der NSDAP für Zündstoff gesorgt hat. Zörner hat zwar den Braunschweiger Machtkampf verloren, wurde dafür aber mit dem Posten des Dresdener Oberbürgermeisters abgefunden. Vgl. dazu auch Küchenthal 1969, Bd. II. S. 16f.

1.12.1933

Erklärung der Einheit von Partei und Staat.

Schmidt-Bodenstedt wird Oberregierungsrat in Braunschweig.

Trotz fehlender Qualifikation als Volksschullehrer wird er von Klagges protegiert.

4.12.1933

Schmidt-Bodenstedt sagt im USCHLA-Verfahren aus.

Aus einer späteren Befragung vom 9.3.1949 im Zusammenhang mit dem Spruchkammerverfahren gegen Klagges geht die Andeutung hervor, daß Schmidt-Bodenstedt gegen Zörner ausgesagt hat, dem er unterstellt, Zörner habe die Abgeordneten von SPD und KPD via Zeitungsartikel aufgefordert, ihre Landtagsmandate nicht niederzulegen.

16.1.1934

Mühlenpfordt wird wegen seiner Stellungnahme zur Ermordung des NS-Studentenführers Schaffeld entlassen.

30.1.1934

Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches wird von Reichstag und Reichsrat angenommen und führt zur Auflösung des Braunschweigischen Landtags und aller anderen Landtage.

Damit wird der Zentralismus in Deutschland durchgesetzt. Es handelt sich aber noch nicht um die von Klagges gefürchtete umfassende Reichsreform.

Die Neukonstituierung des Braunschweigischen Landtags erfolgt erst am 8.1.1946.

5.2.1934

Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vereinheitlicht die Regelung der Staatsbürgerschaft.

War das Hitler ein besonderes Anliegen?

5.3.1934

Klagges tritt im Rang eines Gruppenführers in die SS ein.

März 1934

Klagges läßt in Reaktion auf das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches eine Gegenden-schrift anfertigen, in der ein neuer Gau Ostfalen unter Einschluß von Hildesheim und Lüneburg mit der Gauhauptstadt Braunschweig gefordert wird. Er erfährt dabei die Unterstützung der Ev. Landeskirche und der braunschweiger Wirtschaft, die Klagges als Schutzpatron der Selbständigkeit Braunschweigs ansehen.

Die Reichsregierung antwortet, daß das Problem zur Zeit nicht aktuell sei.

Hitler präferierte offenbar einen Kompromiß, der die Selbständigkeit Braunschweigs bewahrt, aber die Schaffung eines neuen Gaus Ostfalen ablehnt. Angeblich wollte er das Problem Hannover-Braunschweig „nach dem Endsieg“ lösen.

1.4.1934

Friedrich Berger (geb. 4.6.1901) wird auf die a.o. Professur für „Theoretische Pädagogik,, (vormals Riekel), Bes. Gr. A 2 b, ohne die Riekel zugestandene Zulage „persönliches Ordinariat“ berufen und Direktor des Pädagogischen Instituts der TH. Die Berufungskommission begründet die Herabstufung mit der altersbedingt noch zu geringen Qualifikation Bergers für ein Ordinariat. Der Beginn seines Besoldungsdienstalters wird auf den 1.12.1931 rückdatiert.

Am 15.4.1931 war Riekel von seinen Aufgaben entbunden worden. Die lange Vakanz ist darauf zurückzuführen, daß Franzen erst Kroh, der ablehnte, und dann Pfahler berufen wollte. Dann folgte die Regierungskrise und der Wechsel im Ministerium. Klagges Favorit, Kriek, wurde zurückgestellt, weil die Idee mit der Hitler-Professur dazwischen kam. (vgl. Bei der Wieden 1996, S. 97) Auch das ist ein Indiz, daß die Berufung Hitlers auf eine Professur eine längere Vorgeschichte hatte, als aus den Akten ersichtlich ist.

Ein späterer Versuch, Berger zu befördern, ist im Sande verlaufen. Als Gründe sind zu vermuten, daß Berger nach der Berufung kaum wissenschaftlich hervorgetreten ist und sich stattdessen als NS-Propagandist hervorgetan hat. Außerdem geriet er in einen heftigen Konflikt mit den Kollegen der 8. Abteilung, den Klagges mit einer Rüge an alle Beteiligten geahndet hat.

Juni 1934

Schmidt-Bodenstedt wird nach Berlin ans preußische Kultusministerium versetzt.

Evtl. ist er weggelobt worden, weil er im Konflikt mit Alpers und Jeckeln unterlegen ist. Klagges wäre demnach auch ein Getriebener von immer radikaleren Untergebenen in der Partei gewesen.

13.7.1934

Gegen Albert Brandes, Justizoberinspektor und ehemaliger Vorsitzender der Braunschweiger DVP, wird von Justizminister Alpers wegen des Vorwurfs, auf einer „getarnten Versammlung“ der aufgelösten DVP Ende März 1933 kritische Äußerungen gegenüber Hitler gemacht bzw. nicht unterbunden zu haben, ein Dienststrafverfahren eröffnet.

Der Vorgang wird später von Brandes im Zuge seiner Entnazifizierung zur Entlastung vorgebracht.

Ende Juni/Anfang Juli 1934

Bei der Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ werden u.a. Röhm und Strasser ermordet. Die SS ersetzt die SA in der NSDAP.

Klagges reagiert und will Braunschweig zu einer Hochburg der SS ausbauen, indem er z.B. die SS-Junkerschule im Schloss eröffnet. Er selber macht in der SS Karriere.

2.8.1934

Tod Hindenburgs. Hitler vereinigt aufgrund eines am Vortag erlassenen Gesetzes als „Führer“ das Amt des Staatspräsidenten mit dem Amt des Reichskanzlers. Hitler kassiert seitdem zwei Gehälter (steuerfrei).

Der Vorgang steht im Gegensatz zu dem von Hitler in der Öffentlichkeit vertretenen Mär, daß er an persönlichem Besitz nicht interessiert sei. Vgl. dazu seine Behauptung, sein Gehalt als Regierungsrat Arbeitslosen gestiftet zu haben.

28.12.1943

Brandes wird im Dienststrafverfahren vom Ober- zum Justizinspektor degradiert und mit einer Geldstrafe belegt.

Anfang 1935

Finanzminister Alpers versucht, Küchenthal zum Rücktritt zu bewegen.

So lautet jedenfalls die Behauptung Küchenthals in Küchenthal 1969, Bd. II, S. 55ff.

30.1.1935

Neufassung des Reichsstatthaltergesetzes, nach der Reichsstatthalter auch Landesregierungen führen können.

6.3.1935

Loeper rügt Klagges (gedeckt durch Hitler), daß dieser sich in die Reichsreform einmische.

5.5.1935

Klagges lädt Göring und Kerrl (Peine) nach Braunschweig ein, um die Pläne zur Umgestaltung des Doms vorzustellen.

6.6.1935

Schmidt-Bodenstedt wird Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter Minister Rust in Berlin.

16.7.1935

Hans Kerrl wird Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten.

Dies kann als Affront gegen Klagges Kirchenpolitik gewertet werden, weil Kerrl aus Peine stammt.

16./17.7.1935

Letzter heimlicher Blitzbesuch Hitlers in Braunschweig im Hotel Lorenz, um Klagges zum Rapport zu bestellen und zurechtzuweisen. Der Besuch wird publik und muß zum offiziellen Besuch umfunktioniert werden. Hitler besichtigt den umgestalteten Dom und besucht die Mustersiedlung Lehndorf. Die dort vorgesehene und von Hitler mißbilligte Kirche im Zentrum wird durch das Aufbauhaus ersetzt. Hitler finanziert später die Ausgestaltung der Gruft für Heinrich den Löwen.

Der Konflikt Hitler – Klagges wird offensichtlich. So lautet jedenfalls eine von Roloff jun. aufgestellte und in der Literatur übernommene These, für die aber eindeutige Belege fehlen. Klagges ist immerhin in der Lage, zahlreiche Großprojekte wie z.B. die Reichswerke, Luftflottenkommando etc. nach Braunschweig zu ziehen, was gegen ein schlechtes Verhältnis zu Hitler spricht. Bis in die 1940er Jahre soll er mehrfach Anliegen direkt bei Hitler vorgetragen haben. Klagges Manuskript „Im Umgang mit Adolf Hitler“ von 1970, das Aufschluß geben könnte, ist leider nicht zugänglich und soll sich im Besitz der Tochter von Klagges befinden. Klagges versichert sich jedenfalls der Unterstützung von Göring (Reichsjägerhof, Reichswerke etc.), was wiederum für ein gespanntes Verhältnis zu Hitler spricht. Vielleicht sind dies auch alles Facetten seines innerparteilichen Machtkampfs mit Zörner, dem auch gute Beziehungen zu Hitler nachgesagt wurden.

12.9.1935

Der Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, Hoppe, informiert den Rektor über die Probleme mit Berger. Dieser habe keine Veröffentlichungen aufzuweisen und trage permanent Konflikte mit den Kollegen der Abteilung aus.

Oktober 1935

Berufung von Herzig durch Klagges.

23.10.1935

Tod von Reichsstatthalter Loeper

Klagges hofft auf die Nachfolge, wird aber nicht berücksichtigt. Dies kann als weiteres Indiz gewertet werden, daß Klagges nicht mehr in der Gunst von Hitler steht.

25.5.1936

Herzig wird Nachfolger von Horrmann als Rektor.

Herzig ist seit 1931 NSDAP-Mitglied und tritt rücksichtsloser als Horrmann auf, der sich noch den alten Ordinarienkollegen verbunden fühlte.

22.6.1936

Herzig ernennt einen neuen Senat. Berger wird Dekan der Abt. für Kulturwissenschaften und Senatsmitglied.

4.12.1936

Herwig, Hoppe, Koßwig und Roloff führen offizielle Beschwerde gegen Berger.

1.4.1937

Berger wird kommissarisch an die Bernhard Rust-Hochschule versetzt.

23.5.1937

Eröffnung der Bernhard Rust-Hochschule. Die Lehrerausbildung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung wird aus der TH ausgegliedert. Berger wird Kommissarischer Direktor der Bernhard Rust-Hochschule.

Roloff u.a. wehren sich gegen die Verlagerung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Auch Klagges war gegen die Auslagerung der Lehrerbildung, mußte sich aber dem Willen Rusts beugen. Die Lehrerbildung war erst 1927 auf Betreiben Roloffs von der Regierung Marquardt in die TH eingegliedert worden.

11.6.1937

Zörner wird als Oberbürgermeister von Dresden entlassen und zunächst auf einen Posten als Stellvertreter Speers bei der Umgestaltung Berlins abgeschoben.

Ihm wurden, wie zuvor in Braunschweig, finanzielle Unregelmäßigkeiten vorgeworfen.

13.7.1937

Klagges rügt alle Beteiligten im Konflikt Berger vs. Herwig, Hoppe, Koßwig und Roloff.

September 1937

Entscheidung Hitlers, das VW-Werk und die zugehörige Musterstadt bei Fallersleben auf preußischem Gebiet und nicht auf Braunschweiger Gebiet zu bauen. Klagges hatte gehofft, daß Braunschweig bei der Standortentscheidung berücksichtigt würde. Braunschweig erhält immerhin das Vorwerk.

Roloff jun. wertet die Entscheidung als weiteren Affront gegen Klagges.

1.10.1938

Berger wird an Bernhard Rust-Hochschule versetzt und nach C 2 besoldet.

Evtl. gab es auf diese Weise eine Aufwertung seiner a.o. Professur, die ihm an der TH versagt wurde.

14.10.1938

Rudolf Hess bittet den Braunschweigischen Volksbildungsminister nach dessen Anfrage vom 7.6.1938, von einer Abordnung Roloffs an die Bernhard-Rust-Hochschule aufgrund von dessen nicht rückhaltloser nationalsozialistischer Gesinnung abzusehen.

Roloff wollte allerdings auch nicht versetzt werden.

7.6.1939

Schmidt-Bodenstedt wird Ministerialdirigent in Berlin.

27.9.1939

Zörner wird auf Vermittlung von Hans Frank, Generalgouverneur im besetzten Polen, Bürgermeister von Krakau.

Die Verbindung Frank – Zörner hatte bei der Durchsetzung der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig eine wichtige Rolle gespielt.

Ende 1939

Roloff veröffentlicht das Buch „Tausendjähriges Braunschweig“. Das letzte Kapitel „Neues Deutschland, Neues Braunschweig“, verherrlicht die NS-Zeit.

Roloff will laut Vermerk vom 1.9.1944 und Bestätigung durch Verleger Paul Graff vom 4.9.1944 das Schlußkapitel nicht selber verfaßt haben, sondern die braunschweiger NSDAP-Kreisleitung. Roloff und der Verleger Graff hätten dies akzeptiert, um die Papierzuteilung nach Kriegsausbruch zu bekommen. Die Behauptung ist unglaubwürdig, da stilistisch kein Unterschied zu den anderen Kapiteln zu erkennen ist. Küchenthal behauptet in seinen Erinnerungen, S. 30, daß Roloff das gesamte Buch verfaßt habe.

20.5.1941

Lammers teilt den „Führerentscheid“ im Konflikt Hannover – Braunschweig mit: Braunschweig verbleibt im Gau Südhannover-Braunschweig, bleibt aber als Land erhalten.

10.7.1941

Rektor Herzig verfaßt eine „Übersicht über die seit Februar 1933 neu geschaffenen, eingezogenen und für andere Lehrgebiete verwendeten Lehrstühle“. Daraus geht u.a. hervor, daß 1938 die Lehrstühle für Methodik und Didaktik, Biologie/ Zoologie und Pädagogik (Berger – vormals Riekel) an die Bernhard Rust-Hochschule verlagert wurden. Die Soziologie-Professur (Geiger) wurde in eine Professur für Anorganische Chemie umgewandelt.

30.1.1942

Klagges wird zum SS-Obergruppenführer befördert.

10.4.1943

Zörner wird auf Befehl Himmlers seines Postens als Krakauer Bürgermeister enthoben, weil er Kritik an der Brutalität des Vorgehens der SS in Polen geübt hat. Er wird ins Reich zurückbeordert und der Organisation Todt unterstellt.

Zörner erweist sich offenbar abermals als eher moderater Nationalsozialist.

29.5.1943

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bestellt den „ordentlichen Professor“ Roloff zum Direktor des Geschichtlichen Seminars der TH Braunschweig.

28.7.1944

Der ehemalige braunschweiger Stahlhelm-Führer Werner Schrader, der zeitweise den Sprengstoff für Stauffenberg verwahrte, begeht Selbstmord nach dem gescheiterten Aufstand des 20. Juli.

27.1.1945

Hitler erinnert sich während einer Lagebesprechung in der Reichskanzlei an seine Tätigkeit als braunschweigischer Regierungsrat. Göring interveniert „Aber nicht ausübender“. Hitler: „Sagen Sie das nicht. Ich habe dem Lande großen Nutzen gebracht.“

Diese Bemerkung stimmt insofern, als Braunschweig in der NS-Zeit viele Großprojekte und einen regelrechten Modernisierungsschub erhalten hat. Insofern ist er im Nachhinein doch seiner Aufgabe als Regierungsrat, Wirtschaftsförderung für das Land Braunschweig zu betreiben, mehr als gerecht geworden. Vielleicht hat sich Hitler auf diese Weise doch für seine Einbürgerung bedankt, die ein wichtiger Schritt für seine politische Laufbahn war.

2.4 Die Nachgeschichte I: Entnazifizierungsverfahren und gegenseitige Belastung der an der Einbürgerung Beteiligten

12.4.1945

Klagges wird von den Amerikanern verhaftet und interniert.

4.5.1945

Küchenthal fertigt eine Abschrift seines Vermerks vom 13.2.1932 an und läßt diesen von Margarte Gent bestätigen.

In dem Vermerk von 1932 geht es um die informellen Verhandlungen zwischen Klagges und Küchenthal über die Einbürgerung Hitlers qua Professor. Küchenthal dokumentiert darin seine Nichtzuständigkeit und verweist auf den Dienstweg.

Daß er sich kurz vor Ende des Krieges und nahezu zeitlich mit Boden mit der Einbürgerungsfrage schriftlich befaßt, kann Zufall sein, könnte aber auf eine Absprache zwischen beiden hindeuten.

5.5.1945

Boden verfaßt Aufzeichnungen mit einer eidesstattlicher Erklärung zur Ernennung Hitlers: „Alles war in dieser amtlichen Angelegenheit auf Seiten der NSDAP... von vorn herein nichts anderes... als Lug und Trug.“ (Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel 250 N 295)

Der Text liest sich drei Tage vor der deutschen Kapitulation als ein Persilschein in eigener Sache, falls Boden mit dem Vorwurf konfrontiert wird, für die Einbürgerung Hitlers verantwortlich zu sein. Seine Aussage steht in Gegensatz zu seinem Vermerk vom 26.2.1932, dem Tag nach dem Besuch Küchenthals in Berlin. Beide Male ist Boden die Bedeutung des Vorgangs klar gewesen, nur ging es jeweils um die Absicherung/Rechtfertigung in eine andere Richtung: Es handelt sich bei dem Dokument um den ersten Hinweis, daß viele derjenigen, die irgendwie mit der Einbürgerung Hitlers befaßt waren, nachträglich ihre Rolle als unbedeutend erscheinen lassen wollen bzw. der Einbürgerung insgesamt eine besondere Bedeutung absprechen.

1945

Generalstaatsanwalt Staff stellt Ermittlungen über die Verantwortlichkeit in der Einbürgerungsfrage an. Dazu werden u.a. Klagges, Küchenthal und Roloff vernommen. (vgl. dazu Pollmann 1995, S. 463)

13.8.1945

Küchenthal wird durch die Alliierte Militärregierung als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank entlassen und „bis auf weiteres“ zu Arrest verurteilt. Der Arrest dauert formal bis zum 31.7.1950.

Trotz „Arrest“ betätigt sich Küchenthal als Landwirt in Hedeper bei Wolfenbüttel.

23.8.1945

Rektor Gassner fertigt eine Liste von belasteten Mitgliedern und NS-Gegnern der TH an. Roloff wird darin bescheinigt, sich als „antinationalsozialistisch“ betätigt zu haben. Gassner wird diese Aussage anlässlich der Suspendierung Roloffs mehrfach wiederholen.

5.10.1945

Schreiben von Roloff an Gassner im Zusammenhang mit seiner bevorstehenden Suspendierung in Reaktion auf eine Anfrage Gassners. Roloff führt darin aus, daß er 1932 entscheidend auf Drängen von Kollegen und aus eigener Veranlassung gegen die Berufung Hitlers an die TH gewirkt habe. Die spätere Anstellung Hitlers als Regierungsrat sei ein einfacher Verwaltungsakt gewesen, der nicht der Zustimmung des Parlaments bedurfte. Die Einbürgerung sei mit der Teilnahme Hitlers im 1. Weltkrieg zu rechtfertigen gewesen. Es sei besser gewesen, Hitler politisch zu bekämpfen als mit juristischen Mitteln. Er, Roloff, habe bei der Präsidentenwahl gegen Hitler gestimmt. Die Nichteinbürgerung in Braunschweig hätte den Aufsatz Hitlers nicht verhindern können. Die Reichstagsparteien trügen für die Einbürgerung die bzw. die Nichtausweisung Hitlers 1923 die Verantwortung. Im zweiten Teil nimmt er zum Vorwurf der Verherrlichung des Nationalsozialismus in seinem Buch „Tausendjähriges Braunschweig“ Stellung.

Das Schreiben Roloffs ist nach Boden der zweite Versuch eines Beteiligten an der Einbürgerung, einen Persilschein in eigener Sache auszustellen.

23.10. 1945

Roloff wird bis Januar 1946 vom Amt suspendiert.

Aus den Stellungnahmen Roloffs und den erbetenen Entlastungsschreiben von Kollegen geht hervor, daß Roloff der Begünstigung – durch Mitwirkung an der Einbürgerung Hitlers - und Verherrlichung – in seinem Buch „Tausendjähriges Braunschweig“ - des Nationalsozialismus bezichtigt wird. Roloff wurde allerdings auch bespitzelt und von der Gestapo überwacht.

1.11.1945

Gassner beauftragt O. Antrick während der Suspendierung von Roloff mit der Wahrnehmung der Leitung des Geschichtlichen Seminars.

2.11.1945

Gassner entlastet Roloff in einer Stellungnahme und durch beigefügte Dokumente u.a. mit dem Argument, Roloff habe 1932 sich gegen die Berufung Hitlers als Professor gewandt, dessen schließliche Einbürgerung als Abgeordneter aber nicht verhindern können.

Auch aus der Stellungnahme Gassners ist ersichtlich, daß ein wesentlicher Grund für die Suspendierung Roloffs neben dem Schlußkapitel seines Buchs „Tausendjähriges Braunschweig“ dessen Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers war.

4.11.1945

Zweites Schreiben von Roloff an Gassner mit ergänzender Stellungnahme zur Einbürgerung Hitlers. Er widerspricht Küchenthals Behauptung, dieser sei durch Beschluß der Landtagsfraktion gezwungen worden, Hitler zum Regierungsrat zu ernennen. Dem gegenüber betont Roloff, daß er Hitler als Professor verhindert habe und im Haushaltsausschuß mit seinen Freunden für die Streichung der Regierungsratsstelle gestimmt habe, weil der Haushaltsausschuß bereits von dem Plan wußte, daß Hitler auf diese Stelle gesetzt werden sollte (!). Erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses sei die Streichung auf Bitten der Regierung aufgehoben worden. Küchenthal wird auch unterstellt, daß er sich seine Zustimmung habe erkaufen lassen mit dem Posten des Staatsbankpräsidenten, der damals der bestbezahlte im Land Braunschweig war. Küchenthal habe sich anschließend mehrfach damit gebrüstet, Hitler eingebürgert zu haben.

In beiden Schreiben wird die zentrale Kontroverse in der späteren Auseinandersetzung mit Küchenthal vorweggenommen: Wer war auf bürgerlicher Seite der Hauptverantwortliche für die Einbürgerung Hitlers? Küchenthal als Vorsitzender des Staatsministeriums oder Roloff als Fraktionsvorsitzender und politischer Anführer der BEL? Ist die juristische oder die politische Verantwortung die entscheidende? Küchenthal wird später in seinen „Erinnerungen“ viele Seiten auf den Beleg verwenden, daß Roloff verantwortlich war. Es scheint jedenfalls, daß beide – Roloff durch akademische Karriere und Küchenthal durch das Amt des Staatsbankpräsidenten – von der Kooperation mit den Nazis profitiert haben. Nur so ist die Intensität des Konflikts zwischen beiden nach 1945 erklärbar.

16.1.1946

Die Stadt Braunschweig entzieht Hitler zusammen mit Rust, Klagges, Göring und v. Schirach die Ehrenbürgerschaft.

30.11.1946

Küchenthal legt Berufung gegen seine Entlassung als Staatsbankpräsident ein.

3.12.1946

Beginn des Entnazifizierungsverfahrens Küchenthals (bis 11.12.1950)

Küchenthals Entnazifizierungsverfahren erstreckt sich über 4 Jahre mit 2 erstinstanzlichen und 3 Berufungsverfahren. Er wird in Gruppe III (Minderbelastete) eingestuft, u.a. weil er maßgeblich bei der Einbürgerung Hitlers mitgewirkt hat und so ein wesentlicher Förderer des Nationalsozialismus gewesen ist.

14.1.1947

Küchenthal wird vom Entnazifizierungsausschuß des Landkreises Wolfenbüttel vernommen. Vorgeworfen wird ihm die NSDAP-Mitgliedschaft vor 1937 und der Vorsitz im Braunschweigischen Staatsministerium. Der Vorsitzende des Ausschusses, Fricke, beantragt bei der Militärregierung, Küchenthal in Kategorie II einzustufen.

Dem Antrag wurde nicht stattgegeben.

10.2.1947

Brandes wird im Entnazifizierungsverfahren als „eifriger Nationalsozialist“ in Kategorie IV (Mitläufer) eingruppiert, weil er an der Einbürgerung Hitlers mitgewirkt hat. Brandes legt am 2.2.1947 Widerspruch ein. Im Revisionsverfahren geht es u.a. um die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers. Brandes stellt Dokumente mit einer „Vorbemerkung“ zu seiner Entlastung, die die Distanz zum NS-System belegen sollen, zusammen und bestellt Entlastungsschreiben u.a. von Heimbs (vom 28.2.1947) und Roloff (vom 20.4.1947). Es geht um die Frage, wer die Einbürgerung Hitlers auf Seiten der BEL zu verantworten hat: Küchenthal als Vorsitzender der Staatsregierung, der die Ernennungsurkunde unterschrieben hat, oder Roloff bzw. die BEL-Fraktion, die den Beschluß gefaßt hat, bzw. die verantwortlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien, die politisch dahinter standen.

Die Dokumente liegen im Stadtarchiv Braunschweig. Die Frage ist auch für Roloff, der neben Küchenthal und Brandes vernommen wird, von großer Bedeutung. Die Argumente lauten: Wenn wir Hitler nicht eingebürgert hätten, wäre er woanders, z.B. in Thüringen, eingebürgert worden. (Dies ist dort gerade mit Hilfe der DVP verhindert worden!) Es war besser, ihn eine Niederlage gegen Hindenburg erleiden zu lassen als ihn durch die Verweigerung der Ein-

bürgerung zum Märtyrer zu machen. Die Einbürgerung sei für die spätere Entwicklung nebensächlich gewesen. Mißfallen habe nur der Weg über die Professur. Laut Erinnerung Brandes wollte Klagges die Professoren-Lösung, die von Roloff und Wessel abgelehnt worden sei. Erst danach sei via Zörner die Regierungsrat-Lösung ins Spiel gekommen. Wenn das stimmt, wurde die Rivalität Klagges – Zörner auch über die Einbürgerungsfrage ausgetragen.

28.2.1947

Schriftliche Erklärung von Heimbs über seine Mitwirkung bei der Einbürgerung anlässlich einer Ehrenerklärung für Brandes. Heimbs erklärt die Einbürgerung für „bedeutungslos“ angesichts der anderen Ereignisse.

Auch Heimbs folgt der Standardargumentation.

3.3.1947

Küchenthal wird von der Militärregierung verboten, als Landwirt tätig zu sein.

15.3.1947

Küchenthal legt gegen das Verbot Berufung ein.

30.3.1947

Küchenthal stellt beim Amtsgericht Wolfenbüttel Strafantrag gegen Ad. Kremser (?), Wolfenbüttel, weil dieser „in nicht rechtsverjährter Zeit, nämlich um den 14. Januar 1947 die Nachricht verbreitet hat, ich hätte durch die Einbürgerung Hitlers ein Kriegsverbrechen begangen und sei am 14. Januar 1947 zur Aburteilung als Kriegsverbrecher vor den Entnazifizierungsausschuß geladen“ (Quelle: Nachlass Küchenthal im Braunschweigischen Landesmuseum)

Mai 1947

Roloff wird im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie V (unbelastet) eingestuft.

9.3.1949

Vernehmung von Schmidt-Bodenstedt (Bündheim) durch Staatsanwalt Erdmann zur Vorbereitung des Verfahrens gegen Klagges. Er streitet jegliche Kenntnis von irgendwelchen Vorgängen in Braunschweig 1933 ab, entlastet Klagges und belastet Alpers und Jeckeln. Er wird auch zu seiner Aussage im Uschlaverfahren (gegen Zörner) vom 14.12.1933 befragt.

Es entsteht der Eindruck, daß es nicht nur den Konflikt Zörner – Klagges, sondern auf der Ebene tiefer auch einen Konflikt zwischen Schmidt/Bertram u.a. vs. Alpers/Jeckeln bzw. zwischen den alten Vertrauten/Mitarbeitern von Klagges und den neuen aufstrebenden noch radikaleren gegeben hat. Der Weggang von Schmidt-Bodenstedt nach Berlin bekommt so die Bedeutung der Weglobung.

29.3.1949

Berger wird im Entnazifizierungsverfahren wegen seiner SS-Mitgliedschaft und der Verbreitung der NS-Ideologie in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft.

5.7.1949

Eröffnung des Spruchgerichtsverfahren gegen Klagges in Bielefeld (bis 9.7.)

Klagges sagt u.a. aus: „1932 wurde ich von Göring darauf aufmerksam gemacht, dass Hitler gern eine Beamtenstellung annehme. Er fragte mich damals, ob dies nicht in Braunschweig möglich sei, es käme ja auch Braunschweig zugute, da Hitler ja gute Beziehungen zu Indust-

riellen habe. Er sagte mir noch, dass Hitler ja auch auf normalem Wege nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben könne, durch eine Beamtenstellung aber müsse man sie ihm zuerkennen. Hitler wurde daraufhin von mir zum Regierungsrat ernannt. Die ganze Koalition im Landtag stimmte der Ernennung Hitlers zum Regierungsrat damals zu. Hitler hatte seine Stellung damals bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin.“ (Quelle Personalakte Klagges)

Demnach kam der Anstoß via Göring von Hitler selber. Hitler war klar, daß der Weg über den Reichsrat nicht gangbar ist und bringt selber die Wirtschaftsförderung für Braunschweig ins Spiel. Klagges betont, daß er die Ernennung vorgenommen habe, aber die gesamte Koalition zugestimmt habe.

Klagges bestreitet u.a. jegliche Verantwortung für die Gewalttaten im Zuge des „Stahlhelmputschs“ am 27.3.1933.

27.9.1949

Küchenthal wird im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie III (Minderbelastete) eingestuft. Damit ist die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verbunden. Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses ist Otto Schmitz, 1932 Rektor der TH!

Derselbe Otto Schmitz hatte damals Küchenthal angerufen und um Auskunft gebeten, ob Hitler tatsächlich zum Professor berufen werden solle und darüber der Presse berichtet. Küchenthal beschuldigt Schmitz, daß er 1948 dem Braunschweigischen Hochschulbund Mittel habe zukommen lassen, die an die Staatskasse hätten abgeführt werden müssen. Auch mit Schmitz trägt er eine Kontroverse aus. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 49f)

Wesentlich für die Einstufung Küchenthals ist die Mitwirkung an der Einbürgerung Hitlers. „Der Betroffene war im Jahre 1932 Ministerpräsident des Landes Braunschweig. Er hat in dieser Stellung Hitler als Regierungsrat in den braunschweigischen Staatsdienst eingestellt und ihn dadurch zum deutschen Staatsbürger gemacht. Der Betroffene behauptet, daß er diesen Akt auf Beschluß der ‚Bürgerlichen Einheitsliste‘ ausgeführt hat. Es besteht aber kein Zweifel, daß er als ‚Ministerpräsident‘ volle Freiheit in seiner Entscheidung hatte, In Anbetracht der außerordentlichen Folgen, welche diese Ernennung nach sich zog, ist er daher als wesentlicher Förderer anzusehen und in Gruppe III einzustufen.“ (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 46f) Der Berichterstatter der Braunschweiger Zeitung zitiert leicht abweichend: „Der Betroffene habe durch seine als Ministerpräsident geleistete Unterschrift, die allein die Ernennung Hitlers und damit Einbürgerung ermöglicht habe, eine wesentliche Förderung und Unterstützung des Nationalsozialismus geleistet. Diese wesentliche Förderung sei durch seinen späteren Widerstand als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank nicht ausgeglichen.“ (Braunschweiger Zeitung vom 28.9.1949); Kiesel, Roloff, Brandes, Heimbs (?), Hoppe u.a. sagen als Zeugen aus. Brandes und Roloff belasten Küchenthal bei der Anhörung, der die Ernennungsurkunde unterschrieben habe. Er hätte sich weigern und zurücktreten bzw. mit Rücktritt drohen können. Küchenthal schiebt die Verantwortung für die Einbürgerung auf die BEL-Fraktion. Roloff widerspricht und erklärt Küchenthal für verantwortlich. Küchenthal erklärt, daß er als Staatsbankpräsident mehrfach Widerstand gegen die Nazis geleistet habe.

Die Begründung für die Einstufung in Kategorie III ist ganz eindeutig die politische Bedeutung der Einbürgerung Hitlers und Küchenthals Verantwortung für den Vorgang. Die Kontroverse Roloff-Küchenthal bzw. Brandes-Küchenthal wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

12.11.1949

Küchenthal legt Berufung gegen das Spruchkammer-Urteil ein.

10.12.1949

Die Spruchkammer verurteilt Klagges wegen Mitgliedschaft in der SS als Obergruppenführer (Generalleutnant) zu 6 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Internierung.

10.1. 1950

Eröffnung des Klagges-Prozeß vor dem Braunschweiger Landgericht (bis 5.4.1950)

5.4.1950

Klagges wird wegen eines „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ in Tateinheit mit diversen anderen Vergehen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Klagges selber zeigt sich im Schlußplädoyer uneinsichtig. Die Einbürgerung Hitlers spielt im Prozeß nur am Rande eine Rolle.

22.4.1950

Berger wird im Entnazifizierungsverfahren von Kategorie IV auf Kategorie V zurückgestuft.

30.11.1950

Roloff nimmt brieflich Kontakt zu Brandes auf, der ihn (in seinem Entnazifizierungsverfahren?) entlasten und Küchenthal belasten soll. Brandes argumentiert, daß Küchenthal verantwortlich war, weil er die Urkunde unterschrieben hat. Er hätte stattdessen zurücktreten können bzw. Rücktritt gegenüber der BEL androhen können.

Auch Küchenthal nimmt brieflich Kontakt zu Brandes auf, um ihn als Entlastungszeugen zu gewinnen und im Gegenzug Roloff zu belasten.

Die Frage, ob Küchenthal als Vorsitzender der Staatsregierung oder Roloff als Vorsitzender der BEL-Fraktion der Hauptverantwortliche für die Einbürgerung ist bzw. ob es sich um einen rechtlichen oder um einen politischen Vorgang gehandelt hat, steht im Zentrum der Kontroverse. Kontrovers ist auch, was die BEL-Fraktion am 17.2.1932 genau beschlossen hat und inwieweit Küchenthal nur deren ausführendes Organ war. Die Debatte wird allerdings 1945-1950 und nicht 1932 geführt. Roloff und Brandes entlasten sich gegenseitig zu Lasten von Küchenthal, der 1932 versucht hat, sich vor der Verantwortung zu drücken, aber nicht zurücktreten wollte. Am Ende will keiner verantwortlich gewesen sein und vor allem keiner gewußt haben, als was Hitler sich entpuppen würde.

11.12.1950

Endgültiger Bescheid auf die Berufung gegen den Spruchkammerbeschuß vom 27.9.1949 im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal. Die Entlassung Küchenthals unter Fortfall der Bezüge vom 15.8.1945 wird bestätigt.

29.5.1952

Das Bundesgericht hebt den Schuldspruch gegen Klagges auf.

20.10.1952

Beginn des Revisionsverfahrens gegen Klagges

4.11.1952

Das Urteil gegen Klagges wird auf 15 Jahre reduziert.

1955

Roloff jun. findet nach dem Tode des Vaters persönliche Akten und Briefwechsel zum Thema Machtergreifung der NSDAP in Braunschweig. Dazu gehören auch Dokumente zur Einbürgerung Hitlers.

12.1.1956

Riekel erhält seinen Wiedergutmachungsbescheid.

1957

Klagges wird vorzeitig aus der Haft entlassen.

2.5 Die Nachgeschichte II: Die unzureichende wissenschaftliche und politische Aufarbeitung der Einbürgerung 1960ff.

10.2.1960

Roloff jun. berichtet erstmals in einem Vortrag „Hitler, Klagges und die akademische Freiheit. Die braunschweigischen Hochschulkonflikte 1931/33“ vor dem „Gesamtverband Braunschweiger Lehrer“ über seine Forschungsergebnisse. (vgl. dazu Braunschweiger Zeitung vom 11.2.1960)

Ende 1960

Morsey veröffentlicht eine kommentierte Dokumentation, gestützt auf Recherchen im Bundesarchiv Koblenz und im Berliner Document Center, „Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat“ in Heft 4 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

Bei seinen Interpretationen der Dokumente soll sich Morsey auf Roloff jun. gestützt haben. Laut Küchenthals Erinnerungen fehlen wichtige Dokumente, die später im Braunschweiger Stadtarchiv durch die Recherche von Schelm-Spangenberg 1964 entdeckt wurden.

1.1.1961

Kurz darauf erscheint das Buch von Roloff jun. „Braunschweigs Weg ins Dritte Reich“. Das Vorwort ist datiert auf den 1. Januar.

Aus der Dokumentation von Morsey wird zitiert, die offenbar kurz zuvor erschienen ist. Möglicherweise sind beide Veröffentlichungen parallel und in Absprache entstanden. Roloff jun. stützt sich auf Unterlagen, die er nach dem Tod des Vaters 1955 in dessen Nachlaß gefunden hat. Das Buch liest sich auch als persönliche Auseinandersetzung mit dem Vater. Die umfangreiche Niederschriften von Küchenthal und Klagges existieren zu diesem Zeitpunkt noch nicht bzw. sind noch nicht bekannt. Ob Roloff jun. die Niederschriften und Erklärungen von Boden, Brandes und Heimbs kannte, ist unklar.

28.9.1961

Der Spiegel dokumentiert in einem Artikel die Rolle von Carl Heimbs bei der Einbürgerung Hitlers, gestützt auf das noch nicht veröffentlichte Buch von Roloff jun.

Eine Frage lautet, ob Roloff jun. auf diese Weise Heimbs die Hauptverantwortung für die Einbürgerung Hitlers zuschieben will.

11.10.1961

Heimbs relativiert in einem Leserbrief an den Spiegel seine Mitwirkung an der Einbürgerung Hitlers und die Bedeutung der Einbürgerung insgesamt für die spätere Entwicklung. Auch Roloff jun. schreibt einen Leserbrief zu einem von ihm selber initiierten Artikel.

Laut persönlicher Mitteilung von Peter Albrecht am 17.5.2013, damals Mitarbeiter bei der Firma Heimbs, hat dieser aus Anlaß des Spiegel-Artikels erstmals eine Betriebsversammlung einberufen, um die Aussage des Artikels zu dementieren.

1964

Ursula Schelm-Spangenberg verarbeitet in ihrer Dissertation über die Braunschweiger DVP das Material, das im Stadtarchiv Braunschweig lagert. Darunter befindet sich auch die von Brandes anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens angelegte Akte über die Mitwirkung der DVP bei der Einbürgerung.

25.2.1967

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 35 Jahren in Braunschweig eingebürgert wurde.

Herbst 1969

Küchenthal verfaßt „Etliche Erinnerungen...“. Bd. I (206 Seiten inkl. vieler Dokumente in Abschrift) trägt den Titel „Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig“. Auf S. 104 resümiert Küchenthal seine Ausführungen mit der These, er sei nur ausführendes Organ der Politiker gewesen, und auf S. 120, daß Roloff der eigentlich Verantwortliche bei der Einbürgerung Hitlers gewesen sei. In Band II (143 Seiten) geht es um seine Tätigkeit als Staatsbankpräsident und die Konflikte mit Klagges und Alpers. In Bd. III (301 S. inkl. vieler Dokumente) geht es um die Entnazifizierung Küchenthals und erneut um die Einbürgerung Hitlers, da diese Küchenthal im Verfahren zum Hauptvorwurf gemacht wird.

Ab 2.2.1932 hat Küchenthal nach eigenen Angaben stenographische Notizen über die Verhandlungen zur Einbürgerung Hitlers niedergeschrieben. Auf dieser Basis hat er 1969/1971 seine „Erinnerungen“ verfaßt. Bei den Erinnerungen handelt es sich um die umfangreichste und detaillierteste Darstellung der braunschweiger Vorgänge der Jahre 1932/1933 und nach 1945. Sie scheinen bis auf wenige Ausnahmen, soweit es um die Fakten geht, korrekt. Küchenthal verwechselt z.B. den Verfassungsreferenten Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium mehrfach mit dem Reichswahlleiter Wagemann. Die Quelle ist insofern mit Vorsicht zu lesen, da Küchenthal mit seine „Erinnerungen“ beabsichtigt, sich der Mitverantwortung an der Einbürgerung Hitlers zu entziehen und stattdessen Roloff sen. sowie die politische Führung der DVP (Wessel, Brandes, Heimbs) als die eigentlich politisch Verantwortlichen darzustellen. Die übrigen BEL-Abgeordneten bleiben blass. Ferner verwendet er viele Argumente darauf, daß die Einbürgerung für Hitlers Machtergreifung nur von nebensächlicher Bedeutung gewesen sei. Auch möchte er sich ab 1933 in seiner Eigenschaft als Staatsbankpräsident als eine Art Widerstandskämpfer gegen die Politik von Klagges, Alpers und Hesse in Finanzfragen darstellen.

ca. 1970

Klagges verfaßt sein Manuskript „Im Umgang mit Adolf Hitler“. Darin heißt es: „Im Ausland mehr noch als im Inland hatte sich aber die Auffassung verbreitet und bis Kriegsende gehalten, die Einbürgerung Hitlers sei für seine spätere Inthronisierung als Reichskanzler ursächlich gewesen. In der Internierungshaft der Amerikaner und Engländer schlug mir bei den ständigen Verhören ... diese Ansicht immer wieder mit fanatischem Eifer und brutaler Härte entgegen.“ (zitiert bei Germann 1995, S. 16 und übernommen bei Ruben 2004, S. 24)

Küchenthal veröffentlicht 1970 im Selbstverlag „Meine Entnazifizierung“. Das Manuskript ist der Band 3 seiner zuvor maschinenschriftlich verfaßten „Etliche Erinnerungen...“. Darin wird vor allem Roloff als Hauptverantwortlicher für die Einbürgerung dargestellt. Die Manuskripte, die Roloff jun. und Morsey 1960 nicht vorgelegen haben, sind wichtige Quellen zum Gesamtverständnis der Einbürgerung. Das Manuskript von Küchenthal ist das umfangreichste Nachkriegsdokument zur Hitler-Einbürgerung überhaupt und liest sich als Versuch, seine Mitwirkung an der Einbürgerung zu relativieren und die ihn betreffenden Aussagen von Roloff jun. 1961 zu widerlegen. Insofern ist seine Kontroverse mit Roloff sen. Auf den Sohn übergegangen.

1971

Küchenthal verfaßt einen Nachtrag zu seinen „Erinnerungen“.

1974

Klagges veröffentlicht „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“

Im Untertitel verwendet Klagges den Begriff „organisch“, den er bei der Denomination der für Hitler vorgesehenen Professur „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ bereits 1932 verwendet hat. Das Buch von 1974 trägt nicht nur zur Klärung des Begriffs bei, sondern ist ein Hinweis, daß Klagges womöglich doch daran gedacht hat, daß Hitler die Professur in irgendeiner Weise tatsächlich wahrnimmt.

1981

Manfred Overesch veröffentlicht einen kleinen Aufsatz „Professor Hitler“ in den „Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig.“

26.2.1992

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 60 Jahren in Braunschweig eingebürgert, daß ihm aber die Professur verweigert wurde.

1992

Manfred Overesch veröffentlicht „Die Einbürgerung Hitlers 1930“ in Nr. 4 der

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Es geht zwar um den Einbürgerungsversuch in Thüringen, thematisiert werden aber auch die dubiosen Umstände der Verbeamtung Hitlers in Braunschweig. Overesch vertritt die These, daß Hitlers Einbürgerung in Thüringen rechtskräftig gewesen sei.

Dies spricht dafür, daß die Urkunde zwar nicht vernichtet, aufgrund des Kaisenberg-Gutachtens aber später anlässlich der Kandidatur Hitlers nicht präsentiert wurde.

Februar 1995

Anlässlich des 250. Jubiläums erscheint der Band „Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745-1995“. Damit beginnt an der Braunschweiger Universität die Aufarbeitung der NS-Zeit, die in dem Jubiläumsband ausführlich behandelt wird. Die Episode, Hitler über eine Professur einzubürgern, wird nur kurz auf einer Seite behandelt. (Pollmann 1995, S. 444-445)

1995

Die Dissertation von Holger Germann „Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges“ zitiert ausführlich aus dem Manuskript von Klagges aus dem Jahre 1970 „Im Umgang mit Adolf Hitler“.

Germann hat das Manuskript, das nicht zugänglich ist, offenbar einsehen können. Es soll sich im Besitz der Tochter von Klagges befinden.

25.2.2002

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 70 Jahren vom Freistatt Braunschweig eingebürgert wurde.

27.3.2003

Die Braunschweiger Zeitung würdigt Werner Schrader als Held des Widerstands anlässlich des 70jährigen Jahrestags des „Stahlhelmputsches“.

Herbst 2003

Die Braunschweiger Zeitung veröffentlicht ein Spezial (Nr. 3, 2003) mit dem Titel „Wie braun war Braunschweig? Hitler und der Freistaat Braunschweig“, bearbeitet von Roloff jun., mit Dokumenten zur Einbürgerung.

Damit wird das Thema erstmals, zumindest in Braunschweig, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

2004

Gunhild Ruben veröffentlicht „Bitte mich als Untermieter bei Ihnen anzumelden!“ Hitler und Braunschweig.

Die Arbeit erfährt die Kritik der Fachhistoriker wegen etlicher Ungenauigkeiten im Detail, stellt aber wichtige Fragen.

23.2.2007

Diskussionsveranstaltung im Braunschweigischen Landesmuseum zur Einbürgerung Hitlers unter Teilnahme von Roloff jun.

Die Landtagsabgeordnete Isolde Saalman schlägt vor, Hitler offiziell wider auszubürgern. „Wie Adolf Hitler Deutscher wurde“ Sendung im DeutschlandRadio 19.15 – 20.00 Uhr.

Frühjahr 2007

Im Nachgang zur Diskussionsveranstaltung veröffentlicht die Braunschweiger Zeitung ein zweites Spezial „Wie Hitler deutscher wurde. Vor 75 Jahren verhalf der Freistaat Braunschweig dem ‚Führer‘ zur Staatsbürgerschaft“ mit zahlreichen Dokumenten.

2010

Michael Wetter und Daniel Weßelhöft veröffentlichen auf Initiative des Präsidenten Jürgen Hesselbach den ersten Band zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus an der TU Braunschweig aus der Perspektive der Opfer „Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der technischen Hochschule Braunschweig“. In dem Band wird eine gemeinsame Erklärung von Präsidium und Senat der TU Braunschweig abgedruckt, in der die Aberkennung von akademischen Graden während der NS-Zeit zurückgenommen wird.

2012

Daniel Weßelhöft veröffentlicht den zweiten Band zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus an der TH Braunschweig aus der Perspektive der Täter „Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus“.

3. Quellen und Literatur

ungedruckte Quellen

Archiv der Gemeinde Vechelde

*Gemeinde Bodenstedt. Protokollbuch von 1904-1954

Archiv des Braunschweigischen Landesmuseums

*Küchenthal. 2 Sammelbände mit diversem Material 1931-1933 (aus dem Besitz des Sohnes von Küchenthal). Inv. Nr. LMB 35800/1

Archiv des Instituts für Braunschweigische Regionalgeschichte

*Mappe Dietrich Klagges

*Mappe Ernst Zörner

Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel

*Alpers u.a. 62 Nds Fb 2, Nr. 836 Zg 33/1986

*Boden an Küchenthal vom 26.2.1932 Nieders. Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel 12A Neu Fb.7 Nachtrag III Nr. 235a (Vereidigung Hitlers)

*Boden an Hitler vom 26.2.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Aufforderung, den Diensteid abzulegen)

*Boden, Vermerk vom 26.2.1932. 12A Neu Fb.7 Nachtrag III Nr. 235a (= Aufzeichnung des braunschweigischen Gesandten Boden über eine Besprechung mit Staatsminister Dr. Küchenthal am 24. Februar 1932 in Berlin) auch in: Morsey 1960. S. 435-438

*Boden an Hitler vom 5.3.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Genehmigung des Urlaubsantrags vom 28.2.) Auch in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 22.

*Boden an Hitler vom 25.4.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Anfrage bezüglich Äußerung „sogenannter Regierungsrath“)

*Boden an Küchenthal vom 6.5.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (über die nicht-erfolgte Aufnahme der Amtsgeschäfte von Hitler)

*Boden, Vermerk vom ? 1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Gespräch mit Küchenthal über dienstliche Untätigkeit Hitlers)

*Boden, Aufzeichnungen vom 5.5.1945. 250 N 295 (eidstattliche Erklärung über die Einbürgerung Hitlers)

*Braunschweigische Notgemeinschaft an Braunschweigische Staatsbank vom 8.4.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Verwendung des Gehalts von Hitler)

*Dienstbezüge des Regierungsrats Hitler vom 29.2.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a

*Eröffnungsbeschluss vom 14.11.1933. 67 Slg 6 (NSDAP-Parteigericht München Klagges gegen Zörner u.a.)

*Gehaltsbezüge des Regierungsraths Hitler. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Aufteilung der Etatisierung beim Landeskultur- und Vermessungsamt und bei der Braunschweigischen Gesandtschaft März – Juli 1932)

*Groener an Wagemann vom 3.3.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Kandidatur von Hitler)

*Groener an Küchenthal vom 15.4.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Verwendung des Gehalts von Hitler)

- *Hitler, Diensteid vom 26.2.1932. In: Hitlers Personalakte. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a
- *Hitler an Klagges vom 26.2.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Telegramm über den Erhalt der Ernennungsurkunde)
- *Hitler, Adolf, Urlaubsgesuch vom 28.2.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a
- *Hitler an Boden vom 19.10.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (dritter unbefristeter Urlaubsantrag) Auch in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 23.
- *Hitler an Klagges vom 16.2.1933. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Entlassungsgesuch aus dem Braunschweigischen Staatsdienst)
- *Kanzlei Hitler (München) an Boden vom 2.5.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Dementi zur Äußerung „sogenannter Regierungsrath)
- *Klagges u.a. 67 Slg Nr. 6, Nr. 8-14 (u.a. über den Konflikt Klagges-Zörner) (Kopie aus dem Berliner Document-Center)
- *Klagges Prozeß. 4 Nds, Nr. 23, Zg 75/1995
- *Klagges an Küchenthal vom 24.2.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (= Staatsminister Klagges an den Vorsitzenden des Staatsministeriums Dr. Küchenthal vom 24.2.1932. In: Morsey 1960. S. 439) (Hitler als Regierungsrat)
- *Klagges an Küchenthal vom 24.2.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a
- *Küchenthal, Vermerk vom 13.2.1932. In: Küchenthal 1969, Bd. III. S. 4-5.
- *Küchenthal an Boden vom 1.3.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Genehmigung, daß Hitler den Wohnsitz in München behält)
- *Küchenthal an Boden vom 5.3.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Genehmigung, daß Hitler den Wohnsitz in München behält)
- *Küchenthal an Boden vom 23.4.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Anfrage, ob Hitler vom „sogenannten Regierungsrath“ gesprochen hat)
- *Küchenthal an Boden vom 27.5.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Etatisierung Hitlers bei der Gesandtschaft)
- *Küchenthal an Zörner vom 26.9.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Antwort auf kleine Anfrage bezüglich Tätigkeit Hitlers)
- *Küchenthal an Boden 7.11.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a. (Genehmigung des dritten, unbefristeten Urlaubsantrags und Beendigung der Bezüge zum 31.12.1932) Auch in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 23
- *Küchenthal an Boden vom 24.2.1933. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Verabschiedung Hitlers aus dem Braunschweigischen Staatsdienst)
- *Meerwald, Bescheinigung vom 28.2.1933. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Empfang des Verabschiedung Hitler aus dem Braunschweigischen Staatsdienst = letzter Vorgang in Hitlers Personalakte)
- *Plagge/Boden vom 1. - 3.3.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Vermerke über die Korrespondenz mit Reichswahlleiter Wagemann über Berufsbezeichnung und Wohnsitz von Hitler)
- *Personalakte Hitler. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Kopie aus dem Berliner Document-Center)
- *Personalakte Klagges. 4 Nds, Nr. 23, Zg 75/1995
- *Personalakte Roloff. 12 A Neu 16a, Nr. 121
- *Roloff an Gassner vom 5.10.1945. 12 A Neu 16a, Nr. 121
- *Roloff an Gassner vom 4.11.1945. 12 A Neu 16a, Nr. 121
- *Postzustellungsurkunde an Hitler, Berlin vom 26.2.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Zustellung der Ernennungsurkunde, Hitler nicht angetroffen, Brief von Sepp Dietrich angenommen)
- *Rittmeyer an Hitler vom 8.3.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Gehaltsmitteilung) Auch in: Roloff 2003. S. 48.

Schmidt-Bodenstedt, Adolf, Vernehmung durch Staatsanwalt Erdmann am 9.3.1949. 62 NDS Fb.2 Nr. 782

*Thielemann, Kleine Anfrage an die Braunschweigische Regierung vom 7.5.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (zur Tätigkeit Hitlers als Regierungsrat)

Stadtarchiv Braunschweig

*Deutsche Volkspartei (Landesverband Braunschweig) GX6

*Dr. Franzen 1931. Prozeß in Berlin. Rücktritt. GX6 Nr. 511

*Hitlertage in Braunschweig 17./18. Oktober 1931. GX6 Nr. 510

*Hochschulgruppe Braunschweig der DVP 1930-1933. GX6 Nr. 574

*Minister Klagges 1931/32. GX6 Nr. 512

*Persönlicher Schriftwechsel von Albert Brandes, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei im Lande Braunschweig 1933 – 1950. GX6 Nr. 642

*Reichspräsidentenwahl 13. März 1932, 1. Wahlgang. GX6 Nr. 528, Nr. 530

*Reichspräsidentenwahl 13. März 1932, 1. Wahlgang. Hindenburgausschuss. GX6 Nr. 531

Universitätsarchiv Braunschweig

*Bericht über die Sitzung des Senats am Mittwoch, den 23. März 1932. AO : 1 = 4

*Errichtung neuer Professuren 1910-1948. A I : 5

*Franzen an Rektor Schmitz vom 7.1.1931. AI : 5. (Ablehnung Anträge Kulturwiss. Abteilung, Wunsch, die a.o. Prof. für Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde rasch zu besetzen)

*Gassner, Bericht über den Zustand der Technischen Hochschule Braunschweig und Vorschläge zu ihrer Wiedereröffnung vom 23.8.1945.

Gehlhoff an Rektor Schmitz vom 24.11.1930. AI : 5. (Antrag der Kulturwiss. Abteilung, u.a. Errichtung einer a.o. Professur für Roloff, Weiterleitung Schmitz an Minister)

*Herzig, Übersicht über die seit Februar 1933 neu geschaffenen, eingezogenen oder für andere Lehrgebiete verwendeten Lehrstühle vom 10.4.1941. AI : 5

*Institut für Geschichte 1928-1945. A I : 253

*Liste der Personen, über die dem Minister Sonderberichte aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums übersandt wurde. AI : 143, Blatt 191

Mühlenpfordt, Meine Tätigkeit als Professor und Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig von 1914 bis 1933. G14 : 1

*Nachlass Mühlenpfordt G14 : 1, G14 : 2

*Personalakte Berger. B7 : 220. Bde. I + II + III

*Personalakte Geiger. B7 : 280

Personalakte Jensen. B7 : 322. Bde. I + II + III

*Personalakte Riekel. B7 : 423. Bd. II 1923-1967

*Personalakte Roloff. B7 : 428 Bde. I + II

*Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Roloff vom 29.5.1943. AI : 253 (Ernennung zum Direktor des Geschichtlichen Seminars)

*Roloff, Vermerk vom 13.4.1933. AI : 202 T.2 (Vorschlag Alpers, Hitler zum Ehrendoktor zu ernennen)

*Schmitz an Franzen vom 9.1.1931. AI : 5. (Ernennung von Roloff zum a.o. Professor)

Sonstiges

Klagges, Dietrich, Im Umgang mit Adolf Hitler, MS ca. 1970. (ausführlich zitiert bei Ger-
mann 1995, vermutlich im Besitz der Tochter von Klagges)

*Konvolut zu Carl Heimbs/Ernst Zörner. Archiv Peter Albrecht Küchenthal, Erinnerungen... MS vom 25.5.1961. (?)

Erinnerungen/Autobiographien von Zeitzeugen/Quelleneditionen

Berg, Rudolf (= Dietrich Klagges), Angeklagter oder Ankläger? Das Schlußwort im Klagges-Prozeß. Göttingen: Göttinger Verlagsanstalt 1954.

(Best, Werner), Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet. In: Das Parlament (Beilage) 3.1953,3. (vom 18.3.1953 ?) (= Boxheimer Dokument von Werner Best)

Brill, Hermann, Gegen den Strom. Offenbach 1946.

*Dietrich, Otto, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer. München: Franz Eher 1933.

*Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Teil I Triumph. Erster Band 1932-1934. Leonberg: Pamminger & Partner 1988.

Duesterberg, Theodor, Der Stahlhelm und Hitler. Wolfenbüttel 1949.

Goebbels, Joseph, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. München: Franz Eher 1934. (nachträglich redigierte Fassung der Tagebücher)

Goebbels, Joseph, Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Frölich. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941. Bd. 1: 27.6.1924 – 31.12.1930; Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936. München: K.G. Saur 1987. (Darin die ursprüngliche Fassung der Version von 1934 „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“)

*Harbert, Egbert, Rückblick auf das Jahr 1933. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo Wilhelmina zu Braunschweig 18.1983,2 S. 33-39.

*Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1923 bis Januar 1933. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. 6 Bde. + Ergänzungsband.. München: K.G. Saur 1992-2003. Darin: Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932, Teil 3: Januar 1932 – März 1932. Hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann. 1997; Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung April 1932 – Januar 1933, Teil 1: April 1932 - September 1932. Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankeit. 1996.

Küchenthal, Werner, Etliche Erinnerungen aus der Zeit seiner Tätigkeit von 1925 ab als Braunschweigischer Staatsminister und Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums, als Reichsfinanzbeamter und von 1933 bis 1944 als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank in 4 Bänden. MS o.J. (1969, Nachtrag 1971). Darin in Bd. I „Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig durch dessen am 25. Februar 1932 auf Beschluß des Braunschweigischen Staatsministeriums erfolgte Ernennung zum Regierungsrat“ mit Dokumenten. S. 1-206; darin in Bd. III „Meine Entnazifizierung“ mit Dokumenten. S. 1-301. 21.4 64:1

Küchenthal, Werner, Meine Entnazifizierung. Selbstverlag 1971. (= Band 3 von „Etliche Erinnerungen“ 1969)

*Morsey, Rudolf, Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8.1960,4. S. 419-448.

*(Reinowski, Hans J.), Terror in Braunschweig. Aus dem ersten Quartal der Hitlerherrschaft. Bericht herausgegeben von der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen. Zürich: Verlag Sozialistische Arbeiter-Internationale 1933.

gedruckte Quellen

- *Abschrift für Herrn Regierungsrat Hitler in Berlin W 62 Lützowplatz 11. (Gehaltsberechnung des Landeskultur- und Vermessungsamtes) In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 17.
- *Der amtliche Stimmzettel, Landtagswahl und Reichstagswahl 1930. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 11.9.1930.
- *Amtsblatt der braunschweigischen Staatsverwaltung 11.1932,5 vom 11.3.1932. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 21. (Amtliche Bekanntmachung von Hitlers Anstellung)
- *Anmeldebescheinigung vom 26.2.1932 und Abmeldebescheinigung vom 16.4.1933 von Adolf Hitler, Regierungsrat, Staatsangehörigkeit braunschweigisch. In: Roloff 2003. S. 57; Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 24.
- *Aufzeichnung des Staatsministers Klagges vom 18.2.1932. In: Morsey 1960. S. 451.
- *Bestätigung des Beurlaubungsantrags des braunschweigischen Regierungsrats Adolf Hitler vom 5.3.1932. In: Roloff 2003. S. 49.
- *Boden an Hitler vom 1.3.1932. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 22. (Genehmigung, daß Hitler seinen Wohnsitz in München behält)
- *Brandes an Küchenthal vom 23.2.1932. In: Bein 2000, S. 36. (grundsätzliche Zustimmung der DVP zur Einbürgerung mit dem Vorbehalt der Legalität)
- *Dienstvertrag zwischen dem Freistaat Braunschweig und dem Schriftsteller Adolf Hitler in München. In: Overesch 1981. S. 57. (Professur an der TH Braunschweig); auch unter <http://www.vernetztes-gedaechtnis.de/dienstver.htm>
- *Ehrenbürgerurkunde der Stadt Braunschweig für Hitler vom 4.5.1933. In: Ruben 2004, S. 129.
- *Ernennungsprotokoll, unterschrieben von Hitler und Boden, vom 26.2.1932. In: Hitler Bd. IV, Teil 3. 1997. S. 136-137.
- *Geheimrat Friedrich Boden an Hitler vom 26.2.1932. In: Roloff 2003. S. 47.
- *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933. In: Reichgesetzblatt Teil 1. Nr. 34, 1933. S. 5175-177.
- *Gille verantw. Schriftleiter der B.A.N., des amtl. Organs der Br. Studentenschaft (inzwischen weggewiesen) „Ich bekämpfe Professor Mühlenpfordt auch mit unsachlichen Mitteln“. Eine Untersuchung der 1. Fachschaft der TH Braunschweig. Braunschweig, 19.1.1932 (Exemplar im Stadtarchiv Braunschweig unter GX6 (Mühlenpfordt))
- *Heß an Boden vom 2.5.1932. In: Morsey 1960. S. 444-445. (Dementi)
- *Hitler, Adolf, Gesuch um Entlassung aus der Österreichischen Staatsbürgerschaft vom 7.4.1925. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 18.
- *Hitler, Brief vom 2.2.1930. In: Dickmann 1966. S. 460-464.
- *Hitler an Brüning vom 12.1.1932. In: Domarus 1988. S. 64-65.
- *Hitler an Seldte vom 12.1.1932. In: Hitler Bd. IV, Teil 3 1997. S. 29-33.
- *Hitler an Brüning vom 15.1.1932. In: Hitler Bd. IV, Teil 3 1997. S. 34-44.
- *Hitler an Brüning vom 25.1.1932 (offener Brief) In: Domarus 1988. S. 65-67.
- *Hitlers Rede vor dem Industrieklub in Düsseldorf vom 27.1.1932. in: Domarus 1988. S. 68-90.
- *Hitler an Staatsministerium Braunschweig und Landtagspräsident Zörner. In: Bein 2000. S. 37. (Telegramme)
- *Hitlers Aufruf vom 13.3.1932. In: Domarus 1988. S. 98-99.
- *Hitler, Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtags. 15. März 1932. In: Hitler, Bd. IV, Teil 3, 1997. S. 227-238.
- *Hotel Kaiserhof, Berlin, Rechnung für Herrn Reg. Rat Adolf Hitler u. Begleitung für den 21./22.3.1932. In: Ullrich 2013. S. 339.
- *Hitler, Interview mit Daily Express vom 10.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 51-52.

- *Hitler, Interview mit Times vom 11.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 52-53.
- *Hitler, Aufruf vom 13.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 54-56.
- *Hitler, Interview mit Evening Standard vom 14.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 57-59.
- *Hitler, Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg vom 16.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 59-61.
- Kaisenberg, Rechtsgutachten zur Einbürgerung Hitlers. In: Vossische Zeitung vom 1.2.1932
- *Klagges, Vermerk vom 18.2.1932. In: Morsey 1960. S. 451 (Berufung Hitlers auf eine Professur für „organische Gesellschaftslehre und Politik“)
- *Küchenthal an Boden vom 25.2.1932. In: Morsey 1960. S. 440-441. (Hitler als Regierungsrat)
- *Küchenthal an Klagges vom 23.5.1932. In: Morsey 1960. S. 445-446. (Tätigkeit von Hitler)
- *Küchenthal und Klagges an Hitler vom 25.2.1932. In: Morsey 1960. S. 441. (Ernennung Hitlers)
- *Landeskultur- und Vermessungsamt an Hitler vom 8.3.1932. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 3, 2003. S. 48. (Mitteilung über Dienstbezüge)
- *Schraders Brief an Duesterberg. Der ungekürzte Wortlaut des belastenden Dokuments. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 30.3.1933. S. 2.
- *Staatsangehörigkeitsausweis Regierungsrat Adolf Hitler. In: Bein 2000. S. 37; Roloff 2003. S. 56; Braunschweiger Zeitung Spezial 2007, S. 2.
- *Staatsminister Dr. Küchenthal an den braunschweigischen Gesandten Boden vom 25.2.1932. In: Morsey 1960. S. 440-441. (Verabschiedung Hitlers aus dem Staatsdienst)
- *Staatsminister Dr. Küchenthal und Klagges an den „Schriftsteller Adolf Hitler“ vom 25.2.1932. In: Morsey 1960. S. 441.
- *Technische Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig. Programm für das Studienjahr 1928-29, 1929-30, 1930-31, 1931-32.
- Verhandlungen des Braunschweigischen Landtags. 39. Sitzung vom 17.2.1932. S. 3990.
- *Der Vorsitzende des Braunschweigischen Staatsministeriums an den Reichsratsbevollmächtigten Boden vom 25.2.1932. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 19. (Hitlers Ernennung zum Regierungsrat)
- *Wessels an Küchenthal vom 23.2.1932. In: Bein 2000. S. 36.

NS-Publikationen

- Best, Werner, ...wird erschossen. Die Wahrheit über das Boxheimer Dokument. Mainz 1932. (Selbstverlag)
- Klagges, Dietrich, Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild. Bassum-Dimhausen: Alma Verlag 1974.
- *Männer im Dritten Reich. Herausgegeben von der Orientalischen Cigaretten-Compagnie „Rosma“ GmbH. Bremen: o.V. 1934.
- *Roloff, Ernst August, Tausendjähriges Braunschweig. Die Stadt Heinrichs des Löwen im Wandel der Geschichte. Braunschweig: Verlag von Ad. Hafferburgs Buchhandlung (Paul Graff) o.J. (1939).
- *Schmalz, Kurt, Nationalsozialisten ringen um Braunschweig. Braunschweig: Georg Westermann 1934.

Zeitgenössische Zeitungsartikel

- *Aus der Wahlbewegung. Einigkeit in der Abwehr. Machtvolle Kundgebung der bürgerlichen Einheitsliste gegen marxistische Zersetzungsbestrebungen. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 11.9.1930.
- *Deutlicher Abmarsch nach rechts. Das vorläufige Ergebnis der Reichstagswahl. Das Wahlergebnis im Lande Braunschweig. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 15.9.1930.
- *Disziplinarverfahren gegen Hitler. In: Der Volksfreund vom 20.4.1932.
- *Dr. Franzen endgültig zurückgetreten. Eine Erklärung Hitlers. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 4.9.1931.
- *Dr. Franzen in Braunschweig tritt zurück. Schiffbruch des zweiten Hitlerministers. In: Frankfurter Zeitung vom 28.7.1931
- Die Einbürgerungskomödie. Hitler als Landmesser. In: Der Volksfreund vom 24.2.1932.
- *Einzelberatung des Staatshaushaltsplanes. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 2.3.1932.
- *Eine Erklärung des Abg. Brandes. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 3.11.1931.
- *Exzellenz Boden ist einverstanden. Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig steht unmittelbar bevor. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 26.2.1932.
- *Franzen und Groh verlassen die NSDAP. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 2.9.1931
- *Franzen verläßt die Nazi-Partei. Groh ebenfalls. Rust rüpelt Groh an. In: Der Volksfreund vom 2.9.1931.
- Großer Erfolg der Nationalen Opposition. In: Braunschweiger Landeszeitung vom 2.3.1931.
- *Haushaltsdebatte im Landtag. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 18.2.1932.
- Hitler Minister in Braunschweig als Nachfolger des Innen- und Kultusministers? In: der Volksfreund vom 24.2.1932.
- *Beamter der Braunschweiger Gesandtschaft in Berlin? Der Plan einer Einbürgerung Hitlers auf dem Wege über eine Professur aufgegeben. In: Wolfenbütteler Zeitung vom 25.2.1932. S. 2.
- *Hitler auf seinen braunschw. Posten vereidigt. In: Wolfenbütteler Zeitung vom 27.2.1932. S. 2.
- *Hitler in Braunschweigs Gesandtschaft. Auf dem Wege zu Adolf Hitlers Einbürgerung in Braunschweig. Verhandlungen der Minister Klagges und Dr. Küchenthal in Berlin. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 25.2.1932.
- *Hitler noch nicht eingebürgert. Eine Erklärung der nationalsozialistischen Parteileitung. Amtliches Material über die angebliche Einbürgerung Hitlers in Thüringen. In: Hannoverischer Kurier vom 4.2.1932.
- *Hitler wird Professor? In: Der Volksfreund vom 13.2.1932.
- *Hitlers Berufung spukt noch immer in den Köpfen. In: Allgemeiner Anzeiger vom 15.3.1932.
- *Hitlers Eidesleistung vollzogen. Regierungsrat Hitler hat seine Dienstgeschäfte bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin am Freitag übernommen. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 28.2.1932.
- Hitlers Einbürgerung vollzogen. Die braunschweigische Staatsregierung erfüllt eine Ehrenpflicht. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 26.2.1932.
- *Hitlers Einbürgerung. Beamtenernennung rechtsunwirksam! In: Der Volksfreund vom ?
- *Hitlers Einbürgerung in Braunschweig durch Ernennung zum Hochschulprofessor? In: Wolfenbütteler Zeitung vom 24.2.1932. S. 2.
- *Hitlers Ernennung zum Regierungsrat. Adolf Hitler wird der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zugeteilt. Er soll dort die Interessen der Wirtschaft wahrnehmen. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 27.2.1932.
- *Kann Hitler kandidieren? Ministerialrat Kaisenberg bestreitet die Möglichkeit der Erwerbung der Reichsangehörigkeit. In: ? vom 1.2.1932

- *Die KPD-Bonzen retten Klagges! Die Berufsparlamentarier Winter und Gmeiner wollen ihr Mandat nicht niederlegen. In: Der Volksfreund vom 26.2.1932, 2. Beilage.
- Die Methoden der Gegenseite. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 18.2.1932.
- *Minister Franzen und Abg. Groh verlassen ihre Partei. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 3.9.1931
- *Ministerzusammenkunft in Bad Harzburg. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 2.4.1932.
- *Das Mißtrauensvotum gegen Minister Klagges abgelehnt. Abg. Schrader stimmt mit den Marxisten. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 12.11.1931.
- *Neue Wege in Braunschweig. Die Einigung ist erzielt! Bürgerblock, Nationalsozialisten und Jungdeutscher Orden. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 27.9.1930.
- *Niederlage des Herrn Klagges. Er muß die Pensionierung des Sozialdemokraten Jensen zurücknehmen. In: Der Volksfreund vom 26.10.1932
- Parteibuch-Beamter Hitler. In: Der Volksfreund vom 26.2.1932.
- *Schrader, Walter, Politisches aus Braunschweig. Vor und nach Franzens Rücktritt. In: Der Jungdeutsche vom 2.8.1931.
- *Terroristische Studenten. Nazi-Studentenführer bedroht Gegner mit Tränengasbomben. Wird Hitler Professor? In: der Volksfreund vom 15.2.1932.
- Unterredung zwischen Hitler und dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker. In: Münchener Neueste Nachrichten vom 13.3.1932. In: Domarus 1988. S. 97.
- *Vorgehen gegen Braunschweiger „Stahlhelm“. Gegenrevolutionärer Anschlag durch Masseneintritte der Marxisten geplant. Der „Stahlhelm“ verboten. In: Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 28.3.1933. S. 1.
- *Wie die Hitlerleute hausen. Fortdauernde Zusammenstöße in Braunschweig. In: Frankfurter Zeitung vom 20.10.1931.
- *Wie wir erfahren, steht die Ernennung Adolf Hitlers zum Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig unmittelbar bevor. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 13.2.1932.
- *Wie wird man deutscher Staatsbürger? Betrachtungen zu Hitlers Reichspräsidentenkandidatur. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 25.2.1932. (Verfasser Roloff?)
- *Zum Bürgerkrieg gerüstet. In: Berliner Tageblatt vom 6.4.1932.

Zeitungsartikel nach 1945

- *Ausmeier, Peter, Vor 35 Jahren schwor Adolf Hitler den Beamteneid. Als Braunschweiger Regierungsrat wurde der Österreicher Deutscher Staatsbürger. In: Braunschweiger Zeitung vom 25./26.2.1967. S. 2.
- *Berger, Andreas, Wie braun war Braunschweig? Für Ernst-August Roloff ist die Aufarbeitung des Nationalsozialismus ein Lebensthema. In: Braunschweiger Zeitung spezial Nr. 3, 2003. S.7.
- *Diestelmann, Dieter, Hitler von Hochschule vor dir Tür gesetzt. Braunschweig war nur Scheinadresse. 60 Jahre Einbürgerung Adolf Hitlers. In: Braunschweiger Zeitung vom 26.2.1992.
- *Duin, Harald, Wie der staatenlose Hitler Deutscher wurde. Nicht die Stadt Braunschweig, sondern der Freistaat Braunschweig sorgte vor 70 Jahren für seine Einbürgerung. In: Braunschweiger Zeitung vom 25.2.2002.
- *Duin, Harald, Vergessener Held des Widerstandes. Werner Schrader war vor 70 Jahren Initiator des so genannten Stahlhelm-Putsches in Braunschweig. In: Braunschweiger Zeitung vom 27.3.2003.

- *Duin, Harald, Folter und Misshandlungen im Gebäude der AOK. Jahre später stieß Stahlhelm-Führer Werner Schrader zum Kreis der Widerständler. In: Braunschweiger Zeitung vom 27.3.2008.
- *Dr. Küchenthal in Gruppe III eingestuft. Politische Hintergründe bei der Ernennung Hitlers zum Regierungsrat. In: Braunschweiger Zeitung vom 28.9.1949.
- *Einbürgerung. Professor Hitler. In: Der Spiegel 15.1961 40. S. 43-46; Heim ins Reich. Leserbriefe dazu von Heimbs, Roloff u.a. In: Der Spiegel 15.1961,42. S. 16-20.
- *Einbürgerungsakte wurde den Engländern übergeben. Das Staatsarchiv Wolfenbüttel bemüht sich darum, die Originale zurück zu bekommen. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 25.
- *„Eine Radikalisierung der bürgerlichen Mitte“. Erster Roloff-Vortrag: Wie die Nationalsozialisten im Freistaat Braunschweig an die Regierung gelangten. In: Braunschweiger Zeitung vom 28.10.2000.
- *Erhard, Frank, Bruchstückhafte Würdigung der Untaten. Der Historiker Dr. Werner Sohn über den Braunschweiger Klagges-Prozess vor 53 Jahren. In: Braunschweiger Zeitung vom 17.9.2003.
- *Heim ins Reich. (Leserbriefe zu „Einbürgerung“ von Heimbs, Roloff u.a. In: Der Spiegel 15.1961,42. S. 16-20.
- *Herrmann, Klaus, Für Bayern war Adolf Hitler untragbar. Die gescheiterten Versuche der Einbürgerung in München und Weimar. In: Braunschweiger Zeitung vom 20.2.2007 und in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 7.
- *Herrmann, Klaus, Professor Hitler entsetzt das Bürgertum. Gegen die Berufung an die Technische Hochschule wehrten sich die Konservativen. In: Braunschweiger Zeitung vom 21.2.2007 und in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 8.
- Herrmann, Klaus, Wie Adolf Hitler Braunschweiger wurde. Der Förderer der Wirtschaft im Freistaat. In: Braunschweiger Zeitung vom 22.2.2007.
- *Herrmann, Klaus, In Braunschweig feiert man die Einbürgerung mit Fackelzug. Konservative Politiker machten den Vorschlag, Hitler als Wirtschaftsförderer einzustellen. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 9.
- *Herrmann. Klaus, „Seinen Dienst für Braunschweig er nie ausgeübt“. Offiziell wohnte Hitler bei Landtagspräsident Ernst Zörner zur Untermiete. In: Braunschweiger Zeitung vom 23.2.2007 und in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 10.
- *Hitler. Vollauf geeignet. In: Der Spiegel Nr. 6, 1981. S. 85-86.
- *Hitler und Klagges: Der Bruch. Letzter Vortrag der Reihe „Wie braun war Braunschweig?“. In: Braunschweiger Zeitung vom 25.11.2000.
- *Lachmund, Dietrich, NAZIS wollten Hitler 1932 zum Professor machen. Studienrat Dr. Roloffs Versuch, die Hintergründe des Hochschulkonfliktes in Braunschweig aufzudecken. In: Braunschweiger Zeitung vom 11.2.1960. S. 20.
- *Roloff, Ernst-August, Rätselhafter Blitzbesuch des „Führers“. Heinrich der Löwe entzweite Hitler und Klagges. Pläne für Mustersiedlung geplatzt. In: Braunschweiger Zeitung vom 20.1.1996.
- *Wie Hitler Deutscher wurde. Vor 75 Jahren verhalf der Freistaat Braunschweig dem „Führer“ zur Staatsbürgerschaft. = Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. Braunschweig: Braunschweiger Zeitung 2007.
- *Zauner, Ernst-Johann, Nicht Professor Hitler, nur Regierungsrat. Zweiter Vortrag in der Reihe: „Wie braun war Braunschweig?“. In: Braunschweiger Zeitung vom 11.11.2000.
- *Zauner, Ernst-Johann, Die Vorgeschichte: Hitler belügt die Bayern. Als er nach Deutschland kommt, sagt der Österreicher den Behörden, er sei staatenlos. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 11.

- *Zauner, Ernst-Johann, Wie Bayern dabei scheitert, den Straftäter abzuschieben.. Österreich lehnt die Aufnahme des zu Festungshaft verurteilten Agitators ab. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 12-14.
- *Zauner, Ernst-Johann, Die Einbürgerungs-Odyssee des „Postkartenmalers“. Die sozialdemokratischen Länder wehren sich gegen das Ansinnen. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 15.
- *Zauner, Ernst-Johann, In Braunschweig war Hitler am Hohetorwall 7 gemeldet. Gewohnt hat er dort nie. Am, 16. September 1933 zieht er nach Berlin. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 16-17.

Literatur

- Albrecht, Helmuth, Hochschule und Politik. Die TH Braunschweig in der Weimarer Republik (1918-1933). In: Werner Pöls/Klaus Erich Pollmann (Hrsg.), Moderne Braunschweigische Geschichte. Hildesheim 1982. S. 227-259.
- *Ausmeier, Peter, Klagges. Verbrecher im Hintergrund. Ein Prozeßbericht. Braunschweig: Volksfreunde 1950.
- *Behrend, Hanna, Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei. Frankfurt: Peter Lang 1981.
- *Bei der Wieden, Claudia, Vom Seminar zur NS-Lehrerbildungsanstalt. Die Braunschweiger Lehrerausbildung 1918 bis 1945. Köln: Böhlau 1996.
- *Bein, Reinhard, Zeitzeichen. Stadt und Land Braunschweig 1930-1945. Braunschweig: Döring 2000. (zu Hitler S. 36-37)
- *Bein, Reinhard/Roloff, Ernst-August (Hrsg.), Der Löwe unterm Hakenkreuz. Reiseführer durch Braunschweig und Umgebung 1930-1945. Göttingen: MatrixMedia 2010. (hier S. 28-31)
- *Berghahn, Volker R., Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs für die Präsidentschaftswahlen 1932. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13.1965,1. S. 64-82.
- *Berghahn, Voker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918 – 1935. Düsseldorf: Droste 1966.
- *Botsch, Gideon, „Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Deutschen Auslandswissenschaften“ im Einsatz 1940-1945. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2006.
- *Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld. Villingen: Ring 1964. 4. Aufl.
- *Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1976. 5. Aufl.
- *Bullock, Alan, Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf: Droste 1954.
- *Dickmann, Fritz, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14.1966,4. S. 454-464.
- *Droste Geschichts-Kalendarium. Chronik deutscher Zeitgeschichte. Politik – Wirtschaft – Kultur. Bd. 1: Overesch/Saal, Die Weimarer Republik. Bd. 2/I: Overesch/Saal, Das Dritte Reich 1933-1939. Düsseldorf: Droste 1982.
- *Van Dyk, Silke/Schauer, Alexander, „...daß die offizielle Soziologie versagt hat“. Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS. Essen: deutsche Gesellschaft für Soziologie 2010.
- *Einbürgerung Adolf Hitlers. Unter:
http://de.wikipedia.org/wiki/Ein%C3%BCrgerung_Adolf_Hitlers

- *Eisfeld, Rainer, Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945. Mit einer Würdigung des Autors von Hubertus Buchstein. Baden-Baden: Nomos 2013. 2. Aufl.
- *Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie. Frankfurt: Ullstein 1973.
- *Gehrke, Robert, Aus Braunschweigs dunkelsten Tagen. Der Rieseberger Massenmord. Über den Widerstand im ehemaligen Freistaat Braunschweig. Braunschweig: Selbstverlag 1962.
- *Germann, Holger, Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges. Ein Beitrag zur Phänomenologie der NS-Ideologie. Frankfurt: Peter Lang 1995. (stützt sich auf Klagges, Dietrich, Im Umgang mit Adolf Hitler, MS ca. 1970.)
- *Grubert, Martin, Anwalt der Demokratie. Heinrich Jasper (1875 – 1945). Ein politisches Leben in Braunschweig. Braunschweig: Joh. Heinr. Meyer 2009.
- *Gundler, Bettina/Schüler, Claudia, Catalogus Professorum der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig. Teil 2: Lehrkräfte 1877-1945. Braunschweig: Braunschweigischer Hochschulbund 1991. = Beiträge zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina.
- *Herrmann, Christel, Oberbürgermeister der Stadt Dresden Ernst Zörner und Stellvertreter Edmund Bühner. In: Dresdener Geschichtsbuch 6.2000. S. 199-218.
- *Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung. (darin Der Nationalsozialismus und das Präsidialregime. S. 298-303; Der Freistaat Braunschweig. S. 833-837) Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik. (darin § 60: Hindenburgs Wiederwahl. S. 925-938) Stuttgart: Kohlhammer 1981, 1984.
- *Jarck, Horst-Rüdiger/Scheel, Günter (Hrsg.), Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 19. Und 20. Jahrhundert. Hannover: Hahnsche Buchhandlung 1996.
- Jarck, Horst-Rüdiger/Schildt, Gerhard, (Hrsg), Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig: Appelhans 2001. 2. Aufl.
- *Junker, Detlef, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland. Stuttgart: Ernst Klett 1969.
- Kaisenberg, Georg, Die Wahl des Reichspräsidenten. Berlin: C. Heymann 1925.
- *Kaiser, Klaus, Braunschweiger Presse und Nationalsozialismus. Der Aufstieg der NSDAP im Lande Braunschweig im Spiegel der Braunschweiger Tageszeitungen 1930 bis 1933. Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1970.
- *Kershaw, Ian, Hitler. Bd. 1: 1889-1936. Bd. 2: 1936-1945. München: dtv 2002.
- Kertz, Walter (Hrsg.), Hochschule und Nationalsozialismus. Referate beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina am 5. und 6. Juli 1933. Braunschweig 1994.
- *Kertz, Walter (Hrsg.), Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745-1995. Hildesheim: Georg Olms 1995.
- *Kuessner, Dietrich, Dietrich Klagges – 1891-1971. Eine biographische Skizze. In: Juso-Unterbezirk Braunschweig (Hrsg.), Es geschah in Braunschweig. Gegen das Vergessen der nationalsozialistischen Vergangenheit in Braunschweig. Braunschweig: Steinweg o.J. (1988). S. 13-31.
- Kuhlenkamp, Alfred, Die Technische Hochschule Braunschweig im Krieg 1939-1945 und in der ersten Nachkriegszeit bis 1947. Braunschweig 1976. = Beiträge zur Geschichte der Carolo Wilhelmina Bd. IV.
- *Lammers, Uwe, Dunkle Vergangenheit. Wissenschaftlerkarrieren in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der technischen Hochschule Braunschweig. Magisterarbeit TU Braunschweig 2002.
- *Lent, Dieter, „Ich habe dem Lande großen Nutzen gebracht“: Betrachtungen zu dieser Äußerung Hitlers vom Januar 1945 über seine Arbeit als braunschweigischer Regierungsrat 1932. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 91.2010. S. 217-228.

- *Lent, Dieter, Bemerkungen zu Hitlerinterpretationen von Braunschweigern (Deutung und Wahrnehmung von Hitlers Herrschaft und Person). In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 93.2012. S. 135-166.
- Ludewig, Hans-Ulrich, Nationalsozialismus als Protestbewegung. Machteroberung und Machtstabilisierung in Braunschweig. In: Birgit Pollmann (Hrsg.), Schicht – Protest – Revolution in Braunschweig 1292 - 1947/48. Braunschweig 1995. S. 175-196.
- *Ludewig, Hans-Ulrich, Das Land Braunschweig im Dritten Reich (1933-1945). In: Jarck/Schildt 2001. S. 981 - 1024.
- *Lutteroth, Johanna, Schwierige Einbürgerung. Wie Hitler Deutscher wurde. Unter: http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/16141/wie_hitler_deutscher_wurde.html
- *Meier, Harald/Neumann, Kurt, Bad Harzburg. Chronik einer Stadt. Herausgegeben von der Stadt Bad Harzburg. Hildesheim: Lax 2000.
- *Mertens, Herbert, Die Hochschule im Netz des Ideologischen 1933-1945. In: Kertz 1995. S. 479-507.
- *Overesch, Manfred, Professor Hitler. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 16.1981,2. S.57-58.
- *Overesch, Manfred, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40.1992,4. S. 543-566.
- Overesch, Manfred, Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Bonn 1992.
- *Paul, Hermann, Deutsches Wörterbuch. Bedeutungsgeschichte und Aufbau unseres Wortschafftes. 10. überarb. u. erw. Aufl. von Helmut Henne/Heidrun Kämper/Georg Objartel. Tübingen: Max Niemeyer 2002.
- *Pöls, Werner, Hochschule in der Krise. Die Technische Hochschule Braunschweig 1930-1933. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 9.1974,3-4. S. 21-31.
- *Pöls, Werner, Hochschule und Politik am Ende der Weimarer Republik im Freistaat Braunschweig. In: Werner Pöls/Klaus Erich Pollmann (Hrsg.), Moderne Braunschweigische Geschichte. Hildesheim: Georg Olms 1982. S. 260-284.
- *Pollmann, Klaus Erich, Die Technische Hochschule Braunschweig und der Nationalsozialismus. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 18.1983,2. S. 40-43.
- *Pollmann, Klaus Erich, Die nationalsozialistische Hochschulpolitik und ihre Wirkungen in Braunschweig. In: Kertz 1995. S. 443-465.
- *Pollmann, Klaus-Erich/Ludewig, Hans-Ulrich, „Machtergreifung“ im Freistaat Braunschweig. In: Bernd Ulrich Hucker/Ernst Schubert/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Niedersächsische Geschichte. Göttingen: Wallstein 1997. S. 548-565.
- *Roloff, Ernst-August, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen 1961.
- *Roloff, Ernst-August, Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918-1933. Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1964.
- *Roloff, Ernst-August, „Aufstand des Gewissens“ oder Rebellion der Enttäuschten? Motive des national-konservativen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus am Beispiel des Wolfenbütteler Oberlehrers Werner Schrader. In: Wissenschaftliche Zeitschrift des Braunschweigischen Landesmuseums Nr. 4, 1997. S. 121-152.
- *Roloff, Ernst-August, Wie braun war Braunschweig? Hitler und der Freistaat Braunschweig. = Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 3, 2003. Braunschweig: Braunschweiger Zeitung 2003. Auszüge auch in Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 26-34.
- *Rother, Bernd, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. 1990.

- *Rother, Bernd, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik (1919-1933). In: Jarck/Schildt 2001. S. 945-980.
- *Ruben, Gunnhild, „Bitte mich als Untermieter bei Ihnen anzumelden!“. Hitler und Braunschweig 1932-1935. Die Brisanz der Braunschweiger Einbürgerung. Hitlers Überraschungsbesuch 1935. Das Lehndorfer Aufbauhaus. Norderstedt: Books on Demand 2004.
- *Schelm-Spangenberg, Ursula, Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Gründung, Entwicklung, soziologische Struktur, politische Arbeit. Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1964.
- *Schüler, Claudia, Die kulturwissenschaftliche Abteilung 1927-1933. In: Kertz 1995. S. 415-431.
- *Sohn, Werner, Im Spiegel der Nachkriegsprozesse. Die Errichtung der NS-Herrschaft im Freistaat Braunschweig. Braunschweig: Appelhaus 2003.
- Stribny, Wolfgang, Der Versuch einer Kandidatur des Kronprinzen Wilhelm bei der Reichspräsidentenwahl 1932. In: Geschichte in der Gegenwart. Festschrift für Kurt Kluxen. Paderborn 1972. S. 199-210.
- *Ullrich, Volker, Adolf Hitler. Biographie. Bd. 1: Die Jahre des Aufstiegs 1889-1939. Frankfurt: S. Fischer 2013.
- Das Urteil des Klages-Prozesses. Braunschweig 1950.
- *Watt, D.C., Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6.1958,3. S. 270-280.
- *Weßelhöft, Daniel, Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus. Mit einem Nachwort von Hans-Ulrich Ludwig. Hildesheim: Georg Olms 2012.
- *Wettern, Michael/Weßelhöft, Daniel, Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig 1930 bis 1945. Hildesheim: Georg Olms 2010.

Karten

Institut für Zeitgeschichte, München und die NS-Bewegung 1925-1933. München, Berlin 2003. In: Hitler, Ergänzungsband 2003 (S. U 2)